



Das  
Bundesarchiv

EINBLICKE IN DAS  
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV  
STASI IN DER REGION

# Stasi in Berlin

Die DDR-Geheimpolizei in der geteilten Stadt



Konstanze Soch (Hg.)

in Zusammenarbeit mit Gabriele Camphausen

**Stasi in Berlin.**

**Die DDR-Geheimpolizei in der geteilten Stadt**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	<b>4</b>	
<b>Die Zäsuren</b>	<b>9</b>	
1945–1950	Ein Leben für den Kommunismus – Erich Jamin und der Aufbau einer Geheimpolizei	10
1953	Vom Müggelsee auf die Stalin-Allee – der Berliner Weg zum 17. Juni 1953	15
1956	»Gebt Ungarn frei!« – eine Großdemonstration in West-Berlin und ihre Folgen	20
1961	»Erhöhte Gefährdungslage« nach der Grenzabriegelung	26
1968	Der Kampf um die Meinungsfreiheit auch in der DDR	32
1976	»Jetzt sind Se staatenlos« – Jürgen Fuchs und die Ausbürgerung Biermanns	36
1985–1989	Als die DDR-Führung nicht mehr von der Sowjetunion lernen wollte – die SED in der Ära Gorbatschow	40
1987	Jubel, Trubel, Heiterkeit?	45
<b>Der Apparat</b>	<b>51</b>	
	»Horch und Guck« in Berlin-Lichtenberg – die Zentrale der Staatssicherheit	52
	Sicherungsbereich Hauptstadt – die Bezirksverwaltung des MfS in Ost-Berlin	56
	Die Kreisdienststelle Treptow an der Berliner Mauer	60
	Die zentrale Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen	64
	Die hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen	68
	Inoffizielle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Ost- und West-Berlin	72
	»Partner des operativen Zusammenwirkens« – Staatssicherheit, Volkspolizei und Transportpolizei	78
<b>Die Methoden und ihr Einsatz</b>	<b>85</b>	
	»Durch große Zärtlichkeit ihre Wachsamkeit einschläfern«. Die Entführungspraxis des MfS im geteilten Berlin	86
	Das Notaufnahmelager Marienfelde im Visier der Staatssicherheit	90
	Flucht von Berlin nach Berlin	95
	Der Kampf um Ausreise – Berlin als Bühne für Proteste	100
	Der geteilte Bahnhof – die Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße und das MfS	105
	Die Stasi in West-Berlin	110
	Kennwort »Alpenveilchen« – die Postkontrolle der Stasi	116
	Mielkes Verein – Jens Baumann als Trainer beim SC Dynamo Berlin	121
	Die Überwachung vietnamesischer Vertragsarbeiter in Ost-Berlin	125
	»Auf die Räder, bevor ihr drunterkommt!« – Staatssicherheit und Umweltproteste in Ost-Berlin	130
	Die evangelische Jugendarbeit als politische Opposition im Fokus der Stasi	135
	Staatssicherheit und West-Medien	139

<b>Das Ende</b>	<b>145</b>	
	»Führungskraft des Untergrunds« – der Bürgerrechtler Mario Schatta und die Opposition in Ost-Berlin	146
	»Die Frage nach der Perspektive« – die Friedliche Revolution	151
	Die doppelte Besetzung	156
<b>Anmerkungen</b>	<b>162</b>	
<b>Übersichten und Verzeichnisse</b>	<b>176</b>	
	Stasi-Zentrale in Ost-Berlin	176
	Struktur und Aufgaben der Stasi im Bezirk Berlin	179
	Dienststellen der Stasi (MfS-Zentrale, BV, KD) im Bezirk Berlin	181
	Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltung	183
	Autorinnen und Autoren	190
	Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Berlin	192
	Abkürzungsverzeichnis	194
	Impressum	196

## Einleitung

Dieses geteilte Berlin an der Grenze von Ost und West: Es war für die DDR-Staatssicherheit ein irritierendes Gemenge aus Möglichkeiten und Gefahren.

Der Ostteil Berlins, den das SED-Regime zur Hauptstadt der DDR erklärt hatte, war der Sitz der Regierung und ihrer Ministerien, natürlich auch des Ministeriums für Staatssicherheit. Hier waren zudem die Zentralen von Partei- und Massenorganisationen angesiedelt, darüber hinaus diplomatische Vertretungen und wichtige kulturelle Einrichtungen. Mit Argusaugen bewachte die Staatssicherheit das Ost-Berliner Herrschaftszentrum, um es vor dem »Feind« in Ost und West zu schützen.

So standen in Ost-Berlin bis zum Mauerbau beispielsweise die sogenannten Grenzgänger – Berliner aus dem Osten der Stadt, die im Westteil der Stadt ihrer Arbeit nachgingen – im Blickfeld der Stasi, ebenso der Besuchsverkehr zwischen Ost und West und die Grenzübergangsstellen. In späteren Jahren waren es vor allem die unangepassten und widerständigen Kreise, die den Argwohn der Geheimpolizei auf sich zogen, nicht zuletzt wegen ihrer Kontakte in den Westen: die Friedens- und Umweltaktivisten, Bürgerrechtler, die bunte Kulturszene im Prenzlauer Berg und andere Freigeister. Sie wurden von der Stasi beobachtet, überwacht und mit »Zersetzungsmaßnahmen« überzogen.

Der Lesart des SED-Regimes zufolge war die Opposition eigentlich das Werk des »Feinds«: Die »Drahtzieher« und »Aufwiegler« saßen nebenan in West-Berlin, von dort aus operierten sie gegen den SED-Staat.

Zu den Schlüsselfiguren zählte die Staatssicherheit insbesondere die westlichen Geheimdienste und mit ihnen verbundene oder kooperierende Organisationen in West-Berlin. Waren die Handlungsmöglichkeiten der Stasi gegen die West-Alliierten und ihre spezifischen Rechte in der Vier-Mächte-Stadt auch limitiert, so agierte sie, gleichsam stellvertretend, offensiv gegen Organisationen wie die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit oder den Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen sowie das Notaufnahmelager in Berlin-Marienfelde. Dass vor dem Mauerbau auch brutale Methoden wie Entführung und Verschleppung aus dem Westen zum Spionage-Repertoire der Stasi gehörten, sollte nicht vergessen werden.

Heftiges Unbehagen bei der östlichen Führungsriege rief West-Berlin nicht zuletzt als Fluchtweg hervor: Bis zum 13. August 1961 flohen Hunderttausende Menschen über den Westteil der Stadt aus dem Osten. Diese Dynamik war eine existenzielle Gefährdung des Regimes und zugleich ein sichtbar katastrophales Zeugnis nach innen wie außen. Selbst als das Schlupfloch West-Berlin durch die Mauer versperrt worden war, verbesserte sich das Ansehen der DDR-Führung kaum: Bilder und Geschichten von Fluchtversuchen und Mauertoten dokumentierten immer wieder aufs Neue die Unmenschlichkeit des Systems. Geheimhalten, Verschleiern und Vertuschen waren daher – neben der Verhinderung oder Verfolgung von Fluchtversuchen – wesentliche Aufgaben der Staatssicherheit.

Es war die Enge der DDR, die viele in den Westen trieb, wobei die Ausstrahlungskraft West-Berlins als »Schaufenster des Westens« in diesem Kontext nicht zu unterschätzen ist. Sicherlich spielte das konsumwirtschaftliche Potenzial der westlichen Stadthälfte eine deutliche Rolle. Doch auch das breite Spektrum der West-Berliner Kulturlandschaft und ihrer offenen Szene faszinierte weit über die Mauer hinweg. Nicht minder wirkungsstark waren die westlichen Radio- und Fernsehangebote; die Ost-Kontakte der Westmedien wurden von der Stasi entsprechend akribisch überwacht.

Eine Gefahrenquelle sah die Stasi auch in der Freien Universität in Berlin-Dahlem, und als »Vorposten der Bundesrepublik« bekämpfte sie zudem das 1974 in West-Berlin eingerichtete Umweltbundesamt. So ließ Stasi-Minister Mielke mit Befehl 19/74 die Transitwege für Mitarbeiter dieser Behörde sperren. Der steten Aufmerksamkeit der Stasi konnte sich des Weiteren die Ständige Vertretung der Bundesrepublik gewiss sein, die 1974 infolge des deutsch-deutschen Grundlagenvertrags ihre Türen öffnete – und zu einem Anlaufpunkt zahlreicher DDR-Ausreisewilliger wurde.

War die Berliner Mauer für die meisten Menschen eine hermetisch kontrollierte Abriegelung, so war sie für die Stasi in beide Richtungen durchlässig. Über Zugänge wie die »Agentenschleuse« am Bahnhof Friedrichstraße konnte die Stasi den normalen Grenzverkehr umgehen und auf direktem Weg in den



> Luftaufnahme der Umgebung des Brandenburger Tors einschließlich der Berliner Mauer, 1988. Die Blickachse reicht weit nach West-Berlin hinein. So ist die Straße des 17. Juni bis zur Siegestsäule (oben links) zu sehen, ebenso der Glockenturm und die Kongresshalle im Tiergarten (oben rechts) sowie ein kleiner Teil des Reichstags (rechts).

BArch, MFS, HA I, Nr. Fo 365, Bild 34

Westen gelangen. Um in West-Berlin an Informationen zu kommen, verließ sie sich aber vor allem auf ein weit verzweigtes Netz aus inoffiziellen Mitarbeitern (IM).<sup>1</sup> Sei es in Hotels oder Gaststätten, sei es in Kultur, Medien oder Politik: Die Staatssicherheit sammelte emsig Berichte und Daten, manche Materialien wurden ihr über »operative Grenzscheulen« übergeben, d. h. an einer verabredeten Stelle über die Berliner Mauer auf die Ostseite geworfen. Die Informationen waren in ihrer Gesamtmasse womöglich beeindruckend, in ihrem Aussagewert und Nutzen jedoch oftmals beschränkt.

Allerdings ging es nicht nur ums Sammeln: Das Wissen und Handeln der Staatssicherheit im Umfeld der Terroranschläge wie des Sprengstoffattentats 1983 auf das Kulturzentrum *Maison de France* am

Ku'damm, bei dem ein Mensch getötet und 23 schwer verletzt wurden, oder des gleichfalls mörderischen Nagelbombenanschlags auf die Diskothek *La Belle* in Berlin-Schöneberg 1986 belegen, wie viel das »Schild und Schwert der Partei« zu dulden oder wie weit es zu gehen bereit war.

Es war keineswegs nur einfach eine geteilte Stadt, dieses Nachkriegs-Berlin. In den Augen der Staatssicherheit mag es für den »Feind« oder für die Staatspartei SED gestanden haben. Tatsächlich aber stand es für Freiheit oder für Diktatur.

GCa

## Die vier Kapitel im Überblick

### Die Zäsuren

Im ersten Kapitel der Länderstudie wird eine Auswahl an historischen Ereignissen vorgestellt, die die DDR-Geschichte geprägt und sich auf die Entwicklung des geteilten Berlins entscheidend ausgewirkt haben. Bereits am 15. Juni 1953 legten Bauarbeiter im Ost-Berliner Bezirk Friedrichshain ihre Arbeit nieder und stellten sich gegen die Vorgaben der DDR-Regierung: der Auftakt zum Volksaufstand vom 17. Juni. Der Bau der Berliner Mauer durch das SED-Regime im Jahr 1961 war für die Bevölkerung ein grausamer Einschnitt: Der Zugang in den Westen war versperrt, Familien, Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen wurden getrennt. Neben Ereignissen wie dem Prager Frühling, der Ausbürgerung Wolf Biermanns oder der Perestrojka findet auch das 750-jährige Jubiläum Berlins Beachtung, als gesamtstädtisches Datum in der geteilten Stadt.

### Der Apparat

Ein Abschnitt widmet sich der Struktur und dem Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). In Ost-Berlin war die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit angesiedelt. Neben der Bezirksverwaltung (BV) Berlin verfügte das MfS über insgesamt elf Kreisdienststellen (KD), die sich von Pankow im Norden bis Köpenick im Süden erstreckten. In einem eigenen Kapitel wird die Zentrale Untersuchungshaftanstalt des MfS in Hohenschönhausen thematisiert.

Neben der Struktur des MfS werden auch die hauptamtlichen Mitarbeiter (HM) sowie das umfangreiche Netz der inoffiziellen Mitarbeiter (IM) vorgestellt. Außerdem wird die Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitskräften beschrieben, derer sich die Stasi bediente.

### Die Methoden und ihr Einsatz

In diesem Kapitel werden die Methoden der Staatssicherheit beleuchtet. Um die Bevölkerung zu überwachen, Systemkritik im Vorfeld zu unterbinden und »feindlich-negative Handlungen« zu ahnden, entwickelte die Geheimpolizei eine ganze Reihe verdeckter und zunehmend subtiler Maßnahmen – von der Postkontrolle bis zu geheimen Verhören. Die Länderstudie macht deutlich, dass die Stasi in allen Bereichen aktiv war: von der Volkswirtschaft über Sport und Kultur bis zu den Medien. Überwacht und »bearbeitet« wurden von der DDR-Staatssicherheit auch West-Berliner Einrichtungen und Organisationen.

### Das Ende

Das letzte Kapitel der Studie widmet sich dem Ende der SED-Herrschaft und der Auflösung der Staatssicherheit. Seit Mitte der 1980er-Jahre sah sich die SED-Führung in ihrem Machtanspruch auch durch politische Reformen in der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten bedroht. Die wirtschaftlich prekäre Lage und der wachsende Wunsch der Bevölkerung nach Freiheit setzten Prozesse in Gang, die Partei und Stasi nicht mehr aufhalten konnten. Das Aufbegehren der Bevölkerung gegen das SED-Regime und seine Geheimpolizei manifestierte sich in dem Protest gegen die Wahlfälschungen im Mai 1989 und führte schließlich zu den großen Demonstrationen im Herbst des Jahres. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer und die Grenzübergangsstellen zu West-Berlin und der Bundesrepublik wurden nach und nach geöffnet. In den Kreisen und Bezirken der DDR standen zahlreiche MfS-Dienststellen bereits seit Herbst 1989 unter der Kontrolle von Bürgerrechtskomitees – am 15. Januar 1990 wurde schließlich auch die Stasi-Zentrale in Ost-Berlin (S. 181) besetzt. Die Vernichtung von Akten konnte gestoppt werden, die brisanten Unterlagen der Geheimpolizei wurden gesichert.

Die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der DDR absichern: Das war Ziel und Zweck des Ministeriums für Staatssicherheit. Welche Methoden die Stasi anwandte, wen sie ins Visier nahm und »bearbeitete«, wurde erst nach der Friedlichen Revolution von 1989 durch den Zugang zu den ehemals geheimen Stasi-Unterlagen bekannt. Insgesamt stehen im Stasi-Unterlagen-Archiv über 111 Regalkilometer Akten zur Verfügung: für die persönliche Akteneinsicht durch Betroffene, für Forschungszwecke, zur Unterrichtung der Öffentlichkeit, in Rehabilitierungs- und Rentenangelegenheiten, zur Strafverfolgung oder zur Überprüfung im öffentlichen Dienst. 46 Kilometer Akten hinterließ die Staatssicherheit allein in ihren Ost-Berliner Dienststellen und der Zentrale.

Ausgehend von den überlieferten Materialien wirft die vorliegende Länderstudie Schlaglichter auf 40 Jahre MfS-Geschichte in Ost-Berlin und weitet den Blick auch auf den westlichen Teil der Stadt. Sie vermittelt charakteristische Facetten von Überwachung und Verfolgung im Alltag und zeigt eine Auswahl persönlicher Schicksale. Die Länderstudie bildet nicht die gesamte DDR-Lebenswirklichkeit ab, wohl aber den alles beherrschenden Rahmen.

Wir möchten allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern danken, die einer Veröffentlichung ihrer Akten zugestimmt haben.

GCa/KSo



> Erich Wichert (2.v.l.), bis 1974 Leiter der BV Berlin, mit dem abgeschraubten Eingangsschild der Bezirksverwaltung. 1985  
BArch, MfS, BV Berlin, Fo, Nr. 366, Bild 69



# Die Zäsuren

---

> Graffiti »Glasnost« und »Gorbatschow« an einem Haus in der Husemannstraße im Prenzlauer Berg. 20.8.1987  
BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 5617, Bild 14 (Ausschnitt)



> Auszeichnung Erich Jamins mit dem »Kampforden für Verdienste um Volk und Vaterland« in Gold durch Erich Mielke zum 25. Gründungsjubiläum der Stasi. Februar 1975  
BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2476, Bild 18

## 1945–1950 Ein Leben für den Kommunismus – Erich Jamin und der Aufbau einer Geheimpolizei

Am 2. Mai 1945 kapitulierten die nationalsozialistischen Truppen in Berlin. Zuvor waren die sowjetischen und polnischen Eroberer der Stadt in gut zwei Wochen andauernden, schweren Kämpfen bis ins Stadtzentrum vorgerückt. Die Kapitulation beendete die »Schlacht um Berlin«, die Hunderttausende Tote und Verletzte auf beiden Seiten gefordert hatte. Jetzt schwiegen die Waffen weitgehend, Berlin lag in Trümmern, es herrschte Chaos.

Schon vor dem endgültigen Sieg über das nationalsozialistische Deutschland hatten die Alliierten Großbritannien, Sowjetunion und USA im Februar 1945 bei der Konferenz von Jalta die Aufteilung Deutschlands

in drei Besatzungszonen vereinbart – später kam eine vierte, die französische Zone hinzu. Berlin teilten sie als separates Gebiet in vier Besatzungssektoren auf mit einer »Interalliierten Militärkommandantur« als oberster Regierungsinstanz. Doch weil sie ihre Truppen in Deutschland zunächst ordnen mussten, nahmen die drei »West-Alliierten« erst im Juni und Juli 1945 ihre Sektoren ein und die Kommandantur anschließend ihre Tätigkeit auf. So übten die Sowjets zunächst rund zwei Monate lang allein die Regierungsgewalt aus.

Die Verzögerung nutzten die mit der Roten Armee in Berlin eingetroffenen deutschen Vertrauensleute der Sowjets, die »Gruppe Ulbricht«. Diese Gruppe deutscher Kommunisten um Walter Ulbricht (1893–1973) hatte sich im Moskauer Exil jahrelang auf die Machtübernahme vorbereitet. Nun besetzte sie planmäßig die wichtigsten Positionen der zivilen Verwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in Berlin,

wo sie mit sowjetischer Unterstützung in allen vier Sektoren treue Gefolgsleute installierte. Das besondere Augenmerk lag dabei auf der Polizei.<sup>2</sup> Bei ihrem Aufbau spielten politische Kriterien und die Treue zur Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) eine größere Rolle als die fachliche Qualifikation der Bewerber.<sup>3</sup> Erfahrene und gut ausgebildete Polizeibeamte aus der Weimarer Zeit, die als Anhänger von Demokratie und Rechtsstaat nach 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Dienst gedrängt worden waren, wurden nur selten wieder eingestellt.

In den Polizeidienst kamen hauptsächlich ehemalige Wehrmachtssoldaten aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Sie waren auf »Antifa-Schulen« kommunistisch umerzogen worden oder hatten sich dem ähnlich ausgerichteten »Nationalkomitee Freies Deutschland« angeschlossen. Hinzu kamen rund 200 unter den Nationalsozialisten inhaftierte Kommunisten, die nach ihrer Befreiung sofort für die wiedergegründete KPD bereitstanden. Und auch der Kommunist und spätere Stasi-Minister Erich Mielke (1907–2000), der 1931 als gesuchter Polizistenmörder aus seiner Heimatstadt Berlin geflohen war und im Juni 1945 dorthin zurückkehrte, erhielt eine Stellung bei der Polizei. Im Sowjetischen Sektor wurde er Leiter der Polizeiinspektion in Berlin-Lichtenberg.

Erich Jamin, wie Erich Mielke 1907 geboren und in Berlin aufgewachsen, war seit seiner Jugend Kommunist.<sup>4</sup> 1929 war er KPD-Funktionär geworden, als sich Kommunisten und Nationalsozialisten auch und gerade in Berlin blutige Kämpfe lieferten. Obwohl zutiefst verfeindet, standen sich KPD und NSDAP in ihrer Gewaltbereitschaft und einer tiefen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie nahe. Beide Parteien arbeiteten am Sturz der Weimarer Republik. Die NSDAP zerschlug schließlich die Demokratie und begann, ihre Gegner auszuschalten, darunter Kommunisten wie Erich Jamin. So verbrachte er die Jahre ab 1933 meist in Gefangenschaft, wie viele andere seiner Gesinnungsgenossen. Zunächst kam er einige Monate ohne ordentliches Verfahren in »Schutzhaft«. Wieder freigekommen arbeitete er im politischen Untergrund, wurde 1936 erneut verhaftet und zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Danach kam er, wieder als »Schutzhäftling«, ins Konzentrationslager (KZ) Sachsenhausen.

Im November 1944 wurde er mit etwa 800 anderen, meist kommunistischen KZ-Häftlingen für die »SS-Sonderformation Dirlewanger« zwangsrekrutiert, eine für ihre Gräueltaten berüchtigte Einheit, die hauptsächlich aus verurteilten Straftätern bestand.<sup>5</sup> Die politischen KZ-Häftlinge sollten, obwohl sie ausgesprochene Regimegegner waren, diese Truppe verstärken. Doch die wenigsten Häftlinge dachten daran, ihr Leben für den NS-Staat einzusetzen: Kaum rekrutiert, ließen sich die meisten beim ersten Fronteinsatz von der Sowjetarmee gefangen nehmen. Auch Erich Jamin kam so in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Sie dauerte für ihn bis zum Mai 1947, trotz – oder vielleicht sogar wegen – seines gefestigten kommunistischen Weltbilds. Auf sowjetisches Geheiß hatte er als antifaschistischer »Lager-Propagandist« seine Mitgefangenen agitiert. Als er danach nach Berlin zurückkehrte, hatte er gut ein Viertel seines Lebens in Gefangenschaft verbracht.

Jamin blieb der kommunistischen Ideologie treu. Zwei Monate nach seiner Rückkehr trat er in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ein, die 1946 aus der Zwangsvereinigung von KPD und SPD entstanden war und wurde Angestellter bei der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI), Referat K5. So stellte er sich abermals, wenn auch indirekt, in den Dienst der Partei.

1949 hatte die  
»Hauptverwaltung zum Schutz  
der Volkswirtschaft« in der SBZ  
1 150 hauptamtliche Mitarbeiter.

Mit der von der SED geführten DVdI hatte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 30. Juli 1946 in Berlin eine zentrale Aufsichtsbehörde für die formal den Ländern unterstehende Polizei gegründet. Auch ein Referat für die Verfolgung politischer Straftaten wurde in der DVdI eingerichtet. Dieses »K5« genannte Referat beaufsichtigte mit etwa 30 Mitarbeitern die entsprechenden K5-Dienststellen in den Polizeien der SBZ-Länder, die ihrerseits jeweils circa 200 bis 600 Mitarbeiter hatten. Sie verrichteten in den Ländern die eigentlichen Ermittlungsarbeiten.

Form OMGUS-187  
(23 Feb 49)

UNITED STATES MILITARY GOVERNMENT COURTS FOR GERMANY

**SUMMONS FOR WITNESS**

UNITED STATES MILITARY GOVERNMENT vs. Wilke Henke and others

No. 265  
2nd Judicial District  
 Magistrate — District Judge\*  
Lichterfelde-west  
 (Place)  
11 July 1949  
 (Date)

To: Erich JAMIN  
 Address: Wilhelmsruhe Kurzestr.5-6 Ministerium des Innern

You are hereby summoned and required to appear before the  
 District Court 9 Ringstr., Lichterfelde-West, Room 110  
 Magistrate at \_\_\_\_\_  
 (Address of Court)  
 District Judge of the 2nd Judicial District at 9 Ringstr., Lichterfelde-West  
 (Address of Court)  
 on 13 July 1949 at 0930  
 (date)

to testify and give evidence in the above styled case, and you are required to bring with you the following documents or articles:

Failure to comply with this summons may result in a warrant being issued for your appearance and may subject you to punishment.

By Order of the Court  
*Lester A. Rolste*  
 LESTER A. ROLSTE  
 Title: Clerk Marshal  
 US MG Courts for Germany  
 2nd Judicial District

\*Strike out words not applicable.  
 NOTE: The official text of this form is in English.  
 The German translation on the reverse side is for information only.

OMGUS 9-561 P Feb 49 100 M

> Zeugenladung des US-Bezirksgerichts Lichterfelde-West an Erich Jamin. 11.7.1949  
 Zum Prozess gegen seine Mitarbeiter wurde Jamin als Zeuge vorgeladen. Er kam dieser Vorladung jedoch nicht nach.  
 BArch, MfS, AS, Nr. 222/66, Bd. 1, Bl. 5

Der K5-Apparat diente vordergründig der Entnazifizierung, entpuppte sich aber als Unterdrückungsinstrument gegen echte und vermeintliche Gegner der SED und der Sowjets. Er hatte auf Grundlage des SMAD-Befehls 201 ab dem Sommer 1947 weitgehende geheimpolizeiliche Befugnisse. So konnten Verhaftungen mithilfe eigener Haftbeschlüsse vorgenommen und Anklageschriften für Gerichtsverfahren selbst ausgefertigt werden. Die K5-Dienststellen warben Vertrauensleute (V-Leute) und legten umfangreiche Karteien zu Beschuldigten, Tätern, Mittätern und Zeugen an. Die Interpretation des Befehls ergab dehnbare Tatbestände wie »antidemokratische Tätigkeiten« oder »Verstöße gegen die demokratische Neuordnung«, die mit Entnazifizierung wenig zu tun hatten, aber zur Unterdrückung politischer Gegner geeignet waren und zur Willkür einluden.

Die K5 wurden meist auf Veranlassung von und in Kooperation mit sowjetischen Stellen tätig. Diese leiteten die Arbeit der K5 an und wachten äußerst streng über die politische Zuverlässigkeit der Mitarbeiter. Daran haperte es aus sowjetischer Sicht oft, weshalb die Personalfuktuation bei den K5 groß war. Dies wiederum bot linientreuen Neu-Polizisten wie Erich Jamin die Möglichkeit, beruflich und gesellschaftlich rasch aufzusteigen. In Berlin, das als »Vier-Mächte-Stadt« einen anderen Status als die einzelnen Länder der Besatzungszonen hatte, oblag die Aufsicht über die Polizei den Alliierten gemeinsam. Hier existierte keine eigene K5-Landesdienststelle. Unter den Bedingungen des sich zuspitzenden Kalten Kriegs wurde in Berlin stattdessen das Referat K5 der DVdI tätig – meist konspirativ und in allen vier Sektoren.

Erich Jamin, im Referat K5 der DVdI als Hilfssachbearbeiter eingestellt, stieg schnell auf: Schon im August 1948 war er Leiter des Referats im Rang eines Polizei-Inspektors, was dem militärischen Rang eines Obersts entsprach. Jetzt waren es die Kommunisten in Gestalt der SED und mit ihr Erich Jamin, die nach den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur und mit dem Wohlwollen der Sowjetunion ihre Vorstellung eines Staats durchsetzen wollten und konnten.<sup>6</sup> Jamins Referat agierte dazu im Geheimen. Der Ausforschung durch die West-Alliierten konnte es sich gleichwohl nicht entziehen.



> Erich Jamin, Foto aus Jamins MfS-Kaderakte. O.D.  
 BArch, MfS, KS I, Nr. 2/84, Bl. 273

Dies wurde offenbar, als im Mai 1949 sieben K5-Mitarbeiter in Lichterfelde im amerikanischen Sektor verhaftet wurden. Sie hatten Gerhard Schütt beschattet, einen zweifellos auch nach westlichen Maßstäben gefährlichen Rechtsradikalen und antisowjetischen Aktivisten. Er plante ein Attentat auf den »Blauen Express«, den wegen seines blauen Anstrichs so genannten Urlauberzug der Roten Armee. Einen von Jamin angeblich zunächst vorgesehenen Mord an Schütt – mit einem Hammer durch einen eigens nach Berlin beorderten K5-Mitarbeiter der sächsischen Landespolizei – sollen die Sowjets kurz vor der Tat untersagt haben. Nun sollte Schütt nach Ost-Berlin gelockt und dort festgenommen werden. Doch der angeblich beauftragte Mörder aus Dresden hatte die Pläne nicht mitmachen wollen und sich West-Berliner Behörden anvertraut. Von ihm stammte die später vor Gericht wiederholte, aufsehenerregende Aussage zu dem Mordplan, deren Wahrheitsgehalt sich auf der Grundlage der Akten-Überlieferung jedoch nicht belegen lässt. Der Plan zu Schütts Festnahme in Ost-Berlin jedenfalls sollte mit der Entsendung der K5-Mitarbeiter nach Lichterfelde in die Tat umgesetzt werden.

Die Amerikaner stellten die »auf frischer Tat« festgenommenen K5-Mitarbeiter vor Gericht, weil sie, ohne den Amerikanern die Aktion wie vorgeschrieben zuvor



anzumelden, in Zivil und obendrein bewaffnet im US-Sektor tätig geworden waren. Jamin selbst wurde, allerdings vergeblich, als Zeuge vorgeladen. Ein zweiter Prozess richtete sich später gegen Schütt und seine Unterstützer. Aus den Stasi-Unterlagen zu dem Vorfall geht hervor, wie gut amerikanische Stellen über das Referat K 5 und seine Mitarbeiter informiert waren. Und die Verhöre und Aussagen der Festgenommenen lieferten weitere Erkenntnisse.<sup>7</sup> So gelangten vertrauliche Details über das Referat an die Öffentlichkeit. Jamins Karriere hemmte der Vorfall nicht. Trotz des von West-Berliner Medien »Hammermord-Prozess« getauften Verfahrens, blieb er im sich formierenden Geheimpolizei-Apparat der SED: Er wurde im Oktober 1949 in die »Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« übernommen, den direkten Vorläufer des Ministeriums für Staatssicherheit, mit dessen Aufbau Erich Mielke betraut worden war.<sup>8</sup>

Schon seit 1948 hatte die SED auf größere Eigenverantwortung gedrängt und die Sowjets darum gebeten, einen eigenen Geheimdienstapparat in der SBZ aufbauen zu dürfen. Ende 1948 stimmte Stalin zu und im Frühjahr 1949 wurde die Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft gegründet, die die K 5 ersetzte. Auch sie stand unter strenger sowjetischer Aufsicht. Lediglich ein Bruchteil der K 5-Mitarbeiter wurde in die neue Geheimpolizei übernommen. Nur ideologisch überzeugte Kandidaten wie Erich Jamin, deren Loyalität zu SED und Sowjetunion unzweifelhaft war, ließen die Sowjets zum Dienst zu.

---

### Das MfS verfügte 1950 über 2 700 hauptamtliche Mitarbeiter.

---

Mit der administrativen Trennung von West- und Ost-Berlin im Verlauf der sowjetischen Blockade Berlins vom Juni 1948 bis Mai 1949 konnte die neue Geheimpolizei nun im Ostteil der Stadt ungehindert agieren.<sup>9</sup> Nach der Gründung der DDR verabschiedete die DDR-Volkskammer schließlich am 8. Februar 1950 einstimmig ein Gesetz zur Einrichtung des Ministeriums für Staatssicherheit. Eine Geheimpolizei im Range eines Ministeriums, die getreu ihrer Selbstbezeichnung als »Schild und Schwert der Partei« in erster Linie

der Partei und der Sicherung ihrer Macht verpflichtet war. Obwohl das MfS noch lange unter der strengen Aufsicht und dem Einfluss sowjetischer »Instruktoren« stand, verfügte das SED-Regime von nun an über eine eigene Stütze für die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft.<sup>10</sup>

Oberst Erich Jamin wurde Hauptabteilungsleiter im MfS, stieg dann aber nicht mehr weiter auf. Haft und Kriegsgefangenschaft hatten seine Gesundheit nachhaltig angegriffen: 1965 schied er krankheitsbedingt aus dem Dienst und starb 1976. Im Rahmen der MfS-»Traditionsarbeit« idealisierte die Stasi ihn als kampf- wie leiderproben Kommunisten und beispielhaften Stasi-Offizier der ersten Stunde.<sup>11</sup> Das SED-Regime und mit ihm die Stasi stellten sich in eine Traditionslinie mit der KPD der Zwischenkriegsjahre, sie begriffen die DDR gleichsam als die Verwirklichung der revolutionären Kampfziele der militanten Kommunisten der Weimarer Zeit. Kader wie Erich Jamin galten Partei und MfS mit ihren Biografien als Zeugen und zugleich Belege für dieses Narrativ.

MtSc



> Demonstrierende am Potsdamer Platz fliehen vor Panzern der sowjetischen Armee. 17.6.1953  
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bild 145-00203063, Fotograf: Richard Perlia

## 1953 Vom Müggelsee auf die Stalin-Allee – der Berliner Weg zum 17. Juni 1953

Alles begann in Berlin-Friedrichshain am 12. Juni 1953 auf der Baustelle des neuen Krankenhauses in der Leninallee, der heutigen Landsberger Allee. An jenem Freitag löste die Lohnauszahlung bei den dortigen Bauarbeitern Unmut aus. Grund war die kurz zuvor von der SED-Führung vorgegebene und von der DDR-Regierung beschlossene Normenerhöhung. Sie wirkte wie eine Lohnkürzung – für die gleiche Arbeit hatten viele Bauarbeiter deutlich weniger Geld in der Lohntüte als zuvor, und dies in einer politisch wie wirtschaftlich zugespitzten Lage.<sup>12</sup> Seit der Mittagszeit machte auf der Baustelle deshalb die Forderung die Runde, ab nächstem Montag und bis zur Rücknahme der Normenerhöhung zu streiken. Auch der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL)

Max Fettling (1907–1974) erhielt Kenntnis davon. Weil Fettling das Gerücht zwar der Bauleitung, nicht aber der Gewerkschaft oder den staatlichen Stellen meldete, wurde er später hart bestraft.

Zunächst schien die Streikforderung jedoch in den Hintergrund zu treten. Denn die Beschäftigten der Baustelle Friedrichshain des VEB Industriebau unternahmen tags darauf den alljährlichen Betriebsausflug – in diesem Jahr eine Dampferfahrt über die Spree zum Müggelsee. Mitte Mai war Fettling als BGL-Vorsitzender mit der Planung des Sommervergnügens für 300 Kollegen beauftragt worden. Er charterte zwei Dampfer, engagierte Musiker und mietete einen Saal – die Gewerkschaft sponserte das Betriebsfest.<sup>13</sup> Doch die organisierte Geselligkeit konnte nicht über die Unzufriedenheit der Bauarbeiter mit den jüngsten Entscheidungen der Politik hinwegtäuschen. Im Ausflugslokal »Rübezahl« am Müggelsee schlug die Stimmung bei Musik, Bier und Schnaps allmählich hohe Wellen, die Betriebsleitung freute sich über das gesellige

Beisammensein.<sup>14</sup> Plötzlich aber sprang ein Brigadier auf und rief: »Montag ab sieben Uhr gehen wir nicht aus den Buden, wir streiken.«<sup>15</sup>

Folgt man den überlieferten Stasi-Unterlagen, gehörte die Baustelle des Friedrichshainer Krankenhauses zu den ersten Orten in Ost-Berlin und in der DDR überhaupt, an denen es am 15. Juni 1953 zu Arbeitsniederlegungen kam. Nach einer morgendlichen Betriebsversammlung verlangten die Bauarbeiter ultimativ die Rücknahme der Normenerhöhung und formulierten ein scharfes Protestschreiben an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl (1894–1964). Eine vierköpfige Delegation, darunter Max Fetting, überbrachte das Schreiben der Kanzlei des Ministerpräsidenten im Haus der Ministerien in der Leipziger Straße. Gleichzeitig gelangte das Schreiben auf andere Baustellen des VEB Industriebau in der nahe gelegenen Stalinallee, an der Staatsoper in Berlin-Mitte und in Berlin-Oberschöneweide. Der Funke war geschlagen, der die Unzufriedenheit der Bauarbeiter zu einem gewaltsamen Volksaufstand im ostdeutschen Staat werden ließ.<sup>16</sup>

### Das MfS verfügte 1953 über 12 630 hauptamtliche Mitarbeiter.

Auch am 16. Juni ruhte die Arbeit auf der Baustelle des Krankenhauses. Gewerkschaftsfunktionäre eilten herbei und machten heftige Propaganda gegen den Streik. Erst am frühen Nachmittag traf die Meldung über die Rücknahme der Normenerhöhung auf der Baustelle ein, wenigstens ein Teil der Bauarbeiter nahm die Arbeit wieder auf. Andere waren zu diesem Zeitpunkt schon gemeinsam mit Kollegen von der Stalinallee demonstrierend zum Alexanderplatz und zum Haus der Ministerien ins Ost-Berliner Stadtzentrum gezogen. Weitere Menschen schlossen sich ihnen an. Tausende verlangten nun am Sitz der DDR-Regierung die Rücknahme der Normenerhöhung, freie und geheime Wahlen sowie die Senkung der Lebensmittelpreise. Lautstark erschallte der Ruf nach einem der wirksamsten Mittel der Arbeiterbewegung: Generalstreik. Am 17. Juni nahm die Streikwelle ihren Lauf durch die Berliner Betriebe. Ab den frühen Morgenstunden protestierten Tausende Arbeiter und

Bauarbeiter am Straußberger Platz, zogen über den Alexanderplatz durch das Ost-Berliner Stadtzentrum. Dazu gesellten sich an diesem Tag Menschen aus dem Umland von Berlin. In den Mittagsstunden war die Menge auf weit mehr als 100 000 Menschen angewachsen. Im Mittelpunkt der Protestforderungen standen jetzt der Sturz der Regierung und der SED-Führung. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und ostdeutschen Sicherheitskräften. Sektorengrenzen, Gebäude von SED und Polizei sowie öffentliche Einrichtungen wurden demoliert. Das sowjetische Militär griff gewaltsam ein, Panzer fuhren auf, gegen 13.00 Uhr verhängte der sowjetische Stadtkommandant den Ausnahmezustand und das Kriegsrecht. Um die SED-Diktatur zu retten, wurde der Volksaufstand blutig niedergeschlagen.<sup>17</sup>

Die SED-Führung titulierte den Volksaufstand als »faschistischen Putsch«, der aus dem Westen gesteuert sei. Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste ging die Staatssicherheit daran, vermeintliche Rädelsführer ausfindig zu machen und zu bestrafen. Am späten Abend des 19. Juni 1953 inhaftierte sie Max Fetting.<sup>18</sup> Sie brachte ihn in die Untersuchungsanstalt Berlin-Hohenschönhausen und verhörte ihn nächtelang.<sup>19</sup> Gegenüber einem Mithäftling gab Fetting an, während der Verhöre geschlagen worden zu sein.<sup>20</sup> Nach ihren ersten Vernehmungen eröffnete die Stasi ein Untersuchungsverfahren und hielt Fetting in Untersuchungshaft.<sup>21</sup>

Keine acht Wochen nach den Geschehnissen schloss die Stasi ihre Ermittlungen ab. Sie bezichtigte den BGL-Vorsitzenden und drei weitere Männer von der Baustelle des Friedrichshainer Krankenhauses, »Organisatoren der faschistischen Provokation vom 17.6.1953« gewesen zu sein, die »arbeiterfeindliche Streiks und Demonstrationen« samt »Terrorüberfällen, Brandstiftungen und Plünderungen« organisiert hätten. Für bedeutsam hielt die Stasi zwei – zu dieser Zeit eher weitverbreitete – Verwicklungen der Männer: ihre früheren Mitgliedschaften in nationalsozialistischen Organisationen und ihre Kontakte nach West-Berlin. Der Ermittlungsbericht der Stasi verzerrte das Geschehene ins Groteske. Die dem Volksaufstand zugrundeliegenden Forderungen der Bauarbeiter nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen erwähnte er mit keinem Wort.<sup>22</sup> Denn das wäre das Eingeständnis eines doppelten Scheiterns gewesen:

Die Parteiführung hatte es versäumt, rechtzeitig auf die Unzufriedenheit der Ostdeutschen zu reagieren. Und der Stasi war es nicht gelungen, das Umschlagen der gärenden Unzufriedenheit in eine öffentliche Protestbewegung zu unterdrücken.<sup>23</sup>

Stattdessen präsentierte die Stasi Leute wie Max Fetting als Sündenböcke. Fetting habe es als BGL-Vorsitzender unterlassen, die Gewerkschaftsführung rechtzeitig zu informieren und die Bauarbeiter zu disziplinieren. Um eine lange Reihe gezielter Vorbereitungen zum Volksaufstand zu konstruieren, lastete ihm die Geheimpolizei sogar die Organisation der Dampferfahrt zum Ausflugslokal »Rübezahl« an.<sup>24</sup> Die gerichtliche Anklageschrift war eine Fortsetzung solcher Verdrehungen: Die Justiz machte aus Fetting einen »Handlanger der faschistischen Provokateure«.<sup>25</sup> Das Stadtgericht Groß-Berlin verurteilte ihn im August 1954 wegen »friedensgefährdender faschistischer Propaganda« zu zehn Jahren Gefängnis. Eine Anlage zum Gerichtsurteil regelte weitergehende Strafen: Fetting durfte fortan kein öffentliches Amt bekleiden, verlor sein Wahlrecht und wurde Einschränkungen bei der Wahl des Berufs und des Wohnortes unterworfen. Selbst der Besitz eines Autos war ihm verboten. Zur Verbüßung der Strafe kam Fetting in Berlin in den Strafvollzug, später nach Brandenburg-Görden und nach Cottbus. Im Zuge des kurzen politischen

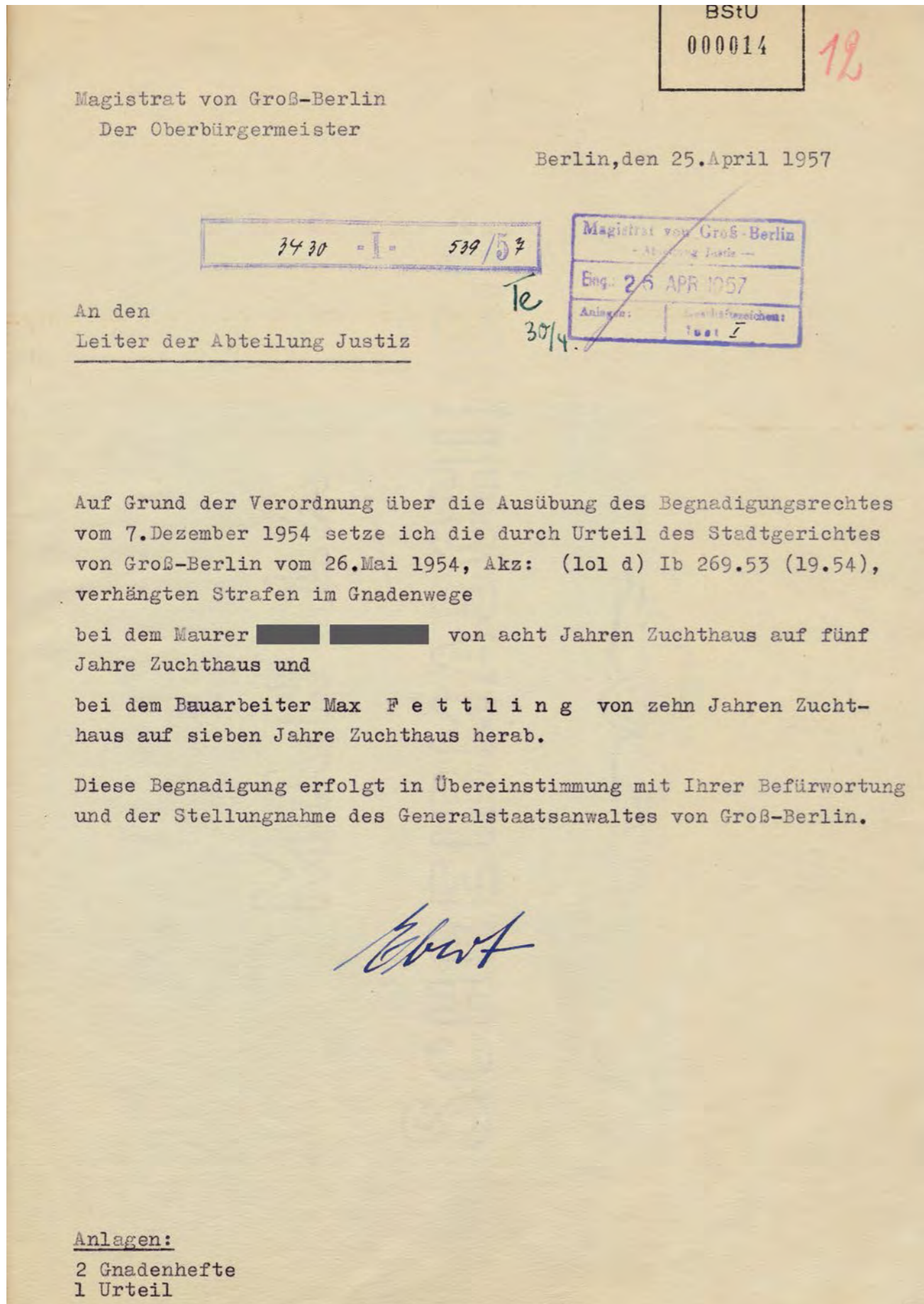


> Max Fetting bei seiner Einlieferung in die Untersuchungsanstalt Hohenschönhausen. Juni 1953  
BArch, MfS, AU 542/53, Bd. 6, Bl. 57

Tauwettters 1956, welches sich bis in die politische Strafjustiz erstreckte, erließ der Oberbürgermeister von Ost-Berlin einen »Gnadenentscheid«. In diesem wurde seine Haftstrafe auf sieben Jahre verringert und für die noch ausstehenden drei Jahre ein Hafterlass ausgesprochen. Im August 1957 kam Max Fetting auf Bewährung frei – und ging anschließend gemeinsam mit seiner Ehefrau nach West-Berlin.<sup>26</sup>

Der 17. Juni 1953 war ein DDR-weites Aufbegehren der Bevölkerung: ein Volksaufstand. Beteiligt waren Jüngere und Ältere, Frauen und Männer, Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende, Handwerker und Bauern, Parteilose, Parteimitglieder und Gewerkschaftler. Aber die Ereignisse im Juni 1953 berührten auch West-Berlin und wurden in ganz Deutschland aufmerksam wahrgenommen. Dabei wirkte West-Berlin wie ein grenzüberschreitender Kommunikationsknotenpunkt; zudem war es Transitstrecke und Zufluchtsort. Informationen und Nachrichten über den Volksaufstand in der DDR ebenso wie Kommentare westdeutscher Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre, die der Radiosender RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) von West-Berlin aus verbreitete, fanden eine große ostdeutsche Zuhörerschaft und wirkten hier oftmals meinungsbildend.<sup>27</sup> Durch West-Berlin hindurch führten Routen der Protestierenden aus dem Umland nach Ost-Berlin. Prominentes Beispiel ist der kilometerlange Marsch von bis zu 15 000 Arbeitern aus dem Raum Hennigsdorf, Velten, Oranienburg durch den Wedding nach Mitte – die ostdeutschen Sicherheitskräfte konnten sie nicht aufhalten, die westdeutsche Polizei ließ sie passieren und die West-Berliner begrüßten sie bisweilen mit Kaffee, Kuchen, Schokolade und Zigaretten.<sup>28</sup> Und nicht zuletzt diente West-Berlin als Zufluchtsort vor den ostdeutschen Sicherheitskräften. Max Fetting ist nur ein Beispiel für die kaum messbare Fluchtwelle gen West-Berlin, die aus den Ereignissen im Juni 1953 resultierte.

Für die SED-Führung war der Volksaufstand ein Schock, sowjetische Panzer sicherten damals ihre Herrschaft. Wahrscheinlich fast 100 Menschen bezahlten die Revolte mit ihrem Leben – vor allem Demonstranten, aber auch Partei- und Staatsfunktionäre sowie Angehörige des MfS. In der Folge inhaftierten ostdeutsche, aber auch sowjetische Sicherheitskräfte knapp



15 000 Menschen. Die meisten Festnahmen erwiesen sich als willkürlich und wurden wegen Überschreitung der Ausgangssperre, fehlender Ausweispapiere und speziell in Ost-Berlin wegen illegalem Grenzübertritt der Sektorengrenze, sowohl von Osten als auch von Westen aus, vorgenommen.<sup>29</sup> Das Gros kam wieder frei; bis Anfang 1954 ergingen knapp 1 500 Urteile – darunter zweimal die Todesstrafe<sup>30</sup>, dreimal lebenslange Haft, 13-mal zwischen zehn und 15 Jahren und 99-mal zwischen fünf und zehn Jahren Haft.<sup>31</sup>

Auffällig war der Strategiewechsel des SED-Regimes: Nachdem die Sicherheitskräfte unmittelbar nach dem 17. Juni massenhaft Verhaftungen vorgenommen hatten, folgten – wenn es überhaupt zu Strafprozessen kam – überwiegend milde Gerichtsurteile. Es galt, den Druck auf das SED-Regime zu reduzieren und neue Ausschreitungen zu verhindern. Erich Mielke, 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, untersagte am 24. Juni 1953 »Massenrepressalien« gegenüber den Festgenommenen und forderte, dass deren Schuld genau belegt sein müsse. In den Augen der Geheimpolizei weniger gefährliche Mitläufer sollten schnell wieder freikommen. Es wurde fortan weniger auf offene Repressionen als vielmehr auf Kontrolle und Disziplinierung gesetzt. Zudem wurde die Hauptschuld und die »Steuerung« der Unruhen nun »westlichen Drahtziehern« zugeschrieben.<sup>32</sup> An vermeintlichen Rädelsführern wurden auf Abschreckung abzielende Exempel statuiert.<sup>33</sup>

Bei Partei und Staatssicherheit hinterließ der 17. Juni 1953 ein tiefes Trauma: Der Volksaufstand hatte das SED-Regime an den Rand des Abgrunds gebracht und den fehlenden Rückhalt in der Bevölkerung drastisch offengelegt. Weder die SED-Führung noch ihre Sicherheitskräfte hatten den Ernst der Lage frühzeitig erkannt. In der Folgezeit geriet Parteichef Ulbricht (1893–1973) im Führungszirkel der SED daher erheblich unter Druck. Doch es gelang ihm, einem anderen die Hauptschuld zuzuschreiben: Stasi-Minister Wilhelm Zaisser (1893–1953). Dieser musste seinen Posten schließlich räumen.<sup>34</sup> Das MfS wurde in ein Staatssekretariat innerhalb des Innenministeriums umgebildet – die Entscheidung dazu war aber, in Anlehnung an das sowjetische Vorbild, bereits vor dem Aufstand getroffen worden. Zweieinhalb Jahre später, im November 1955, erhielt die Stasi ihren Rang als eigenständiges Ministerium zurück.

Eine direkte Folge des Volksaufstands aber war die Erkenntnis, dass die Staatssicherheit ihren Sicherungsaufgaben nicht gewachsen gewesen war und – aus Sicht des Regimes – dringend ausgebaut, vor allem auch professionalisiert werden musste. So richtete Zaisser's Nachfolger Ernst Wollweber (1898–1967) »Informationsgruppen« ein: Sie lieferten von nun an regelmäßig Berichte zur Sicherheitslage an die Partei- und Staatsführung.<sup>35</sup>

Der 17. Juni blieb dabei für die Stasi bis zum Ende der DDR stets ein Tag erhöhter Alarmbereitschaft. Akribisch beobachtete sie Äußerungen und Aktivitäten im Umfeld dieses Datums und jahrzehntelang hielt sie die damals Festgenommenen im Visier: Der »Tag X« sollte sich nicht wiederholen. Und doch stellte Stasi-Minister Mielke in einer Dienstbesprechung am 31. August 1989 laut Wortprotokoll die Frage: »Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?« Dass der Leiter der Bezirksverwaltung Gera dies verneinte – »der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da!« –, vermochte den Gang der Dinge nicht aufzuhalten.<sup>36</sup> Die Ablehnung und der Widerstand in der Bevölkerung erwiesen sich letzten Endes als stärker.

SSt/GCa

1956

## »Gebt Ungarn frei!« – eine Großdemonstration in West-Berlin und ihre Folgen

Das Jahr 1956 begann mit einem Paukenschlag: Auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), der im Februar in Moskau stattfand, rechnete Generalsekretär Nikita Chruschtschow (1894–1971) schonungslos mit der Herrschaft Josef Stalins (1878–1953), dessen Verbrechen und dem Personenkult um ihn ab. Die plötzliche Abkehr vom bisher vergötterten Diktator löste im gesamten sowjetischen Machtbereich eine Krise der totalitären Regime aus. In Polen und Ungarn kam es zu Aufständen, die blutig niedergeschlagen wurden.

An der DDR ging der Parteitag ebenfalls nicht spurlos vorüber. Walter Ulbricht (1893–1973), 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED, sah sich Anfang März veranlasst, im »Neuen Deutschland« Stellung zu beziehen.<sup>37</sup> Sein Artikel, der in den schlichten Satz »Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen« mündete, kam einem politischen Erdbeben gleich. Aufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit war es, die Reaktionen der DDR-Bevölkerung genau zu dokumentieren und die Parteiführung stets auf dem Laufenden zu halten. Die MfS-Stimmungsberichte ergaben ein ambivalentes Bild.<sup>38</sup> Insbesondere SED-Mitglieder waren verunsichert und beschwerten sich über den von oben verordneten abrupten Kurswechsel. Genossen der Volkspolizeiinspektion Pankow äußerten: »Es ist unbegreiflich und ein ungesunder Zustand, dass irgendwelche Veränderungen erst dann



> Kundgebung am Rathaus Schöneberg gegen die militärische Intervention der Sowjetunion in Ungarn. 6.11.1956  
Polizeihistorische Sammlung des Polizeipräsidenten Berlin

von der Bevölkerung diskutiert werden dürfen, wenn es von oberster Ebene angeordnet wird.«<sup>39</sup> Andere fühlten sich in ihrem Urteil über Stalin bestätigt und sprachen nun offen aus, was sie schon lange dachten. Eine Genossin erklärte, sie habe »schon immer« eine negative Meinung zu Stalin vertreten, hätte diese aber bisher nicht äußern dürfen. Mit der Abkehr von Stalin erwarteten die Menschen weitere Veränderungen. So fragte ein Student der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin: »Da Stalin Fehler gemacht hat, wird wohl auch die Oder-Neiße-Grenze revidiert?« Es sind Aussagen wie diese, die das MfS in seinen Stimmungsberichten typischerweise als Ausdruck von »Unklarheiten« wertete.

### Das MfS verfügte 1956 über 16 264 hauptamtliche Mitarbeiter.

Im Laufe der Zeit wurden aus dem XX. Parteitag auch Forderungen nach Konsequenzen für die SED-Spitze abgeleitet. Während einer Parteigruppenversammlung bei der Bildagentur Zentralbild in Berlin hieß es: »Wer hat uns den Stalin als klug hingesetzt? Doch das Politbüro, alle die aus der Sowjetunion kamen.«<sup>40</sup> An eine echte Kehrtwende der Einheitspartei wollten viele jedoch nicht glauben. So hieß es unter Arbeitern eines Lichtenberger Privatbetriebs: »Die SED hat es noch nie ehrlich gemeint und meint es auch in diesem Fall nicht ehrlich. Es ist alles Lug und Trug.«<sup>41</sup> Und auch Walter Ulbricht geriet zunehmend in die Kritik. Ein Lehrausbilder des in Weißensee ansässigen VEB Großdrehmaschinenbau »7. Oktober« vertrat etwa die Ansicht: »Stalin war im Ausland ein Diktator und dasselbe ist Walter Ulbricht hier.«<sup>42</sup> Einige waren sogar so mutig, seinen Rücktritt zu fordern. So äußerten Slawistik-Studenten der Humboldt-Universität: »Wahre Demokratie würde bei uns bedeuten, dass Walter Ulbricht abtreten muss.«<sup>43</sup>

Während die Diskussionen in der DDR im Sommer 1956 allmählich abebbten, verschärfte sich die Entwicklung in Ungarn, wo sich eine Studentendemonstration am 23. Oktober zu einem Massenprotest ausweitete. Mit der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy (1896–1958) zum Ministerpräsidenten keimte hier Hoffnung auf. Als Nagy

jedoch den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt erklärte, wurde er abgesetzt. Die sowjetische Armee schlug die sich daraufhin zu einem Aufstand ausweitenden Proteste blutig nieder.<sup>44</sup> Die Sowjetführung beendete den Reformprozess mit Gewalt, da sie erkannt hatte, dass zu weitgehende politische Zugeständnisse zu einem Auseinanderbrechen ihres Machtbereichs in Ostmitteleuropa führen konnten.

Diese Ereignisse wurden in der DDR aufmerksam registriert, wobei sich große Teile der Bevölkerung nicht auf die offizielle Darstellung der Ereignisse in Ungarn als »Konterrevolution« einließen und es zu Solidaritätsbekundungen mit den Aufständischen kam. Der politischen Führung in der DDR hingegen hatte der ungarische Volksaufstand die Grenzen der vorsichtigen Öffnung nach dem XX. Parteitag deutlich gemacht. Dies stärkte die Position von Walter Ulbricht, der sich wiederholt gegen politische Lockerungen gestellt hatte.

Im Westen protestierten Politiker scharf gegen die gewaltsame Niederschlagung des Aufstands und auch große Teile der Bevölkerung, insbesondere in West-Berlin, versammelten sich zu öffentlichen Demonstrationen. So fanden sich am 5. November 1956 vor dem Rathaus Schöneberg gegen 18.00 Uhr über 100 000 Menschen zu einer Kundgebung zusammen. Die Stimmung war aufgeheizt; den auftretenden Politikern, unter ihnen die Berliner Landesvorsitzenden der SPD Franz Neumann (1904–1974) und der CDU Ernst Lemmer (1898–1970), wurde Untätigkeit vorgeworfen und sie wurden ausgepöffelt.

Einige Tausend überwiegend jüngere Menschen zogen anschließend vom Rathaus in Richtung des sowjetischen Ehrenmals an der Straße des 17. Juni und des Brandenburger Tors. Einige wollten zu der kurz hinter dem Tor liegenden sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin vordringen, um dort zu protestieren. Die Demonstranten trugen Transparente und riefen Parolen wie »Gebt Ungarn frei!«, »Russe raus aus Deutschland« und »Nieder mit dem Kommunismus«.

Die West-Berliner Polizei versuchte zu verhindern, dass die Demonstranten die Sektorengrenze nach Ost-Berlin überschritten, da dies die Gefahr einer Konfrontation mit der Volkspolizei barg. Doch auch unter Einsatz von Wasserwerfern vermochte sie den Zug zunächst nicht aufzuhalten. Er kam erst unmittelbar vor

dem Brandenburger Tor, wo bewaffnete Volkspolizisten und Wasserwerfer postiert waren, zum Stehen. Es kam zu tumultartigen Szenen und Steinwürfen; ein weiteres Vordringen des Demonstrationzugs in den östlichen Sektor und damit eine weitere Eskalation konnte aber, nicht zuletzt durch das beschwichtigende Eingreifen des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses und späteren SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Willy Brandt (1913–1992), verhindert werden.<sup>45</sup>

Zu den Menschen, die vor das Brandenburger Tor zogen, gehörten auch zwei junge Männer, die sich am Ende des Tages in der Gewalt des DDR-Staatssicherheitsdienstes wiederfanden. Obwohl der eine, der 21-jährige Dreher Peter Zweiler, aus West-Berlin, und der andere, der 18-jährige Transportarbeiter Hans Wiggert, aus Ost-Berlin stammte, verwickelten sie sich unter ganz ähnlichen Umständen in die Auseinandersetzungen.<sup>46</sup>

Beide kamen aus schwierigen Verhältnissen. Zweiler, dessen Mutter wegen Schizophrenie in einer Heilanstalt lebte, war nach der Scheidung seiner Eltern bei seinem gewalttätigen und alkoholkranken Vater aufgewachsen und wohnte zum Zeitpunkt der Tat mit diesem in einem »kümmerlichen Behelfsheim« in Charlottenburg.<sup>47</sup> Aufgrund seiner geringen Körpergröße und schmächtigen Statur litt sein Selbstbewusstsein, was er durch teure Anschaffungen – für die er sich wiederholt verschuldete – zu kompensieren versuchte. Sein Leben sah er bereits als gescheitert an, wie aus einem während der Untersuchungshaft an seinen Vater geschriebenen Brief hervorgeht.<sup>48</sup>

Auch Wiggert war ein Scheidungskind und lebte mit Vater, Stiefmutter, einer Schwester und sechs Stiefgeschwistern in ärmlichen Verhältnissen in einer Zweizimmerwohnung in Berlin-Prenzlauer Berg. Er litt unter Vernachlässigung und schon früh zeigten sich bei ihm, so der Bericht der Jugendhilfe, »erhebliche Erziehungsschwierigkeiten«, weshalb er zwischenzeitlich aus der Familie herausgenommen und in einem Lehrlingswohnheim, später auch einem Jugendwerkhof, einer Einrichtung für als schwer erziehbar geltende Jugendliche, untergebracht wurde. Die Schule verließ Wiggert ohne Abschluss, seine Arbeitsverhältnisse wechselten rasch, wobei ihm wiederholt mangelnde Arbeitsmoral und Disziplinschwierigkeiten sowie ein schlechtes Verhältnis zu Kollegen bescheinigt wurden.

Auch von Lügen und kleineren Diebstählen war die Rede.<sup>49</sup> Das Fazit der Jugendhilfe fiel niederschmetternd aus: Wiggert gehöre »zu denjenigen, die gern in den Tag hineinflaulenzen und ohne zu arbeiten viel Geld in die Hände bekommen möchten. Er sucht und findet somit die Gemeinschaft anderer gefährdeter Jugendlicher [...]. Anstatt [...] ein arbeitsames und ordentliches Leben zu führen, beteiligt er sich an Raufereien und Schlägereien.«<sup>50</sup>

Beide Jugendliche gerieten durch eine Mischung aus Zufall, Neugier und Abenteuerlust in die Demonstration. Peter Zweiler hatte sich nach Feierabend von seiner Wohnung in Charlottenburg zu einem Freund nach Schöneberg aufgemacht. Auf seinem Weg kam er am Rudolf-Wilde-Platz vorbei, wo gerade die Protestkundgebung gegen die sowjetische Intervention in Ungarn stattfand. Den MfS-Vernehmern gegenüber sagte er aus, er sei stehen geblieben, »um zu sehen, was dort los ist«.<sup>51</sup> Der zwei Jahre jüngere Hans Wiggert gab nach seiner Verhaftung durch die Volkspolizei zwar an, sich gezielt vom Prenzlauer Berg zu der Protestaktion in Schöneberg aufgemacht zu haben, da er »sehr an Politik interessiert« sei,<sup>52</sup> doch Aussagen aus seinem persönlichen Umfeld lassen Zweifel an einer genuin politischen Motivation aufkommen. Er sei, so die Auskunft von Bekannten, »nicht in der Lage, sich über die politischen Verhältnisse in der Welt ein klares Bild zu machen« und in der Nachbarschaft in erster Linie durch provozierendes und pöbelhaftes Verhalten aufgefallen.<sup>53</sup>

Wie viele andere Jugendliche und junge Erwachsene ließen sich auch Zweiler und Wiggert von der aufgeheizten Stimmung während der Kundgebung gegen die Niederschlagung des Ungarn-Aufstands mitreißen. Beide schlossen sich daher – unabhängig voneinander – der mehrere Tausend Köpfe starken Gruppe an, die in Richtung Brandenburger Tor zog, wo sie in die Auseinandersetzungen mit der Volkspolizei gerieten. Als sich die Situation allmählich beruhigte, überquerten sowohl Wiggert als auch Zweiler die Sektorengrenze nach Ost-Berlin.

Während Ersterer schlicht nach Hause in den Prenzlauer Berg laufen wollte, gab der West-Berliner Zweiler an, er habe die »Meinung der dort stehenden Menschen und Volkspolizisten zu den Ereignissen am Brandenburger Tor« hören wollen.

5

Stadtbezirksgericht Mitte  
- Haftrichter -  
~~Das Kreisgericht~~

Aktenzeichen: Hs.B. 144/56 Berlin, den 6. November 1956  
[Bei Eingaben stets anzuführen] Fernruf

BSTU  
0011

*Fügandlich!*

**Haftbefehl**

er Hilfsarbeiter Wiggert, Hans  
D geb.                      in Berlin  
wohnhaft: Berlin N.-58,                     

ist in Untersuchungshaft zu nehmen.

Er wird beschuldigt, am 5.11.1956 in Berlin sich mit einer Menschenmenge öffentlich zusammengerottet und mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen begangen zu haben.

Er nahm an dem fraglichen Tage an der Kundgebung des westberliner Senats teil und zog mit einer randalierenden u. johlenden Menschenmenge mit zum Brandenburger Tor. Er unternahm es dabei, die Menschenmenge gegen die Volkspolizei aufzuhetzen indem er ständig mitbrüllte »das Maaß ist voll«, »hängt den Spitzbart auf!« u. »Russen raus«. Es kam daher auch zu Steinwürfen gegen die Volkspolizei. Er hat damit den Landesfrieden gebrochen.

Strafbar gemäss §§ 125, 47 StGB - §§ 24, 37 JGVO

Er ist dieser Straftat dringend verdächtig und es besteht Fluchtverdacht u. im erheblichen Maaße Verdunkelungsgefahr, da er Mittäter warnen und in ihren Aussagen beeinflussen kann.

// es besteht Verdunkelungsgefahr //

Gegen diesen Haftbefehl ist binnen einer Woche das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig.

*K. Krautter*  
(K. Krautter) Richter

Best.-Nr. StP. 16/Ni Haftbefehl - Kreisgericht - (§§ 141 ff. StPO).  
Vordruck-Leitverlag Erfurt Ag 308/56 DDR 225/25 2 56 303 V 5/21



> Die westliche Seite des Brandenburger Tors nach Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Volkspolizei. 5.11.1956  
BArch, MfS, HA IX, Nr. 9937, Bl. 4

Bei einer Ausweiskontrolle stellte ein Volkspolizist fest, dass Zweilers Handschuhe beschmutzt waren, was den Verdacht nahelegte, dass er sich an Steinwürfen beteiligt hatte.<sup>54</sup> Daraufhin wurde er festgenommen und in die Untersuchungshaftanstalt Berlin-Mitte in der Keibelstraße gebracht. Wiggert war einem Zeugen verdächtig erschienen, der ihn zwecks Überprüfung der Volkspolizei übergab. Da sein Ausweis zerrissen war, wurde er ebenfalls festgenommen.<sup>55</sup> Auch er kam in die Untersuchungshaftanstalt Berlin-Mitte.

Gegen die beiden jungen Männer leitete das MfS ein Untersuchungsverfahren wegen Landfriedensbruchs und Staatsverleumdung nach § 125 bzw. § 131 des Strafgesetzbuches ein. Einen Monat später erhob der Generalstaatsanwalt von Groß-Berlin, der sich die Sichtweise des MfS, das die Taten der jungen Männer als genuin politische Aktionen betrachtete, weitgehend zu eigen machte, Anklage. Peter Zweiler wurde vorge-

worfen, »sich einer öffentlich zusammengerotteten Menschenmenge« angeschlossen, »gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat gerichtete Hetzparolen mitgeschrien und mit Steinen auf die zum Schutz unseres Sektors eingesetzte Volkspolizei und deren Hilfsmittel geworfen« zu haben.<sup>56</sup> Ganz ähnlich lauteten die Vorwürfe bei Wiggert – auch wenn dieser gegenüber den MfS-Vernehmern die Beteiligung an Steinwürfen bestritten hatte.<sup>57</sup> Wiggert habe durch die Teilnahme an der »Zusammenrottung« »faschistische Kräfte unterstützt« und damit die Sicherheit der »Arbeiter- und Bauernmacht« gefährdet.<sup>58</sup> Bei beiden jungen Männern wurde darauf verwiesen, dass sie gerade aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse hätten wissen müssen, dass sie mit ihrer Beteiligung an den Aktionen »die Ziele des Monopolkapitalismus« unterstützten.<sup>59</sup> Ganz offensichtlich überschätzten sowohl das MfS als auch die Staatsanwaltschaft das »Klassenbewusstsein« der jugendlichen Delinquenten.

Dass ein irgendwie geartetes politisches Bewusstsein bei den Taten eine eher untergeordnete Rolle spielte, wurde in den Ermittlungsverfahren deutlich. Zweiler bezeichnete gegenüber seinen MfS-Vernehmern die Steinwürfe auf die Volkspolizei als »Halbstarken-Idee«.<sup>60</sup> Er habe sich lediglich aus Wut daran beteiligt, nachdem er selbst von einem Wasserwerfer getroffen worden war.<sup>61</sup> Erst als er einen stark blutenden Demonstranten sah, habe er das Steinwerfen eingestellt.<sup>62</sup>

Wiggert sagte aus, er habe sich an den Sprechchören beteiligt, »weil die anderen auch brüllten und weil es mir Spaß gemacht hat«.<sup>63</sup> Die ebenfalls angeführten vagen politischen Motive für die Teilnahme an der Demonstration erscheinen vor diesem Hintergrund eher als Bemäntelung ihrer Taten – auch wenn möglicherweise antisowjetische Ressentiments ebenfalls eine Rolle spielten.

Dies sahen auch die Richter so: Zweilers Beteiligung an dem Demonstrationzug schrieben sie seiner »Neugierde« und seiner Beeinflussung durch die Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg zu, da es sich bei ihm um einen jungen Menschen ohne »feste politische Meinung« handele.<sup>64</sup> Bei Wiggert hieß es, er habe sich »von der Masse treiben« lassen und seine Taten seien »hauptsächlich auf Radaulust und Angebertum« zurückzuführen.<sup>65</sup>

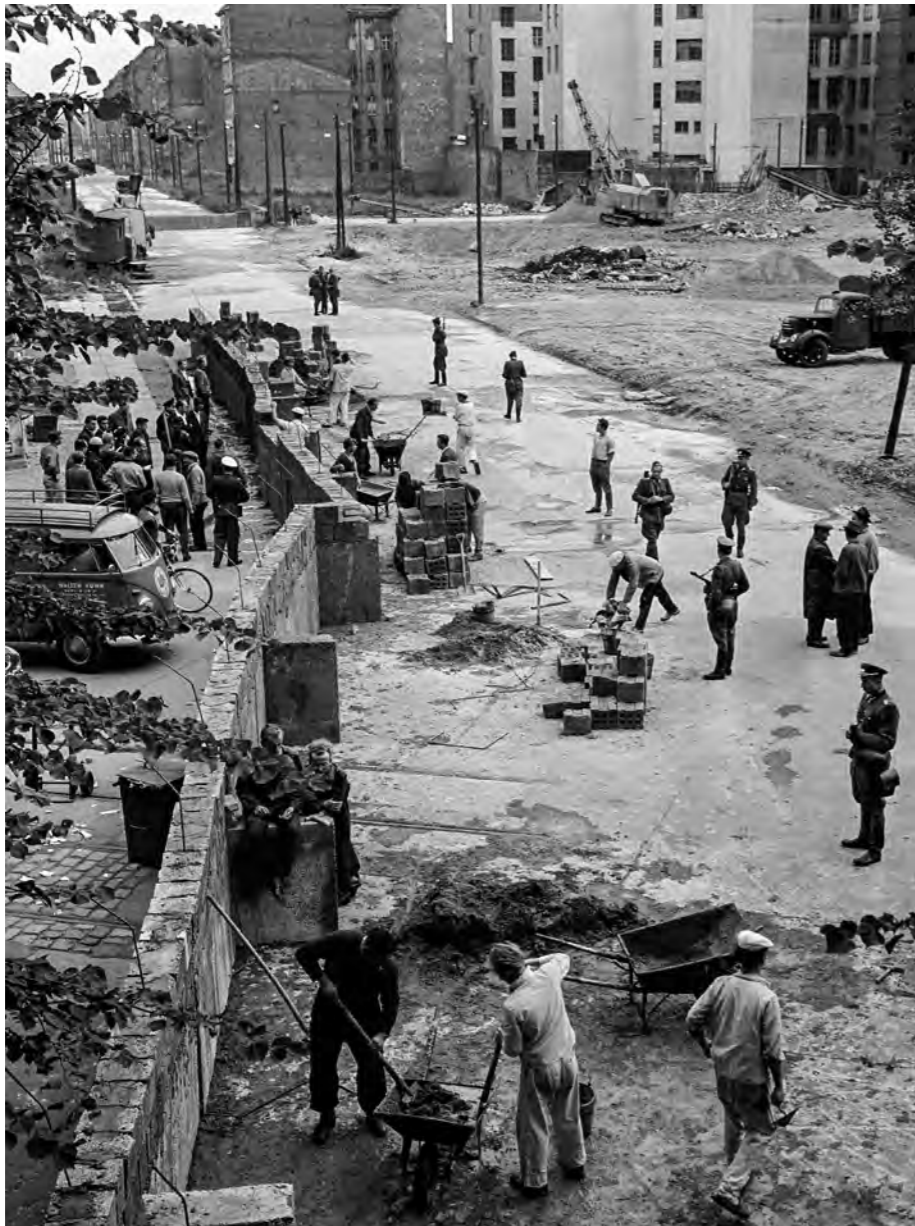
Die beiden jungen Männer wurden daher zu – innerhalb des möglichen Strafrahmens – relativ milden Strafen verurteilt. Bei Peter Zweiler erkannte das Gericht auf die Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis.<sup>66</sup> Die Strafe wurde wenig später für zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt,<sup>67</sup> sodass Zweiler sich gut sechs Wochen nach seiner Verhaftung wieder auf freiem Fuß befand. Hans Wiggert wurde zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten verurteilt, wobei seine »erhebliche Unreife« strafmildernd berücksichtigt wurde.<sup>68</sup> Im Gegensatz zu Zweiler musste er seine Strafe voll verbüßen und wurde erst am 6. März 1957 entlassen.<sup>69</sup>

Der Fall der beiden jugendlichen Demonstranten zeigt, dass Berlin zwar politisch geteilt war, von den Bewohnern aber noch als städtische Einheit betrachtet wurde. Für den Ost-Berliner Hans Wiggert war es ebenso wenig ungewöhnlich, an einer Demonstration im Westteil der Stadt teilzunehmen, wie sich Peter

Zweiler nicht scheute, das Brandenburger Tor Richtung Osten zu durchschreiten. Und unabhängig von seinem West-Berliner Wohnort konnte auch Zweiler in die Hände der DDR-Staatssicherheit geraten, sobald er sich in den sowjetischen Sektor der geteilten Stadt begab.

Für das MfS war die Demonstration am Brandenburger Tor deshalb von besonderer Brisanz, weil sie auf Ost-Berlin überzugreifen drohte. Es betonte in den Ermittlungsverfahren daher auch die politische Dimension der Taten der jungen Männer und warnte vor einer ähnlichen Eskalation wie in Ungarn. Die Gerichte hingegen sahen bei den Taten von Zweiler und Wiggert – wohl zu Recht – eher jugendliche Abenteuerlust und Draufgängertum am Werk und berücksichtigten auch die prekären Verhältnisse, aus denen die beiden stammten, sowie ihre geistige und soziale Unreife. Für die Propaganda der DDR zu den Ausschreitungen wiederum war nur Peter Zweiler zu gebrauchen. Er wurde gemeinsam mit sieben weiteren Jugendlichen auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit als Beweis dafür präsentiert, dass die »Provokationen« am Brandenburger Tor von »Westberliner Agentenzentralen« angezettelt wurden – dass auch Ost-Berliner wegen der Ausschreitungen festgenommen worden waren, wurde dabei wohlweislich verschwiegen.<sup>70</sup>

HBi



> Mauerbau an der Zimmerstraße, Ecke Lindenstraße. Unter Aufsicht der Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee lässt die DDR-Regierung den Grenzverlauf durch eine Mauer befestigen. 18.8.1961  
 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B-145-00014423, Fotograf: Siegmann

## 1961

### »Erhöhte Gefährdungslage« nach der Grenzabriegelung

Die stetige Fluchtbewegung gen Westen war in den 1950er-Jahren das zentrale Problem für die DDR-Führung. Jahr für Jahr verließen weit über 100 000 Menschen den ostdeutschen Teilstaat, darunter überdurchschnittlich viele junge und gut ausgebildete Fachkräfte. Die dagegen ergriffenen Maßnahmen zeigten allenfalls kurzfristig Wirkung.<sup>71</sup> Als Achillesverse erwies sich nach der Schließung der innerdeutschen Grenze

im Mai 1952 das geteilte Berlin, wo ein Übergang vom Osten in den Westen noch relativ problemlos möglich war.

KPdSU-Chef Nikita Chruschtschow (1894–1971) war mit seinem Berlin-Ultimatum vom November 1958, das die Aufhebung des Viermächte-Status für Berlin zum Ziel hatte, gescheitert. Walter Ulbricht (1893–1973) drängte daher bei der sowjetischen Führung seit Beginn des Jahres 1961 zunehmend darauf, das Schlupfloch West-Berlin auf andere Weise zu schließen, zumal die Fluchtzahlen nach einem

zwischenzeitlichen Rückgang erneut anstiegen. Zwar verkündete der SED-Chef auf der berühmt gewordenen Pressekonferenz am 15. Juni 1961 noch: »Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten«. Doch schon wenige Wochen später gab Chruschtschow ihm grünes Licht für die Grenzabriegelung; die offizielle Zustimmung erhielt die DDR auf einer Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten Anfang August.<sup>72</sup> Die Vorbereitungen dazu liefen unter strengster Geheimhaltung ab, nur ein sehr enger Personenkreis war eingeweiht. In der Nacht vom 12. auf den 13. August begannen schließlich über 15 000 Kräfte von Nationaler Volksarmee, Grenz- und Schutzpolizei sowie Betriebskampfgruppen mit der Abriegelung sämtlicher Verbindungswege zwischen Ost- und West-Berlin bzw. der DDR und West-Berlin.

Der Mauerbau traf die Deutschen in West wie Ost aus heiterem Himmel. Die deutschlandpolitische Situation hatte sich zwar in den vorangegangenen Wochen zugespitzt, doch mit einer kompletten Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin hatte niemand gerechnet. Von heute auf morgen war die Stadt nahezu unüberwindbar zerteilt: Lebenszusammenhänge wurden zerschnitten, Familien und Freundeskreise auseinandergerissen, grenznahe Wohnungen auf der Ostseite zwangsgeräumt. Neben dem Schock über die Zementierung der Teilung der Stadt bedeutete dies für viele DDR-Bürger zudem das Ende der Hoffnung, über kurz oder lang über Berlin in den Westen flüchten zu können. Viele bereits geplante Fluchten wurden durch die Grenzabriegelung vereitelt. Aber nicht alle Fluchtwilligen gaben ihr Vorhaben am 13. August 1961 auf, manche hofften, noch bestehende Schlupflöcher nutzen zu können.

Zu ihnen zählte der Fleischer Gerd Simmer aus Lichtenberg.<sup>73</sup> Simmer war Grenzgänger, er pendelte täglich aus Ost-Berlin zu seiner Arbeitsstätte, einer Fleisch- und Konservenfabrik im Westteil der Stadt. Schon seit einiger Zeit trug er sich mit dem Gedanken, die DDR zu verlassen. Als die Ost-Berliner Behörden Anfang August den Druck auf die Grenzgänger erhöhten, reifte dieser Gedanke zum festen Entschluss. Als Motiv gab Simmer später bei der Vernehmung in der Kreisdienststelle (KD) Lichtenberg (S. 181) an, er habe »besser leben« wollen, auch sei eine »gewisse Abenteuerlust« im Spiel gewesen: Er wollte von West-Berlin nach Hamburg und von dort in die ganze Welt reisen.<sup>74</sup>

Zusammen mit einem Bekannten plante er eine Flucht für den September 1961. Mit dem Mauerbau schien der Fluchtplan vereitelt. Simmer gab jedoch nicht auf und suchte nach einer anderen Möglichkeit. An einer Grenzübergangsstelle beobachtete er am 13. August, dass Autos mit West-Berliner Kennzeichen nur oberflächlich kontrolliert wurden – lediglich Kofferraum und Ausweis wurden überprüft. Er wollte deshalb versuchen, in einem solchen Pkw in den Westen zu kommen.

Am nächsten Morgen traf Simmer zufällig den West-Berliner Günther May und drei Bekannte aus Ost-Berlin in einem Kino in Berlin-Marzahn. Gegenüber May erwähnte Simmer, dass es möglich sei, eine Person mit einem West-Berliner Fahrzeug aus Ost-Berlin herauszuschmuggeln, »wenn sich einer hinten auf den Boden legt und sich zwei auf die hinteren Sitze setzen«.<sup>75</sup> May lehnte eine Fluchthilfe jedoch ab.

Dennoch blieb man zusammen und machte sich im Auto von Günther May gemeinsam auf den Weg, um zu dessen Freundin nach Marzahn zu fahren. Unterwegs sahen sie zwei Bekannte am Straßenrand und stiegen aus, um sich mit ihnen zu unterhalten. Einem Volkspolizisten fiel auf, dass das Gespräch verstummte, als er sich der Gruppe näherte. Als er bei der Ausweiskontrolle feststellte, dass May in Hohenschönhausen geboren war, und sich nach dem Grund seines Aufenthalts in Ost-Berlin erkundigte, verwickelte dieser sich in Widersprüche. Daraufhin wurden Simmer, May und einer der Ost-Berliner Bekannten festgenommen. Die gegen die beiden Letzteren eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurden fallengelassen, da sie glaubhaft machen konnten, dass keiner von beiden eine Republikflucht bzw. eine Hilfe dazu geplant hatte.<sup>76</sup> Simmer hingegen blieb in Gewahrsam und wurde am 15. August an die Untersuchungsabteilung des MfS überstellt.<sup>77</sup> Er gab schließlich zu, dass er die DDR illegal verlassen und seine Bekannten dazu hatte verleiten wollen, dasselbe zu tun. Während der geheimpolizeilichen Vernehmung gab er an, sein West-Berliner Chef habe ihn aufgefordert, in Ost-Berlin nach Arbeitskräften zu suchen.<sup>78</sup>

Im Schlussbericht resümierte das MfS, Simmer habe »seit Juli 1961 Vorbereitungen zu seiner Republikflucht getroffen und fortgesetzt handelnd durch Versprechungen die Freiheit der Willensentscheidung« seiner Bekannten beeinflusst und sie zum

»illegalen Verlassen« der DDR aufgefordert. Simmer wurde daher am 2. November 1961 vom Ost-Berliner Stadtgericht wegen »Verleitung zum Verlassen der DDR« und Vorbereitung der Republikflucht zu zwei-einhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Als moralisch verwerflich sah das Gericht insbesondere die Tatsache an, dass Simmer einerseits Westkleidung tragen und Westzigaretten rauchen und zugleich in Ost-Berlin »die Erfolge des sozialistischen Aufbaus genießen« wollte. Nach 18 Monaten Haft, die er im Arbeitslager Gera-Liebschwitz verbüßte, wurde Simmer am 6. Mai 1963 vorzeitig auf Bewährung entlassen, da sich seine Einstellung in der Haftanstalt gebessert habe.

### Das MfS verfügte 1961 über 23 525 hauptamtliche Mitarbeiter.

Die Aktion »Rose«, so der Codename für den Mauerbau, wurde von einem »Zentralen Einsatzstab« durchgeführt, den Erich Honecker (1912–1994), zu dieser Zeit ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, leitete. Auch das MfS war involviert. Es hatte u. a. für die Absicherung der Maßnahmen zu sorgen und erstellte in den ersten Tagen nach der Grenzabriegelung 17 Lageberichte für die SED-Führung.<sup>79</sup> Von den hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS wurde in dieser brisanten Zeit daher eine besondere »Wachsamkeit« erwartet.

Dies galt auch für den Unterleutnant Werner Dimsky, der in der für die Beobachtung von West-Berlin und Westdeutschland zuständigen Hauptabteilung (HA) VIII/3 der MfS-Zentrale (S. 179) arbeitete und für die Führung von mehreren in West-Berlin und in der Bundesrepublik tätigen inoffiziellen Mitarbeitern (IM) verantwortlich war.<sup>80</sup>

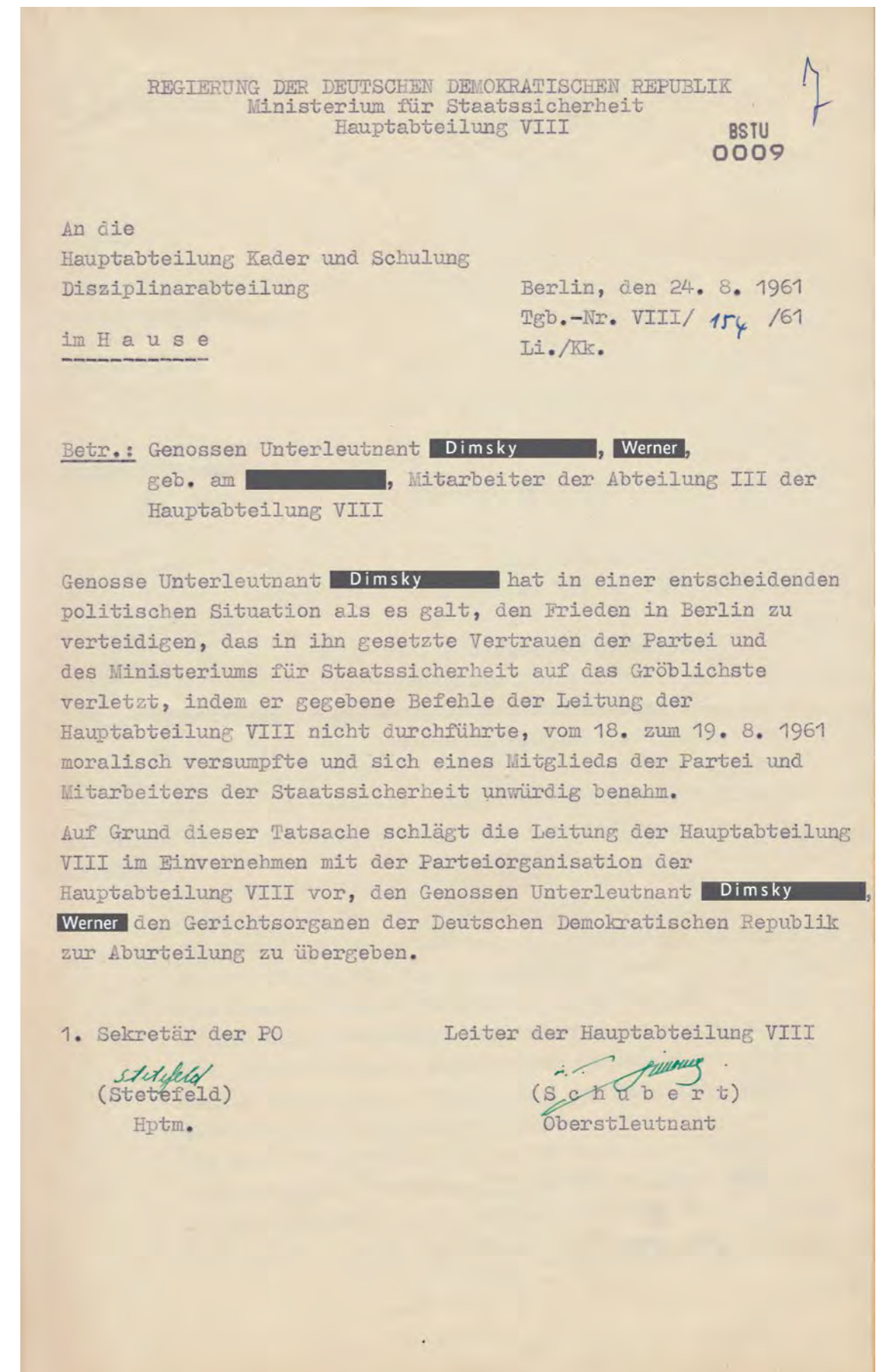
Dimsky hatte nach der Grenzabriegelung den Auftrag erhalten, »Tag und Nacht« die Verbindung zu seinen West-Berliner IM aufrechtzuerhalten, damit diese gegebenenfalls »unverzüglich Aufträge in West-Berlin durchführen« konnten. Auch er selbst sollte – wie alle Mitarbeiter der HA VIII – in dieser Zeit ständig einsatzbereit sein.<sup>81</sup> Bis zum Abend des 18. August hielt Dimsky sich an diesen Befehl. Am frühen Morgen

des 19. Augusts jedoch begab er sich um 1.00 Uhr in die »Rialto-Bar« in Pankow. Auf dem Nachhauseweg sprach er in angetrunkenem Zustand eine flüchtige Bekannte an und nahm sie mit nach Hause. Seine Ehefrau, die ebenfalls beim MfS beschäftigt war, hatte Nachtdienst. Als sie am nächsten Morgen gegen 8.30 Uhr vom Dienst zurückkehrte, traf sie, nachdem ihr Mann sie endlich in die Wohnung gelassen hatte, dessen nächtliche Bekanntschaft an. Während der folgenden Auseinandersetzung bedrohte Dimsky seine Frau mit seiner Dienstwaffe, um zu verhindern, dass sie die Personalien seiner Bekannten aufnahm und den Vorfall dem MfS meldete. Dabei löste sich ein Schuss, durch den aber niemand verletzt wurde. Werner Dimsky selbst verließ die Wohnung erst gegen 10.00 Uhr, zwei Stunden nach seinem eigentlichen Dienstbeginn.<sup>82</sup>

Das verspätete Erscheinen des Offiziers hatte, so das MfS, zur Folge, dass eine von seiner Diensteinheit im Rahmen der Aktion »Rose« »durchzuführende Aktion zeitlich verschoben« werden musste.<sup>83</sup> Dimskys Versuche, seine Frau von der Meldung des Vorfalls abzuhalten, blieben vergeblich. Noch am 19. August wurde er im Dienst verhaftet.

Am 17. Oktober 1961 erhob der für hauptamtliche MfS-Mitarbeiter zuständige Militär-Oberstaatsanwalt der DDR Anklage gegen Dimsky wegen Befehlsverweigerung. In der Anklageschrift wurde die politisch-militärische Bedeutung seiner Tat hervorgehoben. Als besonders verwerflich erachtete es die Anklagebehörde, dass Dimsky »in einer Situation, wo es besonders auf den Einsatz der Sicherheitsorgane unserer Republik [...] ankam, skrupellos gegebene Befehle ignorierte, um seinen persönlichen Vergnügungen nachzugehen«.<sup>84</sup>

Am 8. November 1961 verurteilte das Bezirksgericht Neubrandenburg Dimsky wegen Befehlsverweigerung und Nötigung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren, wobei die Urteilsbegründung fast wörtlich aus der Anklageschrift übernommen wurde.<sup>85</sup> Der Vorwurf der Nötigung, der sich auf die Bedrohung seiner Ehefrau mit der Dienstwaffe bezog, spielte in der Begründung dagegen kaum eine Rolle. Weit schwerer wog für das Gericht offenbar, dass Dimsky in einer Zeit »erhöhter Gefährdungslage« seinen Pflichten als Mitarbeiter der Staatssicherheit nicht nachgekommen



> Disziplinarverfahren gegen Werner Dimsky. 24.8.1961  
BArch, MfS, GH, Nr. 5/62, Bd. 1, Bl. 9



war. Ein Dreivierteljahr später, am 1. August 1962, wurde die Reststrafe für zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt und Dimsky kam frei.<sup>86</sup> Er wurde Heimleiter eines Studentenwohnheims. Die Haft hatte ihre »erzieherische Wirkung« aus Sicht des Gerichts offenbar erreicht.

Auch Ausländer, die sich in Berlin aufhielten, konnten sich in der unübersichtlichen und angespannten Situation in den ersten Tagen nach der Grenzschließung unversehens mit der DDR-Staatsgewalt konfrontiert sehen. Dies betraf die beiden jungen französischen Journalisten Frederic Martin und Noah Bernard.

Der Fotoreporter Martin war für »Reporters Associés« am 14. August nach West-Berlin geflogen, um Reportagen über die Grenzschließung zu machen. Er kam dort abends an und machte sich am nächsten Morgen

gemeinsam mit seinem Kollegen Bernard, Reporter für Radio Luxemburg, auf den Weg zum Brandenburger Tor. Nachdem Martin zunächst von westlicher Seite aus Fotos vom Tor gemacht hatte, liefen sie gemeinsam auf die Sektorengrenze zu.<sup>87</sup> Beide gingen davon aus, dass der Durchgang nach Ost-Berlin für sie als ausländische Journalisten nach wie vor möglich war. Als sie sich dem Tor näherten, wurden sie jedoch von einer Gruppe Volkspolizisten eingekreist und festgenommen. Zur Vernehmung wurden Bernard und Martin der für Spionageabwehr zuständigen Hauptabteilung II des MfS übergeben. Beide sagten übereinstimmend aus, dass sie lediglich für eine Reportage in den östlichen Sektor hätten gehen wollen. Keinesfalls hätten sie, wie die Volkspolizei behauptete, eine Drahtsperre überstiegen, sondern diese lediglich umgangen. Zudem hätten sie sich bei den vor dem Brandenburger Tor postierten Volkspolizisten nach einer Möglichkeit erkundigen wollen, auf die andere Seite zu gelangen, diese seien ihnen aber durch die Festnahme zuvorgekommen.



> Fotodokumentation mit geplantem, rot eingezeichnetem Mauerverlauf Zimmerstraße, Ecke Lindenstraße. Frühjahr 1961  
BArch, MfS, BV Berlin, Abt. VII, Nr. 1608, Bl. 16, Bild 2

Den Vernehmern des MfS erschien es besonders verdächtig, dass das Tonbandgerät, das Bernard mit sich führte, während der Festnahme eingeschaltet war. Dieser gab an, er hätte gerade noch seinen Einleitungssatz für die Reportage sprechen können, als ein Volkspolizist seine Hand auf das Mikrofon gehalten und ihm das Tonbandgerät abgenommen habe, ohne es auszuschalten, sodass es noch bis zum Eintreffen am Brandenburger Tor lief. Erst dort schaltete ein anderer Polizist das Gerät ab.<sup>88</sup>

Die ermittelnden MfS-Mitarbeiter konnten keine Indizien ermitteln, die den Angaben der beiden Reporter widersprachen. Das beschlagnahmte Filmmaterial enthielt lediglich Aufnahmen eines privaten Fallschirmspringer-Clubs; die Tonbandaufnahme dokumentierte die Festnahme an der Grenze. Trotzdem blieben Bernard und Martin über Nacht in Gewahrsam, bevor Erich Mielke persönlich entschied, sie freizulassen, und beide am 16. August am Grenzübergang Wollankstraße nach West-Berlin zurückkehren konnten.<sup>89</sup>

Noah Bernard und Frederic Martin waren aus einer Mischung aus Unbedarftheit und journalistischem Ehrgeiz heraus in die für sie heikle Situation geraten. Hinzu kam, dass zumindest Martin mit den Gegebenheiten vor Ort nicht vertraut war – er war zum ersten Mal in Berlin – und beide offenbar unter einem gewissen Druck ihrer Auftraggeber standen, Bild- bzw. Tonmaterial von beiden Seiten der Sektorengrenze zu liefern. Das MfS wiederum sah in dem Agieren der beiden Reporter eine Verletzung der eben erst abgeriegelten Grenze und argwöhnte Spionage. Letztlich schützte sie aber ihr Status als ausländische Staatsbürger offenbar vor weiterer Verfolgung.

Die der Grenzabriegelung vom 13. August 1961 folgenden Tage waren für den Staatssicherheitsdienst eine Phase erhöhter Gefährdungslage. Die Mitarbeiter der Geheimpolizei hatten in dieser Zeit alle Hände voll zu tun – und besonders »wachsam« zu sein. Das MfS berichtete in kurzen Abständen über die Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mauerbau. Den Stimmungsberichten aus Ost-Berlin zufolge waren die »Maßnahmen [...] von vielen Bürgern begrüßt« worden, zumal damit »Grenzgängern und Schiebern das Hand-

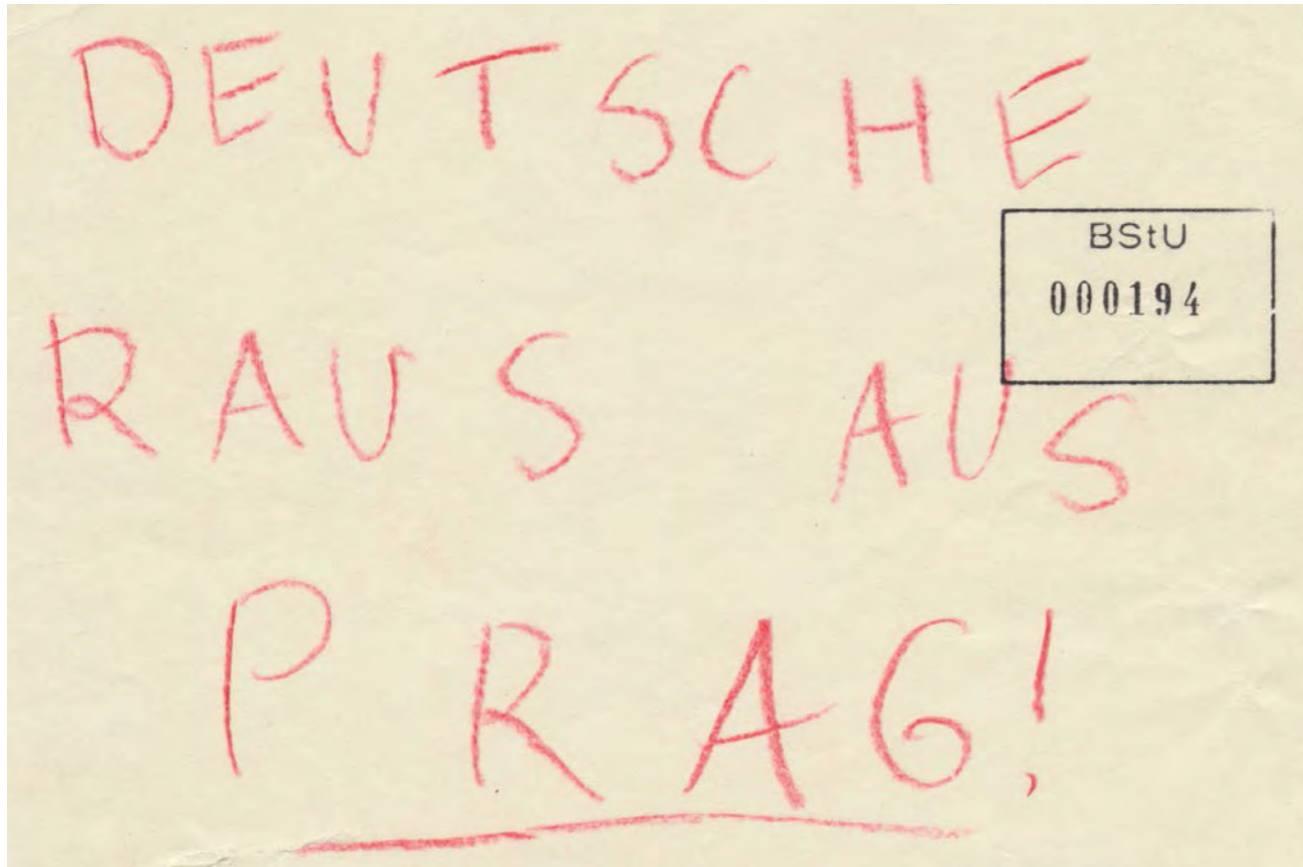
werk gelegt« würde. Diese Einschätzung reproduzierte lediglich die SED-Propaganda zur Begründung des Mauerbaus.

Differenzierter wurden die negativen Äußerungen registriert. Neben der Furcht vor einer Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen Ost und West wurde die Grenzschließung als »Einschränkung der persönlichen Freiheit« wahrgenommen, die man sich nicht gefallen lassen wollte. Viele Ost-Berliner befürchteten, ihre in West-Berlin lebenden Verwandten nicht mehr treffen zu können.<sup>90</sup> Auch auf negative Auswirkungen auf die Versorgungslage in Ost-Berlin wurde hingewiesen. Außerhalb Berlins kündigten einige Jugendliche sogar an, sich (West-)Berlin »wieder erobern« und nötigenfalls einen »Grenzdurchbruch unternehmen« zu wollen.<sup>91</sup> Auch Proteste aus dem Westen sowie von Grenzgängern und Anwohnern registrierte das MfS und machte auf Lücken im Grenzsicherungssystem aufmerksam. Zusätzlich wirkte es »als übergeordnete Kontrollinstanz«, indem es die Tätigkeit anderer Sicherheitsorgane überwachte und sich auf diese Weise auch gegenüber seiner Auftraggeberin, der SED, zu profilieren suchte.<sup>92</sup> Bisweilen schoss die Geheimpolizei dabei über ihr Ziel hinaus, wie etwa die beiden französischen Reporter, aber auch der eine oder andere angebliche »Flüchtling« oder »Schleuser« zu spüren bekamen.

HBi



Mauerbau Album  
für Mielke



> Flugblatt von Bettina Wegner, mit dem sie gegen die Besetzung der Tschechoslowakei demonstrierte. 26.8.1968  
BArch, MfS, HA IX, Nr. 25453, Bl. 194

## 1968 Der Kampf um die Meinungsfreiheit auch in der DDR

In der Nacht zum 21. August 1968 rollen Panzer in die Tschechoslowakei (ČSSR) ein. Es sind Panzer der »sozialistischen Bruderstaaten« Sowjetunion, Polen, Ungarn und Bulgarien. Die Prager Innenstadt gleicht einem Kriegsschauplatz. Gleichzeitig okkupieren mehrere Hunderttausend Soldaten alle strategisch wichtigen Bereiche des Landes<sup>93</sup> – offiziell, um den Sozialismus zu retten. DDR-Grenztruppen sichern die Grenze zur ČSSR, marschieren aber, auf Befehl Moskaus, nicht ein.<sup>94</sup> Die Hoffnung auf einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« – einen Sozialismus in Osteuropa, der auf Meinungsfreiheit und wirtschaftliche Effizienz setzt – hatte sich damit zerschlagen.

Auch die überzeugte Sozialistin Bettina Wegner (Jg. 1947) in Ost-Berlin träumt von mehr Meinungsfreiheit. Seit 1963 verbringt sie einen Großteil ihrer Freizeit mit dem Schreiben von Gedichten und Liedern.

Sie ist Mitbegründerin des Lyrik-Klubs um Nils Werner und gehört u. a. dem Chanson-Club in Pankow an. Doch immer öfter wird es ihr verwehrt, mit eigenen Liedern, in denen sie Missstände in der DDR kritisiert, aufzutreten. Für die junge Künstlerin ist es unerträglich, dass sie ihre Kritik, mit der sie den Sozialismus in der DDR verbessern möchte, nicht öffentlich äußern darf.<sup>95</sup> Als Bettina Wegner im September 1964 eine Ausbildung zur Bibliothekarin in der Staatsbibliothek beginnt, wachsen in ihr die Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Arbeiter-und-Bauern-Staats. Sie sieht, dass die propagierten Lebensverhältnisse und der Alltag der Menschen im Sozialismus auseinanderklaffen.<sup>96</sup>

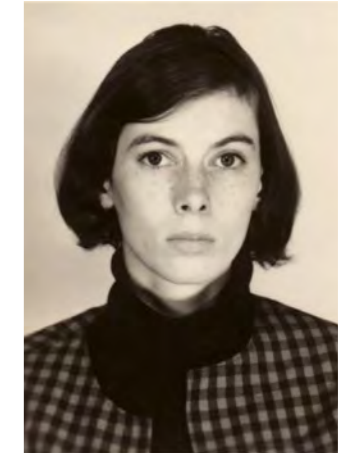
Bettina Wegner hofft, dass die positiven Veränderungen, die seit Anfang des Jahres 1968 in der ČSSR immer deutlicher zutage treten, auch in der DDR möglich sind. Als die Reformen am 21. August 1968 gewaltsam niedergeschlagen werden, ist sie schockiert. Die junge Mutter ist erzürnt, dass die DDR-Presse nur sehr verhalten über die Geschehnisse berichtet. Sie bezweifelt die offizielle Darstellung, die Tschechoslowakei habe ihre Verbündeten um »militärische Hilfe« ersucht.<sup>97</sup>

Am Morgen des 23. August kommt Thomas Brasch (1945–2001), der Vater ihres Kindes, zu ihr. Auch er lehnt die Okkupation vehement ab. Zusammen mit einer Gruppe politisch Gleichgesinnter hat er in der Nacht zuvor nahe der S-Bahn-Station Schönhauser Allee Flugblätter mit Losungen wie »Raus aus dem Roten Prag«, »Hoch Dubček!« und »Es lebe Prag« verteilt. Von Brasch erfährt Wegner, dass ein Teil der Gruppe bereits verhaftet ist und auch er jederzeit mit seiner Festnahme rechnet. Sie vertraut ihm an, dass sie ebenfalls darüber nachdenke, Flugblätter zu verteilen. Er will sie jedoch wegen ihrer Verantwortung für den fünf Monate alten Sohn davon abbringen.<sup>98</sup>

Über das folgende Wochenende entscheidet sich Bettina Wegner aber, gegen die militärische Intervention in der Tschechoslowakei zu protestieren. Sie will gegen die Propagandalüge, es habe in der ČSSR eine »Konterrevolution« gegeben, und gegen die fehlende Meinungsfreiheit in der DDR protestieren. Außerdem treibt sie der Gedanke an ihren Sohn an und die Vorstellung, dass er sie später fragen werde, was sie gegen das Unrecht getan habe. Sie möchte ihm ein Vorbild sein.<sup>99</sup>

Am Sonntag, dem 25. August, beschließt sie, in der S-Bahn Flugblätter zu schreiben. Den Kinderwagen mit ihrem Sohn stellt sie dicht neben sich, um vor neugierigen Blicken geschützt zu sein. Mit einem roten Buntstift schreibt sie auf 50 Zettel Losungen wie »Deutsche raus aus Prag« und »Hoch Dubček!«.<sup>100</sup> Bettina Wegner nutzt bewusst die gleichen Parolen wie die Gruppe um Thomas Brasch. Ihr Plan, den Ermittlungsverdacht der Stasi gegen ihre Freunde durch das Auftauchen gleicher Losungen am gleichen Ort zu entkräften und sie auf diese Weise zu entlasten.

Um ihre eignen nun doch entstehenden Zweifel an der Verteilung der Flugblätter zu zerstreuen, möchte sich die junge Mutter am Abend mit einem Freund treffen. Aber die beiden verpassen sich, sodass es zu keiner Verteilung der Flugblätter nahe der S-Bahn-Station Schönhauser Allee kommt. Stattdessen trifft sie vor dem »Husemann-Club« in Pankow auf vier Bekannte. Sie versucht beiläufig herauszufinden, was die jungen Männer von einer Flugblatt-Aktion halten würden. Da sie nur ausweichende Antworten erhält, ist sie unsicher, ob sie mit Unterstützung rechnen kann. Auf dem gemeinsamen Weg entschließt sie sich dennoch, die

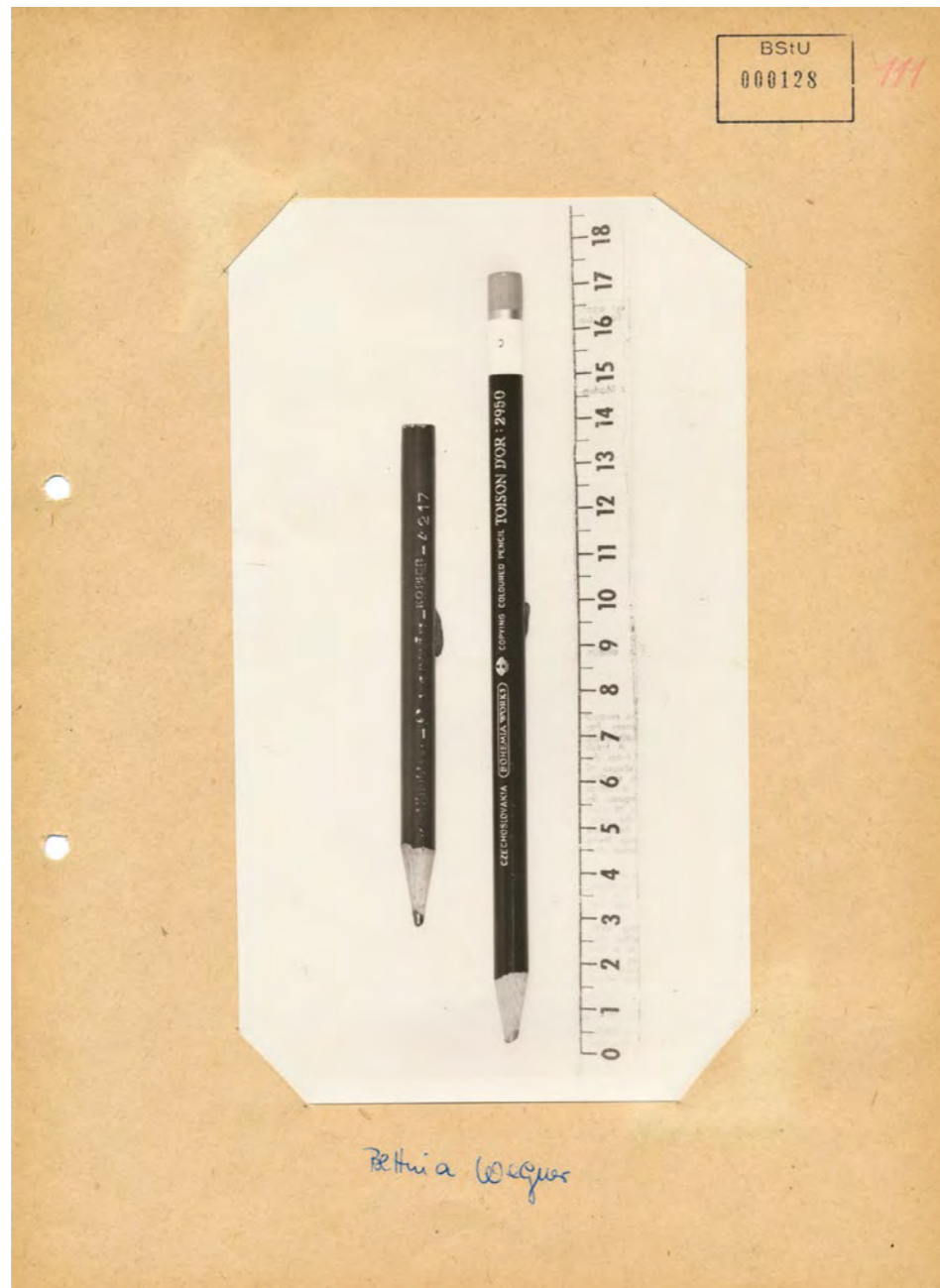


> Foto von Bettina Wegner auf der Einlieferungsanzeige in die Untersuchungshaftanstalt Berlin-Pankow. 26.8.1968  
BArch, MfS, HA IX, Nr. 25453, Bl. 8

Zettel rund um die Pankower Florastraße unauffällig aus ihrer Tasche fallen zu lassen. Einer der Bekannten hilft ihr schließlich beim Verteilen<sup>101</sup>.

Bereits nach kurzer Zeit werden die Flugblätter von der Volkspolizei entdeckt und die Gruppe von einem Funkstreifenwagen kontrolliert.<sup>102</sup> Am Vormittag des 26. August wird Bettina Wegner verhaftet und in die Stasi-Untersuchungshaftanstalt nach Berlin-Pankow eingeliefert. Ihr wird »staatsfeindliche Hetze« nach § 106 des StGB vorgeworfen. Ihr Sohn kommt in die Obhut seiner Großeltern.

Nach einer Woche intensiver Verhöre wird Bettina Wegner unter »Weiterführung der Ermittlungsverfahren« vorzeitig aus der Haft entlassen. Erich Mielke persönlich unterzeichnet diesen Beschluss.<sup>103</sup> Eine ungewöhnliche Entscheidung angesichts des schwerwiegenden Vorwurfs der »staatsfeindlichen Hetze«. Der Hintergrund: Bettina Wegners Eltern sind angesehen SED-Genossen. Trotz der vorzeitigen Entlassung muss sie bis zur Verhandlung Ende Oktober 1968 viermal wöchentlich zur Vernehmung in die Stasi-Zentrale (S. 181). Schließlich wird sie zu einem Jahr und vier Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.<sup>104</sup> Diese Strafe wird in eine zweijährige Bewährungsstrafe umgewandelt. Bettina Wegner soll ihren ideologischen Standpunkt festigen und sich in der Produktion als Arbeiterin im VEB Elektroapparatwerk Treptow bewähren.



> Mit diesem Buntstift verfasste Bettina Wegner ihre Flugblätter. 26.8.1968  
BArch, MfS, HA IX, Nr. 25453, Bl. 128

In den folgenden Jahren wird die freischaffende Künstlerin immer wieder von der Stasi überwacht und erhält Berufsverbot in der DDR. Das SED-Regime will die unliebsame Künstlerin loswerden und stellt ihr einen Reisepass aus, damit sie frei in den Westen reisen kann – in der Hoffnung, sie bliebe dort. Sie reist zwar, kehrt aber nach ihren Auftritten immer in die DDR zurück. Erst als ihr die Geheimpolizei mit Gefängnis droht, verlässt sie ihre Heimat und siedelt 1983 nach West-Berlin über.

Die Warschauer-Pakt-Staaten und mit ihr die DDR gehen mit aller Härte gegen die Reformpolitik von Alexander Dubček vor, dem im Januar 1968 neu gewählten 1. Sekretär der Tschechoslowakischen

Kommunistischen Partei (KSČ bzw. KPČ). Die Staatsführungen sehen ihren Herrschaftsanspruch gefährdet und befürchten, dass die Veränderungen im Nachbarland das eigene Machtgefüge zum Einsturz bringen könnten. Denn im »Bruderstaat« wird nicht weniger gefordert, als dass der Sozialismus durch die Lebensvorstellungen der Menschen und nicht durch die kommunistische Partei bestimmt werden soll.<sup>105</sup> Die Lage ist zusätzlich angespannt, da sich die ČSSR durch die Eröffnung einer bundesdeutschen Handelsvertretung in Prag wirtschaftlich West-Europa annähert. Beides – die vermeintliche Bedrohung von außen sowie die »feindlichen Kräfte« im Inneren – sind im Verständnis der Warschauer-Pakt-Staaten deutliche Anzeichen für die »Konterrevolution«.<sup>106</sup>

In der Nacht zum 21. August 1968 soll die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS festhalten, was die wichtigsten westdeutschen und tschechoslowakischen Nachrichtenagenturen und Rundfunksender über den Truppeneinmarsch berichten.<sup>107</sup> Vor diesem Hintergrund greift die DDR-Staatsicherheit zu »Sicherungsmaßnahmen«. Mit der Anweisung, dass sich die Leiter der Haupt- und Selbstständigen Abteilungen bis auf Widerruf im Dienst zu befinden haben, erreicht die personelle Mobilisierung ihren Höhepunkt. Alle Kräfte sollen sich auf die innere Absicherung gegen den »Prager Frühling« konzentrieren.<sup>108</sup> Denn das SED-Regime befürchtet Ausschreitungen, vergleichbar mit den Unruhen in der DDR 1953 oder 1956 in Ungarn.<sup>109</sup>

### Das MfS verfügte 1968 über 36 555 hauptamtliche Mitarbeiter.

Obwohl das MfS sein gesamtes Repertoire an Repressions- und Überwachungsmaßnahmen nutzt, ist die Liste der Proteste lang. Allein in Berlin werden zwischen dem 21. und 28. August in 424 Aktionen 2 387 Flugblätter verteilt.<sup>110</sup> Es sind vor allem Studierende, Hochschullehrkräfte, Kulturschaffende und Oberschüler und Oberschülerinnen, die sich kritisch gegen den Einmarsch äußern. Besonders pikant ist, dass sich in Berlin unter den Protestierenden die Kinder hochrangiger SED-Funktionäre wie Thomas Brasch, Sohn des stellvertretenden Kulturministers, und Erika Berthold, Tochter des Direktors des Instituts für Marxismus-Leninismus, aber auch Rosita Hunzinger, Tochter einer berühmten Bildhauerin befinden.<sup>111</sup> Ihnen wird der Prozess wegen »staatsfeindlicher Hetze« gemacht. Da ihre Aktionen auch in der Bundesrepublik bekannt werden, tritt die SED – um ihre internationale Reputation bemüht – ab Ende Oktober 1968 nachgiebiger auf und wandelt die meisten dieser Urteile in Bewährungsmaßnahmen um.<sup>112</sup>

Aber auch in anderen sozialen Bereichen werden zahlreiche besorgte Stimmen laut. Tausende verweigern die in den Betrieben massenhaft geforderte Unterzeichnung von Zustimmungserklärungen zum Militäreinsatz – so auch im VEB Kraftwerksanlagenbau im Prenzlauer Berg. Die Arbeiter dort

weigern sich nicht nur zu unterschreiben, sondern bringen auch vehement ihre Ablehnung zum Ausdruck.<sup>113</sup>

Anders als in Ost-Berlin ruft die Niederschlagung des »Prager Frühlings« in West-Berlin eine geringere Resonanz hervor. Zu einer größeren Demonstration rufen Schüler und Lehrer am 28. August auf. Die Route führt vom Wittenbergplatz zum Olivaer Platz. Und auch hier ist die Stasi aktiv, sie fotografiert den Protestzug umfassend.<sup>114</sup>

Unter der zynischen Bezeichnung »Genesung« erlässt Erich Mielke am gleichen Tag eine Anweisung<sup>115</sup>, die die Wiederherstellung der politischen Ordnung in der ČSSR unterstützen soll. Das Ziel: »feindliche Handlungen« von ČSSR-Bürgerinnen und -Bürgern in der DDR gegenüber dem sozialistischen Lager zu dokumentieren und oppositionellen Tschechoslowaken den Zugang zu Rundfunk- und Radiostationen zu untersagen, um eine öffentliche Kritik zu verhindern. Zusätzlich wird eine Dienststelle unter der Leitung von Bruno Beater (1914–1982), dem Stellvertreter Mielkes, eingerichtet. Durch eine enge Zusammenarbeit mit der sowjetischen Staatssicherheit soll der »Genesungsprozess« vor allem in den Reihen des ČSSR-Sicherheitsdienstes begleitet werden, indem dort der Einfluss der Reformsozialisten aufgespürt und unterbunden wird.

Die Wiederherstellung der Machtverhältnisse gelang. Die Selbstreform einer kommunistischen Staatspartei wurde unterdrückt und das Machtmonopol der KPČ für die nächsten 20 Jahre wiederhergestellt. Das MfS weitete nach dem »Prager Frühling« seinen Überwachungsapparat noch stärker aus. Neben den zwei Fronten, der politischen Opposition im Inneren und den »imperialistischen Feinden« von außen, entwickelte sich eine dritte Front: die »revisionistischen« Reformbestrebungen innerhalb der Bündnispartner.<sup>116</sup>

KSo



> Wolf Biermann (2.v.r.) bei einem Treffen mit Jürgen Fuchs (r.) und den Liedermachern Christian Kunert (l.) und Gerulf Pannach (2.v.l.) in West-Berlin. 1977 Robert-Havemann-Gesellschaft, Fo, HAB, 17672, Foto: Johanna Elbauer

## 1976

### »Jetzt sind Se staatenlos« – Jürgen Fuchs und die Ausbürgerung Biermanns

Am Abend des 16. November 1976 meldete die »Aktuelle Kamera«, die Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens, Wolf Biermann sei »das Recht auf weiteren Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik entzogen« worden.<sup>117</sup> Der in Ost-Berlin lebende Autor und Liedermacher (Jg. 1936) war ein überzeugter Kommunist, der die Missstände in der DDR scharf kritisierte, aber an eine Reformierbarkeit des bestehenden sozialistischen Systems glaubte. Im November 1976 erhielt

er die Genehmigung zu einer Konzertreise nach Köln. Mit der Begründung, dass er seine Treuepflicht gegenüber dem Staat »bewusst und ständig grob« verletzt habe, verwehrte ihm die SED jedoch die Heimkehr.<sup>118</sup>

Schon Jahre zuvor galt Biermann für SED und MfS als Oppositioneller, der mundtot gemacht werden sollte. Bereits 1965 hatte der Liedermacher ein totales Berufsverbot erhalten. Jahrelang unterlag er einer intensiven Überwachung durch die Staatssicherheit, die sein Leben rund um die Uhr dokumentierte. Die Konzertreise nach Köln war für Staat und Stasi eine willkommene Gelegenheit, den unliebsamen Liedermacher loszuwerden, wie es schon seit Anfang der 1970er-Jahre geplant gewesen war.<sup>119</sup>

Die Meldung über die Ausbürgerung Biermanns löste eine Welle von Protesten in intellektuellen Kreisen der DDR aus. Schon am folgenden Tag veröffentlichten zwölf Schriftstellerinnen und Schriftsteller, unter ihnen weltbekannte Künstlerinnen wie Christa Wolf, eine Protesterklärung. Insgesamt 106 Künstler, auch solche, die als systemkonform galten, unterschrieben: »Den Beschluss über die Ausbürgerung Biermanns haben wir mit tiefer Bestürzung zur Kenntnis genommen. [...] Wir protestieren gegen seine Ausbürgerung und bitten darum, die beschlossenen Maßnahmen zu überdenken.«<sup>120</sup> Dieser Protest kam für Partei und Staatssicherheit überraschend und löste Nervosität und Verunsicherung aus. Die SED reagierte mit einer Propagandakampagne gegen Biermann und die Unterzeichnenden und initiierte öffentliche Stellungnahmen von Befürwortern der Ausbürgerung. Auf diejenigen, die ihren Namen unter dem offenen Brief setzten, wurde Druck ausgeübt, es kam zu Parteiausschlüssen. Publikations- und Auftrittsverbote bis hin zu Verhaftungen führten dazu, dass zahlreiche Künstler ab 1977 in die Bundesrepublik ausreisten.<sup>121</sup>

### Das MfS verfügte 1976 über 62 868 hauptamtliche Mitarbeiter.

Der Protest gegen die Ausbürgerung Biermanns war nicht auf intellektuelle Kreise begrenzt. 1976 war Wolf Biermann, nach elf Jahren Berufsverbot, den meisten DDR-Bürgern nicht oder nicht mehr bekannt. Erst die Meldung über die Ausbürgerung und die ARD-Ausstrahlung seines Konzertes am 19. November – an dem Abend saßen Millionen Menschen vor dem Fernseher – machte ihn besonders bei der jüngeren Generation populär.<sup>122</sup>

Am 15. Dezember 1976 hielt die Staatssicherheit in einer landesweiten Statistik die einzelnen spontanen Protestaktionen der vergangenen Wochen fest. Sie ermittelte insgesamt 457 Vorkommnisse, von denen sie ein Viertel aufklären konnte.<sup>123</sup> Sie verschärfte ihre Überwachung, nahm Verhaftungen vor und mobilisierte möglichst viele inoffizielle Mitarbeiter, die über Äußerungen von Biermann-Sympathisanten berichten und Hinweise zum Aufspüren der Verfasser von Protesten liefern konnten.

Der Psychologe und Schriftsteller Jürgen Fuchs (1959–1999) gehörte zum engsten Kreis Biermanns und lebte mit seiner Familie zum Zeitpunkt der Ausbürgerung von Wolf Biermann bei Robert Havemann in Grünheide. Hier fanden sich Oppositionelle zusammen, um auf die Nachricht der Ausbürgerung zu reagieren. Am 19. November machte sich Jürgen Fuchs auf den Weg zum Ost-Berliner Büro der »Spiegel«-Redaktion, um ein Interview zu geben. Doch er kam nie an. Gegen 10.00 Uhr nahmen ihn Stasi-Mitarbeiter fest. Bei sich hatte er die Petition gegen die Ausbürgerung Biermanns mit zahlreichen Unterschriften.

Jürgen Fuchs war der Stasi kein Unbekannter und stand längst im Visier der Geheimpolizei. Bereits zur Schulzeit war er »negativ aufgefallen«. Aufgrund seiner kritischen Einstellung durfte er zunächst nicht studieren. Im Sommer 1971 wurde er unerwartet zum Studium der Psychologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena zugelassen. Das MfS versuchte sogar, ihn im folgenden Jahr als IM anzuwerben – jedoch erfolglos.<sup>124</sup> Im Mai 1973 lernte Fuchs Biermann kennen und nahm Kontakte zu staatskritischen Künstlern auf. Seine Schriften wurden zunehmend kritischer. Im April 1975 wurde Fuchs aus der Partei ausgeschlossen, und kurz vor seiner letzten Prüfung exmatrikulierte ihn die Universitätsleitung unter einem Vorwand. Der Vorwurf lautete »sozialismus-feindliche Anschauungen sowie verleumderische literarische Arbeiten«<sup>125</sup>. Um eine Arbeit zu finden, zog Fuchs mit seiner Familie nach Ost-Berlin. Bereits zu diesem Zeitpunkt beobachtete ihn die Stasi intensiv.

Jürgen Fuchs kam am 19. November 1976 in die Untersuchungshaftanstalt des MfS nach Berlin-Hohenschönhausen. Er wurde zunächst nach § 220 StGB (öffentliche Herabwürdigung) inhaftiert. Die Hauptabteilung IX (S. 179), Ermittlungsorgan der Stasi, wählte schon einen Tag nach seiner Verhaftung einen anderen Paragrafen aus – die »staatsfeindliche Hetze« (§ 106 StGB), da das Strafmaß hier bis zu 10 Jahren Haft betragen konnte.<sup>126</sup> Im Haftbeschluss nannte das MfS die Gründe für die Festnahme: Fuchs sei »verdächtig, indem er seit 1971 Schriften, in denen die staatlichen und anderen gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR, Tätigkeit von Bürgern und Organen diskriminiert sowie zum Widerstand aufgefordert wurde, hergestellt und deren Verbreitung in der BRD und DDR organisiert zu haben.«<sup>127</sup>

Schon bei den ersten Vernehmungen nahm Fuchs eine kritische Haltung ein, die in ihrer Art absolut und selten war. Er verweigerte die Aussage und seine Unterschrift unter die Vernehmungsprotokolle und wehrte sich kategorisch gegen seine Inhaftierung:

»Ich habe lediglich drei Aussagen zu treffen:

1. Ich protestiere gegen meine Festnahme!
2. Ich fordere meine sofortige Freilassung!
3. Ich führe keine Gespräche mit Menschen, die einen unbequemen Literaten ohne Angaben von Gründen inhaftieren!«<sup>128</sup>

Tatsächlich schwieg Fuchs knapp drei Monate lang vollkommen. Verschiedene Vernehmer mühten sich an ihm vergeblich ab. Sie versuchten, Fuchs einzuschüchtern, beschimpften und bedrohten ihn und setzten verschiedene Mittel ein, um ihn zum Sprechen zu bringen: von der kompletten Isolation bis hin zur Einschleusung eines sogenannten Zelleninformators. Der Mithäftling sollte Fuchs in seiner Zelle ausspionieren. So erhofften sich die Stasi-Vernehmer, an mehr Informationen heranzukommen. Auch die Willkür beim Empfang von Besuch und der Genehmigung von Briefverkehr gehörte zur Taktik, den Familienmenschen Fuchs zu »zähmen«. Nach neun Monaten Untersuchungshaft wurde Jürgen Fuchs am 26. August 1977 entlassen und in die Bundesrepublik ausgewiesen.<sup>129</sup> Vor allem das Engagement des in West-Berlin von Intellektuellen gegründeten Schutzkomitees »Freiheit und Sozialismus« und das Echo in der westdeutschen Presse hatten den Druck zur Freilassung auf das MfS bzw. die SED erhöht.<sup>130</sup>

Jürgen Fuchs lebte nach seiner Ausweisung in West-Berlin. Mit der DDR und deren Regime hatte er jedoch lange noch nicht abgeschlossen. Fuchs blieb in engem Kontakt mit denjenigen, die »drüben« geblieben waren, und unterstützte sie vor allem, indem er versuchte, ihnen eine Bühne in der Bundesrepublik zu verschaffen. Er machte die Geschichten von in der DDR politisch Unterdrückten und Inhaftierten in den westdeutschen Medien öffentlich. Er vernetzte sich auch eng mit weiteren Ausgebürgerten wie Roland Jahn, die wichtige Impulse in die DDR-Friedensbewegung sendeten.<sup>131</sup>

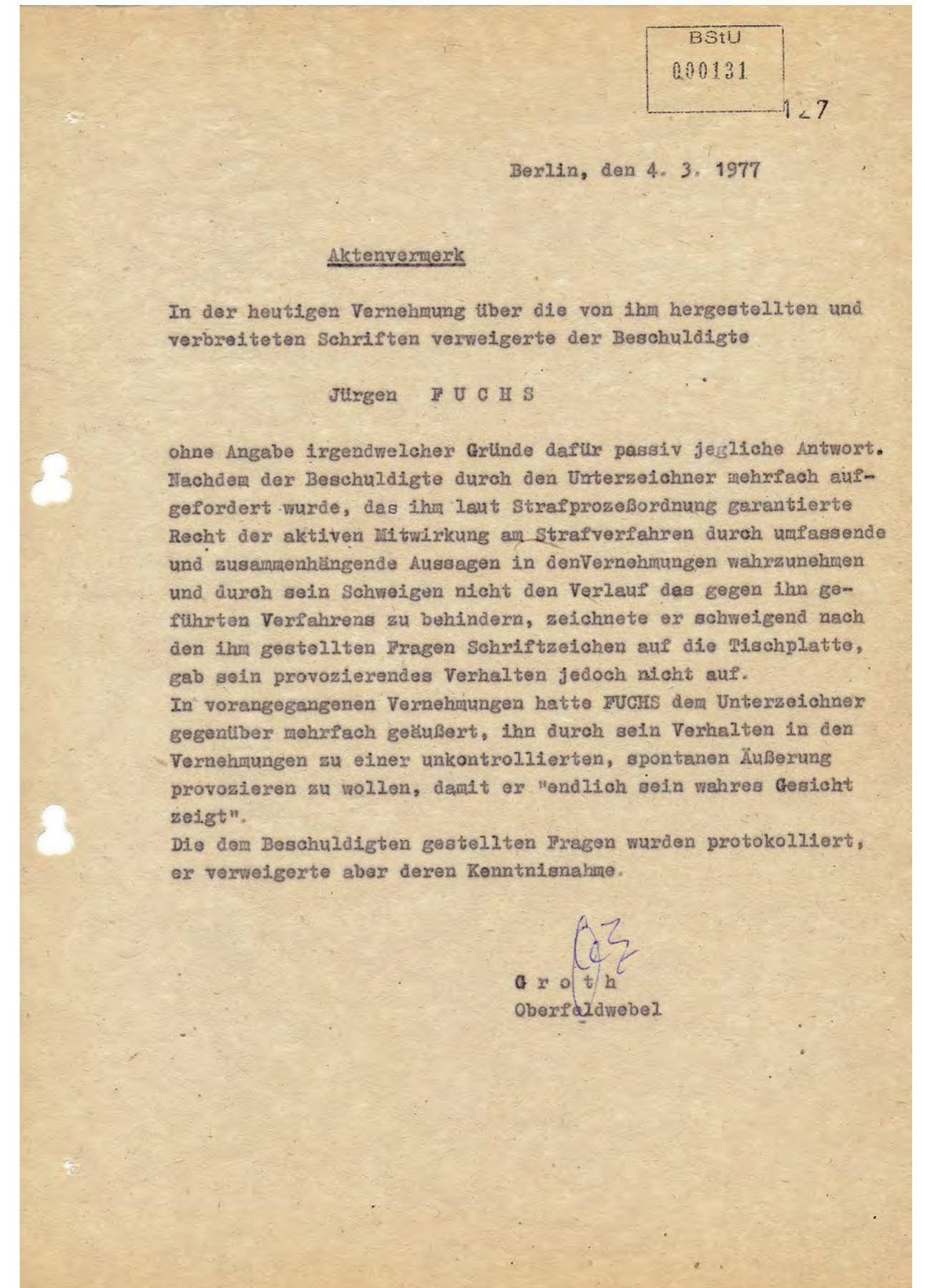
Die Ausweisung von Jürgen Fuchs bedeutete keinesfalls das Ende seiner Überwachung durch die Staatssicherheit, die ihn bis zum Zusammenbruch der DDR

observierte. Der letzte in den Akten vermerkte Eintrag ist auf den 15. Dezember 1989 datiert.<sup>132</sup> All seine »Aktivitäten« wurden jahrelang regelmäßig aufgelistet, Zeitungsartikel zu seiner Person und seine Veröffentlichungen gesammelt. Auch die Kontakte, die er in die DDR pflegte, wurden umfangreich dokumentiert und observiert und die Telefonate abgehört. Familie Fuchs wurde auf Schritt und Tritt verfolgt, die Wohnumgebung ausgespäht: »An der Tür des F. befindet sich ein doppeltes Sicherheitsschloss.«<sup>133</sup> Jürgen Fuchs blieb für Staat und Geheimpolizei ein Staatsfeind – das MfS erreichte sogar, dass fünf Jahre nach der Ausweisung ein Haftbefehl in der DDR gegen ihn erlassen wurde. Damit holten sich die Stasi-Mitarbeiter einen Freibrief, um seine Telefonate über Jahre abzuhören.<sup>134</sup>

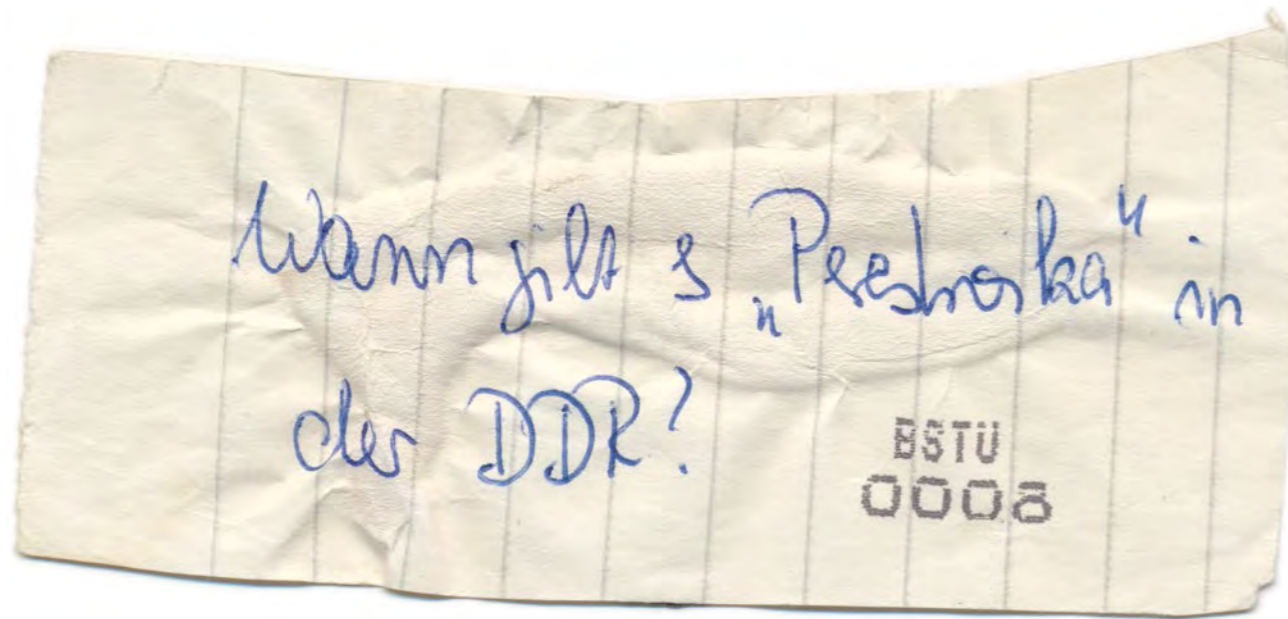
**»Sie sind ein kleines Licht.  
Solche Fehler wie mit Biermann  
passieren uns nicht zweimal.«<sup>135</sup>**

Am 1. Dezember 1989 trat Wolf Biermann zum ersten Mal nach seiner Ausbürgerung wieder in Leipzig auf. Jürgen Fuchs begleitete ihn und eröffnete den Abend mit folgenden Worten: »Ich bin sehr bewegt, hier zu stehen. [...] Wolf Biermann singt in Leipzig! Wie lange haben wir auf diesen Tag gewartet. [...] Der Bann ist gebrochen. Der Stalinismus hat nicht gewonnen. [...] Über vieles müssen wir lange diskutieren, über Täter und Opfer, über Schuld und Teilung. Jetzt können wir es. Wir sind wieder da. Die Grenze ist auf.«<sup>136</sup> Bis zu seinem Tod setzte sich Fuchs mit den Stasi-Methoden und ihren Auswirkungen auseinander.

ECa



> Vermerk des MfS-Mitarbeiters Groth über die Weigerung von Jürgen Fuchs, die Verhörfragen zu beantworten. 4.3.1977  
BArch, MfS, AU 11554/78, Bd. 2, Bl. 131



> Am Haupteingang des Gebäudes der Volkspolizei in Friedrichshain angebrachter Zettel. Das MfS entdeckte ähnliche »Schmierzettel« auch an Eingängen des Rates des Stadtbezirks und des Stadtbezirksgerichts. Es konnte den Urheber nicht ermitteln. Dezember 1988

BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4174, Bl. 8

## 1985–1989 Als die DDR-Führung nicht mehr von der Sowjetunion lernen wollte – die SED in der Ära Gorbatschow

1985 wurde Michail Gorbatschow (Jg. 1931) neuer Partei- und Staatschef der Sowjetunion. Er leitete unter dem Schlagwort »Perestroika« (Umgestaltung) gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen ein. Grundlage dieser Neuerungen war in Gorbatschows Augen »Glasnost«, eine Politik der Offenheit und Transparenz gegenüber der Bevölkerung. Der offene Umgang des sowjetischen Staatschefs mit innenpolitischen Missständen beeindruckte zahlreiche Menschen in der DDR und in Ost-Berlin.<sup>137</sup> Viele hofften, dass sich die SED auf ihrem XI. Parteitag im April 1986 an dem neuen Kurs der KPdSU orientieren würde. Gorbatschow betonte dort als Gastredner, dass eine sozialistische Partei sich selbstkritisch mit ihrer Politik auseinandersetzen müsse, um erfolgreich zu sein. Sein Plädoyer für eine öffentliche Auseinandersetzung mit innenpolitischen Problemen fand in der SED-Führung aber kein Gehör.<sup>138</sup> Diese vertrat den Standpunkt, die neue Politik der Sowjetunion sei ausschließlich deren innere Angelegenheit – sie befürchtete, Reformen könnten die DDR destabilisieren.

Aus Ost-Berlin berichtete die Staatssicherheit, dass viele Menschen die sowjetische Politik der Glasnost begrüßten und die Meinung vertraten, dass »es auch für DDR-Verhältnisse wünschenswert wäre, die vorhandenen [...] Schwierigkeiten konkreter beim Namen zu nennen«.<sup>139</sup> Sie waren verärgert über die Kluft zwischen den dauernden Erfolgsmeldungen in den DDR-Medien und ihren persönlichen Erfahrungen mit Missständen, insbesondere der schlechten Versorgungslage. Zahlreiche Bürger forderten, sich die Politik der KPdSU zum Vorbild zu nehmen und auch in der DDR Wirtschafts- und Staatsfunktionäre auszutauschen, wenn sie sich als unfähig erwiesen.<sup>140</sup> Um den Widerspruch zum »Bruderstaat« nicht zu offensichtlich werden zu lassen, schränkte die DDR-Regierung die Berichterstattung über sowjetische Reformen und die Reden Gorbatschows zunehmend ein.

Erich Mielke thematisierte die Sorge über den Einfluss der Politik Gorbatschows 1987 bei einem Treffen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des sowjetischen Geheimdienstes Valerij A. Ponomarjow. Er fürchtete, dass oppositionelle Kräfte in der DDR die Entwicklungen in der Sowjetunion aufmerksam verfolgen und dann versuchen würden, Druck auf die SED auszuüben. Nach Mielkes Überzeugung war der Dialog mit kritischen Stimmen jedoch der falsche Weg; Probleme sollten unter Ausschluss der Öffentlichkeit gelöst werden. Der Minister für Staatssicherheit betrachtete

Kritiker lediglich als Handlanger westlicher Staaten, die den Sozialismus zerstören wollten. Darüber hinaus fragte Mielke seinen Gesprächspartner indirekt, ob die UdSSR ihre Politik nicht überdenken müsse. Ponomarjow ließ ihn aber wissen, dass die UdSSR ganz sicher an der Reformpolitik festhalten würde.<sup>141</sup>

Für die DDR galt es nun einen Weg zu finden, den neuen Kurs nicht übernehmen zu müssen, ohne die Sowjetunion offiziell zu kritisieren. Kurze Zeit später erteilte der Chef-Ideologe der SED Kurt Hager dem Kurs Gorbatschows in einem Interview eine Absage: »Würden Sie [...], wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung

ebenfalls neu zu tapezieren?«<sup>142</sup> Viele Bürger waren enttäuscht, da die UdSSR bis dahin immer als großes Vorbild propagiert worden war, dem es nachzueifern galt.<sup>143</sup> Einige junge Männer protestierten im Theater »Berliner Ensemble« gegen die Unbeweglichkeit der DDR-Regierung, indem sie dem Publikum Flugblätter zuwarfen, auf denen u. a. »Tapezieren ist machbar, Herr Nachbar«<sup>144</sup> stand.

Ende Juni 1988 zeigte sich die MfS-Kreisdienststelle Friedrichshain (S. 181) durch ein Transparent in unmittelbarer Nähe zum S-Bahnhof Frankfurter Allee alarmiert. Es war an einem Baugerüst in Sichtweite des



> Stadtrundgang des Ehepaars Gorbatschow (Mitte) mit dem Ost-Berliner Oberbürgermeister Erhard Krack (1. Reihe, 3. v. r.) durch Ost-Berlins historische Mitte anlässlich des Staatsbesuchs zum XI. Parteitag der SED am 16.04.1986

BArch, MfS, BV Berlin, Fo, Nr. 834, Bild 1

S-Bahnsteigs befestigt und forderte »Glasnost auch für die DDR«<sup>145</sup>. Um den Urheber zu finden, eröffnete die Stasi daraufhin die Operative Personenkontrolle (OPK) »Transparent«. Mangels konkreter Hinweise konzentrierte die Stasi ihre Suche zunächst auf die Nachbarschaft und überprüfte mehr als 80 Personen.

Schließlich geriet Peter Maier (Jg. 1956) ins Visier des MfS. Er war wenige Wochen zuvor aufgefallen, als er vor der Botschaft der UdSSR »Gorbatschow, Gorbatschow – ohne Dich können wir hier nicht mehr existieren«<sup>146</sup> gerufen hatte. MfS-Mitarbeiter, die für den polizeilichen Schutz der sowjetischen Vertretung zuständig waren, hatten Maiers Personalausweis daraufhin geprüft. Sie ließen ihn aber wieder gehen, weil die Begeisterung für Gorbatschow und seine Politik keine Straftat war. Das öffentliche Fordern von Reformen in der DDR legte das MfS hingegen als Straftat aus, nämlich als »öffentliche Herabwürdigung« (§ 220 StGB).

Der als Transport-Arbeiter tätige Maier verheimlichte seine Abneigung gegen das DDR-Regime nicht. So hatte er bereits 1984 und 1985 Ausreiseanträge gestellt. Bei politischen Diskussionen in seinem Betrieb hinterfragte er die Politik der SED und sprach sich für Menschenrechte, Demokratie und Reformen in der DDR nach sowjetischem Vorbild aus.<sup>147</sup> Maiers Betriebsleitung versetzte ihn wegen seiner kritischen Meinungsäußerungen auf eine andere Stelle, um ihn besser kontrollieren zu können.

Bei seinen Ermittlungen stellte das MfS fest, dass Maier sich in einem Bericht des westdeutschen Fernsehsenders ZDF kritisch über die Vorgehensweise der Stasi gegen westdeutsche Fernsehteams geäußert hatte. Er war Mitte Juni 1988 – wie Hunderte andere Jugendliche auch – zur Ostseite des Brandenburger Tors gegangen, um ein auf westlicher Seite stattfindendes Rock-Konzert zu hören. Dabei sah Maier, wie die Staatssicherheit gewaltsam gegen Fernseh-Teams aus der Bundesrepublik vorging, die die Stimmung in Ost-Berlin einfangen wollten. Er protestierte gegen diese Aktion mit einer Eingabe an den Rat des Stadtbezirks Friedrichshain. Zudem erneuerte Maier seinen Antrag auf Ausreise. Maiers öffentliche Infragestellung der Methoden des MfS bestärkte die Stasi in ihrer Annahme, es könne sich bei ihm um den Urheber des Transparents handeln.

Die Stasi hoffte, dass sie Maier im Juli 1988 bei einer »Aussprache« beim Rat des Stadtbezirks zu einem Geständnis bezüglich des Plakats bewegen könnte, allerdings vergeblich. Doch er bekräftigte seine Überzeugung, dass in der DDR Reformen nötig seien, sodass das MfS ihn weiterhin verdächtigte, das Transparent hergestellt zu haben. Um ihn zu überführen, führte es Schriftvergleiche durch. Zudem beschloss die Stasi, Maier bei besonderen politischen Ereignissen – etwa Feiertagen oder Wahlen – intensiv zu überwachen.<sup>148</sup>

Als im September 1988 ein Zettel mit der Forderung nach einer »Erneuerung und Umgestaltung der DDR« am Schaukasten des Vergaser- und Filterwerks in Berlin-Friedrichshain entdeckt wurde, war die Angelegenheit für die Staatssicherheit klar: Peter Maier erschien ihr auch hier tatverdächtig, da er in diesem Betrieb arbeitete. Das MfS verhaftete ihn und durchsuchte seine Wohnung. In den anschließenden Vernehmungen gab Maier schließlich zu, dass der Zettel von ihm stammte. Er wollte auch andere Menschen von der Notwendigkeit von Veränderungen in der DDR überzeugen. Er forderte mehr demokratische Rechte, vor allem Meinungs- und Reisefreiheit. Außerdem drängte er weiterhin auf seine Ausreise. Wegen »öffentlicher Herabwürdigung« (§ 220 StGB) wurde ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet.

Ob er auch der Urheber des Transparents beim S-Bahnhof Frankfurter Allee war, konnte das MfS jedoch nicht herausfinden. Die Parallelen zwischen den beiden Vorkommnissen erschienen der Staatssicherheit aber ausreichend, um von einer Tatbeteiligung Maiers auszugehen. Um den politisch missliebigen Maier loszuwerden, plädierte das MfS zusammen mit dem Rat des Stadtbezirks für dessen Übersiedlung in den Westen. Im April 1989 reiste Maier in die Bundesrepublik aus und zog kurze Zeit später nach West-Berlin. Nach der Friedlichen Revolution im November 1989 kehrte er zurück nach Ost-Berlin.<sup>149</sup>

Die restriktive Informationspolitik über die Vorgänge in der UdSSR sorgte für Unmut bei vielen DDR-Bürgern. Sie versuchten, sich direkt bei sowjetischen Institutionen in Ost-Berlin über die Veränderungen in der UdSSR kundig zu machen, etwa bei der sowjetischen Botschaft, wo sie Gorbatschows Buch über die »Perestroika« erwerben wollten. Mit zunehmender



> In der Fußgängerunterführung der S-Bahn-Station Ernst-Thälmann-Park (heute Greifswalder Straße) angebrachtes Graffiti. Juli 1987  
BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 5617, Bild 8

Besorgnis beobachtete die Stasi auch das Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur in Berlin-Mitte. Es organisierte u. a. Ausstellungen sowie Vorträge zu den neuesten Entwicklungen in der UdSSR und zeigte sowjetische Filme, deren Aufführung in DDR-Kinos verboten war. Das MfS war außerstande, die Veranstaltungen und die sich anschließenden Diskussionsrunden zu unterbinden, weil dies einen Affront gegen die sowjetische Einrichtung bedeutete hätte. Die Stasi überwachte aber die von ihr als »feindlich-negativ« eingestuft Besucher.<sup>150</sup>

Der Höhepunkt der medialen Abschottung durch die DDR-Regierung war die Einstellung des Versands der deutschen Ausgabe des »Sputniks« ab November 1988.

Die sowjetische Zeitschrift hatte sich kritisch mit der Rolle Stalins im Zweiten Weltkrieg auseinandergesetzt, was die SED als Bedrohung ihres Geschichtsbilds ansah. Der Auslieferungsstopp löste eine Protestwelle in der DDR aus.

Die Ost-Berliner und -Berlinerinnen brachten ihre Verärgerung auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck. Das MfS registrierte, dass viele das »Sputnik«-Verbot als Bevormundung empfanden und fragten, »warum man »seine Meinung immer vorgekaut bekommen muss«.<sup>151</sup> Zahlreiche Bürger richteten Beschwerden an staatliche Einrichtungen oder Organisationen wie die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.<sup>152</sup> Manche protestierten auch öffentlich; so etwa ein

Mann auf dem Alexanderplatz mit einem Plakat, auf dem zu lesen war: »Gegen das Verbot des »Sputnik«. [...] Von der SU lernen, heißt siegen lernen (schon vergessen?)«<sup>153</sup>. Das MfS reagierte auf derartige Aktionen mit Festnahmen, Belehrungen und Ermittlungsverfahren wegen »öffentlicher Herabwürdigung«.<sup>154</sup>

---

### Das MfS verfügte 1985 über 84 263 hauptamtliche Mitarbeiter.

---

Doch auch ein Teil der SED-Mitglieder sah die verstärkte Zensur kritisch, weil diese ein tiefes Misstrauen der Parteioberen gegenüber den Bürgern ausdrückte. Die gelegentlich öffentlich ausgedrückte Ablehnung der Parteilinie führte zu Parteistrafen wegen »unpartei-mäßigen Verhaltens«.<sup>155</sup> Das Unverständnis über das Verbot des »Sputniks« sowie einiger sowjetischer Filme war auch deswegen groß, weil die meisten Bürger Westradio und -fernsehen empfangen. Auf diese Weise informierten sich viele über Themen, über die sich die DDR-Medien ausschwiegen. Die Versuche des SED-Regimes, Diskussionen über politische Reformen und tabuisierte Aspekte der Geschichte zu unterdrücken, waren daher weitgehend erfolglos. Die Verbote verstärkten vielmehr das Interesse der DDR-Bevölkerung für sowjetische Presse- und Filmerzeugnisse und erhöhten den Stellenwert der westlichen Medien.

Der starke Druck auf das SED-Regime zeigte sich auch darin, dass Honecker den Kurs der DDR Ende 1988 erneut zu legitimieren suchte. Zum 70. Jahrestag der KPD-Gründung sprach er von einem »Sozialismus in den Farben der DDR«.<sup>156</sup> Diese Standortbestimmung vermochte jedoch nicht, die Sympathie der Bevölkerung für den Kurs Gorbatschows zu mindern.

Zu der Erkenntnis, dass nicht wenige Reformbefürworter eine Erneuerung, nicht die Abschaffung des Sozialismus wünschten, gelangte der Großteil der Geheimpolizei genauso wenig wie die Parteispitze.

SSc



> Festumzug zur 750-Jahr-Feier in Ost-Berlin zwischen Brandenburger Tor und Strausberger Platz. 4.7.1987  
BArch, Bild 183-1987-0704-423, Fotograf: Karl-Heinz Schindler

## 1987 Jubel, Trubel, Heiterkeit?

Im Ost- wie im Westteil der Stadt feierte Berlin 1987 sein 750-jähriges Jubiläum. Beide Stadthälften hatten das Ziel, sich bestmöglich zu präsentieren. Denn von Anfang an war klar, dass mit den Feierlichkeiten nicht nur die Stadt selbst, sondern Ost- und West-Berlin auch als Aushängeschilder des jeweiligen politischen Systems in den Fokus geraten würden.

Im Dezember 1982 konnte das MfS in der West-Berliner Senatsverwaltung eine Sekretärin als IM anwerben.<sup>157</sup> In mehr als 70 umfangreichen Berichten gab sie Informationen zur westlichen 750-Jahres-Feier weiter, was sie für die Planungen von SED und Stasi überaus wichtig machte.<sup>158</sup> »Ingrid« gelang es, vollständige Ablaufpläne und Besprechungsprotokolle an die Stasi zu übermitteln. Noch wichtiger aber war, dass »Ingrid« auch über die Planungslage und die Stimmungen im West-Berliner Senat zu berichten

wusste. Die politische Führung der DDR erhoffte sich dadurch einen Planungsvorsprung, galt es doch, die »Überlegenheit des Sozialismus« öffentlichkeitswirksam und ohne politische Zwischenfälle zu präsentieren. Das MfS hatte für die reibungslose »Absicherung« des Jubiläums zu sorgen.

Die SED und der Magistrat in Ost-Berlin hatten sich früh entschlossen, die Feier als eine Manifestation ihres Berliner Alleinvertretungsanspruchs zu gestalten.<sup>159</sup> Der West-Berliner Senat hingegen war sich zunächst nur einiger Ähnlichkeiten mit dem Pomp und der Propaganda des 700-jährigen Jubiläums von 1937 – als Berlin als Reichshauptstadt des nationalsozialistischen Deutschlands gefeiert wurde – unbedingt vermeiden zu wollen. Nach langen Debatten stand fest, dass man trotzdem die Deutung der Berliner Geschichte nicht allein Ost-Berlin überlassen wollte. Die Teilung der Stadt sollte nicht geleugnet, aber die Gemeinsamkeiten und das Bewusstsein der Einheit durch die Feierlichkeiten hervorgehoben werden.<sup>160</sup>





> Die Stasi observiert während des »Concert for Berlin«, welches in unmittelbarer Nähe zum Brandenburger Tor vor dem Reichstagsgebäude in West-Berlin stattfindet, ostdeutsche Musikfans. 6.6.1987, 19.00 Uhr  
BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 10564, Bl. 21, Bild 1

Um sich als weltoffene Stadt zu präsentieren, lud die SED-Führung eine Vielzahl von internationalen Künstlerinnen und Künstlern nach Ost-Berlin ein. Zu den ersten Großereignissen zählten Mitte März 1987 mehrere Konzerte mit Peter Maffay, Shakin' Stevens sowie dem New Orleans Soul Festival in der Werner-Seelenbinder-Halle in Prenzlauer Berg. Die »Sicherung« der Konzerte über viele Tage hinweg war für das MfS eine logistische Herausforderung. Sie sollte »feindliche Einflüsse« ohne Aufsehen zu erregen unterbinden und dafür massenhaft entsprechende Maßnahmenpläne verfassen und realisieren. De facto bedeutete dies, die allseits propagierte Weltoffenheit des Regimes zu konterkarieren und zwar im Auftrag des Regimes.

Die Vergabepraxis von Eintrittskarten führte schnell zu Verstimmungen. Tickets waren über den regulären Verkauf fast nicht zu beziehen,<sup>161</sup> denn über die gezielte

Vergabe der Karten steuerte und kontrollierte die Stasi die Zusammensetzung des Publikums. Auch die Stimmungsberichte der Stasi-Bezirksverwaltung Berlin vom März 1987 zeichnen ein gemischtes Bild. Die Stasi hielt fest, dass die Berlinerinnen und Berliner an den baulichen Veränderungen und Restaurierungsarbeiten für das Jubiläum – wie dem Wiederaufbau des Gendarmenmarkts und des Nikolaiviertels – zwar großes Interesse hätten, gleichzeitig seien viele enttäuscht über die aktuelle Versorgungslage. Die Menschen hatten während des Jubiläums auf ein breites Warenangebot gehofft, vor allem auf mehr und preisgünstige Konsumgüter. In den ersten Monaten des Jahres blieb dies aber aus. Deshalb vermuteten viele, dass sich die Schaufenster der Stadt erst zu den »gesellschaftlichen Höhepunkten« im Sommer füllen würden, um dem internationalen Publikum eine gute Versorgungslage zu suggerieren.



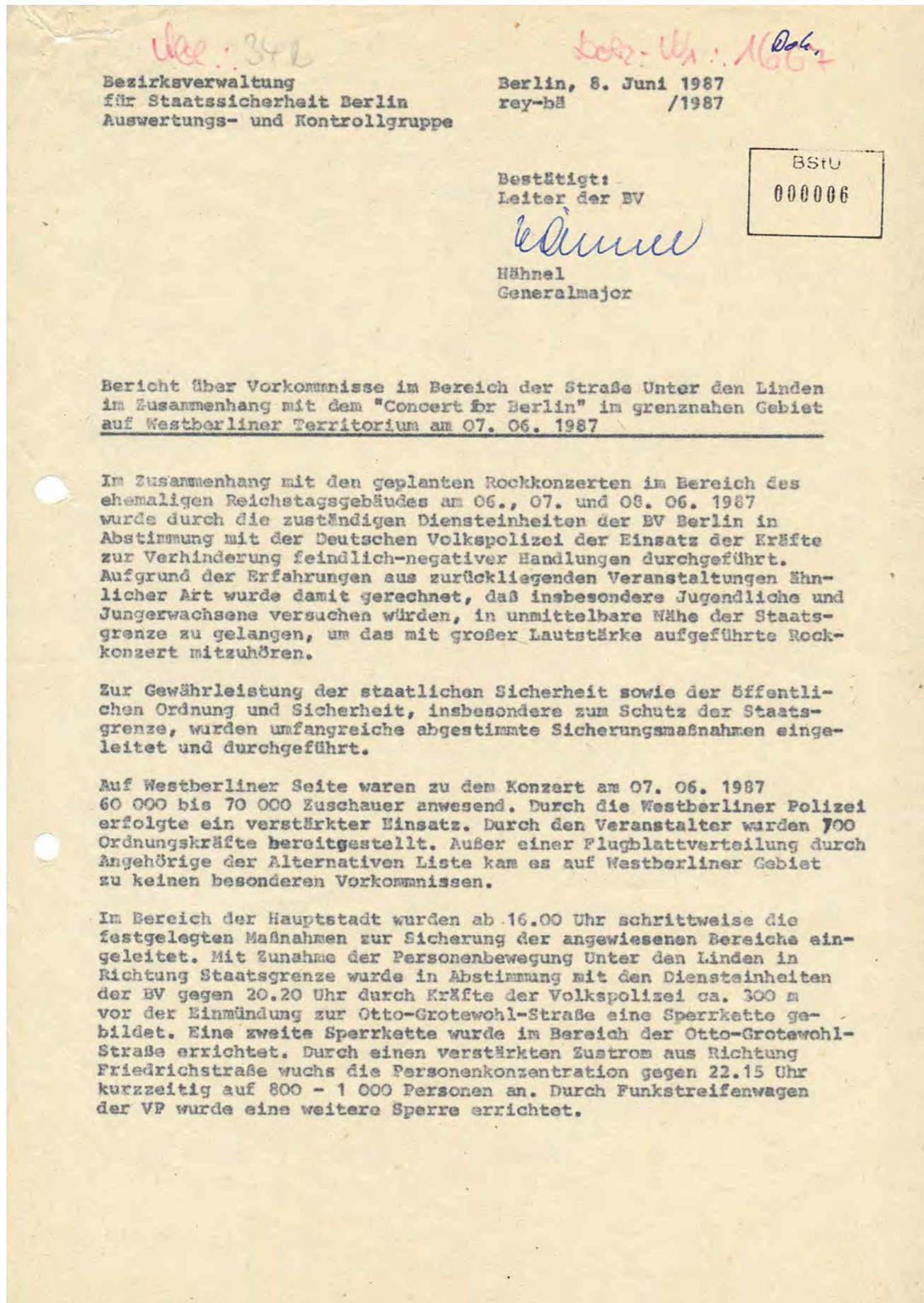
> Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor. Während seiner Rede forderte er, die deutsche Teilung zu überwinden. 12.6.1987, 14.49 Uhr  
BArch, MfS, HA III, Fo, Nr. 126, Blatt 8, Bild 66

Im Mai schien sich die Stimmung dann sowohl in Ost-Berlin als auch im Rest der Republik weiter zu verschlechtern. Besonders die Kreisdienststelle Marzahn (S. 182) berichtete, dass die Jubiläumsaktivitäten, für die etliche Arbeitskollektive gegründet worden waren, mitunter als lästig und übertrieben empfunden wurden.<sup>162</sup> Und auch hier war es der konkrete Vorwurf, dass Veranstaltungstickets nur Mitgliedern der Partei und Regierung vorbehalten seien, außerdem sei es aufgrund der arbeitsintensiven Vorbereitungen schwer, an den Feierlichkeiten überhaupt teilzunehmen. In den Bezirken außerhalb Berlins schien es vielen Menschen so, als ob die zur Verfügung stehenden Ressourcen ausschließlich der Hauptstadt vorbehalten waren, selbst wenn diese in anderen Regionen dringender benötigt wurden.<sup>163</sup>

Ein von der Hauptabteilung VI (Tourismus, Passkontrolle, Interhotel) (S. 179) geleiteter Einsatzstab sicherte unter der Bezeichnung »Jubiläum 750« die Feierlichkeiten ab. Allem voran galt es, dafür zu sorgen, dass es nicht zu »Zwischenfällen« kam, die dem Ansehen der DDR schaden könnten. In den Dokumenten zu dieser Aktion werden die Aufgaben der Stasi und

das politische Dilemma sichtbar, vor dem sie stand.<sup>164</sup> Während des gesamten Jahres sollte der internationalen Öffentlichkeit ein weltoffenes Ost-Berlin präsentiert werden. Genau hier lag das Problem. Die gewollte öffentliche Inszenierung führte dazu, dass Stasi und Deutsche Volkspolizei nur sehr beschränkt und möglichst unauffällig aktiv werden durften. Gleichzeitig sollten sie aber »feindlich-negative Handlungen« unbedingt verhindern. So gab Generaloberst Mittag (1925–1984), 1. Stellvertreter von Erich Mielke, die Direktive aus, dass im Zweifel auf offene Konfrontationen und Verhaftungen verzichtet und der Fokus der Arbeit auf die Identifizierung von Personen gelegt werden solle – damit diese gegebenenfalls später belangt werden könnten. Um einen Eklat zu vermeiden, galt sogar die Parole: »Wenn welche die Mauer besetzen, nicht schießen oder ähnlich.«<sup>165</sup>

Wie fragil die Situation und wie herausfordernd diese Aufgabe war, zeigte sich Anfang Juni 1987. Der West-Berliner Senat hatte während des Pfingstfests zum »Concert for Berlin« hochkarätige Musiker und Bands wie David Bowie, Genesis und die Eurythmics



> Überwachungsbericht der Bezirksverwaltung Berlin während des »Concert for Berlin«. 16.6.1987  
BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 181, Bl. 6

eingeladen. Ganz bewusst fand das Konzert vor dem Reichstagsgebäude in unmittelbarer Nähe zur Mauer statt – mit einer Vielzahl an Lautsprechern, die Richtung Osten zeigten: eine Jubiläumsfeier über die Mauer hinweg. Von Tag zu Tag strömte auf der Ostseite ein immer größeres Publikum zum Brandenburger Tor. Der Radiosender RIAS 2 übertrug die Konzerte zwar landesweit, aber viele wollten die Atmosphäre vor Ort erleben. Schnell wurden Rufe wie »Die Mauer muss weg« und »Bullenschweine« laut. Die Ost-Berliner Zuhörerschaft auf dem Pariser Platz, Unter den Linden und auf der Friedrichstraße wuchs schließlich auf mehrere Tausend Personen an.<sup>166</sup>

Stasi und Volkspolizei waren überfordert. Ihnen entglitt die Situation und die Menschenmenge sollte aufgelöst werden. Entgegen der Anweisung, keine »Vorfälle« entstehen zu lassen, wurden zum Teil Journalisten und Jugendliche niedergeknüppelt. Insgesamt 156 Personen wurden vorläufig verhaftet und 18 Ermittlungsverfahren eingeleitet, hauptsächlich nach § 139 (Beleidigung und Verleumdung). Die westliche Presse berichtete umfangreich über diese Übergriffe. Die DDR, so die einhellige Meinung der westlichen Berichterstattung, hatte durch ihr rigides Vorgehen gegenüber den Jugendlichen ihr »wahres Gesicht« gezeigt. Von dem »Neuen Denken«, das Gorbatschow in der Sowjetunion einforderte, sei nicht viel zu erkennen.<sup>167</sup> Zum Leidwesen der DDR führten diese Vorfälle sogar zu einer KSZE-Plenarerklärung der westlichen Delegationschefs, die das Vorgehen auf das Schärfste verurteilten.

Nur wenige Tage später, am 12. Juni 1987, kam es zu einem weiteren Großereignis in West-Berlin. Der US-Präsident Ronald Reagan (1911–2004) besuchte die Stadt. Vor der symbolträchtigen Kulisse des Brandenburger Tors forderte er das, was die drangsalierten Musikfans bereits Tage zuvor skandiert hatten: die Öffnung der Mauer.

Doch nicht nur Weltpolitiker suchten die große Bühne in Berlin und forderten das Ende der Mauer. Ganz praktisch bot eine Firma aus der Nähe von Wuppertal in einem offenen Brief an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker (1912–1994) »die einmalige exzellente und historische Chance, die Berliner Mauer unverzüglich einzureißen«<sup>168</sup>. Ein besseres Geschenk, so die Firma weiter, könne es zum 750. Geburtstag der

Stadt nicht geben. Mitte Juni nahm das Ministerium für Staatssicherheit Ermittlungen gegen den Unternehmer und seine Familie auf und ließ Firma und Privatwohnung beschatten.<sup>169</sup>

Der öffentliche Höhepunkt des Jubiläums in Ost-Berlin war der historische Festumzug am 4. Juli 1987. Mehr als 43 000 Teilnehmende stellten die Stadtgeschichte nach, ohne dabei jedoch auf die Nachkriegsgeschichte einzugehen.<sup>170</sup> Für die Stasi bedeutete das die größte Sicherungsmaßnahme während des Jubiläums. Nach den Erfahrungen des Pfingstkonzerts in West-Berlin drängte die Geheimpolizei darauf, mehrere »Handlungsvarianten« im Zusammenspiel mit allen beteiligten Dienststeinheiten zu planen, um so bei einem ungeplanten Verlauf effizienter und unauffälliger reagieren zu können. Besonders besorgt war die Stasi wegen der offiziell geplanten Verteilung von historischen Flugblättern aus dem Festzug heraus. Sie wollte verhindern, dass oppositionelle Kräfte diese Gelegenheit nutzen könnten, um eigene Flugblätter zu verteilen.<sup>171</sup>

Auf politischer Ebene kam es im Herbst 1987 zu einer Annäherung zwischen den beiden Stadtoberhäuptern West- und Ost-Berlins, Eberhard Diepgen (Jg. 1941) und Erhard Krack (Jg. 1931–2000). War ein direktes Zusammentreffen im Februar während eines Jubiläumskonzerts in der Gethsemanekirche mit Blick auf den Berlin-Status als zu heikel eingestuft worden, so konnten sich die beiden Herren Ende Oktober in der Marienkirche zumindest höflich begrüßen und ein paar Worte wechseln. Ohne das dieses Aufeinandertreffen, aus westdeutscher Sicht, als eine potentielle Anerkennung Ost-Berlins und der DDR bedeutet hätten.

Mit den Jubiläumsfeierlichkeiten zielte Erich Honecker darauf ab, dass die DDR als modern und weltoffen wahrgenommen werden sollte. Der historische Festumzug rief bei vielen große Begeisterung hervor, vor allem jedoch, weil er das verkörperte, was die DDR nicht war: innovativ, überraschend und bunt. Die Kluft zum Alltag der Mangelwirtschaft, den zerfallenen Straßen und den fehlenden Freiheiten war danach jedoch umso deutlicher.<sup>172</sup>

KSo



# Der Apparat

---

> BV-Leiter Wolfgang Schwanitz, Erich Mielke und SED-Bezirkssekretär Günter Schabowski (v.l.n.r.) bei der Delegiertenkonferenz der SED-Grundorganisation der BV Berlin. 1985  
BArch, MfS, BV Berlin, Fo, Nr. 394, Bild 98



> Luftbild mit einem Teil des »Dienstkomplexes Normannenstraße« im Vordergrund, darüber die Glaubenskirche und rechts das Stadtbezirksgericht Berlin-Lichtenberg am Roedeliusplatz. 20.2.1985  
BArch, MfS, HA II, Fo, Nr. 32, Bild 9 (Ausschnitt)

## »Horch und Guck« in Berlin-Lichtenberg – die Zentrale der Staatssicherheit

»Horch und Guck« – so wurde das Ministerium für Staatssicherheit im DDR-Volksmund ironisch oder auch verächtlich bezeichnet. Daneben gab es weitere Spottnamen wie »Horch und Greif«, mitunter auch mit einem vorangestellten »VEB« (Volkseigener Betrieb). Ungeachtet ihres harmlosen Klangs standen diese Metaphern für einen rigiden Überwachungs- und Repressionsapparat, der Andersdenkende und Andershandelnde verfolgte und zahlreiche Leben beschädigte. Seine Zentrale (S. 181) lag im Ost-Berliner Stadtbezirk Lichtenberg.

Dort – in unmittelbarer Nähe zur MfS-Zentrale – befand sich auch die evangelische Glaubenskirche am Roedeliusplatz. Aus Sicht des MfS ergab sich daraus – quasi vor der eigenen Haustür – eine direkte Konfrontation mit dem »Feind«. Da sich die Kirchen in der DDR eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber dem SED-Regime bewahrten, standen sie generell im Fokus der Staatssicherheit. Dies galt – aufgrund ihrer Lage neben der Stasi-Zentrale in verschärftem Maße – auch für die Glaubenskirche.

Der Staatssicherheitsdienst befürchtete nämlich, dass der Turm der Kirche zur Einsicht in das Innere des abgeschirmten Sperrgebiets der Zentrale und damit zur »Spionage bzw. Überwachung des MfS«<sup>173</sup> genutzt

werden könnte. Folglich nahm die HA II/21 (Spionageabwehr) (S. 179) die Glaubenskirche ins Visier. Ihr oblag unter anderem die sogenannte Sicherung der Stasi-Zentrale und zwar einschließlich der Anwohnerbereiche.<sup>174</sup> Keine verdächtige Bewegung im Umfeld durfte der Abteilung entgehen, sie sollte jede »feindlich-negative« Handlung dokumentieren und bei Bedarf »Maßnahmen« einleiten.

Deshalb spionierte die HA II/21 auch die Räumlichkeiten der Glaubenskirche aus und versuchte, Interna der Gemeinde zu ermitteln.<sup>175</sup> So besichtigten im Dezember 1983 zwei Stasi-Mitarbeiter die Kirche unter einer »Legende«: Der eine gab vor, Fotoarbeiten in der Kirche durchzuführen, der andere sagte, er interessiere sich für Kirchenbauten und begleite deshalb seinen Schwager.<sup>176</sup> Wie die Stasi im Nachhinein protokollierte, äußerte sich der Pfarrer während des Kirchenrundgangs über die Probleme der Glaubenskirche, die sich aus ihrer Lage an der Stasi-Zentrale ergaben: »Nach Meinung des [Pfarrers] ist das MfS am »Untergang« seiner Gemeinde schuld. Da sich die Staatssicherheit alle Wohnungen, die frei werden, unter den »Nagel reißt« und ihren Angestellten zur Nutzung überlässt, kommt kein neues »Blut« in die Gemeinde und die Alten

sterben alle.«<sup>177</sup> Außerdem notierte die Stasi, dass das tägliche Glockenläuten jeweils um 8.00 Uhr, 12.00 Uhr und 18.00 Uhr automatisch ausgelöst werde<sup>178</sup>, wobei der Pfarrer als Grund für das dreimalige Läuten folgende Motive genannt habe: »Durch dieses Läuten ärgern wir unsere Nachbarn [MfS-Zentrale]. Weiterhin spenden wir denen Trost, die hier eingesperrt sind [in der MfS-Untersuchungshaftanstalt Magdalenenstraße] und machen ihnen weiter Hoffnung und Mut. Auch die Leute im Krankenhaus [Oskar-Ziethen-Krankenhaus, Fannigerstraße] hören unsere Glocken gern.«<sup>179</sup> Allerdings wurden in der Glaubenskirche, so in der »Information« der HA II/21 zu lesen, »keine Anlagen festgestellt, die gegen das zentrale Dienstobjekt des MfS eingesetzt werden könnten«<sup>180</sup>, will heißen: die das Beobachten der Stasi-Zentrale ermöglichten.

Ende Januar und Anfang Februar 1988 überwachte die Stasi besonders aufmerksam das Geschehen an der Glaubenskirche – und vor dem gegenüberliegenden Stadtbezirksgericht Lichtenberg. Zu jenem Zeitpunkt fanden in dem Gericht politische Strafprozesse gegen mehrere DDR-Oppositionelle statt, darunter Mitglieder der Umweltbibliothek der Zionskirchgemeinde.<sup>181</sup> Die Staatssicherheit setzte eine große Anzahl von



> Am 1.2.1988 versammelten sich zur Urteilsverkündung gegen Bert Schlegel, Andreas Kalk und Till Böttcher durch das Stadtbezirksgericht Lichtenberg Sympathisanten vor der dem Gericht gegenüberliegenden Glaubenskirche. Die Stasi dokumentierte das auf Video.  
BArch, MfS, ZAIG, Vi, Nr. 408

Mitarbeitern ein, um die Umgebung genauestens zu observieren und mögliche Solidaritätsaktionen unter Kontrolle zu halten.<sup>182</sup>

Und in der Tat unterstützte die Gemeinde der Glaubenskirche die Beschuldigten und öffnete, als am 29. Januar 1988 die Hauptverhandlung begann, die dem Stadtbezirksgericht gegenüberliegenden Kirch-türen. Etwa 50 Demonstranten trafen sich an der Kirche zu einem Schweigeprotest.<sup>183</sup> Drei Tage später, als die Urteilsverkündung erfolgte,<sup>184</sup> überwachte die Stasi den Roedeliusplatz natürlich ebenfalls. Sie filmte,

wie sich vor der Glaubenskirche eine Menschengruppe von ungefähr 50 bis 60 »politisch-feindlichen Kräften« versammelte und ihre Sympathie mit den Verurteilten bekundete, schritt aber nicht direkt ein.<sup>185</sup> Die Stasi beobachtete, dokumentierte, sammelte Informationen, um sie bei Bedarf zu verwenden. Offensichtlich wollte sie aber in der damaligen Situation größeres Aufsehen vermeiden.

Auch in der Folgezeit blieb die Glaubenskirche im Visier der Stasi und die HA II/21 führte eine Reihe von »Maßnahmen zur Aufklärung«<sup>186</sup> durch. Beispiels-



> Der Eingang zu Haus 1 mit Vorbau. Nach 1974  
BArch, MfS, BdL, Fo, Nr. 227, Bild 8

weise war im Zeitraum März bis April 1988 die Beobachtergruppe des Führungs-IM »Schönfeldt« der HA II/21 aktiv.<sup>187</sup> Deren Informationen sollten helfen, den »Personenkreis der Kirchengänger einschätzen zu können (Alter, soziale Herkunft, territoriale Herkunft)«<sup>188</sup> – und damit das Profil des »Gegners« präzise zu definieren.

In den Anfangszeiten war die Zentrale der Staatssicherheit von eher bescheidenem Ausmaß. Doch analog zum massiven Ausbau des Stasi-Apparats unter Erich Mielke expandierte sie zu einem gigantischen, streng abgeschirmten Areal von circa 22 Hektar mit 52 Einzelgebäuden. Auf dem Areal waren der Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit und nahezu alle zentralen Dienststellen untergebracht (S. 176).<sup>189</sup> Zeitweise hatten hier bis zu 7 000 Stasi-Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz.<sup>190</sup> Die Lichtenberger Zentrale war das Planungs- und Steuerungszentrum der Staatssicherheit für alle regionalen MfS-Stellen.

Ausgehend von ihrem ersten Standort im Gebäude des ehemaligen Finanzamtes Lichtenberg an der Ecke Normannen-/Magdalenenstraße gegenüber der Glaubenskirche, dehnte sich die Stasi-Zentrale immer mehr in Richtung Norden und Süden aus. Die Staatssicherheit übernahm Grundstücke und Wohnhäuser in der Rusche-, Normannen- und Magdalenenstraße sowie in der Frankfurter Allee. Die Bewohner mussten aus ihren Wohnungen ausziehen. Einen Teil der betreffenden Häuser nutzte die Stasi weiter, die anderen ließ sie abreißen, Neubauten wurden hochgezogen, Abstellflächen für Kraftfahrzeuge geschaffen. Außerdem überbaute das MfS Kleingärten und zwei Straßen. Selbst die Neuapostolische Kirche in der Normannenstraße blieb nicht verschont. Nach deren Sprengung im April 1979 errichtete das MfS an ihrer Stelle einen Dienstleistungs- und Versorgungstrakt (»Haus 18«) für seine Mitarbeiter mit Friseur, Reisebüro und Einkaufsmarkt.

Die wachsende Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter war nicht der alleinige Grund für die immense Bautätigkeit der Stasi. Dazu gehörte auch wesentlich, dass die Staatssicherheit aus ihrer Sicht bestehende Sicherheitslücken, z. B. die Einsichtnahme von außen auf das Innere des Geländes, schließen wollte. 1974 erhielt »Haus 1«, in dem der Minister und seine engsten Mitarbeiter saßen, einen Vorbau als Sichtschutz. Mit dem

Errichten mehrgeschossiger Bürobauten seit Ende der 1970er-Jahre entzog sich das Stasi-Gelände insgesamt weitestgehend den Blicken Außenstehender.

Durch das MfS-Baugeschehen gingen der historische Charakter und die gewachsene Harmonie des Wohn- und Gewerbegebietes mit seinen Kleingärten verloren. Die Größe der MfS-Zentrale und ihre triste »Gebäude-masse« wirkten auf den Normalbürger abschreckend und furchteinflößend zugleich. So berichtete die sogenannte Auskunftsperson »Uwe« im März 1984 über ein Gespräch mit einem Anwohner aus der Alfredstraße. Dieser habe geäußert: »[...] wenn die (das MfS) [sic!] sich immer weiter ausbreitet, brauchen wir für unser Wohngebiet bald einen Passierschein.«<sup>191</sup> Auch schriftliche »Eingaben« an das MfS zeugen vom Unwillen einiger Anwohner.

»Wir fühlen uns in unserem persönlichen Leben entscheidend eingeschränkt und beobachtet.«<sup>192</sup>

Einen weiteren Ausbau der Lichtenberger Zentrale hatte die Staatssicherheit bereits detailliert geplant. Doch die Friedliche Revolution im Herbst 1989 stoppte dieses Vorhaben, am 15. Januar 1990 besetzten Demonstrierende die Stasi-Zentrale. Es folgte die endgültige Auflösung des Stasi-Apparates und seiner Standorte.

FZw/GCa

## Sicherungsbereich Hauptstadt – die Bezirksverwaltung des MfS in Ost-Berlin

Wie in jedem Bezirk der DDR unterhielt die Staatssicherheit auch in Berlin eine eigene Bezirksverwaltung (BV) (S. 180). Diese übernahm die Verantwortung für alle geheimpolizeilich relevanten Vorgänge in der geteilten Stadt. Ihre Offiziere verfolgten Ausreisewillige, überwachten Oppositionsgruppen, beobachteten und verhinderten öffentliche Aktionen von Kirchengemeinden, klärten Hinweise auf Spionage auf und sicherten

politische Großereignisse ab wie SED-Parteitage, Pfingsttreffen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) oder Staatsbesuche.<sup>193</sup>

Eine zentrale Aufgabe war die Absicherung der »Staatsgrenze« zu West-Berlin. Es galt, Anschläge auf die Mauer zu vereiteln, Fluchtversuche sowie das Einschmuggeln von westlichen Konsumgütern, aber auch von Informationen, letztere insbesondere durch Journalisten und Diplomaten, zu verhindern. Darüber hinaus nahm die Stasi auch die Ost-Berliner Industriebetriebe in den Blick.



> SED-Bezirkssekretär Günter Schabowski, Erich Mielke und BV-Leiter Wolfgang Schwanitz (Eintretende v.l.n.r.) beim Empfang durch Mitarbeiter der BV Berlin anlässlich der Delegiertenkonferenz der SED-Grundorganisation der BV Berlin. 1985  
BArch, MfS, BV Berlin, Fo, Nr. 394, Bild 127

In den 1980er-Jahren deckten die Offiziere hier eine Reihe von Wirtschaftsstraftaten auf, etwa Diebstähle durch Kraftfahrer im Fleischkombinat Berlin, fingierte Warenlieferungen und Lagerbestände im VEB Telefon- und Signalbau Weissensee oder illegale Verkäufe von Luxuswaren durch Mitarbeiter des Großhandelsbetriebs »Waren täglicher Bedarf«.<sup>194</sup> Bei besonders schweren Störfällen wie im Mai 1986, als eine U-Bahn in der Station Klosterstraße in Brand geriet, ging das MfS im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen dem Verdacht der Sabotage nach. Als sich eine solche Straftat nicht nachweisen ließ, wies die Stasi die Mitarbeiter der Berliner Verkehrsbetriebe an, die Werksordnung besser einzuhalten. Schließlich betrieben die Stasi-Offiziere auch Wirtschaftsspionage, indem sie u. a. bei den West-Berliner Unternehmen Schering und Siemens Patentinformationen, Werkstoffe und Spezialtechnik beschafften.<sup>195</sup> Bei all diesen Aktivitäten achteten die Mitarbeiter der BV auf eine enge Abstimmung mit der SED im Bezirk. Über alle wichtigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen unterrichteten sie den 1. Sekretär der Bezirksleitung, Konrad Naumann (1971–1985) und Günther Schabowski (1985–1989), in vertraulichen Gesprächen oder sogenannten Parteiinformationen.

Aufgebaut war die BV – die bis 1985 im Gebäude des ehemaligen Friedrich-Wilhelm-Hospitals an der Prenzlauer Allee 63 untergebracht war und 1985 an die Straße der Befreiung in Friedrichsfelde umzog – nach dem gleichen Muster wie die Stasi-Zentrale in Lichtenberg: Für jeden Überwachungsbereich gab es eine operativ tätige Abteilung, zum Beispiel für den Bereich Kirche, Kunst und Kultur die Abteilung XX (S. 180) analog zur Hauptabteilung XX (S. 179) in der Zentrale. Hinzu kamen weitere wichtige Dienststellen wie die Auslandsaufklärung, die Auswertungs- und Kontrollgruppe und das Archiv. In der Kissingenstraße in Berlin-Pankow unterhielt die Berliner Stasi zudem ein Untersuchungsgefängnis, auch die Abteilung IX der BV (Untersuchungsorgan) war dort angesiedelt.<sup>196</sup>

Maßgeblich geprägt wurde die BV von Wolfgang Schwanitz (Jg. 1930), der die Dienststelle von 1974 bis 1986 leitete. Der Experte für Spionageabwehr kam aus dem Innersten des Stasi-Apparates, stand schon seit 1951 im Dienst des MfS und hatte u. a. die Kreisstellen in Pankow und Weißensee geführt. Schwanitz erwies sich als Organisationstalent:

Er rekrutierte neues Personal, organisierte finanzielle Ressourcen und knüpfte ein enges Netzwerk mit wichtigen »Partnerorganen« wie dem Generalstaatsanwalt, dem Präsidenten der Volkspolizei, dem Chef des Wehrbezirkskommandos oder dem Stellvertretenden Oberbürgermeister für Inneres.<sup>197</sup> Während seiner Amtszeit zeigte die BV ein erstaunliches Wachstum. Waren 1976 bereits 1 200 Mitarbeiter in der BV beschäftigt, kletterte die Zahl bis 1985 auf über 2 700.<sup>198</sup> Damit wurde dringend ein neuer Dienstsitz notwendig. Im Mai 1978 begann die Errichtung eines modernen Verwaltungskomplexes in der Nähe des Tierparks. Schwanitz und die BV organisierten eines der größten Bauvorhaben Ost-Berlins mit einem Finanzvolumen von mehreren Millionen Mark. Innerhalb von sieben Jahren, bis zur Schlüsselübergabe am 23. Oktober 1985, wurde in Friedrichsfelde eine richtige Stasi-Stadt hochgezogen: 16 Bürotrakte für die Bezirksverwaltung und fünf Kreisdienststellen – samt Kaufhalle, Friseur, Sparkasse, Speisesälen, Sportplatz und Kfz-Werkstatt.<sup>199</sup>

Trotz dieser beachtlichen Expansion war es der BV niemals erlaubt, die operative Absicherung der Hauptstadt allein auszuüben. Sie stand vielmehr unter genauer Aufsicht der nicht weit entfernten Stasi-Zentrale an der Frankfurter Allee in Lichtenberg; nicht selten zog diese politisch bedeutsame Überwachungsfälle ganz an sich. Ursache dafür war ein grundlegendes Misstrauen der Zentrale gegenüber nachgeordneten Dienststellen, das nicht zuletzt von Erich Mielke persönlich ausging. »Fast täglich rief der Minister morgens an: Was gib't bei Dir?«, erinnert sich Schwanitz im Rückblick. »Hatte ich ihm z. B. eine Flugblattaktion gemeldet, kam die vorwurfsvolle Frage, wie wir das zulassen konnten und ob wir wenigstens den Täter hätten.«<sup>200</sup>

Es gab allerdings auch Überwachungsvorgänge, bei der die BV ganz allein die Regie führte. Einer davon beschäftigte sich mit dem Streik der West-Berliner S-Bahn-Beschäftigten im Herbst 1980. Ursachen des Arbeitskonflikts waren die hoch prekären Arbeitsbedingungen der etwa 3 600 West-Berliner S-Bahner: Sie haderten mit einer hohen Arbeitsbelastung – durchschnittlich 100 Überstunden pro Jahr –, erhielten deutlich niedrigere Löhne als ihre Kollegen bei der westdeutschen Bundesbahn und mussten mit einer stark veralteten Technik zurechtkommen.<sup>201</sup>

Die Schwierigkeiten hatten einen einfachen Grund: Die S-Bahn stand infolge alliierter Vereinbarungen unter der Verwaltung der DDR-Reichsbahn. Sie war also ein Ost-Betrieb und wurde daher von den meisten West-Berlinern gemieden. Kurz nach dem Mauerbau hatte die Stadtregierung unter Willy Brandt sogar einen richtigen S-Bahnboykott ausgerufen. »Der S-Bahnfahrer zahlt den Stacheldraht!«, hieß das Motto der Kampagne. Die Wirkung war ökonomisch verheerend: 80 Prozent der West-Berliner Kunden gingen verloren.<sup>202</sup> Das damit einhergehende finanzielle Defizit ließ dem DDR-Verkehrsministerium keine andere Wahl, als bei Personalkosten und Investitionen stark zu kürzen.<sup>203</sup> So sanken die Infrastrukturausgaben von 1975 bis 1980 um 30 Prozent, während Löhne unterhalb der branchenüblichen Tarifröhe lagen und im Januar 1980 sogar 77 West-Berliner Eisenbahnerinnen und Eisenbahner ohne Vorwarnung vor die Tür gesetzt wurden, darunter alleinerziehende Mütter, Frauen im Mutterschutz und Beschäftigte kurz vor der Rente.<sup>204</sup> Die Stimmung erreichte daraufhin einen neuen Tiefpunkt.

Als das DDR-Unternehmen im September 1980 weitere Güterbahnhöfe und Gleisstrecken stilllegte und die nächtliche Betriebsruhe deutlich verlängerte – was weitere empfindliche Lohnkürzungen mit sich brachte – eskalierte die Lage schließlich: Am 17. September 1980 legten aufgebrachte Reichsbahnerinnen und Reichsbahner des Lehrter Bahnhofs und des Containerbahnhofs Moabit die Arbeit nieder. Binnen Stunden schlossen sich die Kollegen der S-Bahnhöfe Halensee, Tempelhof, Grunewald und Spandau an. Sie blockierten Gleise, entkoppelten S-Bahn-Wagen vom Strom, besetzten Stellwerke und stellten Signale auf Rot. Nach drei Tagen kam ein Großteil des Stadt-, Güter- und Fernverkehrs zum Erliegen.<sup>205</sup> In Sonderausgaben machten westliche Medien die Forderungen der Eisenbahner publik: Lohnerhöhungen um 160 DM, zusätzliche Urlaubstage, Abbau der Überstunden und vor allem: eine Übernahme der S-Bahn durch den West-Berliner Senat. Die Loslösung von der DDR-Reichsbahn versprach auf Dauer bessere Arbeitsbedingungen.<sup>206</sup>



> Ausgangspunkt des Streiks der West-Berliner Reichsbahn-Angestellten: der Containerbahnhof in Moabit. September 1980  
BArch, MfS, BV Berlin, Fo, Nr. 869, Bild 7



> Erklärung der Streikleitung der West-Berliner Eisenbahner. 21.9.1980  
BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XIX, Nr. 11335, Bd. 3, Bl. 94 (Auszug)

Wie reagierten die Stasi-Offiziere der Berliner Bezirksverwaltung auf diese Situation? Zunächst überrascht und etwas unvorbereitet, dann aber fest entschlossen, negative Auswirkungen des spontanen Arbeitskampfes auf die DDR zu begrenzen. Sie identifizierten alle Streikteilnehmer, prüften ihre politischen Einstellungen und Verbindungen in die DDR und veranlassten insgesamt 198 Einreisesperren und bis Mitte November 1980 die fristlose Entlassung von 229 Bahnmitarbeitern.<sup>207</sup> Nach mehreren Anläufen gelang es der Stasi auch, einen inoffiziellen Mitarbeiter, getarnt als arbeitslosen S-Bahner, in das Streikkomitee einzuschleusen. Fortan konnte sie der SED-Bezirksleitung über Flugblattaktionen, die Verwendung der Streikkasse oder politische Differenzen zwischen den Streikenden berichten.<sup>208</sup>

Die geheimpolizeilichen Aktivitäten bündelte die BV im Operativen Vorgang »Bahn«, für den federführend Oberst Siegfried Hähnel (Jg. 1934–2010) verantwortlich war.<sup>209</sup> Hähnel interessierte sich dabei auch für die Kontakte der Streikführer zur polnischen Gewerkschaft Solidarność. Besonders ins Visier geriet hier das »Unterstützungskomitee für freie und unabhängige Gewerkschaften«, das die West-Berliner Reichsbahner aktiv unterstützte und einen engen Austausch mit dem ehemaligen Stettiner Werftarbeiter und Solidarność-Aktivist Edmund Baluka (Jg. 1933) pflegte.<sup>210</sup> Unter allen Umständen sollte eine Einflussnahme der polnischen Bewegung über West-Berliner Umwege auf die DDR verhindert werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Stasi den Berliner S-Bahn-Streik zwar intensiv beobachtete, aber nicht nennenswert beeinflussen konnte. Dass die aktive Behinderung des Bahnverkehrs schon nach einer Woche am 23. September 1980 aufgegeben werden musste und das Streikkomitee Anfang Dezember 1980 seine Auflösung bekanntgab, ohne auch nur ein einziges Ziel erreicht zu haben, lag nicht an der konspirativen Einflussnahme der Stasi, sondern an der fehlenden Unterstützung der westlichen Alliierten und des West-Berliner Senats. Die S-Bahn sollte in der Verantwortung des DDR-Ministerrates bleiben, niemand auf der Westseite hatte ein Interesse, den maroden Betrieb zu übernehmen und mit einer Änderung des komplexen Reichsbahnstatuts den Transitverkehr zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik zu gefährden.<sup>211</sup> Den verbliebenen S-Bahnern ging es anschließend schlechter als jemals zuvor. Da zahlreiche Stellwerker, Fahrdienstleiter und Rangierer den Betrieb verlassen hatten, brauchte es große Anstrengungen, einen geregelten Bahnverkehr wiederherzustellen.<sup>212</sup> Die Bezirksverwaltung Berlin war mit ihren Aktionen hingegen zufrieden. Im Abschlussbericht zum Operativen Vorgang »Bahn« notierte sie, dass »durch umfangreiche politisch-operative Maßnahmen [...] Auswirkungen auf die DDR verhindert werden« konnten.<sup>213</sup>

## Die Kreisdienststelle Treptow an der Berliner Mauer

Im Juni 1983 hatten zehn junge Männer und Frauen unter dem Dach der evangelischen Gemeinde der Bekenntniskirche die »Treptower Friedensgruppe« ins Leben gerufen. Sie wollten sich angesichts des neuen Rüstungswettlaufes im Bereich der Mittelstreckenraketen für Frieden und Abrüstung in Ost und West einsetzen. Die Stasi warf der Gruppe außerdem vor, dass sie die SED-geführte Jugendorganisation FDJ ablehne, da sie deren Tätigkeit als parteihörig betrachten würde.<sup>214</sup>

Im Sommer 1984 begann die Kreisdienststelle Treptow (S. 182) im Operativen Vorgang »Bekenntnis« gegen die Mitglieder der Friedensgruppe zu ermitteln. In dieser Zeit baute die Gruppe, die vorher durch vereinzelte Vortragsveranstaltungen an die Öffentlichkeit getreten war, ihre Aktivitäten weiter aus. In diesem Zusammenhang trat die Gruppe auch als Amateurkabarett unter dem Namen »Die Wühlmäuse« auf und nutzte den gesellschaftlichen Freiraum, den die Kirche ihnen bot. Einer der Hauptinitiatoren war Benn Roolf (Jg. 1964).

Die Stasi blieb aktiv, denn »Die Wühlmäuse« setzten sich für Veränderungen im eigenen Land ein. So forderten sie militärische Abrüstung nicht nur im Westen, sondern auch in der DDR und protestierten gegen die schlechte Behandlung von Jugendlichen im DDR-Strafvollzug, das gewaltsame Vorgehen gegen Oppositionelle und die eingeschränkte Reisefreiheit in der DDR. Dies erfüllte in den Augen der Stasi den Straftatbestand gemäß § 218 StGB (Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele) und nach § 220 StGB (öffentliche Herabwürdigung).<sup>215</sup>

Die Geheimpolizei legte es von vornherein darauf an, die Gruppe zu »zersetzen«. Diese Vorgehensweise kam seit 1976 zum Einsatz, um oppositionelle Personen und Gruppen verdeckt zu zermürben. In detaillierten Plänen kombinierte die Stasi ein breites Spektrum an unterschiedlichen Vorgehensweisen. Dazu gehörte es, Personen zu diskreditieren, ihr Selbstvertrauen durch das Herbeiführen beruflicher Misserfolge zu untergraben und in ihrem Umfeld Rivalität und Neid zu schüren.

Auch die »Wühlmäuse« waren ab dem Sommer 1984 Ziel von Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit. Beim OV »Bekenntnis« begann die KD damit, drei IM auf »Die Wühlmäuse« anzusetzen und deren Post kontrollieren zu lassen. Zunächst wollte die Stasi die Mitglieder identifizieren und über geplante Auftritte informiert sein. Besonders intensiv beobachtete sie Benn Roolfs Wohnung und sein persönliches Umfeld.

1985 kam es innerhalb der Gruppe zu Konflikten. Ein Mitglied – Michael Hallig<sup>216</sup> – versuchte offensichtlich bewusst, mit nicht in der Gruppe abgesprochenen Aktionen die Stasi zu provozieren, um seinem Ausreiseantrag Nachdruck zu verleihen.<sup>217</sup> Dies führte dazu, dass der Pfarrer der Bekenntniskirche Werner Hilse den Auftritten der »Wühlmäuse« fortan skeptisch gegenüberstand. Später erging von kirchlicher Seite sogar die Empfehlung, die Gruppe nicht mehr im kirchlichen Rahmen auftreten zu lassen.<sup>218</sup>

Die Stasi trieb die »Zersetzung« der Gruppe voran, indem sie im Mai 1986 bei der Nationalen Volksarmee (NVA) Roolfs Einberufung forcierte. Da er den Dienst an der Waffe ablehnte, wurde er in die Baueinheit der NVA eingezogen. Um zu verhindern, dass er sich auch bei den »Bausoldaten« für die Friedensarbeit engagierte, sollte er dort »isoliert« werden. Um das Misstrauen seiner »Bausoldaten«-Kameraden in Charlottenhof (Lausitz) zu wecken, sorgte die KD Treptow dafür, dass er regelmäßig zu Gesprächen mit seinem Vorgesetzten eingeladen und ihm großzügiger als üblich Ausgang und Urlaub gewährt wurde.<sup>219</sup> Nachdem die erhoffte Wirkung ausblieb, entzog man ihm die Privilegien wieder.

Unterdessen hatte Michael Hallig sein Ziel, nach West-Berlin auszureisen, erreicht. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte kurzfristig die Genehmigung seines Übersiedlungsversuchens erwirkt<sup>220</sup> und nutzte alle Möglichkeiten, um das Engagement des Amateurkabarettisten zu schwächen. Obwohl »Die Wühlmäuse« in den nächsten Monaten weitere Mitglieder verloren, trafen sie sich regelmäßig und planten Auftritte. Um Aufführungen zu verhindern, verschickte die KD von nun an fiktive Absagen im Namen der Veranstalter an die Gruppe. Dadurch erreichte das MfS nicht nur, dass die Gruppe nicht weiter bekannt wurde, sondern auch, dass sich persönliches Misstrauen unter den Mitgliedern breitmachte.



> Ab 1983 hatte die KD Treptow ihren Sitz am Segelfliegerdamm 42/44. 2022  
Foto: BArch, Brusendorf

Damit die »Zersetzung« weiter vorangetrieben werden konnte, erfasste das MfS die aktivsten »Wühlmäuse« sogar in einer eigenen Operativen Personenkontrolle. Damit zielte die Stasi darauf ab, die Personen nicht mehr nur als Teil der »Wühlmäuse« zu überwachen, sondern gegen sie auch gesondert – aus Sicht des MfS in einem strafrechtlich relevanten Tatbestand – zu ermitteln.<sup>221</sup> Mitte Oktober 1987 wusste IM »Roland« dann zu berichten, dass zwei Mitglieder, einer von ihnen war der IM »Andreas Harms«, vorgeschlagen hatten, die Gruppe aufzulösen – mit Erfolg. Ein Grund war das angeblich zurückgegangene Interesse an den Kabarettaufführungen. Hinzu kam die stete Fluktuation von Gruppenmitgliedern<sup>222</sup>: Einige von ihnen beendeten ihr Engagement, die Mehrheit jedoch migrierte zu anderen Friedens-, Umwelt- oder Menschenrechtsgruppen in Berlin.<sup>223</sup> Wenn auch die meisten Protagonisten in neuen Konstellationen weitermachten, hatte die KD Treptow dennoch ihr Ziel erreicht und durch ihre Maßnahmen wesentlich zur Auflösung der Gruppe beigetragen.

Nachdem Benn Roolf im Herbst 1987 seinen NVA-Dienst beendet hatte, leitete die KD Treptow erneut eine Überwachung gegen ihn ein. Gemeinsam mit einem ebenfalls entlassenen »Bausoldaten« hatte Roolf die Samisdat-Zeitschrift »KONTEXT« gegründet,

die kritische intellektuelle Beiträge publizierte und demokratische Politikalternativen zur SED entwickeln wollte – jedoch nicht auf eine offizielle Druckerlaubnis hoffen konnte. In den nächsten zwei Jahren wurde er erneut intensiv bespitzelt und observiert.<sup>224</sup> Anders als im Fall der »Friedensgruppe Treptow« gelang es der Stasi nicht, die Zeitschriftenherausgeber zu »zersetzen«.

Die Kreisdienststellen waren für das Überwachungssystem des MfS unverzichtbar. Sie sicherten in den Bezirken die flächendeckende Kontrolle. Die konkreten Aufgaben und die innere Organisation richteten sich nach der wirtschaftlichen und geografischen Struktur des jeweiligen Kreises. Es galt, die Wirtschaft, das Verkehrswesen und den lokalen Staatsapparat zu überwachen. Durch Stimmungs- und Lageberichte wurden die Bezirksverwaltungen über die regionalen Geschehnisse informiert.<sup>225</sup>

In der Verantwortung der KD lagen außerdem Sicherheitsüberprüfungen und Genehmigungsverfahren für private und dienstliche Auslandsreisen. So sollte die loyale Einstellung der Antragstellenden zur DDR überprüft werden. Die Ost-Berliner Kreisdienststellen hatten aufgrund der engen wirtschaftlichen und



privaten Verbindungen der Berliner Bevölkerung, die trotz der Teilung der Stadt existierten, besonders viele Überprüfungen vorzunehmen.

Für Ost-Berlin ist auffällig, dass viele Vorgänge von der Zentrale oder der Bezirksverwaltung übernommen wurden, wenn die Vorfälle als politisch besonders wichtig eingestuft wurden. Ein Vorgehen, welches vor allem durch die Nähe zur Zentrale entstand und in anderen Bezirken der DDR weitaus seltener zu beobachten war. Die Kreisdienststellen ermittelten deshalb seltener selbstständig, sondern arbeiteten überwiegend den ihnen weisungsberechtigten Dienststellen zu.

Ein anderes Spezifikum der Ost-Berliner MfS-Struktur war die Einbeziehung des westlichen Stadtgebiets – zumindest in der planerischen und organisatorischen Vorbereitung auf den »Tag X«. Davon ausgehend, dass es zu einem bewaffneten Ost-West-Konflikt und einer Besetzung West-Berlins durch die DDR kommen werde, arbeitete das MfS 1985 detailliert aus, welche Aufgaben die Abteilungen der BV im Rahmen der »Konstituierung und Entfaltung der Verwaltung B 2« in West-Berlin zu erfüllen hätten. So galt es nicht nur, Festnahmen und Internierungen von Politikern, Polizisten und Beamten und natürlich von Geheimdienstmitarbeitern vorzubereiten, sondern auch die Aufrechterhaltung der wichtigsten Versorgungsbereiche zu planen. Diese Überlegungen zeigen, dass es als äußerst wichtig erachtet wurde, den »Aufbau demokratischer Organe« nach dem Vorbild der DDR zu organisieren.<sup>226</sup> Um die neuen Machtstrukturen zu etablieren, plante die Stasi zudem bereits die Installation von zwölf Kreisdienststellen – eine in jedem West-Berliner Bezirk.<sup>227</sup>

Während die »Verwaltung B 2« im Planungsstadium blieb, war die konkrete Tätigkeit der Kreisdienststellen in Ost-Berlin Teil des Alltagslebens. Die Kreisdienststellen bearbeiteten 60 Prozent aller operativen Vorgänge und führten 50 Prozent der IM. Für die Arbeit vor Ort waren die inoffiziellen Mitarbeiter ein wichtiges Instrument: 1985 führten die hauptamtlichen Mitarbeiter der KD Treptow mindestens 203 IM.<sup>228</sup> Die Leiter einer Kreisdienststelle wurden direkt vom Minister eingesetzt. In Treptow hatte dieses Amt von 1983 bis 1986 Kurt Zeiseweis (Jg. 1937) inne, der sich danach als stellvertretender Leiter Operativ in der BV Berlin empfahl. Sein Nachfolger bis 1989 war Klaus Starke (Jg. 1938).

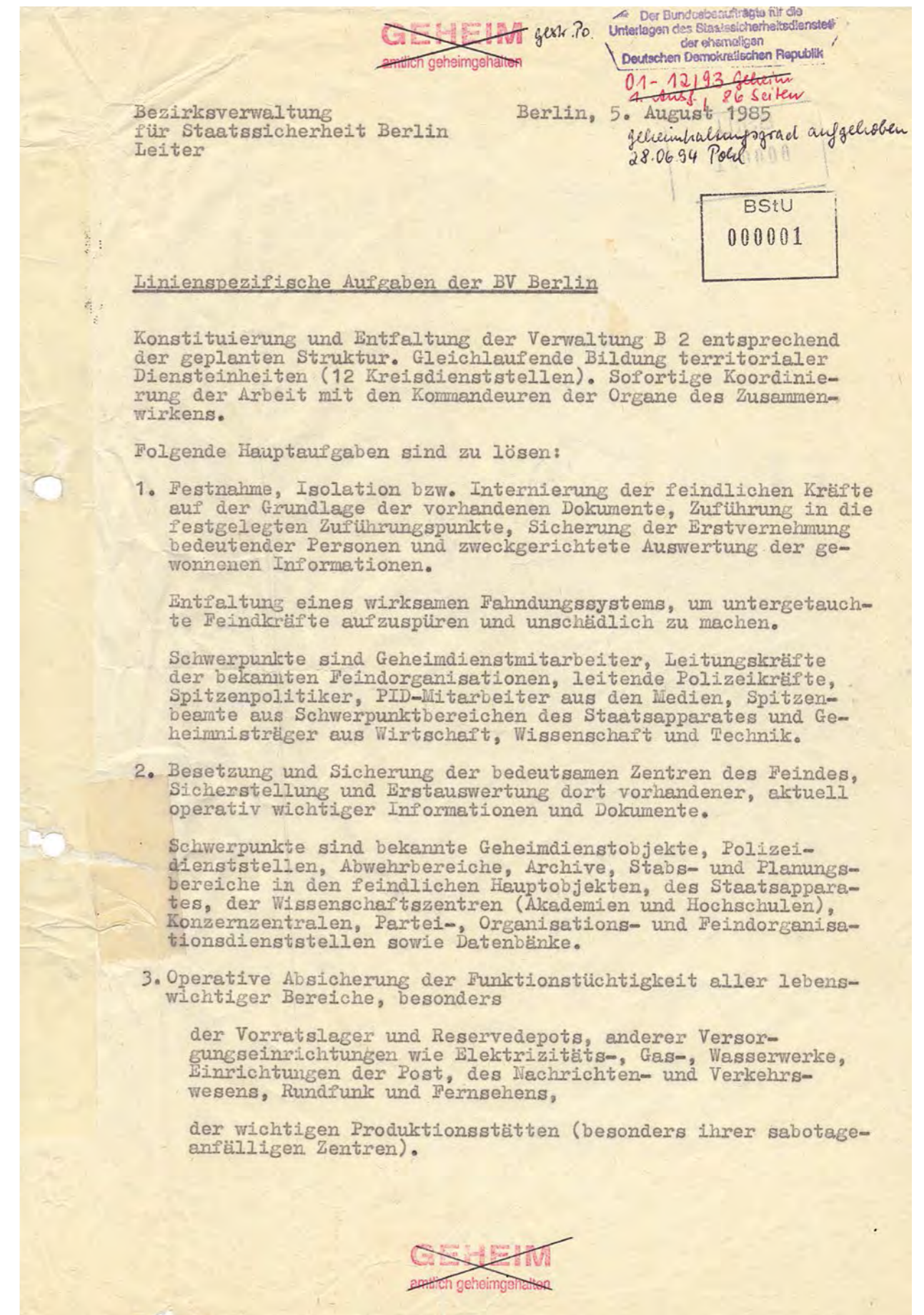
Ende der 1980er-Jahre lebten circa 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Treptow.<sup>229</sup> Der Stadtbezirk war geprägt von vielen Großbetrieben wie dem VEB Kali-Chemie und dem VEB Elektro-Apparate-Werke »Friedrich Ebert«. Aus diesem Grund war die »Sicherung der Volkswirtschaft« ein wichtiger und arbeitsintensiver Bereich vor Ort.

Die KD Treptow hatte mit 17 Kilometern den längsten Abschnitt der Grenze innerhalb Berlins zu überwachen. Neben dem Grenzverkehr zu Lande war auch jener zu Wasser – auf der Spree und dem Teltowkanal – zu kontrollieren. Alleine von April bis Oktober 1988 meldete die Kreisdienststelle 65 Fluchtversuche.<sup>230</sup> Um diese zu verhindern, war die Geheimpolizei stets auf der Suche nach Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in Grenznähe wohnten und zu einer inoffiziellen Zusammenarbeit bereit waren.<sup>231</sup>

Seit 1988 war die Überwachung und Bespitzelung Ausreisewilliger eine der Hauptaufgaben der KD Treptow. Im Fokus stand erneut die evangelische Bekenntnis-gemeinde in der Plesser Straße. Auch hier schleuste sie in die regelmäßigen Treffen der Ausreisewilligen inoffizielle Mitarbeiter ein. Die Stasi protokollierte diese Treffen und wertete sie aus. Um alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu identifizieren, überprüfte sie sogar die in der Nähe der Kirche parkenden Autos. Das MfS hoffte, diejenigen, die noch keinen Antrag auf Ausreise gestellt hatten, an der Antragstellung hindern zu können.<sup>232</sup>

Noch im September 1989 konstatierte die KD Treptow für die Jahresplanung 1990, dass es zu einer Steigerung von Fluchtversuchen gekommen sei und auch die Überwachung des kirchlichen Engagements weiter stark Personal binde. Gleichzeitig sei aber unter den Jugendlichen keine besonders aktive Opposition zu erkennen – eine Einschätzung, die sich in den nächsten Monaten grundlegend ändern sollte. Als Ziel für das Jahr 1990 gab die KD aus, mehr IM anzuwerben, da bisher jede zweite Überwachung auf Hinweise aus dieser Quelle zurückzuführen sei.<sup>233</sup> Doch soweit sollte es nicht mehr kommen: Mitte Dezember 1989 hatten die politischen Ereignisse die Stasi überrollt und das MfS wurde aufgelöst.

KSo



> Planung der BV Berlin über die bevorstehenden Aufgaben nach der Bildung von zwölf Kreisdienststellen in West-Berlin. 5.8.1985  
BArch, MfS, BV Berlin, Leiter, Nr. 101, Bl. 1



> Vorderfront der zentralen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen. Um 1985  
BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 2560, Bild 49

## Die zentrale Untersuchungs- haftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen

»[E]in Mann betritt den Raum, groß, leichter Fettansatz, um die Vierzig, kurze Haare, Scheitel, leicht abstehende Ohren. Schlips, Anzug, Kragen, setzt sich in einen Sessel. [...] Was gibt's denn da zu glotzen? [...] Ihre Uhr haben wir Ihnen abgenommen, Papier und Bleistift brauchen Sie jetzt auch nicht, Sie können höchstens mit dem Finger auf den Tisch malen [...]. Sie sind doch ein Dichter, ein richtiger Schmierfink [...].«<sup>234</sup>

So erinnert sich Jürgen Fuchs (1950–1999) an den Untersuchungsführer Manfred Eschberger (Jg. 1940). Fuchs, der seit den 1970er-Jahren von der Stasi »bearbeitet« wurde, war im November 1976 auf dem Weg zum Ost-Berliner Büro des »Spiegels« verhaftet und in die MfS-Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen gebracht worden. Während der dortigen Verhöre begegnete er Eschenberger mehrfach, so auch in der oben skizzierten Situation: Als der eigentliche

Vernehmer dem Untersuchungshäftling Jürgen Fuchs keine Aussage abzapressen vermochte, griff Eschberger, zu der Zeit Referatsleiter in der Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan), in das Verhör ein. Er verfügte über langjährige Erfahrungen als Vernehmer.

Mehr als 30 Jahre war Eschberger Mitarbeiter des MfS. 1959 gehörte er zu jenen Anfängern, die als Abiturienten das niedrige Bildungsniveau im MfS anheben sollten. Er begann seine Laufbahn als einfacher Wachsoldat beim MfS in Cottbus. Nach kurzer Zeit wechselte er in die Abteilung IX und wurde von dort relativ rasch nach Ost-Berlin geholt. Der permanent hohe Personalbedarf im Ministerium wurde vielfach über den Nachwuchs in den regionalen MfS-Verwaltungen gedeckt. Studium und Promotion ermöglichten ihm später den Aufstieg bis in höchste Leitungspositionen.<sup>235</sup> So arbeitete er sich über Jahre vom Sachbearbeiter bis zum Abteilungsleiter und zuletzt zum stellvertretenden Hauptabteilungsleiter der HA IX (S. 179) hoch.<sup>236</sup> Mit der Auflösung der Stasi im Januar 1990 endete auch seine Laufbahn in der DDR-Geheimpolizei. Die meiste Zeit war er in Hohenschönhausen als Vernehmer beschäf-

tigt gewesen. Das ideologisch aufgeladene Leitbild des MfS prägte sein Selbstverständnis und bestimmte seine Alltagspraxis. Eschberger vermittelt damit das gewohnte Bild eines MfS-Mitarbeiters seiner Generation und zunächst scheint sein Karriereweg sehr geradlinig. Doch lohnt ein genauere Blick.

Zu Beginn seiner Laufbahn in der HA IX galt Eschberger als lernwillig und entwicklungsfähig. Zunächst bearbeitete er Fälle der »staatsgefährdenden Propaganda und Hetze« (§ 19), nach dem Mauerbau wurde er mit Verfahren wegen »Republikflucht« (§ 8) und Fluchthilfe betraut. Seine Vorgesetzten bescheinigten ihm, diszipliniert, zielstrebig, ausgeglichen und verlässlich zu sein. Der Lohn dafür waren Prämien. Ein schneller Aufstieg schien in Aussicht. Doch 1963 tauchte in den Beurteilungen erstmals ein anderer Ton auf: Er habe ein »übersteigertes Selbstbewusstsein«.<sup>237</sup> Dieses negative Zeugnis steht in Zusammenhang mit einem Vorfall im Frühjahr 1963. Eschbergers Vater hatte sich in einem Wirtshaus damit gebrüstet, sein Sohn habe im Sommer 1961 maßgeblich zur Verurteilung der »Glatzkopfbande« beigetragen.<sup>238</sup> Die Prahlereien führten zu einer Ermittlung der MfS-internen Sicherheitsabteilung gegen den Sohn und seine Familie. Denn offensichtlich hatte Eschberger Details aus seiner MfS-Tätigkeit weitergegeben und damit gegen das strenge Gebot der Konspiration verstoßen.<sup>239</sup> Die Arbeitszeugnisse hingegen greifen nicht die Preisgabe von Dienstgeheimnissen auf, sondern eher den Hang zur Aufschneiderei. Als Hilfssachbearbeiter hatte er sicherlich keine maßgebliche Rolle bei der fraglichen Untersuchung gespielt, zumal das Verfahren in der Rostocker Abteilung IX und nicht in Hohenschönhausen stattfand.

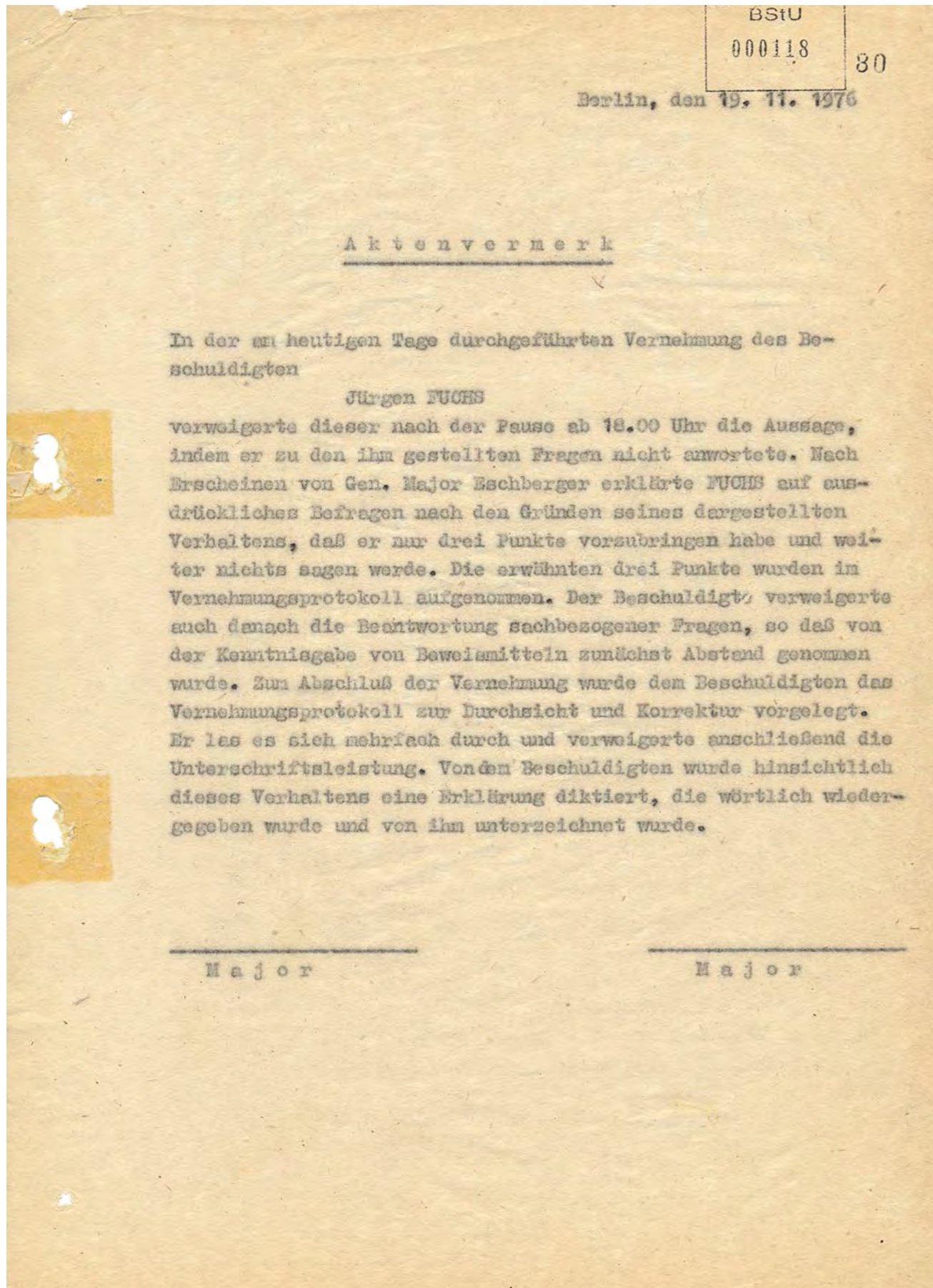
Die interne Ermittlung gegen Eschberger zog am Ende keine Bestrafung nach sich, verzögerte jedoch seine Karriere. Mielke hatte nach dem Mauerbau ein striktes Durchgreifen bei Verstößen gegen die Disziplin gefordert. Vorgesetzte mussten regelmäßig Rechenschaft über moralisches Verhalten wie auch politische Zuverlässigkeit der Mitarbeiter ablegen.<sup>240</sup> Eschberger empfahl sich daher nicht für einen schnellen Aufstieg und musste zunächst auf der erreichten Position ausharren. Erst nach Abschluss der Ermittlungen, dem Beginn eines Studiums und sicherlich auch der Beteuerung, künftig alle Gebote im MfS zu achten, konnte er auf der Karriereleiter weiter aufsteigen.

Während Jürgen Fuchs noch in Untersuchungshaft saß, erhielt Eschberger eine Auszeichnung, die begründet wurde mit »besondere[n] Verdienste[n] auf dem Gebiet der Bekämpfung der politisch-ideologischen Diver-sion«. Die Ergebnisse der Vernehmungen von Jürgen Fuchs können kaum zu der Belobigung beigetragen haben. Nicht nur sämtliche von Eschberger eingesetzten Vernehmer, auch der Referatsleiter selbst waren über Monate an der Verweigerungshaltung von Fuchs gescheitert. Jürgen Fuchs ließ sich nicht beugen: »Bis zum 10. Mai 1977 breche ich jegliche Kommunikation mit den Vernehmern ab. Ich arbeite, konzentriere mich auf das Beschreiben der Tischplatte.«<sup>241</sup> Er wurde Ende August 1977, nach neun Monaten Untersuchungshaft, nach West-Berlin abgeschoben.

Die Hauptabteilung IX, in der Eschberger arbeitete, war eine Art geheime Kriminalpolizei mit staatsanwaltlichen Befugnissen. Ihr oblagen strafrechtliche Ermittlungen, sie nahm Durchsuchungen und Beschlagnahmungen vor, führte Verhaftungen und Vernehmungen durch, leitete den Einsatz von Spitzeln, stellte Anklagematerial zusammen, beeinflusste und manipulierte Gerichtsverfahren. Es waren vor allem die Vernehmer der HA IX und ihre Methoden, die die Erfahrungen der Inhaftierten so nachhaltig prägten. Der Dienstsitz der Hauptabteilung – sie stand von 1973 an unter der Leitung von Generalmajor Rolf Fister (1929–2007) – lag auf dem Gelände der UHA I in Berlin-Hohenschönhausen.<sup>242</sup>

Dieses Gelände, nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst Teil eines militärischen Sperrgebiets der sowjetischen Besatzungsmacht, ging im Frühjahr 1951 an das Ministerium für Staatssicherheit der DDR über. Damit hatte das MfS auch das dort gelegene berüchtigte Kellergefängnis des sowjetischen Geheimdiensts in eigene Regie übernommen: das »U-Boot« mit seinen fensterlosen, bunkerartigen Zellen. Ein Jahrzehnt diente der Keller der Stasi als geheime zentrale Untersuchungshaftanstalt, ab November 1960 wurde ein auf dem Gelände errichteter Neubau als Haftgebäude genutzt. Er war für rund 200 Untersuchungshäftlinge ausgelegt.

Insgesamt waren bis 1989 rund 11 000 Menschen in Hohenschönhausen inhaftiert, zumeist aus politischen Gründen, weil sie im Verdacht standen, ideologisch abzuweichen, weil sie der Sabotage oder Spionage



> Aktenvermerk über die Weigerung von Jürgen Fuchs, Verhörfragen zu beantworten, auch gegenüber Major Manfred Eschberger. Fuchs protestierte gegen seine Festnahme und forderte seine Freilassung. 19.11.1976  
BArch, MfS, AU 11554/78, Bd. 1, Bl. 118

beschuldigt wurden, weil sie das Regime kritisierten oder bekämpften, weil sie »ungesetzliche« Kontakte zu westlichen Journalisten, Politikern oder Vereinigungen hatten, weil sie unter dem Verdacht standen, aus der DDR fliehen zu wollen, oder weil sie bei versuchter »Republikflucht« in die Hände der Sicherheitskräfte gefallen waren. In den frühen Jahren entführte die Stasi auch ihre Gegner aus West-Berlin oder der Bundesrepublik und verschleppte sie nach Hohenschönhausen.<sup>243</sup>

Im ersten Jahrzehnt war die Haft in Hohenschönhausen geprägt durch mangelhafte Ernährung, desaströse hygienische Verhältnisse und unzureichende Belüftung im »U-Boot«. Physische Misshandlung und Folter waren an der Tagesordnung. Mit der Inbetriebnahme des Gefängnisneubaus Ende 1960 änderte sich das Haftregime der Staatssicherheit. Die Geheimpolizei setzte zunehmend auf ausgefeilte psychologische Foltermethoden, um Geständnisse und Informationen zu erzwingen – sie hinterließen keine sichtbaren Wunden. Schlafentzug, stundenlange Vernehmungen auch in der Nacht, Isolation, zermürbende Beschäftigungslosigkeit: Nun sollten die Häftlinge auf diese Weise gefügig gemacht, ihr Selbstbewusstsein durch das Gefühl von Hilflosigkeit und Ausgeliefertsein gebrochen werden.

Die Gefangenen wurden nicht mit Namen angesprochen, sondern auf eine Nummer reduziert, die Anweisungen zu befolgen hatte. Ob sie Angehörigenbesuche bekommen oder Anwaltstermine wahrnehmen konnten, hing von der Zustimmung der für die Ermittlungen und Vernehmungen zuständigen Hauptabteilung IX ab. Meist saßen die Häftlinge in Einzelhaft und waren völlig isoliert. Gab es einen Mithäftling, so musste man damit rechnen, dass es sich um einen »Zelleninformatoren«, einen Stasi-Spitzel, handelte.

Die einzige mehr oder minder beständige Kontaktperson war der jeweilige Stasi-Vernehmer. Er wurde zur zentralen, allerdings unberechenbaren »Bezugsperson« in jener Zeit. Er konnte Aufmerksamkeit geben, Zuwendung und ein offenes Ohr vorspielen, er konnte dies aber jederzeit auch plötzlich verweigern und stattdessen drohen und einschüchtern. Er gewährte Hafterleichterungen oder sorgte für Haftverschärfungen, er führte die Regie. Die Ausbildung, wie man Menschen »bearbeitet«, »zersetzt« und damit

zu verwendbaren Ermittlungsergebnissen kommt, erhielten die Vernehmer auf der Hochschule des MfS in Potsdam-Golm.

Zur systematischen Destabilisierung zählte auch, dass die Häftlinge nicht erfuhren, wo sie waren. Die UHA I lag hermetisch abgeschirmt, die Fahrt dorthin erfolgte in fensterlosen Gefangenentransportwagen. Die Haftzellen im Neubau verfügten im Unterschied zum »U-Boot« zwar über Fenster, jedoch bestanden diese aus Glasbausteinen, sodass die Umgebung nicht erkennbar war. Es war, als sei man auf unbestimmte Zeit im Nirgendwo ausgesetzt und zugleich stand man unter der permanenten Kontrolle der Staatssicherheit – eine Situation, die die Ohnmacht der Häftlinge und das Gefühl des Identitätsverlustes noch verstärkte. Manche zerbrachen unter dem unablässigen psychischen Druck.

Die Folgen der Stasi-Haft, sie waren noch lange spürbar. Angstanfälle, tiefes Misstrauen anderen Menschen gegenüber, zerstörerische Selbstzweifel, Depressionen, das Nichtzurechtfinden in der Welt und das Gefühl, nicht dazuzugehören: Dies wurde für viele ehemalige Häftlinge zum ständigen Begleiter, weit über die Haftzeit hinaus. Jürgen Fuchs, der neun Monate in Hohenschönhausen eingesperrt war und den die Stasi auch nach seiner Ausreise in den Westen nicht aus den Augen ließ und mit »Zersetzungsmaßnahmen« überzog, spiegelte diese erschütternde Erfahrung in einem seiner Gedichte:

#### DAS SCHLIMME

ist nicht  
In einer Zelle zu sitzen  
Und verhört zu werden

Erst danach  
Wenn du wieder vor einem Baum stehst  
Oder eine Flasche Bier trinkst  
Und dich freuen willst  
Richtig freuen  
Wie vorher

Erst dann<sup>244</sup>

Est/GCa

## Die hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen

Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS in den MfS-Kreisdienststellen, Bezirksverwaltungen und der Ost-Berliner Zentrale bildeten als »Schild und Schwert der Partei« die wichtigste Stütze des SED-Herrschaftssystems. Mit dem Fahneid des MfS schworen sie, die DDR »auf Befehl der Arbeiter- und Bauern-Regierung gegen jeden Feind« zu schützen und »die Feinde des Sozialismus auch unter Einsatz ihres Lebens zu bekämpfen«.<sup>245</sup>

An der Spitze der DDR-Geheimpolizei stand seit der Gründung im Jahr 1950 ein harter Kern kommunistischer Funktionäre mit langjähriger Erfahrung im illegalen Militärapparat der Kommunistischen Partei (KPD). Viele hatten am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen, sie waren mehrheitlich in der Sowjetunion geschult worden, hatten Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet und die Haft in Zuchthäusern und Konzentrationslagern erlitten.<sup>246</sup> Laut dem ersten MfS-Minister Wilhelm Zaisser gehörten dem MfS rund 1000 junge Männer an,<sup>247</sup> die überwiegend aus proletarischen Verhältnissen stammten und meist nur über eine einfache Volksschulbildung verfügten. Erich Mielke rechtfertigte das, indem er 1953 sagte: »Mir scheint, dass es darauf ankommt, dass dieser Genosse, der vielleicht nicht schreiben kann, weiß, wie man siegt und was man tun muss, um seine Feinde zu vernichten.«<sup>248</sup> Die Männer der ersten MfS-Generation waren vom Rollenverständnis ihrer Zeit geprägt. Sie hatten insbesondere Schwierigkeiten, selbstbewusste und unabhängige Frauen als gleichberechtigte Partnerinnen zu akzeptieren und lehnten es kategorisch ab, sie beim Aufbau des Staatssicherheitsdienstes mit verantwortlichen Positionen zu betrauen. Hinzu kam ein Arbeitsalltag, der nach militärischen Kriterien organisiert war, in dem Frauen kaum ein Platz zugestanden wurde. Eine Ausnahme stellt der berufliche Werdegang von Klara Schellheimer dar.

Klara Schellheimer, geborene Ruseck, kam 1907 in Magdeburg als Tochter eines Drehers und einer Landarbeiterin auf die Welt, besuchte bis 1921 die katholische Volksschule und erlernte den Beruf einer Stenotypistin. Wenig später heiratete sie den Kommunisten

Johannes Schellheimer (1899–1945).<sup>249</sup> Seine »aktive politische Tätigkeit in der KPD« habe »bei ihr den Kampfgeist gegen den Faschismus geweckt«, hieß es in ihren Personalunterlagen.<sup>250</sup> In der NS-Zeit war sie im kommunistischen Widerstand tätig, wurde 1936 verhaftet, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, schloss sich anschließend einer Frauenwiderstandsgruppe an, wurde 1944 erneut verhaftet und saß bis Kriegsende in Untersuchungshaft. Ihr Mann wurde wegen illegaler Arbeit für die KPD im Februar 1945 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Nach dem Krieg arbeitete sie für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund in der SBZ/DDR, befasste sich beim Magdeburger Amt für Arbeit und Sozialfürsorge mit dem Frauenarbeitsschutz und war seit 1949 als Personalleiterin im Polizeiapparat beschäftigt. Sie »lässt sich in ihrer Arbeit hauptsächlich vom politischen Standpunkt leiten«, hieß es in einer Beurteilung. Nach Gründung des MfS wurden Kaderoffiziere auf sie aufmerksam. Klara Schellheimer verpflichtete sich im März 1951 für den hauptamtlichen Dienst beim MfS in der neu gebildeten Abteilung III (Verkehrswesen) und zog nach Ost-Berlin. In mehreren Beurteilungen lobte der Abteilungsleiter ihre »gute Arbeitsmoral« und Verschwiegenheit. Als Sekretärin arbeite sie »fast täglich über die normale Arbeitszeit« hinaus.<sup>251</sup>

Im Dezember 1953 wechselte sie in die Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher) (S. 179) der Ost-Berliner Zentrale. Der Frauenanteil in dieser Archiv-Abteilung lag über dem MfS-Durchschnitt, fast ein Drittel der hier hauptamtlich Beschäftigten waren Frauen. Schellheims Arbeitsgruppe verwaltete Karteikarten, wertete Prozessakten aus, registrierte Untersuchungsvorgänge und erfasste darin verzeichnete, angeblich verdächtige Personen. Klara Schellheimer rückte in die »Kaderreserve« auf, d. h. sie bereitete sich auf zukünftige Führungsaufgaben vor. Sie besitze die erforderliche Qualifikation und die nötigen »Voraussetzungen« für eine Leitungsfunktion, so eine dienstliche Einschätzung.<sup>252</sup> Außerdem sei sie als »alte, im Klassenkampf gestählte und erfahrene Genossin« für eine Karriere besonders geeignet. Sie stelle ihr Privatleben zurück und habe bei der illegalen Arbeit für die KPD gelernt, dass eigene Bedürfnisse nicht im Vordergrund stehen dürften. Im Juni 1958 übernahm sie die Leitung des Referates 3. In dieser Funktion trug sie Personalverantwortung für 32 MfS-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen.



> Klara Schellheimer als Arbeitsschutzinspektorin im Magdeburger Amt für Arbeit und Sozialfürsorge. Um 1946  
BArch, MfS, KS II, Nr. 160/64, Bd. 1, Bl. 150, Bild 1



> Klara Schellheimer, Beförderung zur Referatsleiterin. 1958  
BArch, MfS, KS II, Nr. 160/64, Bd. 1, Bl. 150, Bild 3



> Klara Schellheimer Anfang der 1980er-Jahre. O. D.  
BArch, MfS, Abt. XII, 4114, Bl. 1

Im gleichen Jahr wurde Klara Schellheimer die erste Vorsitzende der zentralen MfS-Frauenkommission und damit erste »Frauenbeauftragte« beim Staatssicherheitsdienst. Die Gründung dieser Kommission erfolgte auf Initiative des Zentralkomitees der SED. Auf allen Ebenen des SED-Parteiapparates sollten Abteilungen und Kommissionen eingerichtet werden, die als Interessenvertretung der Frauen auftraten und zum anderen die Parteibeschlüsse in der Frauenfrage propagierten.<sup>253</sup> Auf Weisung des Zentralkomitees richtete die SED auch in den Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen sowie in der Zentrale des MfS eigene Frauenkommissionen ein. In den MfS-Dienststellen mit geringem Frauenanteil wurden hingegen »Verantwortliche für Frauenfragen« ernannt.<sup>254</sup> Mitte der 1950er-Jahre war der Frauenanteil im MfS mit rund 25 Prozent relativ hoch und sollte weiter gesteigert werden.

Im März 1959 trat Klara Schellheimer auf einer internen Partei-Konferenz,<sup>255</sup> in der die SED-Außenpolitik und die Personalentwicklung des MfS diskutiert wurden, für die Interessen der Frauen ein. Sie verwies darauf, »dass eine Mitarbeit der Frau im sozialistischen Aufbau nicht wegzudenken ist« und sie im MfS längst »gewisse verantwortliche« Funktionen eingenommen hätte. Einen Hauptgrund dafür, dass Frauen dennoch nur in der Minderzahl eingestellt würden, sah sie in den frauenunfreundlichen Arbeitszeiten. In ihrer Rede zur »Rolle der Frau« machte sie auf die Konflikte zwischen beruflichen Anforderungen und Familien-

pflichten aufmerksam sowie auf die Schwierigkeiten, diese zu bewältigen.<sup>256</sup> Sie forderte flexiblere Arbeitszeiten, Verständnis für Frauenbelange und Rücksicht auf Familienkernzeiten. Doch für die anwesenden Offiziere waren Kindererziehung und Hausarbeit Frauensache und eine breite Mobilisierung der Frauen stand für sie nicht zur Debatte. Das »Schild und Schwert der Partei« war ein militärischer Männerverband und daran sollte sich ihrer Ansicht nach auch nichts ändern.

Klara Schellheimer wurde im gleichen Jahr in den Rang eines Hauptmanns befördert und in den Jahren darauf mit zahlreichen Auszeichnungen wie der Medaille »Kämpfer gegen den Faschismus« und der Clara-Zetkin-Medaille geehrt. Durch die NS-Haft gesundheitlich angegriffen, ging sie als anerkannte »Verfolgte des Naziregimes« im Dezember 1963 vorzeitig in Rente, diente dem MfS aber noch einige Jahre als Zivilbeschäftigte und erhielt zum 75. Geburtstag den Vaterländischen Verdienstorden in Gold.

Der Dienst im MfS stellte durch ein überdurchschnittlich hohes Einkommen, zusätzliche Prämien und eine exklusive Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, zu denen andere Bevölkerungsgruppen kaum Zugang hatten, eine lukrative Tätigkeit dar. Außerdem bot sich MfS-Mitarbeitern die Möglichkeit eines hohen Bildungsabschlusses, selbst wenn dazu die formalen Voraussetzungen wie Fach- oder Hochschulreife fehlten.

BStU  
000225

Vorschlag zur Auszeichnung als "Verdienter Mitarbeiter des MfS"  
der Genossin Hauptmann a.D. S c h e l l h e i m e r, Klara

Genossin Schellheimer wurde am 13.4.1945 durch die Zerschlagung des Hitlerfaschismus aus der Haft befreit und nahm sofort aktiv am Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung teil. Sie arbeitete in verantwortlichen Funktionen des FDGB, war ehrenamtlich Stadträtin in Magdeburg und wurde 1949 Angehörige der Deutschen Volkspolizei.

Von 1951 bis 1964 war Genossin Schellheimer Mitarbeiterin des MfS.

Sie war eine zuverlässige, pflichtbewußte Genossin, die ihre Aufgaben mit hohem Verantwortungsbewußtsein und unermüdlicher Einsatzbereitschaft erfüllte.

Sie eignete sich umfassende Fachkenntnisse an und entwickelte sich durch ihre konsequente und ausgezeichnete politische und fachliche Arbeit zum Leiter des Archivs der Abteilung XII. Sie verstand es überzeugend, die ihr anvertrauten Genossen zu bewußten Tschekisten zu erziehen. Dabei nutzte sie ihre reichen Partei- und Kampferfahrungen und war in ihrer Treue und Parteiverbundenheit ein Vorbild für das gesamte Kollektiv.

Während ihrer langjährigen Zugehörigkeit zum MfS übte Genossin Schellheimer mit der ihr eigenen hohen politischen Aktivität erfolgreich verantwortliche gesellschaftliche Funktionen aus. Sie war über viele Jahre Mitglied der Leitung der Grundorganisation und des Vorstandes der Betriebsgruppe der DSF. Ebenso leistete sie gleichzeitig im Wohngebiet aktive gesellschaftliche Arbeit insbesondere unter den Frauen.

Auf Grund ihres kampfreichen und treuen Wirken für die Sache der Arbeiterklasse erhielt Genossin Schellheimer hohe staatliche Auszeichnungen.

1964 schied sie aus dem aktiven Dienst des MfS aus. Auch nach ihrer Berentung steht sie trotz ihres angegriffenen Gesundheitszustandes weiterhin aktiv im gesellschaftspolitischen Leben im Wohngebiet und arbeitet in der Leitung der WPO mit.

Bis zuletzt war das MfS eine männerdominierte Organisation – trotz der Forderung der SED, mehr Frauen in verantwortliche Positionen zu berufen, und trotz des Engagements der Frauenkommissionen. Bis 1989 sank der Frauenanteil im MfS sogar auf etwa 16 Prozent. Zudem kamen Frauen vor allem auf unteren Ebenen des MfS zum Einsatz. Die meisten weiblichen Angestellten arbeiteten als Schreibkräfte, in der Küche oder in den Putzkolonnen, als Buchhalterin in der Finanzabteilung oder im Medizinischen Dienst des MfS. Fast jede dritte Mitarbeiterin war als Sekretärin eingestellt, nur sehr selten nahmen sie leitende Dienststellungen ein – Hauptmann Klara Schellheimer gehörte zu den wenigen Ausnahmen im Ministerium für Staatssicherheit.

Wer für das MfS tätig war, musste auch sein Privatleben danach ausrichten. Die Grenze zwischen Arbeits- und Privatleben war tendenziell aufgelöst, Ehe und Familie wurden nicht als Privatangelegenheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen angesehen, selbst in die Partnerwahl mischte sich das MfS ein. Private Kontakte zu Personen aus dem westlichen Ausland waren strengstens untersagt. Außerdem mussten die Mitarbeiter jederzeit einsatzbereit und verfügbar sein. Überstunden waren die Regel, mitunter gab es Sondereinsätze, beispielsweise um Staatsbesuche oder Fußballspiele zu überwachen. MfS-Mitarbeiter mit Beobachtungsaufgaben wurden zu allen Tages- und Nachtzeiten eingesetzt. Führungsoffiziere inoffizieller Mitarbeiter hatten ihre geheimen Treffen mit den Informanten häufig in den Abendstunden.

In seiner Personalpolitik ging das MfS gegen Verletzungen dienstlicher Pflichten, Alkoholmissbrauch, »Schwatzhaftigkeit« und Verstöße gegen die »sozialistische Moral« vor. Mögliche Disziplinarstrafen umfassten beispielsweise Tadel, Gehaltskürzungen, Urlaubssperren, Verweise, Hausarrest – für männliche Mitarbeiter Arrest in MfS-Haftanstalten – sowie die Herabstufung in Dienststellung und Dienstgrad bis hin zur Entlassung.<sup>257</sup> Das schlimmste Vergehen

eines MfS-Mitarbeiters war der Verrat, die Spionage für gegnerische Geheimdienste. Gnadenlos verfolgte das MfS geflüchtete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, um sie »zurückzuführen«. Als Bestrafung konnte den »Verrätern« die Todesstrafe drohen. Zuletzt wurde 1981 der MfS-Offizier Werner Teske hingerichtet, weil er eine Flucht nach Westdeutschland geplant und im Vorfeld geheime Unterlagen entwendet hatte.

Geschulte Offiziere der Kaderabteilung wählten das Personal nach strengen Kriterien aus, eine Selbstbewerbung war nicht vorgesehen. Gesucht wurden Personen, die kein Sicherheitsrisiko darstellten, in das Ministerium passten und eine Dienstverpflichtung auf Lebenszeit eingingen. Ab den 1970er-Jahren traten viele junge Männer und Frauen bereitwillig und selbstverständlich in die Fußstapfen ihrer beim MfS beschäftigten Eltern. Mehr als die Hälfte der neu eingestellten Nachwuchskräfte waren Funktionärskinder, vorwiegend aus den bewaffneten »Organen« (MfS, NVA, Volkspolizei) und dem SED-Parteiapparat. Während in den Gründungsjahren die Werbung häufig aus der Volkspolizei oder bei hauptamtlichen SED- und FDJ-Funktionären erfolgte, hielten MfS-Offiziere nun Ausschau in den Betrieben und Einrichtungen, die sie überwachten, und suchten in den Musterungsjahrgängen des Wehrdienstes nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten. Seit 1981 beteiligten sich MfS-Mitarbeiter als Offiziere des Wehrkreiskommandos an der militärischen Nachwuchswerbung ab der 7. Klasse der Polytechnischen Oberschulen.

Mit dem Ende der SED-Herrschaft stand auch der Staatssicherheitsdienst vor dem Aus. Bis zum 31. März 1990 wurde der Apparat endgültig aufgelöst, das gesamte Personal entlassen.<sup>258</sup>

ASc



> Bevor Rainer Schedlinski seinen Wehrdienst antrat, lud er Freunde zu einer privaten Lesung ein. November 1981  
Robert-Havemann-Gesellschaft, Foto: Dietrich Bahß

## Inoffizielle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Ost- und West-Berlin

1983 zog der junge Autor Rainer Schedlinski (1956–2019) nach Ost-Berlin, in den Stadtbezirk Prenzlauer Berg.<sup>259</sup> Der von verfallenden Gründerzeitbauten geprägte Bezirk hatte sich zu dieser Zeit zu einem Zentrum der alternativen Kunst- und Literaturszene der DDR entwickelt. Aus allen Teilen des Landes zog er junge Künstler und Schriftsteller an, die sich hier, in den Freiräumen der sanierungsbedürftigen Häuser, verwirklichen und mit Gleichgesinnten vernetzen wollten. Ausstellungen und Lesungen fanden, abseits des von Partei, Künstlerverbänden und Stasi kontrollierten offiziellen Kulturbetriebs, in Wohnungen, Ateliers und kirchlichen Räumlichkeiten statt.

Eine offene Auseinandersetzung mit dem SED-Regime vermied die neue Künstlergeneration zumeist, harsche Systemkritik übten wenige. Noch frisch waren die Erinnerungen an das Vorgehen gegen Dissidenten wie Wolf Biermann, der 1976 aus der DDR ausgebürgert worden war. Als sich damals zahlreiche Kulturschaffende öffentlich auf Biermanns Seite gestellt hatten, reagierte das Regime mit Repressionen.<sup>260</sup> Der Kunst-Diskurs der alternativen Szene in den 1980er-Jahren versuchte, diesem Druck auszuweichen, und richtete sich eher nach innen, auf subjektive Erfahrungen in der zusehends wirtschaftlich wie kulturell stagnierenden DDR.<sup>261</sup>

In dieser Atmosphäre begann Rainer Schedlinski seinen Weg als junger Literat. Aufgewachsen nahe Magdeburg, war er dort seit den späten 1970er-Jahren in die alternative Szene eingetaucht, hatte

erste Texte veröffentlicht und begonnen, Gedichte zu schreiben. Als regelmäßiger Gast seiner Freunde Dietrich (Jg. 1949) und Ingrid Bahß (Jg. 1949), die in ihrer Wohnungsgalerie Lesungen, Ausstellungen und Konzerte veranstalteten und damit Künstler, Kunst- und Literaturfreunde aus der ganzen DDR anzogen, hatte er viele Kontakte knüpfen können. Besonders beeindruckte ihn der aus Dresden stammende Sascha Anderson (Jg. 1953). Dieser galt in der Szene als charismatischer Musiker, Dichter und Organisator. Es war Anderson, dem Schedlinski in den Prenzlauer Berg nach Ost-Berlin folgte.

Auch wenn viele Künstler in den 1980er-Jahren eher indirekte Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen übten, stuft die Stasi dies als potenziell staatsfeindlich ein, schon allein, weil ihre Kunstproduktion außerhalb der staatlichen Verbände stattfand. Zudem interagierten viele Künstler mit – beispielsweise im Umweltschutz – oppositionell aktiven Bürgerrechtlern. Die Stasi vermutete darum auch in der Kunstszenen Ansätze von »politischer Untergrundtätigkeit« (PUT), was im MfS-Jargon die Untergrabung der politischen Fundamente des SED-Staats meinte.

### Inoffizielle Mitarbeiter – »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«<sup>262</sup>

Zur Kontrolle der PUT setzte sie auf inoffizielle Mitarbeiter (IM), insbesondere der 1979 eingeführten Kategorie IMB.<sup>263</sup> Die IMB hatten direkten Kontakt zu »feindlichen« Personen und galten dem MfS gleichsam als Elite seiner Zuträger. Im Prenzlauer Berg berichteten profilierte Akteure als IMB aus den führenden Kreisen der dortigen Szene. Rainer Schedlinski war, neben Sascha Anderson, einer der »fleißigsten« Zuträger.<sup>264</sup>

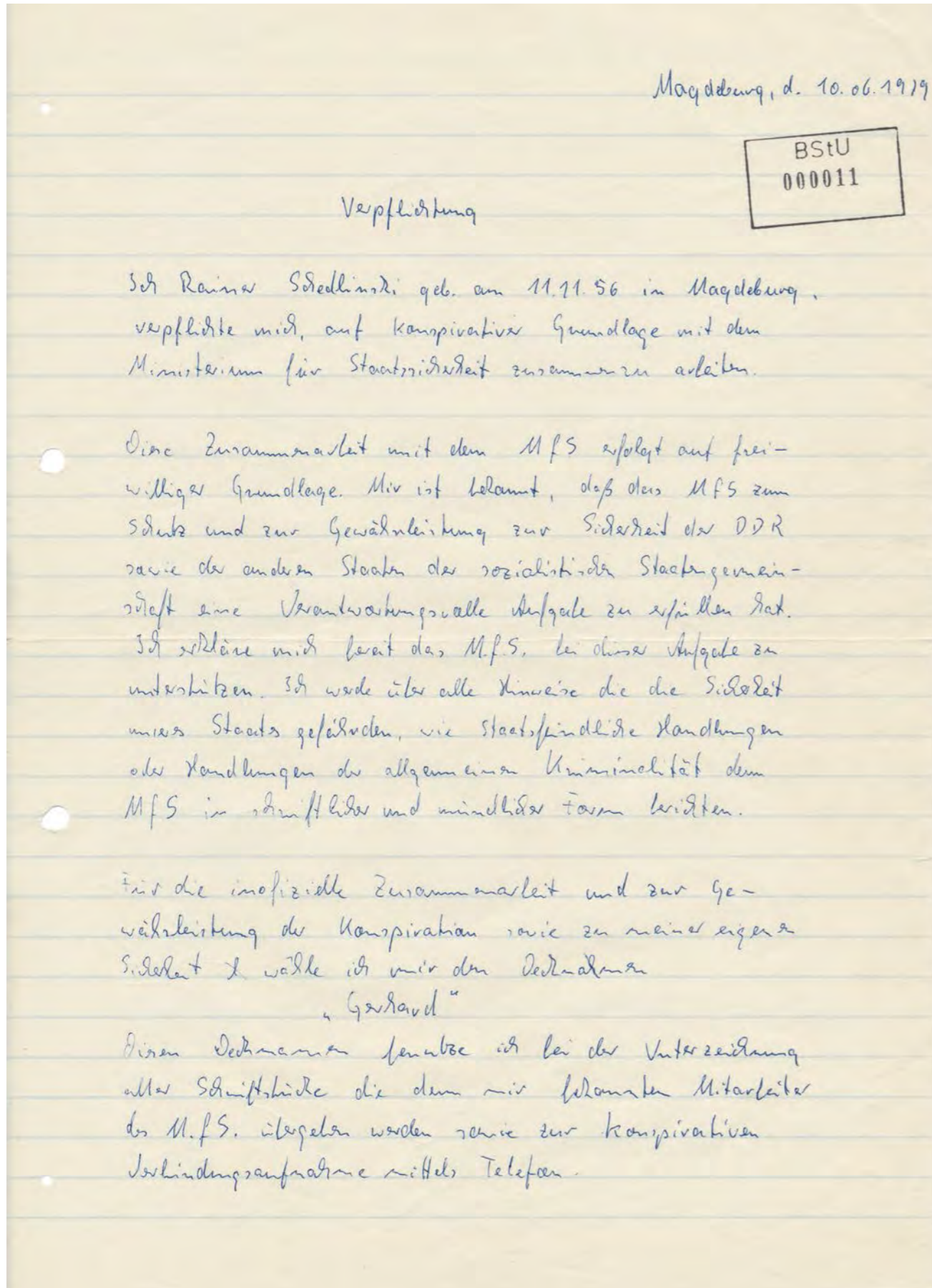
1979 hatte die Stasi Schedlinski in Magdeburg geworben, nachdem sich dieser selbst angeboten hatte.<sup>265</sup> Schon im ersten Gespräch wurde klar, dass er Informationen aus der Kulturszene liefern konnte und wollte. Nach mehreren vorbereitenden Treffs, Probe-Aufgaben und Überprüfungen durch die Stasi verfasste

Schedlinski als IM »Gerhard« schließlich am 10. Juni 1979 eine handschriftliche Verpflichtungserklärung.<sup>266</sup> Die Stasi vermerkte von Beginn an eine hohe Einsatzbereitschaft sowie die ebenso hohe Qualität seiner Berichte: »Gerhard« zeigte großes Engagement.<sup>267</sup>

Die Stasi begleitete seitdem wohlwollend seinen Aufstieg zum prominenten Alternativ-Essayisten und -Lyriker. Schedlinski lieferte dafür Hinweise und belastende Details gegen einzelne Szene-Mitglieder. So sammelte er sogar Belege gegen das Ehepaar Bahß. Mithilfe dieser Aussagen zwang das Regime die Bahß' 1984 zur Ausreise, die Stasi konnte den Operativen Vorgang gegen das Ehepaar dadurch als »erfolgreich« abschließen. Einer Dekonspiration durch den misstrauisch gewordenen Dietrich Bahß entging Schedlinski dabei nur knapp: Die Stasi kannte offenbar Äußerungen und Einstellungen Bahß', die nur seine engsten Freunde kannten. Bahß vermutete, dass Schedlinski diese weitergegeben hatte.<sup>268</sup>

Nach dem Umzug nach Berlin war IMB »Gerhard«, ab 1985 mit einem monatlichen Agentenlohn von 400 Mark versorgt – was knapp 30 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohns in der DDR entsprach<sup>269</sup> –, auf Szene-Akteure wie Lutz Rathenow (Jg. 1952) oder Ekkehard Maaß (Jg. 1951) angesetzt.<sup>270</sup> Zugleich konnte er seine Schriftsteller-Karriere voranbringen, veröffentlichte in der Bundesrepublik, unternahm Lesereisen in den Westen.<sup>271</sup> Sein Führungsoffizier ermutigte ihn sogar zu diesen Aktivitäten, behielt sich aber vor, die Texte vor Veröffentlichung zu prüfen.<sup>272</sup> Auch bei der von Schedlinski mitherausgegebenen »Ariadnefabrik«, einer für den Prenzlauer Berg typischen Kunstzeitschrift in Kleinst-Auflage, forderte er von dem IMB verstärktes Engagement.<sup>273</sup>

Schedlinski lieferte der Stasi bis 1989 zahllose Berichte zu den Einstellungen, Plänen und dem Privatleben seiner Freunde und gab ihr damit tiefe Einblicke in die alternative Kunst- und Literaturszene.<sup>274</sup> Doch die Stasi konnte dieses Insiderwissen, wenn sie »Gerhards« herausragende Stellung nicht bedrohen, ihn gar durch Dekonspiration »verbrennen« wollte, kaum für offen-repressive Maßnahmen gegen die Bepitzelten verwenden. Zumal die Künstler in der Regel streng darauf bedacht waren, dem Regime keine juristischen Zugriffspunkte zu liefern. IMB wie Schedlinski waren daher eher Einflussagenten: Er versuchte, allzu poli-



tische Diskussionen zu verhindern und der Stasi unliebsame Initiativen zu sabotieren. Ob und auf welche Weise sich diese Strategie für Staat und Stasi auszahlte, ist letztlich nur schwer zu bewerten.<sup>275</sup>

Das MfS betrachtete die inoffiziellen Mitarbeiter als »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«: ein überaus wichtiges Instrument zur Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche und zur Überwachung und Unterdrückung kritischer Stimmen.<sup>276</sup> Ihre große Anzahl hatte entscheidenden Einfluss auf das gesellschaftliche Klima in der DDR.<sup>277</sup> Denn dadurch konnte niemand völlig sicher sein, nicht beobachtet zu werden. Nie, auch nicht im privatesten Kreis, war es vollkommen ohne Risiko, sich politisch zu äußern. Allein schon durch die Annahme, im eigenen Umfeld könnte die Stasi mitlauschen und mitsehen, manifestierte sich die Macht der Staatssicherheit und durch sie die Macht der SED im Alltag der Bevölkerung.

Die Gründe der inoffiziellen Mitarbeiter, sich zu solch einem Instrument der Stasi machen zu lassen, waren so vielfältig wie die Einsatzgebiete der IM und so vielschichtig wie ihre Biografien – den typischen IM gab es nicht. Loyalität gegenüber dem SED-Regime, der Wunsch, es zu stützen, und die Überzeugung, das Richtige und Notwendige zu tun, spielten häufig eine Rolle. Verbreitet war aber auch die Absicht, sich persönliche oder finanzielle Vorteile zu verschaffen. Bei manchen waren Abenteuerlust und der Reiz des Agentenspiels ausschlaggebend. Es kam auch vor, dass Menschen zur Zusammenarbeit erpresst wurden. Für viele IM, egal welche Gründe sie für ihr Einverständnis gehabt haben mögen, war ausschlaggebend, dass sie negative Folgen für sich befürchteten, wenn sie die Zusammenarbeit ablehnten.<sup>278</sup> Dass eine Ablehnung in der Regel ohne Folgen blieb, wussten nur wenige. Solange sie existierte, war die Stasi eine Black Box, über deren Inneres allenfalls Gerüchte kursierten.

Rainer Schedlinski hatte sich aus freien Stücken an die Stasi gewandt und ließ sich bereitwillig auf die Zusammenarbeit ein. Dass er diesen Kontakt suchte, ist schwer nachvollziehbar, schließlich verkehrte er zu diesem Zeitpunkt bereits im kulturellen Untergrund. Der anwerbende Stasi-Offizier notierte, er stamme aus schwierigen Familienverhältnissen.<sup>279</sup> Suchte er nach

einer Autorität, der er über sein Fortkommen berichten, mit der er seine Zukunftspläne diskutieren konnte, die ihm Sicherheit trotz seiner prekären Lebensumstände zu versprechen schien? Jedenfalls genoss IM »Gerhard« weitgehende Freiheiten, wenn er der Stasi Berichte über sein Umfeld lieferte, und konnte so der permanenten Gefährdung, die das Leben im literarischen Untergrund sonst bedeutete, ausweichen. Die Stasi spornte ihn sogar an, seine Karriere in der alternativen Szene voranzutreiben, und sicherte ihn schließlich auch finanziell ab. Schedlinski profitierte von seinem Pakt mit der Stasi, warum auch immer er diesen eingegangen haben mag.

Die Anwerbung der IM war Stasi-intern genau geregelt. Für ihr jeweiliges Aufgabengebiet hatten die Stasi-Mitarbeiter eine bestimmte Anzahl IM zu werben. Zunächst überprüften sie die »Kandidaten« auf ihre Charaktereigenschaften, ihre Zuverlässigkeit, ihr privates und berufliches Umfeld. Dann nahmen sie persönlich mit dem »Kandidaten« Kontakt auf, führten Vorgespräche und ließen ihn schließlich, meist schriftlich, manchmal per Handschlag, eine Einverständniserklärung abgeben. Bei »Selbstanbietern« wie Schedlinski erfolgte die Überprüfung aufgrund der Umstände erst nach der Kontaktaufnahme, dafür aber umso akribischer, um die Absichten des Kandidaten festzustellen. Danach führten die MfS-Mitarbeiter regelmäßig »Treffs« mit den IM durch, nahmen ihre Berichte entgegen und erteilten neue Aufträge.

Die Beendigung hatte häufig pragmatische Gründe: ein Umzug des IM, ein Berufswechsel, Krankheit oder Verrentung. Bei der »Spitzen-Quelle« Schedlinski spielten diese Faktoren keine Rolle. Es erfolgte wegen seines Umzugs nach Berlin, ins Herz der Szene, lediglich eine Übergabe des IM von der BV Magdeburg an die HA XX (S. 179). Das Ende seiner Spitzeltätigkeit kam wohl mit dem Ende des MfS. Eine andere Möglichkeit, eine IM-Tätigkeit zu beenden, war die Dekonspiration: Sie machte die IM aus Sicht der Stasi meist wertlos. Manche IM dekonspirierten sich sogar absichtlich, um sich vom MfS lösen zu können. Andere stellten nach und nach die Zusammenarbeit ein, erschienen nicht zu Treffs oder lieferten immer unwichtigere Informationen, sodass die Stasi selbst die Zusammenarbeit aufgab. Auch dies selten mit negativen Folgen für die IM.



> Ansicht des Hotels »Luftbrücke« am Flughafen Berlin-Tempelhof in West-Berlin. Um 1977  
BArch, MfS, AIM 9229/87, Bd. 2, Bl. 237

Die Stasi nutzte IM nicht nur zur Kontrolle der Bevölkerung in der DDR. Auch im Ausland, insbesondere in der Bundesrepublik und West-Berlin, kamen – in wesentlich geringerer Anzahl – IM zum Einsatz. Die Abläufe der Werbung und Führung solcher IM durch das MfS folgten dem gleichen Schema. Die Kontaktaufnahme und Durchführung von Treffs zwischen Führungsoffizier und IM sowie das Wahren der Konspiration hingegen gestalteten sich im »Feindesland« Bundesrepublik deutlich komplizierter als in der DDR. Die Stasi-Hauptverwaltung A (HV A) (S. 179) als Nachrichtendienst der DDR spielte bei der »Westarbeit« die zentrale Rolle.<sup>280</sup> Ihre IM beschafften wissenschaftlich-technische Erkenntnisse, drangen in politische Organisationen ein oder versuchten, militärische Strukturen auszuspähen. Neben der HV A führten eine Reihe weiterer Stasi-Dienstleistungen zu unterschiedlichen Zwecken Agenten in der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland.

Meist handelte es sich bei den »Kundschaftern« der Stasi im Westen um IM, die das MfS in der DDR angeworben hatte, um sie ins Ausland zu schicken.<sup>281</sup> Doch auch Westdeutsche ließen sich vom MfS als »West-IM« anwerben.<sup>282</sup> Aufgrund der geografischen Lage West-Berlins inmitten der DDR und der Tatsache, dass die DDR den Zugang zur Teil-Stadt weitgehend kontrollieren konnte, spielte die Stadt eine wichtige Rolle für die »Westarbeit« des MfS.

Auch die HA VIII (Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme) (S. 179) der Stasi war in die Westarbeit involviert. Sie war eine Art Dienstleistungseinheit innerhalb der Stasi. Im Auftrag anderer Abteilungen beschafften ihre Agenten Informationen: Beobachtungen von und Ermittlungen zu Personen, Objekten oder Einrichtungen, aber auch gewalttätige Übergriffe gehörten zu ihrem Repertoire.<sup>283</sup> Seit

1974 gehörten auch IM »Karate« und IM »Janett« zu den West-IM der HA VIII. »Janett«, 1949 in Köln geboren, war mit 16 Jahren auf die schiefe Bahn geraten. Zunächst war sie Anführerin einer kriminellen Jugendbande, später arbeitete sie in Frankfurt am Main als Stripteasetänzerin.<sup>284</sup> Ihr 27 Jahre älterer Lebensgefährte, ebenfalls aus Köln, verdiente sein Geld mit Einbruchdiebstählen. Als ihm 1973 ein Einbruch misslang, tauchte er unter, anstatt seine Haftstrafe anzutreten. Seitdem wurde nach ihm gefahndet.<sup>285</sup> In dieser prekären Situation stellte ihn ein alter Kumpel der Stasi vor. Nach einem ersten Auftrag, nicht weniger als ein gemeinsam ausgeführter Mordversuch an dem in West-Berlin lebenden SED-Gegner Siegfried Schulze, ließ sich »Karate« von der Stasi formell verpflichten.<sup>286</sup>

Die Stasi konnte »Karate« und mit ihm »Janett« einiges bieten: Sie stellte »Karate« gefälschte Papiere zur Verfügung, sodass er sich weltweit frei bewegen konnte, und finanzierte mit regelmäßigen Geldzahlungen ihren gemeinsamen Lebensunterhalt. Hinzu kamen Spesen und Prämienzahlungen.<sup>287</sup> Dafür erledigten sie Aufträge der Stasi – meist in West-Deutschland und West-Berlin, manchmal auch im europäischen Ausland: Sie überprüften Adressen, fotografierten Zielpersonen und beobachteten deren Tagesabläufe.<sup>288</sup> Auch »Karates« Fähigkeiten bei Einbruch und Körperverletzung machte sich die Stasi zunutze. Er drang in Gebäude ein und beschaffte Unterlagen, war bereitwillig an zwei Attentatsversuchen beteiligt. Hemmungen bei der Rekrutierung von Kriminellen kannte die Stasi bei der Westarbeit nicht.

Hochzufrieden mit der Arbeit der IM bemühte sich die Stasi um eine umfassende Tarnung und »Legendierung«. Damit sie nicht wegen der häufigen Besuche zu Stasi-»Treffs« in Ost-Berlin, der vielen Reisen in West-Deutschland und Europa oder ihrer dubiosen Einkommensquelle ins Blickfeld westdeutscher Behörden gerieten, sollten sie eine »Legalisationsbasis« erhalten. Die Stasi suchte deshalb einen Betrieb in West-Berlin, den »Janett« führen konnte, um ein legales Einkommen nachweisen zu können.<sup>289</sup> 1976 wurde »Janett« daher Geschäftsführerin des abgewirtschafteten Hotels »Luftbrücke« in der Dudenstraße 6, direkt am Flughafen Tempelhof. Die dafür benötigten 95 000 DM kamen von der Stasi, die der Basis den Decknamen »Rheinland« gab; wohl wegen der Herkunft der IM. Die neue Geschäftsführerin »Janett« machte

das Hotel in den folgenden fünf Jahren zu einem gewinnträchtigen Betrieb. Zufrieden schrieben Gäste nach ihrem Aufenthalt Dankesbriefe und -postkarten. Auch die US-Airforce und das Bezirksamt Kreuzberg zählten zu den Stammkunden und buchten regelmäßig Zimmer.<sup>290</sup> Die Daten und beiläufigen Angaben der Hotelgäste, beispielsweise US-amerikanischer Militärangehöriger oder auf US-Stützpunkten tätiger Handwerker, stellten für die Stasi einen interessanten Beifang dar. Den eigentlichen Kern der Aktion, »die Zielstellung der Schaffung des Stützpunktes« als Tarnung für die IM, sah die Stasi am Ende der Pachtzeit 1981 »in vollem Umfang [...] erreicht«.<sup>291</sup>

Trotzdem gaben sie mit dem Auslaufen des fünfjährigen Pachtvertrages das Hotel auf, denn ein kostendeckender Betrieb schien nicht gesichert: Umfangreiche Modernisierungen wären dazu notwendig gewesen, die wiederum hohe Investitionen erfordert hätten. Hinzu kam eine lebensbedrohliche Erkrankung »Janetts«, die ihr zu diesem Zeitpunkt keine regelmäßige Arbeit erlaubte. Darum gaben »Janett« und »Karate« das Hotel ab und arbeiteten von der Bundesrepublik aus weiter. So waren sie über Jahre in die Stasi-Aktion gegen den Fluchthelfer Julius Lampl involviert, an deren Ende »Karate« eine Bombe unter Lampls Wagen befestigen sollte, wozu es letztlich jedoch nicht kam.<sup>292</sup>

Inzwischen hatten die westdeutschen Behörden die Fahndung nach »Karate« verstärkt, weshalb die Stasi ihn 1983 nach Ost-Berlin abzog. Dort erhielt er von der Stasi eine neue Identität, eine Wohnung und bis 1989 regelmäßige Zuwendungen. »Janett« trennte sich von ihm und führte nach überwundener Erkrankung in der Bundesrepublik, nun wieder im Rheinland ansässig, bis 1986 weitere Aufträge der Stasi aus. Zu der von ihr gewünschten Anwerbung ihres neuen Lebensgefährten kam es jedoch nicht mehr.<sup>293</sup>

MtSc

Stasi-Kamerafahrt durch  
West-Berlin, 1970





> Michael Brack schrieb u. a. im Schwarzen Weg in Berlin-Lichtenberg die Losung »Freiheit für Dubček« auf eine Mauer. 26.8.1968  
BArch, MfS, ASt 102/83, Bd. 1, Bl. 91



## »Partner des operativen Zusammenwirkens« – Staatssicherheit, Volkspolizei und Transportpolizei

Die Staatssicherheit hatte gegenüber anderen Einrichtungen und Organisationen in der DDR – seien es staatliche, sogenannte gesellschaftliche oder wirtschaftliche – besondere Befugnisse. So konnte sie deren Mitwirkung zur »Gewährleistung der staatlichen Sicherheit« anfordern und auf ihre Informationsspeicher zugreifen. Diese konspirativ ablaufende Kooperation wurde als »politisch-operatives Zusammenwirken« (POZW) bezeichnet – wobei die Partner keineswegs gleichrangig waren: Die Federführung lag immer beim MfS. Zu den engsten Partnern gehörte die Deutsche Volkspolizei (DVP), vor allem ihre Dienstzweige der Kriminalpolizei und der Transportpolizei.

In der Keibelstraße in Berlin-Mitte befand sich das Präsidium der Deutschen Volkspolizei – und seit Oktober 1951 die Haftanstalt Berlin-Mitte, später Untersuchungshaftanstalt (UHA) II. Ende der 1970er-Jahre umfasste der Gefängnisstrakt 131 Zellen auf sieben Etagen, über 200 männliche und weibliche Gefangene konnten hier eingesperrt werden.

Ein wesentliches Charakteristikum war die besonders enge Verschränkung von Volkspolizei und Staatssicherheit an diesem Ort. Das MfS – genauer gesagt die Abteilung IX (Untersuchungsorgan) (S. 180) der Stasi-Bezirksverwaltung Berlin – installierte im

Polizeipräsidium eine spezielle »Einsatzgruppe IX«. Zu ihr zählten fünf Untersuchungsführer, die im Schichtdienst in der Keibelstraße arbeiteten. Sie führten die Erstvernehmungen nach »Zuführungen« (Vorstufe einer Festnahme) und Verhaftungen meist gemeinsam mit der Volkspolizei durch. Zudem überprüften sie polizeiliche Ermittlungsverfahren, bearbeiteten Straftaten hauptamtlicher wie auch inoffizieller MfS-Mitarbeiter und beurteilten die »politisch-operative Nutzung angefallener Personen«, d. h. sie legten fest, ob ein Häftling für Spitzeltätigkeiten geeignet war.<sup>294</sup>

Das Pendant aufseiten der Volkspolizei in der Keibelstraße und eng mit der Stasi verwoben war das Dezernat II der Kriminalpolizei. Es war zuständig für die Untersuchung von Delikten mit »hoher Gesellschaftsgefährlichkeit« und bildete gleichsam das Herzstück der politischen Repression im Präsidium der Deutschen Volkspolizei. Der Leiter dieses Dezernats war – als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) – ebenfalls hauptamtlich für die Staatssicherheit tätig. Er hatte für eine enge Kooperation des MfS mit der Volkspolizei und einen reibungslosen Informationsfluss zu sorgen.

Eine sehr dichte Zusammenarbeit mit dem MfS übten innerhalb der II zudem sogenannte Offiziere für spezielle Untersuchungen aus. Ihr Arbeitsgebiet war die Führung von Spitzeln unter den Häftlingen, wobei ihre Tätigkeit einer strengen Konspiration unterlag. Diese galt nicht zuletzt gegenüber anderen Mitarbeitern der Kriminalpolizei.<sup>295</sup> Und schließlich war die Staatssicherheit auch über ihre Abteilung XIV (Untersuchungshaft,

Strafvollzug) (S. 179) in der Keibelstraße präsent. Die Abteilung XIV übernahm den Transport zahlreicher Häftlinge von dort in die Stasi-Untersuchungshaftanstalten Berlin-Hohenschönhausen oder Kissingenstraße in Berlin-Pankow.<sup>296</sup>

Die Kooperation zwischen Stasi und Volkspolizei in der Keibelstraße bedeutete eine äußerst engmaschige Verflechtung polizeilicher Arbeit und politischer Repression. Verbrechensbekämpfung wurde als Instrument der Verfolgung Andersdenkender missbraucht: Zahlreiche strafrechtliche Vorwürfe wie »asoziales Verhalten« oder »Republikflucht« wurden gezielt zur Kriminalisierung von Unangepassten oder Oppositionellen eingesetzt. Unter den »Zugeführten« und Inhaftierten der UHA II befanden sich beispielsweise Wolf Biermann, Toni Krahl, Ellen Thiemann und Florian Havemann.

Zu den Inhaftierten in der Keibelstraße gehörte auch der 1949 in Berlin geborene Michael Brack. Als Jugendlicher wünschte er sich ein freies Leben: »Ich wollte, um es mal auf den Punkt zu bringen, Sex and Drugs and Rock 'n' Roll.«<sup>297</sup> Aufgrund seiner langen Haare geriet er als »Gammer« verunglimpft schnell ins Blickfeld von Volkspolizei und Staatssicherheit. Die Stasi brachte ihn mit einer Gruppe in Verbindung, deren Aktivitäten sie als »Rowdytum« und »Terror« einstufte.

1968 protestierte der 19-jährige Brack mit einem Freund gegen die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühlings durch Truppen des Warschauer Paktes. Die beiden jungen Männer pinselten mehrfach die

Losung »Freiheit für Dubček« an Hauswände nahe dem Bahnhof Ostkreuz, teils in Friedrichshain, teils in Lichtenberg.<sup>298</sup> Zunächst ermittelten die beiden zuständigen Volkspolizei-Inspektionen Friedrichshain und Lichtenberg ineffektiv und erfolglos. Erst nach einem Jahr fand das im Präsidium der DVP angesiedelte Dezernat II der Kriminalpolizei heraus, dass Michael Brack Urheber der »Hetzlosungen« war. Am Abend des 2. Oktober 1969 wurde er in seinem Elternhaus verhaftet, zunächst in das Polizeirevier in der Schönhauser Allee und später in die Keibelstraße gebracht.<sup>299</sup>

Hier verhörten ihn Mitarbeiter des Dezernats II. Als Fazit ihrer Ermittlungen notierten sie überraschenderweise, Brack habe aus einer »überbetonten Emotion« heraus gehandelt. Tatsächlich schreckte der Sicherheitsapparat wohl davor zurück, den jungen Mann wegen »Staatsverbrechen« vor Gericht zu stellen. Die Strafverfolgungspolitik des SED-Regimes gegenüber Jugendlichen im Umfeld des Prager Frühlings war in den westlichen Medien schon mehrfach kritisiert worden, eine weitere Schädigung des Ansehens der DDR im Ausland wollte man vermeiden. Für die zuständige Staatsanwältin »entstand der Eindruck, dass die bisherige Untersuchungshaft eine genügende Schockwirkung bei ihm ausgelöst hat.«<sup>300</sup> Die Staatsanwaltschaft verzichtete deshalb auf eine Anklage und Michael Brack wurde am 12. November 1969 entlassen.

Die Erlebnisse in der Keibelstraße ließen Brack endgültig zu einem Gegner des SED-Systems werden. Diese »negative politische Grundhaltung« und die »Identifizierung mit der westlichen Freiheitsauffassung«

nahmen MfS und Kriminalpolizei zum Anlass, den jungen Mann im Rahmen der OPK »Spieler« jahrelang mit Repressionsmaßnahmen zu überziehen.<sup>301</sup> Bis zur Friedlichen Revolution arbeitete Brack in verschiedenen Hilfsjobs. Im Herbst 1989 engagierte er sich im Neuen Forum. Bei der ersten freien Kommunalwahl wählten ihn die Einwohner von Hartmannsdorf, nahe Berlin, zum Bürgermeister.

№ 098612 B  
65

Per Unters./Strafgef.  
Name: Michael  
Brack  
geb. am 17.3.1949  
A.Z. B IA 157/69

ist heute auf Ihren Antrag zur Entlassung gekommen  
000068

U.-Haftanstalt  
Berlin, Keibelstraße  
den 12. Nov. 1969

Major d.SV  
Leiter UHA Bln. II  
Dienstbezeichnung

Sofort zurück an  
den Generalstaatsanwalt  
von-Groß-Berlin, Abt. IA

Entlassen nach  
Bln. Bohnsdorf  
Wachtelstr. 24

Nichtzutreffendes ist durchzustreichen

> Michael Bracks Entlassungsanzeige aus der Untersuchungshaftanstalt in der Keibelstraße. 12.11.1969  
BArch, MfS, ASt 102/83, Bd. 1, Bl. 68

Auch die Zusammenarbeit der Transportpolizei (Trapo) mit dem MfS ist ein Paradebeispiel für die vielbeschworene Kooperation der »Partner des operativen Zusammenwirkens«. Als Bahnpolizei war die Transportpolizei der DDR für alle Vorkommnisse zuständig, die sich auf dem Gelände der Deutschen Reichsbahn ereigneten, ebenso für Ermittlungen zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Reichsbahn. Sie war in jedem Bezirk der DDR mit einem Transportpolizeiamt (TPA) vertreten.<sup>302</sup> Für Ost-Berlin hatte das TPA Berlin seinen Sitz in der Magazinstraße.<sup>303</sup> Die Trapo war zudem für die Kontrolle der S-Bahn-Züge in West-Berlin zuständig, die bis 1984 zur Deutschen Reichsbahn gehörten – eine Besonderheit der geteilten Stadt.<sup>304</sup>

Für das MfS war die Trapo ein wichtiger Bündnispartner. Die Präsenz der Transportpolizisten auf allen Bahnhöfen und Zügen der Reichsbahn bot die Möglichkeit, das staatliche Kontrollnetz weitläufig auszudehnen. Gerade bei Fahrten in Richtung West-Berlin, Westdeutschland und darüber hinaus halfen die Transportpolizisten bei der Verhinderung von »Republikfluchten«, Vandalismus und Spionageversuchen. Im Transitverkehr arbeiteten sie dabei eng mit den Passkontrollen der MfS-Hauptabteilung VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel) ([S. 179](#)) zusammen.<sup>305</sup>

Dieses »Zusammenwirken« wurde in unzähligen Verordnungen und Dienstanweisungen geregelt. Alle Straftaten, die »staatsfeindlichen« Charakter hatten, wie z. B. Flucht- oder Schmuggelversuche sowie »Schmierereien«, mussten der zuständigen Dienststelle des MfS gemeldet werden. In monatlichen, viertel- und halbjährlichen Berichten und Einschätzungen an das MfS legten die Transportpolizeiamter Zeugnis über ihre Arbeit ab: Wie viele Fluchten und Schmuggelversuche wurden verhindert, welche Strecken und Züge waren besonders hoch frequentiert, wie viele Ordnungswidrigkeiten wurden über den entsprechenden Zeitraum festgestellt?

Grundlage dieser Berichte war die detaillierte Dokumentation der Straftaten. Graffiti an Wänden und auf Zugtoiletten wurden fotografiert, bevor sie entfernt wurden. Fundstücke wie Geld, liegen gelassene Zeitungen oder andere Gegenstände wurden akribisch mit Fundort, Zugnummer und Uhrzeit vermerkt.



> Graffiti »Erich Honecker der arschloch« auf einer Zugtoilette im Reisezug D 467 von München nach Görlitz. 28.2.1988  
BArch, MfS, HA XIX, Nr. 575, Bl. 36

Außerdem sollten die Transportpolizisten ein »offenes Ohr« haben, um eventuell brisante Informationen von Fahrgästen abzuschöpfen.

Auch für den Berliner Zugverkehr wurde regelmäßig aufgelistet, welche Zerstörungen auftraten, welche besonderen Ereignisse stattfanden oder wie viele Zwischenfälle es mit der West-Berliner Polizei gab. Besonders Sachbeschädigungen in der S-Bahn interessierten das Ministerium für Staatssicherheit, da diese als »Zerstörung des sozialistischen Eigentums« galten und damit als Ausdruck einer feindlichen Haltung gegen die DDR. Ein Exemplar jedes Berichts ging immer an die zuständige Kreisdienststelle des MfS und an die Hauptabteilung XIX (Verkehr, Post, Nachrichtenwesen) ([S. 179](#)). Diese war zuständig für die Überwachung und die generelle Zusammenarbeit mit der Transportpolizei, sammelte die gelieferten Informationen und wertete sie aus.

Peter Bergfuß (Jg. 1923) arbeitete seit den 1950er-Jahren bei der Deutschen Reichsbahn (DR) als Triebwagenführer.<sup>306</sup> Er war zum zweiten Mal verheiratet, seine Frau brachte einen Sohn mit in die Ehe. Peter Bergfuß

schien sich für die sozialistische Gemeinschaft einzusetzen und nach den Grundlagen der SED zu leben: Politisch führte er ein unauffälliges Leben, war Mitglied des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDBG) und in seiner Hausgemeinschaft aktiv. Diese Art von Engagement sah die Partei gerne. Nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 durfte er weiterhin als Zugführer bei der S-Bahn in West-Berlin arbeiten. Aufgrund der Teilung der Stadt brauchten Mitarbeiter der DR eine Sondererlaubnis, um die Grenze weiterhin passieren zu dürfen.

Am 17. Januar 1965 rief Bergfuß' Ehefrau überraschend bei seiner Arbeitsstelle an, um mitzuteilen, dass ihr Mann seit dem vorigen Tag nicht nach Hause gekommen sei. Er habe wie immer die Wohnung verlassen, um zur Arbeit zu gehen.<sup>307</sup> Schnell fand die Stasi den Grund für sein Verschwinden heraus: Am 13. Januar gegen 13.00 Uhr hatte Bergfuß die Grenzübergangsstelle Friedrichstraße Richtung West-Berlin überquert. Am Kontrollposten hatte er seine Berechtigungskarte vorgezeigt, so als sei er auf dem Weg zur Arbeit. Als er nicht zurückkam, war klar: Er war nach West-Berlin geflohen. Damit galt seine Handlung offiziell als »ungesetzlicher Grenzübertritt«.<sup>308</sup>

BSTU  
0038

23

Abteilung XIII  
Referat 6

Berlin, den 22. Januar 1964

Operativplan

Bergfuß, [REDACTED], Peter - geb am [REDACTED] in Berlin  
 wohnhaft: Berlin NO 55, [REDACTED]  
 beschäftigt: S-Bw Nob als Triebwagenführer

Über den B. liegen durch GI Hinweise vor, daß er bei seinen Fahrten auf westberliner Gebiet mit seiner ehemaligen 1956/57 r-flüchtig-gewordenen Triebwagenschaffnerin Dahl, die ihren jetzigen Wohnsitz in Westberlin hat, zusammentrifft und diese ihn zeitweilig im Dienstabteil begleitet. Der Charakter dieses Zusammentreffens kann zur Zeit nicht eingeschätzt werden. Desweiteren liegen Anzeichen dafür vor, daß sich B. an ungesetzlichen Handlungen beteiligt. Da B. im grenzüberschreitenden Verkehr eingesetzt ist und derartige Anzeichen Anhaltspunkte für eine feindliche Tätigkeit sein können, ohne das dies zur Zeit einschätzt werden kann, wird eine operative Bearbeitung des B. entsprechend den unten angeführten Maßnahmen durchgeführt.

I. Maßnahmen zur weiteren Aufklärung des Ausgangspunktes:

Durch GI wurde bekannt, daß der B. bei seinen Fahrten in Westberlin mit der ehemaligen Triebwagenschaffnerin Dahl zusammentrifft. Mit der Mai fuhr er bis 1956/57 zusammen. Es wird angenommen, daß zwischen ihnen ein enges, wenn nicht sogar intimes Verhältnis bestand. Da B. im grenzüberschreitenden Verkehr eingesetzt ist, besteht die Vermutung, daß hier Anzeichen für eine feindliche Annäherung bestehen kann. Zur Einschätzung des Charakters der Verbindung und der Zeiten ihres Zusammentreffens sowie der Art der geführten Gespräche werden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- 2 -

Weil Peter Bergfuß als Angestellter der DR geflohen war, fielen die Ermittlungen in die Zuständigkeit der Abteilung Kriminalpolizei (K) der Trapo. Sie führte auch die Verhöre mit der Ehefrau und den Arbeitskollegen. Da die Federführung zu Ermittlungen bei »ungesetzlichen Grenzübertritten« bei der Geheimpolizei lag, hielt die Trapo das MfS stets auf dem Laufenden.

**»Die Angehörigen der Transportpolizei  
 [...] erfüllen ihre Aufgaben komplex  
 im Zusammenwirken mit anderen  
 operativen Kräften [...]«<sup>309</sup>**

Die Staatssicherheit hatte Peter Bergfuß schon länger im Visier gehabt: Sie hatte ihn seit Juni 1963 beobachtet und leitete ihre Erkenntnisse im Rahmen des POZW nun an die Transportpolizei weiter.<sup>310</sup> Auslöser der Stasi-Ermittlungen war der Verdacht gewesen, Bergfuß habe Kontakt zu einer geflüchteten Person und mache sich der »Schiebertätigkeit« schuldig. Einem IM war nämlich aufgefallen, dass sich am West-Berliner Bahnhof Gesundbrunnen regelmäßig eine Frau nach Bergfuß' Dienstplänen erkundigt hatte. Sie besuchte ihn während seiner Dienstzeit auf verschiedenen Bahnhöfen, stieg sogar in die Lok ein und fuhr ein Stück mit. Oft brachte sie ihm und seinem Kollegen Zigaretten mit. Die Stasi fand schließlich heraus, dass die Frau aus West-Berlin eine ehemalige Mitarbeiterin der DR und Bergfuß' frühere Geliebte Astrid Dahl war. 1958 war sie selbst aus Ost-Berlin geflohen.<sup>311</sup> Trotz Überwachung und Einsatz mehrerer IM konnte die Stasi bis Ende 1964 keine Anzeichen für eine mögliche »Feindtätigkeit« bei Bergfuß erkennen. Fest stand nur: Er und sein Schaffner kauften auf West-Berliner Bahnhöfen Waren ein – den Verdacht, dass sie diese weiterverkauften (»Schiebertätigkeit«), konnte die Stasi jedoch nicht bestätigen.

Während ihrer Ermittlungen gegen Bergfuß fand die Trapo schließlich das ganze Ausmaß der nur scheinbar spontanen Flucht-Aktion heraus. Bereits Ende 1964 hatte Bergfuß konkrete Pläne. Durch den Verkauf von Dahls Zigaretten sparte er sich einen kleinen Betrag West-Geld zusammen. Kurz vor seiner Flucht bekam er noch eine Bonuszahlung von 588 DM für das Jahr 1965, die er ohne Wissen seiner Frau nach West-Berlin mitnahm.<sup>312</sup> Seine Briefmarkensammlung, zwei Kofferradios und seine wertvolle Fotoausrüstung schickte Peter einen Tag vor seiner Flucht per Post in den Westen. Damit enthüllte sich auch der Grund für das Fluchtdatum am 16. Januar: Als Bergfuß mit einem weiteren Paket zur Post gehen wollte, traf er auf seinen Stiefsohn. Aus Angst, dass durch dieses Zusammentreffen sein Fluchtplan auffliegen könnte, fuhr er daraufhin mit dem Taxi zur Friedrichstraße und verließ Ost-Berlin sofort. Die Trapo resümiert Ende Januar in ihrem Abschlussbericht: »Nach erfolgter Vorbereitung verließ der Beschuldigte am 16.1.1965 illegal das Gebiet der DDR und begab sich somit in die Hände des Klassengegners. Er hat somit die DDR verraten.«<sup>313</sup>

Doch die Ermittlungen zu Peter Bergfuß endeten damit nicht. Im Februar 1965 setzte die Stasi mehrere IM auf Peter Bergfuß und Astrid Dahl an, da beide sich in West-Berlin regelmäßig mit früheren Kollegen trafen.<sup>314</sup> Das MfS war überzeugt, dadurch Informationen zu weiteren potenziellen Fluchten zu erhalten, Peter Bergfuß endlich die »Feindtätigkeit« nachweisen und ihn öffentlich als »feindlichen Agenten« enttarnen zu können. Das gelang allerdings nicht – in ihrem Abschlussbericht konnte die Stasi schließlich nur resümieren, dass Peter Bergfuß nun bei Astrid Dahl wohnte und einen neuen Job als Rundfunktechniker hatte.<sup>315</sup>

ADo/IBi



# Die Methoden und ihr Einsatz

---

> Stasi-Observation von Passanten während des Besuchs des schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson in Ost-Berlin, Protokollstrecke entlang der S-Bahnstation Schönhauser Allee. Januar 1989  
BArch, MfS, HA, PS, Fo, Nr. 202, Bild 120 (Ausschnitt)

# Berliner seid wachsam Macht Schluß mit den Menschenräubern!

> Titelzeile in der West-Berliner Tageszeitung »Der Abend« nach einer gewaltsamen Entführung. 21.4.1954 (Auszug)

## »Durch große Zärtlichkeit ihre Wachsamkeit einschläfern«. Die Entführungspraxis des MfS im geteilten Berlin

Im Mai 1954 verurteilte das Stadtgericht in Ost-Berlin die 35-jährige Niki Glyz (Jg. 1919) aus West-Berlin zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren nach Kontrollratsdirektive Nr. 38 und nach §§ 73, 74, 164 und 239 StGB der DDR »wegen friedensgefährdender faschistischer Propaganda sowie wegen schwerer Freiheitsberaubung«. <sup>316</sup> Nach über zwei Jahren in DDR-Haft kehrte sie im Juni 1956 nach West-Berlin zurück, wo sie seit Herbst 1949 mit ihrer Tochter gelebt hatte. Doch wie war die West-Berlinerin überhaupt vor das Ost-Berliner Strafgericht gelangt? Sie wurde aus West-Berlin entführt – im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Schon im Sommer 1950 war Niki Glyz in das Visier des MfS geraten: durch einen West-Berliner Bekannten. Dieser hatte sich, nachdem er aus nicht aktenkundigen Gründen in der DDR festgenommen worden war, zur Zusammenarbeit mit der Stasi angeboten. Er verpflichtete sich als inoffizieller Mitarbeiter <sup>317</sup> mit dem Decknamen »Bert« und berichtete der Geheimpolizei unter anderem über Niki Glyz. Seine Angaben weckten das Interesse des MfS. Denn Niki Glyz war eine ehemalige DDR-Volkspolizistin, die das SPD-Ostbüro in West-Berlin über die bevorstehende Verhaftung von 16 Personen in Potsdam wegen angeblicher Agententä-

tigkeit informiert hatte. Dank ihrer Hinweise konnten die gefährdeten Personen rechtzeitig gewarnt werden. Niki Glyz selbst kehrte auf Anraten der Mitarbeiter des SPD-Ostbüros nicht in den Ostteil der Stadt zurück und blieb spontan in West-Berlin. In Absprache mit dem MfS plante IM »Bert« nun die Verschleppung von Niki Glyz nach Ost-Berlin, konnte die Pläne jedoch zunächst nicht umsetzen. <sup>318</sup> In einem späteren Bericht für das MfS erläuterte er, dass seine Enttarnung gedroht und Niki Glyz unter Polizeischutz gestanden habe. <sup>319</sup>

Das hatte vermutlich folgenden Hintergrund: Anfang Mai 1951 entging Niki Glyz einem anderen Verschleppungsversuch. Ein ehemaliger Volkspolizei-Kollege hatte Kontakt zu ihr aufgenommen und ihr eine Zusammenarbeit mit der Stasi angeboten. Niki Glyz wusste, dass er für die DDR-Geheimpolizei tätig war, und verdächtigte ihn, bereits für die Verhaftung eines gemeinsamen Bekannten verantwortlich gewesen zu sein. Sie ging zum Schein auf sein Angebot ein, ließ ihn allerdings am verabredeten Treffpunkt in West-Berlin verhaften. Tatsächlich gestand er der West-Berliner Polizei, von der Stasi den Auftrag gehabt zu haben, Niki Glyz in die DDR zu locken, damit sie dort verhaftet werden konnte. Im Zuge dieser Ermittlungen in West-Berlin wurde auch IM »Bert« mehrmals polizeilich vernommen. <sup>320</sup>

Spätestens nach diesem Ereignis war Niki Glyz sich der Gefahr bewusst, in der sie schwebte. Aber sie ahnte nicht, wie dicht das MfS, das inzwischen vermutete, sie habe Kontakte zum amerikanischen Geheimdienst, ihr auf den Fersen war. Sie suchte Beistand und Schutz

bei einem Bekannten, aber auch dieser war ein IM. »Henry Peters« hatte im Februar 1951 im Auftrag der Abteilung IV (Spionageabwehr) Kontakt zur ihr aufgenommen, arbeitete ebenfalls an Entführungsplänen und meldete dem MfS: »Die Glyz bat mich nun, Welch ein Hohn, ihre Bedeckung und Begleitung an Abenden, wenn sie einmal ausgeht, zu übernehmen.« Er wollte ihre Entführung mithilfe einer »narkotisierende[n] Praline« oder einer »stark und schnell wirksame[n] Schlaftablette« bewerkstelligen. <sup>321</sup> Zuvor wollte er »mit ihr groß feiern, Wein, Essen usw. und außerdem durch große Zärtlichkeit ihre Wachsamkeit einschläfern«. <sup>322</sup> Zu einer Umsetzung des Plans kam es vermutlich nicht, da Niki Glyz zeitweilig unter West-Berliner Polizeischutz stand. <sup>323</sup>

Zweieinhalb Jahre später meldete sich IM »Bert« bei der Stasi und berichtete, dass er wieder Kontakt zu Niki Glyz habe und ihre Verschleppung bewerkstelligen

könne. <sup>324</sup> Die zuständige Abteilung V (Überwachung Staatsapparat) (S. 180) stellte fest, dass er vor allem aus finanziellen Interessen handelte, als er sich im Oktober 1953 mit einem Freund zur erneuten Zusammenarbeit anbot. »Mit ihnen wurde so gesprochen«, heißt es im MfS-Bericht, »dass sie uns Informationen liefern sollen und sich darauf vorbereiten sollen, Personen, an die [sic] wir interessiert sind, für uns in Westberlin festzunehmen und nach den [sic] demokratischen Sektor zu bringen«. <sup>325</sup> In den Folgemonaten führte »Bert« zwei Entführungsaktionen durch und bot drei weitere an – eines seiner Opfer war Niki Glyz. Den Ablauf der Entführung hatte er mit seinem Führungsoffizier zuvor abgestimmt.

Niki Glyz schöpfte keinen Verdacht, als »Bert« sie ins Kino einlud. Arglos stieg sie nach der Filmvorstellung in das Auto eines Freundes von ihm. »Bert« überließ ihr den Vordersitz und nahm hinter ihr Platz. Als sie

Betr.: Willi Glyz  
Die Glyz wurde von mir aufgesucht und ich erklärte ihr, daß ich krank war, und sie leider nicht benachrichtigen konnte. Ich hätte jetzt aber wieder Zeit und hätte sogar gutverdient. Ich konnte das alte herzliche Verhältnis wieder herstellen. Ich traf mit der Glyz eine Verabredung zu Donnerstag, den 14.6.51 19,00 Uhr um mit ihr im großen Stil auszugehen.  
Ich habe nun folgenden Plan, betr. der Glyz, wie auftragsgemäß mündlich vereinbart:  
Ich will mit der Glyz am Donnerstag Abend in eine Westberliner Bar gehen und mir ihr groß feiern, Wein, Essen usw. und außerdem durch große Zärtlichkeit ihre Wachsamkeit einschläfern. Anschließend werde ich sie zu einem häuslichen Fest in der Nähe des halleschen Tores einladen und eine Taxe besteigen. Hier gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder die Taxe ist mit einem unserer Leute als Fahrer besetzt und fährt uns in den Ostsektor, oder ich nehme eine gewöhnliche Westtaxe und gebe Adresse Hallesches Tor an. Während der Fahrt biete ich der Glyz entweder eine narkotisierende Praline an oder einestark und schnell wirkenden Schlaftablette als Anregungsmittel zu neuen Taten an. Die Glyz muß unbedingt am Halleschen Tor schlafen. Dann würde ich den Taxifahrer auffordern zum Bahnhof Friedrichstraße zu fahren, wo ich ein paar Flaschen Likör kaufen wolle. In diesem Moment müßte von unserer Seite eingesetzt werden.  
Ich würde die Narkose in beiden Fällen, unsere oder fremde Taxe vorschlagen, da es unbedingt sicherer und ungefährlicher ist. Selbst wenn die Glyz nun nicht einverstanden ist in eine andere Gesellschaft zu fahren, was ich aber nicht glaube, könnte einer dieser beiden Wege beschritten werden. Wenn am 14.6.51 diese Sache noch aus irgend einem Grunde nicht klappen sollte würde ich am Sonnabend einen weiteren Versuch machen

> IM »Henry Peters« plant die Entführung von Niki Glyz. 10.6.1951  
BArch, MfS, AOP 24/54, Bl. 74 (Auszug)

merkte, dass das Auto Richtung Sektorengrenze fuhr, war es zu spät. »Bert« legte ihr einen Gürtel um den Hals und verhinderte so jegliche Gegenwehr.<sup>326</sup> Für diese Entführung erhielt er vom MfS eine Prämie von 200 DM West.<sup>327</sup> Selbst der Freiheit beraubt, erwartete die Entführte in Ost-Berlin eine Verurteilung wegen angeblicher Freiheitsberaubung. Das vermeintliche Opfer war der ehemalige Volkspolizei-Kollege, der 1951 mit ihrer Verschleppung beauftragt war und den sie hatte verhaften lassen.

Niki Glyz gehört zu den etwa 400 Menschen, darunter ca. 50 Frauen, die von 1950 bis Mitte der 1960er-Jahre aus West-Berlin und der Bundesrepublik in die DDR verschleppt oder entführt wurden. Insbesondere die erste Hälfte der 1950er-Jahre war eine Hochphase der Verschleppungen und Entführungen<sup>328</sup>, für die neben dem sowjetischen Geheimdienst vor allem das MfS verantwortlich war. Hauptschauplatz dieser Entführungsaktionen war die geteilte Stadt Berlin, in der die Sektorengrenze bis zum Mauerbau 1961 noch weitgehend offen war und mit dem Auto, aber auch per S- und U-Bahn passiert werden konnte. Für das SED-Regime, dem die mehrheitliche Zustimmung in der Bevölkerung fehlte, war dies in vielerlei Hinsicht problematisch. Nach der Abriegelung der innerdeutschen Grenze blieb die geteilte Stadt für Hunderttausende ein Schlupfloch, um der Diktatur in der DDR zu entkommen. Die offene Grenze nutzten zudem antikommunistische Organisationen und Nachrichten- und Geheimdienste, die von dem krisengeschüttelten SED-Regime als große Bedrohung wahrgenommen wurden.

Die Verschleppungs- und Entführungsaktionen richteten sich dementsprechend gegen – teilweise vermeintliche – Angehörige westlicher Geheimdienste und antikommunistischer Organisationen sowie gegen Regimegegner, die in West-Berlin aktiv waren, aber auch gegen geflohene Angehörige aus den Reihen von SED, MfS, Volks- und Grenzpolizei. Dabei bemühte sich das MfS einerseits, nicht als Urheber der Entführungen erkannt werden zu können – zumal es sich um grenzüberschreitende Verfolgungsmaßnahmen handelte, die gegen das Besatzungsstatut der geteilten Stadt verstießen. Andererseits wollte es aber durchaus mit dem Verschwinden von Gegnern der SED-Herrschaft in Verbindung gebracht werden, um seine vermeintliche Macht und Allgegenwart zu demonstrieren.<sup>329</sup>

Die Entführungsaktionen dienten der Bestrafung, sie hatten darüber hinaus aber weitreichendere Funktionen: Westliche Geheimdienste und antikommunistische Organisationen sollten wesentlich geschwächt werden – nicht nur personell und durch die Aufdeckung ihrer Informationsnetze. Vielmehr sollte der westlichen Öffentlichkeit die Gefährlichkeit einer Zusammenarbeit mit diesen Institutionen sowie deren (vermeintliche) Leichtfertigkeit und mangelnde Professionalität im Umgang mit ihren Mitarbeitern und Informanten vor Augen geführt werden. Eine abschreckende Wirkung sollten die Entführungsaktionen insbesondere auf DDR-Flüchtlinge haben, vor allem auf diejenigen aus den Reihen der SED, des MfS oder der »bewaffneten Organe« der DDR. »Jeden Verräter an unserer gerechten Sache ereilt sein Schicksal«, verkündete 1955 MfS-Chef Ernst Wollweber (1898–1967) in einem internen Befehl, nachdem zwei geflohene MfS-Mitarbeiter aus der Bundesrepublik verschleppt und in der DDR hingerichtet worden waren.

Die Entführungsmethoden des MfS waren vielfältig: Mithilfe von gefälschten Telegrammen und Briefen oder von Verwandten und Bekannten lockte es Menschen unter Vorwänden auf Ost-Berliner Gebiet, um sie dort festzunehmen. Es setzte IM auf Entführungsoffer an, um sie unter Alkoholeinfluss zum Betreten des Ostsektors zu verleiten oder unter Anwendung von Betäubungsmitteln oder Gewalt dorthin bringen zu lassen. Notwendig war hier ein Vertrauensverhältnis zum Entführungsoffer, über das der eingesetzte IM bereits verfügte oder das er im Auftrag des MfS aufbaute – im Fall von Niki Glyz lassen sich beide Varianten beobachten. Nicht selten warb das MfS zudem gezielt Personen aus dem kriminellen Milieu in West-Berlin für den Einsatz bei Entführungsaktionen an, vor allem wenn diese gewaltsam erfolgen sollten. In den Augen des MfS brachten diese nicht nur die notwendige Gewaltbereitschaft und Skrupellosigkeit mit, sondern hatten auch den Vorteil, dass sich misslungene Entführungsversuche besser verschleiern ließen. Angesichts des kriminellen Hintergrunds der Täter sollte die West-Berliner Polizei irrtümlich auf einen Raubüberfall schließen. Getrieben von Geltungsdrang und finanziellen Interessen wurden diese besonderen Einsatzkräfte nicht selten aber auch selbst zum Problem für das MfS: Sie handelten zu eigenmächtig, ließen sich schwer kontrollieren und nicht einfach »stilllegen«. So landeten einige von ihnen trotz aller Vorsichtsmaßnahmen in



> Warnschild an einem West-Berliner S-Bahnhof. Juni 1956  
ullstein bild

den Händen der West-Berliner Ermittlungsbehörden. Aber nur selten konnten sie strafrechtlich belangt werden, da gerichtsfeste Beweise fehlten.<sup>330</sup>

Ihre Opfer hatten hingegen in der DDR oftmals drakonische Strafen zu ertragen. Viele konnten erst nach mehreren Jahren DDR-Haft in den Westen zurückkehren. Für einige gab es keine Rückkehr: 24 Entführungsoffer erhielten eine Todesstrafe und wurden hingerichtet, darunter 16 Menschen, die bis 1953 von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt und in Moskau erschossen wurden. Bei den acht anderen hingerichteten Entführungsoffern handelt es sich um einen westlichen Nachrichtendienstler, einen geflo-

henen Grenzpolizisten und sechs geflohene MfS-Mitarbeiter. Mindestens zehn weitere Entführungsoffer starben in DDR-Haft infolge von Krankheit, körperlichen Misshandlungen oder Selbsttötung. Die Opfer der MfS-Entführungsaktionen und auch ihre Angehörigen waren oft ein Leben lang gezeichnet.

SMu



> Stasi-Observation des Notaufnahmelagers Marienfelde. Um 1984  
BArch, MfS, ZKG, Fo, Nr. 287, Bild 11, 9 und 7

## Das Notaufnahmelager Marienfelde im Visier der Staatssicherheit

Am Sektorenübergang Schilling-Brücke warteten am 21. September 1959 zwei Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes auf einen ihrer Informanten. Der »Inoffizielle Mitarbeiter«<sup>331</sup> mit dem Decknamen »Dr. Lutter« erschien, so stellt der Treffbericht heraus, wie üblich »pünktlich auf die Minute«.<sup>332</sup> Und auch dieses Mal hatte er interessantes Material dabei, u. a. einen Bericht über die Fluchtbewegung aus der DDR. Aufschlussreich für die Staatssicherheit waren überdies die Auskünfte, die Dr. Götz Schlicht, so der Klurname des Zuträgers, während des anschließenden dreieinhalbstündigen Gesprächs in Ost-Berlin gab. Schlicht berichtete nicht nur Interna aus dem Untersuchungsausschuss freier Juristen (Ufj), einer Organisation zur Aufdeckung rechtsstaatswidriger Verhältnisse in der DDR, für die er in West-Berlin tätig war. Er gab auch »Hinweise über republikflüchtige Personen«,

sodass diese und etwaige Helfer identifiziert und nachverfolgt werden konnten. Seine Auftraggeber hatten großes Interesse an Flüchtlingen, die Angaben, Kontakte zum MfS gehabt zu haben, um zu prüfen, ob es sich um »Abtrünnige« handelte, die Schaden anrichten konnten.<sup>333</sup>

Die Zusammenkunft war Routine. Götz Schlicht arbeitete zu diesem Zeitpunkt bereits seit zwei Jahren für das MfS. Angeworben worden war der promovierte Jurist 1957 im Gefängnis. Er hatte Anfang Mai 1952 in Potsdam Informationsmaterial des Ufj verteilt, war inhaftiert und am 20. November nach § 6 StGB der DDR wegen »Boykotthetze« zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden.<sup>334</sup> Gerade seine Verbindungen zum Ufj allerdings machten Schlicht für das Ministerium für Staatssicherheit einige Jahre später zu einem lohnenden Anwerbekandidaten. Er gehörte zu dem Netz an Informanten und Helfern, das der Ufj in Ostdeutschland unterhielt.<sup>335</sup> Besonders vielversprechend erschien Schlichts Bekanntschaft mit einem Mann, der im Ufj inzwischen aufgestiegen war:

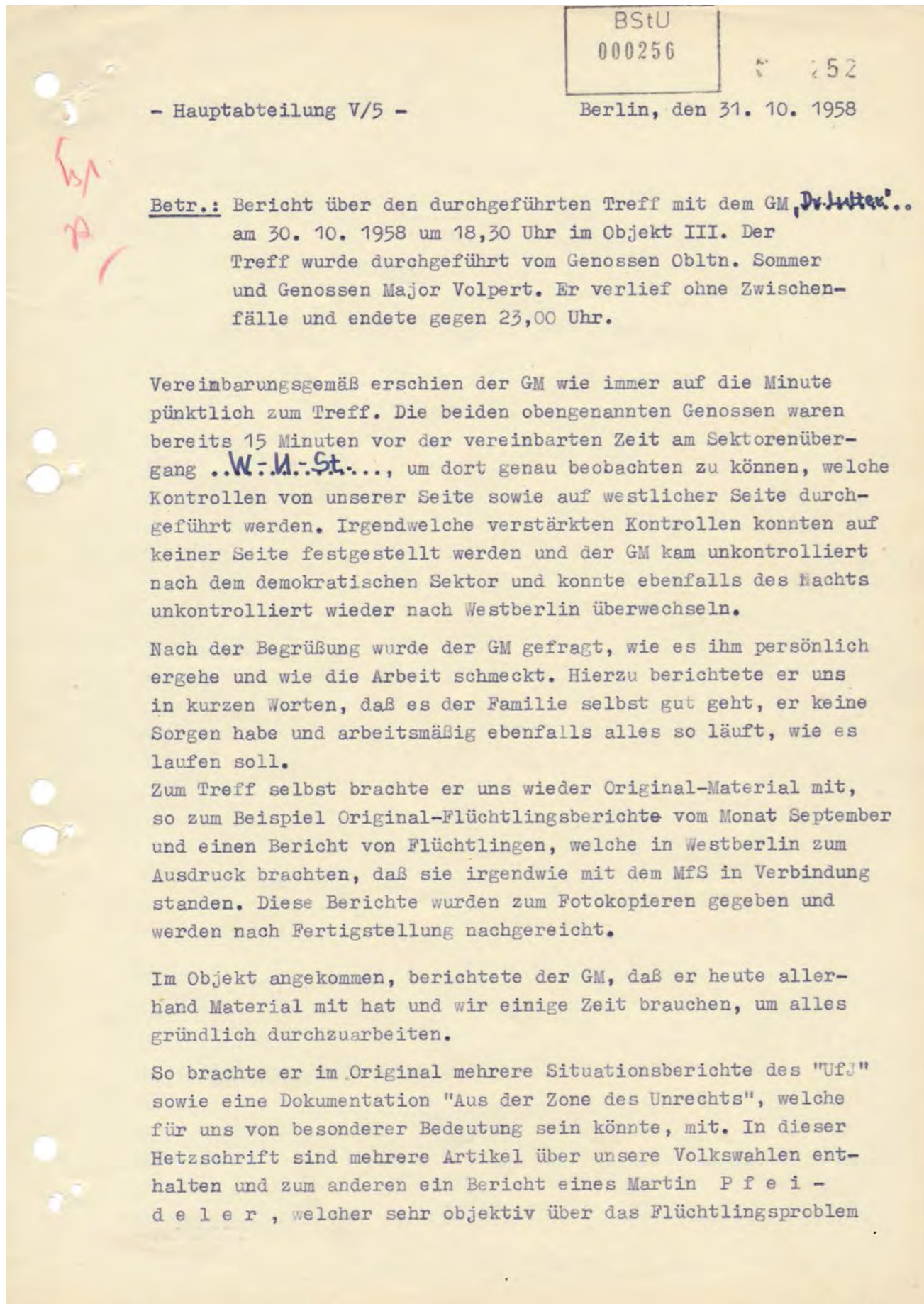
Walter Rosenthal (1917–1987), aus der DDR geflohener Jurist, gewann als stellvertretender Leiter ab 1953 zunehmend an Einfluss.<sup>336</sup>

In einem Gespräch am 2. März 1957 mit einem Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit erklärte Götz Schlicht sich zu einer Mitarbeit bereit.<sup>337</sup> Nach fünf Jahren Haft sorgte die Stasi daraufhin dafür, dass er am 15. Mai 1957 aus dem Gefängnis entlassen wurde. Am 11. Juni siedelte er mit seiner Familie auftragsgemäß nach West-Berlin über. Dort traf er sich wiederholt mit Rosenthal, zu dem er bereits vor seinem Umzug Kontakt aufgenommen hatte, um sich um »eine interessante Arbeit beim Ufj« zu bemühen.<sup>338</sup> Schließlich bot Rosenthal ihm an, die Leitung der Ufj-Außenstelle im Notaufnahmelager in Berlin-Marienfelde zu übernehmen, das Schlicht als angeblicher Flüchtling zuvor selbst durchlaufen hatte.<sup>339</sup> Das Notaufnahmelager im amerikanischen Sektor war die erste Anlaufstelle für geflüchtete oder ausgereiste Ostdeutsche. Hier absolvierten sie ein Aufnahmeverfahren, um eine Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik und

West-Berlin zu erhalten. Die meisten Aufgenommenen wurden in die westdeutschen Bundesländer ausgeflogen, ein Teil blieb in der Stadt.

Als Leiter des Ufj-Büros in Marienfelde redete Götz Schlicht mit Flüchtlingen und mit Besuchern aus der DDR und Ost-Berlin, die Rechtsberatung brauchten. Aus den Gesprächen und aus Materialien, auf die er Zugriff hatte, zog der IM seine Informationen. In den regelmäßigen Treffen mit seinen Führungsoffizieren lieferte er Flüchtlingszahlen und Aufschlüsselungen zu Fluchtgründen. Er übermittelte persönliche Daten von Flüchtlingen und umriss Hintergründe: Wer hatte sie in der DDR vor drohendem Ärger gewarnt und ihnen geholfen, wer konnte als Unterstützer des Ufj identifiziert werden?<sup>340</sup> Seine Zuarbeit hatte Konsequenzen: »Festgenommen« vermerkte zum Beispiel ein Treffbericht vom November 1957 handschriftlich neben dem Namen von Benno Müller, der als Mitarbeiter des Ufj-»Hauptagenten Dr. Neumann alias Berger« aufgeführt war. Insgesamt fielen Schlichts »Denunziation Hunderte von Menschen, zumeist DDR-Bürger, zum Opfer«.<sup>341</sup>





> Stasi-Bericht zu einem Treffen mit »Dr. Lutter« am Sektorenübergang Walter-Ulbricht-Stadion. 31.10.1958  
BArch, MfS, AOP 1725/64, Bd. 55, Bl. 256



> Götz Schlicht alias »Dr. Lutter«. Anfang der 1950er-Jahre  
BArch, MfS, AU 7435/68, Bd. 3, Bl. 128

Infolge des Mauerbaus vom 13. August 1961 wurde die Spionage des MfS im Aufnahmelager neu ausgerichtet. Die Belegung ging mit dem Abreißen der Fluchtbewegung aus der DDR stark zurück, zu Götz Schlicht in das Ufj-Büro kamen nur noch wenige Besucher.<sup>342</sup> Während Fluchtstatistiken demzufolge uninteressanter wurden, rückten andere Fragen in den Fokus. Wesentlich für das MfS war es nun zu erfahren, wie eine »Republikflucht« nach der Abriegelung der Sektorengrenzen noch gelingen konnte – um die letzten Schlupflöcher so rasch wie möglich zu schließen. 1969 endete schließlich Schlichts Tätigkeit im Aufnahmelager. Der Ufj ging nach einer Phase des politischen Bedeutungsverlusts im Gesamtdeutschen Institut auf, seine Mitarbeiter wurden übernommen. Überflüssig wurde der IM für die Staatssicherheit damit keineswegs: Das Gesamtdeutsche Institut stand ebenso wie zuvor der Ufj und weitere inkorporierte Organisationen auf der Liste der zu bearbeitenden »Feindzentralen«.<sup>343</sup>

In dem Fallbeispiel des »Dr. Lutter« verbinden sich zwei Aktionsfelder, die für das MfS in den 1950er-Jahren zentrale Bedeutung erlangten: das Vorgehen gegen Organisationen und Institutionen, die als »Agentenzentralen« des westlichen Systemgegners eingestuft wurden, und die Bekämpfung der Fluchtbewegung aus der DDR. In beiden Bereichen waren der Ufj und das Notaufnahmelager Marienfelde jeweils heraus-

gehobene »Feindobjekte«, deren »subversive Aktivitäten« gegen die DDR aus Sicht der Staatssicherheit zudem eine erhebliche Schnittmenge aufwiesen.<sup>344</sup> Im Ufj hatten sich 1949 vornehmlich Juristen zusammengeschlossen, um Rechtsverletzungen in der DDR zu dokumentieren und publik zu machen. Die Organisation verbreitete Schriften und Flugblätter auch in der DDR und nutzte den West-Berliner Rundfunksender RIAS als medialen Kanal zur Anprangerung der SED-Regierung.<sup>345</sup> Finanziert und kontrolliert wurde der Ufj vom US-amerikanischen Auslandsgeheimdienst, der Central Intelligence Agency (CIA).

In der Auseinandersetzung der Systeme bedeutete der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR eine Zäsur. Die Massenproteste in ganz Ostdeutschland zeigten, dass es der Einparteiherrschaft der SED und ihrer Sozialisierungspolitik an Unterstützung in der Bevölkerung weitestgehend fehlte. Als Reaktion wandte sich die SED verschärft gegen den »Feind« im Westen, den sie als Hauptverursacher der Gesellschaftskrise ausmachte. In diesem Sinne startete das MfS im November 1954 die gegen den Ufj und weitere antikommunistische Vereinigungen gerichtete »Aktion »Blitz««. Die Großoperation sah Verhaftungen und Entführungen vor, die die Staatssicherheit in den folgenden Jahren zum Teil auch durchführte.<sup>346</sup>

Auch die Ausrichtung auf das Notaufnahmelager Marienfelde hing mit dem 17. Juni 1953 zusammen. Im zeitlichen Umfeld des Volksaufstands veränderte sich die Sicht der SED-Führung auf die Abwanderungsbewegung aus der DDR. Bereits 1952 waren die Zahlen so stark angestiegen, dass die Flucht nicht länger »als konfliktfreie Lösung des »Klassenkampfes« oder als meldetechnisches Problem« behandelt werden konnte. Es wurde immer deutlicher, dass der Weggang so vieler Menschen aus relevanten Berufsgruppen die ostdeutsche Gesellschaft funktionsunfähig zu machen drohte.<sup>347</sup> Vor diesem Hintergrund rückte das im April 1953 eröffnete Notaufnahmelager Marienfelde in den Blick, von dem laut DDR-Führung gleich mehrere »feindliche« Handlungen ausgingen: In der Einrichtung wurden Menschen aufgenommen, untergebracht und versorgt, die dem sozialistischen deutschen Staat bewusst den Rücken gekehrt hatten. In der Propagandalogik der SED, die Flüchtlinge seien vom Westen verführt, fungierte das Aufnahmelager somit als »Lockmittel«. Hinzu kam, dass die massenhafte



Abwanderung aus der DDR – eine »Abstimmung mit den Füßen« – in dem Lager symbolpolitisch genutzt wurde.

In den Fokus der Staatssicherheit geriet der Ort nicht zuletzt, weil sich hier der Verschwörungstheorie einer »Weststeuerung« des Juni-Aufstands bevorzugt nachgehen ließ.<sup>348</sup> Denn ähnlich wie der Uff besaß Marienfelde neben seiner offiziellen eine geheimdienstliche Funktion: Eingebettet in das Aufnahmeverfahren wurden die Ankommenden von den Militär- und Auslandsnachrichtendiensten der drei westlichen Alliierten befragt. Amerikaner, Briten und Franzosen interessierten sich besonders für militärische Einrichtungen in der DDR und Ost-Berlin, darüber hinaus für Industrie- und Forschungsstätten und Stimmungen in der Bevölkerung.<sup>349</sup> Wertvoll waren die Flüchtlinge zudem als Reservoir für die Anwerbung von Agenten, die man in den Osten zurückschicken konnte.<sup>350</sup> Hauptsächlich auf dieses Befragungswesen und die mit ihm verbundenen Aktivitäten der Westgeheimdienste richteten sich Aufklärungs- und Abwehrbestrebungen des MfS im Notaufnahmelager.

Dass das MfS gegen eine Vereinigung wie den Uff und eine Aufnahmeeinrichtung für DDR-Flüchtlinge gerade in Berlin vorging, war kein Zufall. Die Stadt war zwar geteilt, aber doch eng zwischen den Sektoren und mit ihrem Umland verflochten. Antikommunistische Organisationen waren im Westteil in besonderer Dichte vertreten, weil die Position an der Nahtstelle der Systeme ein Hineinwirken in die DDR erleichterte. Ostdeutsche Flüchtlinge nahmen häufiger den Weg von Ost- nach West-Berlin, nachdem die innerdeutsche Grenze seit 1952 militärisch gesichert und ausgebaut worden war. Gelegentlich in der DDR und unter den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs aufgeteilt, bot die Stadt außerdem einzigartige Voraussetzungen für die Beschaffung geheimdienstlicher Informationen.<sup>351</sup>

Dieses Potenzial schmälerte der Mauerbau vom 13. August 1961 erheblich, wie sich die Konstellationen in der geteilten Stadt mit der Grenzabriegelung überhaupt grundlegend änderten. West-Berlin war nicht länger Hauptankunftsort für DDR-Flüchtlinge. Akribisch ließ sich das MfS von seinem Informanten Schlicht berichten, wie sich das Notaufnahmelager Marienfelde leerte und Dienststellen auszogen. Auch wenn die Einrichtung aus »politisch-optischen Gründen«, wie der IM meinte, bestehen blieb, büßte sie sowohl öffentliche Wahrnehmung als auch Bedeutung für das Befragungswesen der westlichen Alliierten ein.<sup>352</sup> So machte sich bei der Staatssicherheit hinsichtlich der Fluchtproblematik Ende der 1960er-Jahre »eine gewisse Zufriedenheit« breit. Auf Dauer stillstellen ließ sich das Thema Abwanderung jedoch nicht: Nachdem die DDR-Regierung 1975 die Schlussakte der Konferenz von Helsinki unterzeichnet hatte, beriefen sich immer mehr Ausreisewillige darauf, um Freizügigkeit einzufordern. Bei dem Versuch, Flucht und Ausreise effizient zu bekämpfen, wurde das West-Berliner Aufnahmelager für die Staatssicherheit erneut interessant: Die Vorgänge in Marienfelde wurden in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre »wieder verstärkt beobachtet und Anwerbungsversuche unternommen«.<sup>353</sup>

BEf



> Nach der Entdeckung des Tunnels von der Stasi aufgenommenes Beweis-Foto. Mai 1970  
BArch, MfS, HA I, Nr. 4295, Bl. 53

## Flucht von Berlin nach Berlin

Die Grenzanlagen, die ab dem 13. August 1961 mitten durch die Stadt Berlin gebaut wurden, waren weltweit ein Symbol für die Unmenschlichkeit der SED-Diktatur. Zugleich offenbarten sie die Ohnmacht einer Partei, der es offenkundig nicht gelang, die eigene Bevölkerung mit anderen Mitteln an das sozialistische Experiment zu binden.

Die Entwicklung der Stasi folgte seit ihrer Gründung 1950 immer den jeweiligen Kontroll-, Überwachungs- und Repressionsbedürfnissen der SED. So auch bei der Überwachung der innerdeutschen Grenze, die seit

1952 systematisch abgeriegelt, mit Wachtürmen und Minen versehen worden war. Auf Flüchtende wurde geschossen. Wer bei der Planung oder dem Versuch einer Flucht entdeckt wurde, musste mit langen Zuchthausstrafen rechnen. Der Weg über die noch offene Sektorengrenze innerhalb Berlins war verglichen damit erheblich gefahrloser – trotz aller Kontrollen, Schikanen und des Risikos, auch dort verhaftet zu werden.

Um dieses »Schlupfloch« zu schließen, ließ die SED am 13. August 1961 die Grenze durch Berlin und um West-Berlin herum durch Zäune, Stacheldraht und –

vor allem im Innenstadtbereich Berlins – Mauern schließen. Nach Lesart der SED ein »Schutzwall« gegen Infiltration und Angriffspläne aus dem Westen, war sie de facto gegen die eigene Bevölkerung gerichtet. Auf Flüchtende wurde nun auch mitten in Berlin scharf geschossen, die Grenzanlagen wurden ständig perfektioniert.

Die Berliner Mauer war nur das letzte Sperrelement in einem immer komplexeren Grenzregime. Dieses umfasste das Bauwerk und den Grenzstreifen, die von Grenztruppen gesichert wurden, aber auch ein ausgefeiltes Kontrollsystem, für das in erster Linie die Stasi verantwortlich zeichnete. Das DDR-Grenzregime war von Beginn an ein »lernendes System«. Tausendfach suchten Menschen nach Möglichkeiten, die Grenze zu überwinden. Jede gelungene Flucht, jeder Fluchtversuch lieferte der Stasi wiederum einen Hinweis auf noch vorhandene Schwachstellen.

An der innerdeutschen Grenze mussten Flüchtende einen kilometerweiten Kontrollbereich – das Sperrgebiet – und eine rund 500 Meter umfassende, extrem überwachte und gesicherte Sperrzone überwinden. Die letzte Sperrlinie, den Grenzzaun zur Bundesrepublik, erreichten nur wenige. Festnahmen, schwere Verletzungen oder Todesfälle durch Minen, Schüsse oder seit 1970 »Selbstschussanlagen« wurden in der Abgeschiedenheit der innerdeutschen Grenzregion nur selten vom Westen aus beobachtet.

Anders in Berlin, wo Fluchten, Fluchtversuche oder Todesfälle durch Schüsse schnell Beobachter aus West-Berlin hatten. Helfen konnte man den Flüchtenden erst, wenn sie schon ganz oder wenigstens teilweise auf West-Berliner Gebiet waren. Schlimmstenfalls konnten die Menschen dem Flüchtenden nur beim Sterben zusehen. Jedes Todesopfer an der Mauer aber war für die DDR, die sich mit aller Macht um internationale Anerkennung bemühte, ein Rückschlag und ein erheblicher Imageschaden nach innen und außen. Deshalb war das Augenmerk der Stasi darauf gerichtet, Fluchtpläne möglichst früh zu entdecken und im Vorfeld zu vereiteln. Ihr Auftrag war aber auch, alle »Vorkommnisse« an der Grenze zu untersuchen, aufzuklären und möglichst geheim zu halten.<sup>354</sup> Seit Beginn des Mauerbaus wurden auch Fluchttunnel gegraben. Es waren große logistische Unternehmungen, die meist von Häusern in West-Berlin aus vorangetrie-

ben wurden und ihren Ausgang in Kellern von grenznahen Häusern in Ost-Berlin hatten. Dabei mussten die Tunnelbauer über Wochen oder Monate hinweg gewaltige Erdmengen wegschaffen und die Tunnel bergmännisch sichern. Heimlich wurden die Flüchtwilligen in der DDR informiert und zu den Tunneln gebracht. Spektakuläre gelungene Fluchten prägen die Vorstellung der Tunnelfluchten, aber auch Schießereien zwischen Flüchtenden und Grenztruppen, die zu Todesopfern führten. Es gab auch Tunnelbauten, die mühsam vollendet, dann aber noch vor der ersten Flucht entdeckt wurden.<sup>355</sup>

Anfang Mai 1970 berichtete die West-Berliner »Morgenpost«, dass Ost-Berliner Bauarbeiter einen Fluchttunnel an der Bernauer Straße gefunden hätten. Zunächst wurde von einer zufälligen Entdeckung ausgegangen – im vorangegangenen Winter abgesunkenes Erdreich hätte die Arbeiten notwendig gemacht.<sup>356</sup> Doch zwei Tage später revidierte die »Morgenpost« ihre Einschätzung, da einer der Tunnelbauer die Meinung äußerte, dass der Tunnel aus den eigenen Reihen verraten worden sei.<sup>357</sup> Es blieb zunächst unklar, ob der Tunnel, der von der Bernauer Straße 80 in die Schönholzer Straße 20 – und damit von West- nach Ost-Berlin führte – tatsächlich aus den eigenen Reihen verraten oder zufällig entdeckt wurde.

Zufällig scheint die Entdeckung nicht gewesen zu sein, denn seit dem 1. Mai bemühte sich die Stasi-Hauptabteilung I (S. 179) des Grenzkommandos Berlin, einen Tunnelausstieg auf der östlichen Seite, in der Schönholzer Straße, zu finden.<sup>358</sup> Da sich die Stasi über den genauen Verlauf des Tunnels zunächst unsicher war, ließ sie mehrere Kellerräume der Schönholzer Straße sowie einen Keller in der Brunnenstraße und der Swinemünder Straße mit Grenzsoldaten besetzen. Sie sollten einen möglichen Durchbruch melden und die Flucht vereiteln. Doch anders als von der Stasi erwartet, kam es zu keinem Fluchtversuch.

Um den konkreten Tunnelverlauf ausfindig zu machen, entschied die Stasi, ein Sondensystem, das Tiefengeräusche im Boden aufzeichnete, in den Boden einzulassen.<sup>359</sup> Tatsächlich zeichneten die Sonden bereits in der Nacht zum 2. Mai auffallend starke Geräusche in der Ost-Berliner Schönholzer Straße zwischen den Hausnummern 18 bis 22 auf.



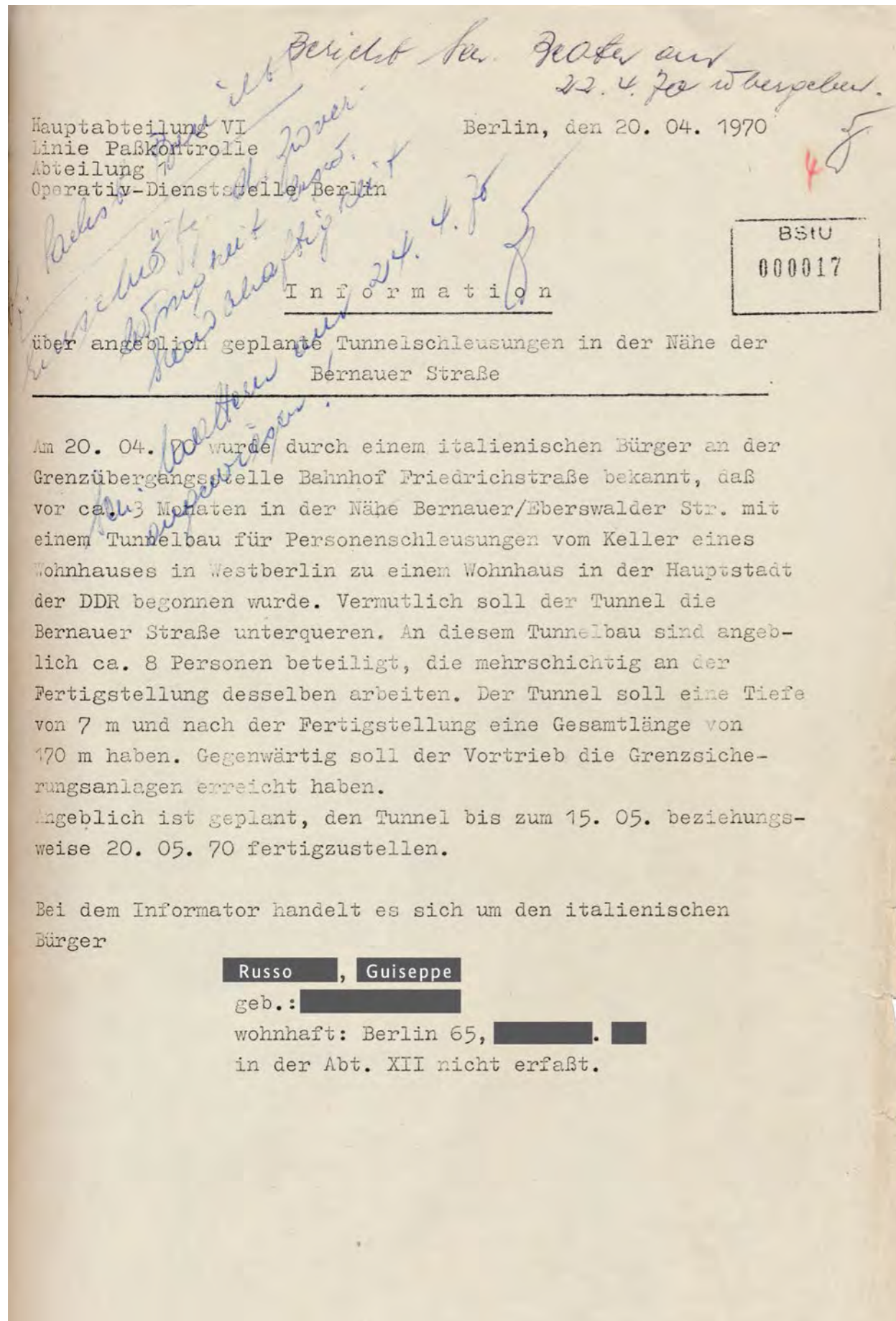
> Von der Besucherplattform in der Bernauer Straße winkten sich die Männer, die den Fluchttunnel gruben, und ihre Familien in Ost-Berlin zu (Markierung des MfS). 1970  
BArch, MfS, AU 4601/71, Bd. 5, Bl. 209

Sechs Männer aus West-Berlin – aus Deutschland und Italien stammend – wollten auf diesem Weg ihre Familienangehörigen zu sich holen. Sie ahnten nicht, dass die Stasi den Fluchtversuch bereits im Visier hatte. Schon zwei Wochen zuvor, am 20. April, wurde ihr Vorhaben von der Kontaktperson »Sardinien« – dem Freund eines Italieners, der am Tunnel mitgrub – verraten.<sup>360</sup> »Sardinien« hatte sich selbst bei der Stasi gemeldet, um einen hohen Geldbetrag für seinen Verrat zu fordern. Die Stasi zielte ihrerseits nicht nur darauf ab, die Flucht zu verhindern, es galt vielmehr, die Gruppe unmittelbar vor oder während des Fluchtversuchs festzunehmen, um alle Flüchtenden zu fassen.<sup>361</sup>

Währenddessen liefen die Fluchtvorbereitungen der Gruppe Anfang Mai auf Hochtouren. Die Männer aus West-Berlin kamen in diesen Tagen fast täglich auf die Besucherplattform in der Bernauer Straße, um ihren

Familien im Bereich der Oderberger Straße im Prenzlauer Berg zuzuwinken und sich mit ihnen von den Grenzsoldaten unbemerkt zu verständigen.<sup>362</sup>

Die Geheimpolizei forderte von der Kontaktperson genauere Informationen über den Verlauf des Tunnels. In der Zwischenzeit überprüfte die Stasi ihre Informationen und setzte in West-Berlin IM darauf an, die Bernauer Straße 80 zu überwachen. Diese berichteten, dass dort »zwei südländische Typen« mit »Erdarbeiten« beschäftigt seien.<sup>363</sup> Dem nun eröffneten Operativen Vorgang gab die Stasi, mit Bezug auf die vermutete Herkunft der meisten Männer, den Namen »Amigo«. Wenige Tage später erkannte ein weiterer IM unter den Tunnelbauern in West-Berlin Ralf Tietz<sup>364</sup>. Ein entscheidender Hinweis, durch den die Ermittlungen an Fahrt aufnahmen. Denn Ralf Tietz wurde von der Stasi bereits seit 1968 wegen seiner unbedingten Entschlossenheit,



> Stasi-Information der HA VI an den stellvertretenden Minister für Staatssicherheit Bruno Beater. 20.4.1970  
BArch, MfS, AOP 12373/71, Bd. 1, Bl. 17

seine Familie nach West-Berlin zu holen, bespitzelt.<sup>365</sup> Mehrere Fluchtversuche und der Antrag auf Ausreise waren gescheitert, er, seine Verlobte und ihr gemeinsames Kind wurden kontinuierlich überwacht. Sie wurden beschattet und fotografiert, wenn sie das Haus verließen, und ihre Post wurde intensiv überwacht. Kaum verklausuliert hatte Ralf Tietz geschrieben: »Das Ganze ist schon 110 Meter lang [...] das Einzige was [...] kann, ist mit der Schaufel umgehen«<sup>366</sup>. Die Stasi wusste daher bereits, dass die beiden einen weiteren Fluchtversuch planten, hatte aber keine weiteren konkreten Belege.

Doch mit den Hinweisen aus West-Berlin konnte die Stasi die einzelnen Ermittlungsergebnisse zusammensetzen. Sie weitete die Postkontrolle auf die Familienangehörigen aus und ließ ab Mitte Mai sogar die gesamte Post zurückhalten, um jegliche Absprachen untereinander und mit ihren Partnern zu unterbinden.<sup>367</sup> Die Stasi wusste, dass sich die Frauen mit ihren Männern nun fast täglich an der Besucherplattform trafen, und nutzte am 5. Mai die Zeit, um die infrage kommenden Kellereingänge zu untersuchen.

Einer der West-Berliner Männer, Burghard Veitel, der zusätzlich als Kurier die Frauen über die unmittelbar bevorstehende Flucht informieren sollte, war an diesem Tag ebenfalls in Ost-Berlin.<sup>368</sup> Durch Zufall verließ er das Treffen an der Besucherplattform eher und entdeckte im Grenzbereich der Schönholzer Straße, dass NVA-Soldaten Markierungen am Erdreich vornahmen.<sup>369</sup> Der Fluchtplan der 15 Familienangehörigen war gescheitert. Veitel warnte die Familien in Ost-Berlin und sorgte dafür, dass ihnen der wenige Tage später in der West-Berliner »Morgenpost« erscheinende Artikel zugespült wurde.

Die Stasi ging nicht davon aus, dass die Gruppe von ihren Ermittlungen wusste. Sie wartete immer noch auf den unmittelbar bevorstehenden Grenzdurchbruch und intensivierte die Bespitzelung. Weil die Gruppe überzeugt war, dass Burghard Veitel die Flucht verraten habe, verfolgte und bedrohte sie ihn. Die Männer ahnten nicht, dass sie Veitel dadurch in die Arme der Stasi trieben. Er wollte um jeden Preis mit seiner Verlobten in der DDR zusammenleben. So sah er keinen anderen Ausweg mehr, meldete sich am 13. Mai 1970 am Grenzübergang Friedrichstraße und gab an, über die Flucht berichten zu wollen.<sup>370</sup> Er forderte dafür

jedoch, straffrei in die DDR übersiedeln zu können. Die Stasi erließ zwar zunächst nach § 101 (»Terror«) und § 105 (»staatsfeindlicher Menschenhandel«) des StGb Haftbefehl gegen ihn, ließ diesen aber aufgrund der umfassenden Aussage fallen.<sup>371</sup>

Ein Teil der Frauen entschied wenig später ebenfalls, sich der Stasi zu stellen, um ein geringeres Strafmaß zu erhalten.<sup>372</sup> Für Ralf Tietz und seine Verlobte glückte die Flucht am Ende auf anderem Weg: Im Februar 1973 riefen sie aus dem West-Berliner Stadtteil Steglitz eine Freundin an und berichteten, dass ihnen die Flucht – geschmuggelt in einem Auto über die Transitstrecke – gelungen sei.<sup>373</sup> Die Stasi wurde durch ihre Abhöraktionen Zeugin des Telefonats und dokumentierte ihre Niederlage in ihren Aktenvorgängen.

AJa/KSo



> Forderung eines Antragstellers auf Ausreise in Ost-Berlin, nahe dem Grenzübergang Bornholmer Straße. Das MfS verhaftete den Mann. 7.10.1988  
BArch, MfS, HA VI, Nr. 997, Bl. 7, Bild 2

## Der Kampf um Ausreise – Berlin als Bühne für Proteste

Bis zum Mauerbau 1961 verließen knapp drei Millionen DDR-Bürgerinnen und -Bürger ihr Land, um sich in West-Berlin oder der Bundesrepublik niederzulassen. Sie sahen für sich keine Zukunft mehr in der DDR, sei es aus politischen, beruflichen oder privaten Gründen. Das SED-Regime reagierte mit Zwang und Gewalt und versuchte, die Übersiedlungs- und Fluchtbewegung durch Grenzsperrungen und Mauerbau zu stoppen.<sup>374</sup>

In ihrem Streben nach internationaler Anerkennung unterzeichnete die DDR im Jahr 1975 die Schlussakte der »Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« in Helsinki. Damit verpflichtete sie sich, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu wahren – einschließlich des Rechts auf Freizügigkeit. Besonders Letzteres weckte große Hoffnungen bei denjenigen in der DDR, die dem selbst ernannten Arbeiter- und Bauern-Staat den Rücken kehren wollten. Jedoch handelte es sich bei der Schlussakte nicht um einen völkerrechtlich bindenden Vertrag. Daher stufte die DDR-Regierung Ausreiseanträge weiterhin grundsätzlich als »rechtswidrige Ersuchen« ein.

Nach der Unterzeichnung der Schlussakte in Helsinki stieg die Zahl der Ausreiseanträge in der DDR von 7000 im Jahr 1974 auf etwa 20000 im Jahr 1975. Zunächst bewilligte die Regierung Tausende Anträge, weil sie hoffte, sich auf diese Weise zahlreicher Bürgerinnen und Bürger mit »negativ-feindlicher« Einstellung entledigen zu können. Die fortwährend hohe Zahl von Übersiedlungersuchen zeigte aber gleichzeitig die Untauglichkeit dieser Strategie. Um die DDR vor einem weiteren Verlust an qualifizierten Arbeitskräften zu bewahren, entschied die SED, die Ausreisebewegung fortan stärker zu unterdrücken. Ausreisewillige sollten davon abgehalten werden, überhaupt einen Antrag zu stellen, oder aber zur Rücknahme bereits gestellter Gesuche veranlasst werden.

Eine Schlüsselrolle dabei spielte die Staatssicherheit, insbesondere ihre 1975 gebildete »Zentrale Koordinierungsgruppe«. Sie sollte die »Bekämpfung« der Ausreisebewegung organisieren – unterstützt von den Räten der Stadtbezirke, der Volkspolizei und den Betriebsfunktionären. Sobald eine Person einen Antrag gestellt hatte, wurde die Staatssicherheit umgehend informiert.<sup>375</sup> Danach begann die »Bearbeitung«, bei der das MfS federführend war: Oftmals wurde der

Personalausweis entzogen, es folgten sogenannte Disziplinierungsgespräche und die Versetzung auf einen schlechteren Arbeitsplatz. Beschäftigte in »sicherheitsrelevanten« Bereichen, mit Leitungsaufgaben oder in erzieherischen Berufen wurden in der Regel entlassen. Zudem warb das MfS inoffizielle Mitarbeiter im Umfeld von Antragstellern an, um belastende Informationen zu sammeln oder Ausreisewillige psychisch unter Druck setzen zu können. Vor allem »hartnäckige« Antragsteller, die ihre Ersuchen nicht zurückzogen oder sie nach einer Ablehnung erneuerten, nahm die Stasi ins Visier. Ende 1982 »bearbeitete« das MfS im Bezirk Berlin 340 solcher Personen in »operativen Vorgängen« und »operativen Personenkontrollen«, etwa 84 Prozent stufte die Stasi als »hartnäckig« ein.<sup>376</sup>

Die Ost-Berliner Eheleute Frank und Renate Schneider<sup>377</sup> strebten seit 1977 eine Ausreise an, da sie mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR unzufrieden waren. Wirtschaftlich ging es ihnen gut, aber ihnen fehlte »echte Meinungs-, Reise- und Informationsfreiheit«<sup>378</sup>. Das Ehepaar war entrüstet über die tagtägliche Verletzung der Grundrechte und darüber, dass die Regierung keine Kritik duldet und vor notwendigen Reformen zurückschreckte. Sein Wunsch, die DDR zu verlassen, wurde durch die Dienstreisen, die Frank Schneider als Angestellter eines Außenhandelsbetriebs in das westliche Ausland unternahm, weiter verstärkt.

Die Eheleute wandten sich mit ihrem Anliegen zunächst an das Innenministerium der DDR und den Rat des Stadtbezirks Lichtenberg. Zudem gab Frank Schneider den gemeinsamen Ausreiseantrag an Verwandte aus West-Berlin und der Bundesrepublik weiter. Diese sollten ihn der Ständigen Vertretung (StäV) der BRD in der DDR zuleiten, von der sich die Eheleute Unterstützung für ihr Anliegen erhofften. Sie wussten, dass die DDR-Behörden Ausreiseanträge nur widerwillig bearbeiteten, und erwarteten ein schnelleres, positives Ergebnis durch die Fürsprache der diplomatischen Vertretung. Frank und Renate Schneider planten auch schon für die Zeit nach der Ausreisewilligung. Sie sammelten alle Dokumente in Zusammenhang mit ihrem Ausreiseantrag, um gegenüber westlichen Behörden ihre persönlichen Einstellungen und ihre Unzufriedenheit mit dem Regime belegen zu können.

Sie fürchteten nämlich, nach einer Übersiedlung als DDR-Spione verdächtig zu werden, da sie in der DDR relativ gut situiert waren.

Die Staatssicherheit versuchte, die beiden im Zusammenspiel mit der städtischen Verwaltung und ihren Arbeitsstellen von ihrem Ausreisebegehren abzubringen. Kurz nach Stellung des Antrags im Spätsommer 1978 erhielten Frank und Renate Schneider Kündigungen von ihren Betrieben – sie seien aufgrund ihres Ausreisebegehrens ungeeignet für ihre Positionen. Ende Oktober 1978 wurde ihr Antrag in einer »Aussprache« zurückgewiesen. Die Eheleute hielten jedoch an ihrem Ausreisewunsch fest und wandten sich deswegen erneut an verschiedene DDR-Institutionen. Außerdem übergab Frank Schneider der StäV ein Schreiben, in dem er die »Missachtung staatsbürgerlicher Rechte, Praktizierung von Berufsverboten und Diskriminierung durch staatliche Institutionen«<sup>379</sup> beklagte.

So mancher Antragsteller versuchte, seinem Ausreisewunsch mit einer Protestaktion in Ost-Berlin, der Hauptstadt, Nachdruck zu verleihen. Nicht zuletzt die Nähe zu West-Berlin weckte die Hoffnung, große, ja womöglich internationale Aufmerksamkeit zu erreichen. Auch das Ehepaar Schneider entschloss sich zu öffentlichem Protest. Aus Sorge um die gemeinsamen Kinder führte Frank Schneider die im Geheimen vorbereitete Aktion jedoch alleine durch. Am 6. Februar 1979 entrollte er vor dem Staatsratsgebäude ein Transparent mit der Aufschrift »Herr Honecker, ich fordere Aussiedlung auch für uns – gleiches Recht für alle«. Nur wenige Minuten später bemerkten ihn Stasi-Mitarbeiter, die für die Bewachung des Gebäudes zuständig waren, und verhafteten ihn. Schneider wurde nach Pankow in die Untersuchungshaftanstalt des MfS eingeliefert. Die Stasi leitete ein Ermittlungsverfahren gegen ihn ein, weil er »provokatorisch in der Öffentlichkeit auftrat, um die staatlichen Organe der DDR zu zwingen, seine Übersiedlung in die BRD zu genehmigen«.<sup>380</sup>

Noch am selben Abend durchsuchte das MfS die Wohnung der Familie und beschlagnahmte alle Dinge, die in Zusammenhang mit dem Übersiedlungsbegehren standen. Tags darauf holte die Stasi Renate Schneider zu einem Verhör ab. Falls sie nicht kooperiere, so die Drohung, müsse sie mit Strafverfolgung rechnen – und man werde ihrem Mann und ihr die Kinder entziehen.

Als sie wieder zu Hause war, wandte sie sich in ihrer Bedrängnis per Post an West-Berliner Bekannte, die Behörden im Westen um Hilfe bitten sollten. Beistand gegenüber den DDR-Institutionen erhoffte sie sich auch von der StÄV, die sie über die Inhaftierung ihres Mannes unterrichtete.<sup>381</sup> Das MfS fing den Brief an die West-Berliner Bekannten ab und konnte, obwohl Renate Schneider einen Decknamen als Absender benutzt hatte, die Urheberin des Schreibens identifizieren. Anfang März wies die Stasi Renate Schneider wegen »staatsfeindlicher Hetze« ebenfalls in die Untersuchungshaftanstalt Pankow ein. Beide Kinder wurden dem Ehepaar weggenommen.<sup>382</sup>

Das MfS warf dem Ehepaar Schneider mehrfache »öffentliche Herabwürdigung« (§ 220 StGB) der DDR vor, da sie ihre Ausreiseanträge an Verwandte und Freunde im Westen sowie die StÄV weitergeleitet und die Plakataktion durchgeführt hatten. Letztere wurde auch als eine »die öffentliche Ordnung gefährdende Missachtung der Gesetze« (§ 214 StGB)<sup>383</sup> eingestuft. Weil Renate und Frank Schneider alle Dokumente in Zusammenhang mit ihrem Ausreiseantrag gesammelt hatten, beschuldigte die Stasi sie außerdem der »un-gesetzlichen Sammlung von Nachrichten« (§ 98 StGB) für westliche Geheimdienste. Nur den anfangs gegen Renate Schneider erhobenen Vorwurf der »staatsfeindlichen Hetze« (§ 106 StGB) – wegen ihres Briefs an ihre West-Berliner Bekannten – ließ das MfS fallen, da das Schriftstück seine Empfänger nicht erreicht hatte.<sup>384</sup> Am Ende des nicht-öffentlichen Prozesses wurde Frank Schneider zu vier Jahren Haft, seine Frau zu zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Die Strafe fiel für sie geringer aus, da sie sich nicht am öffentlichen Protest beteiligt hatte.<sup>385</sup>

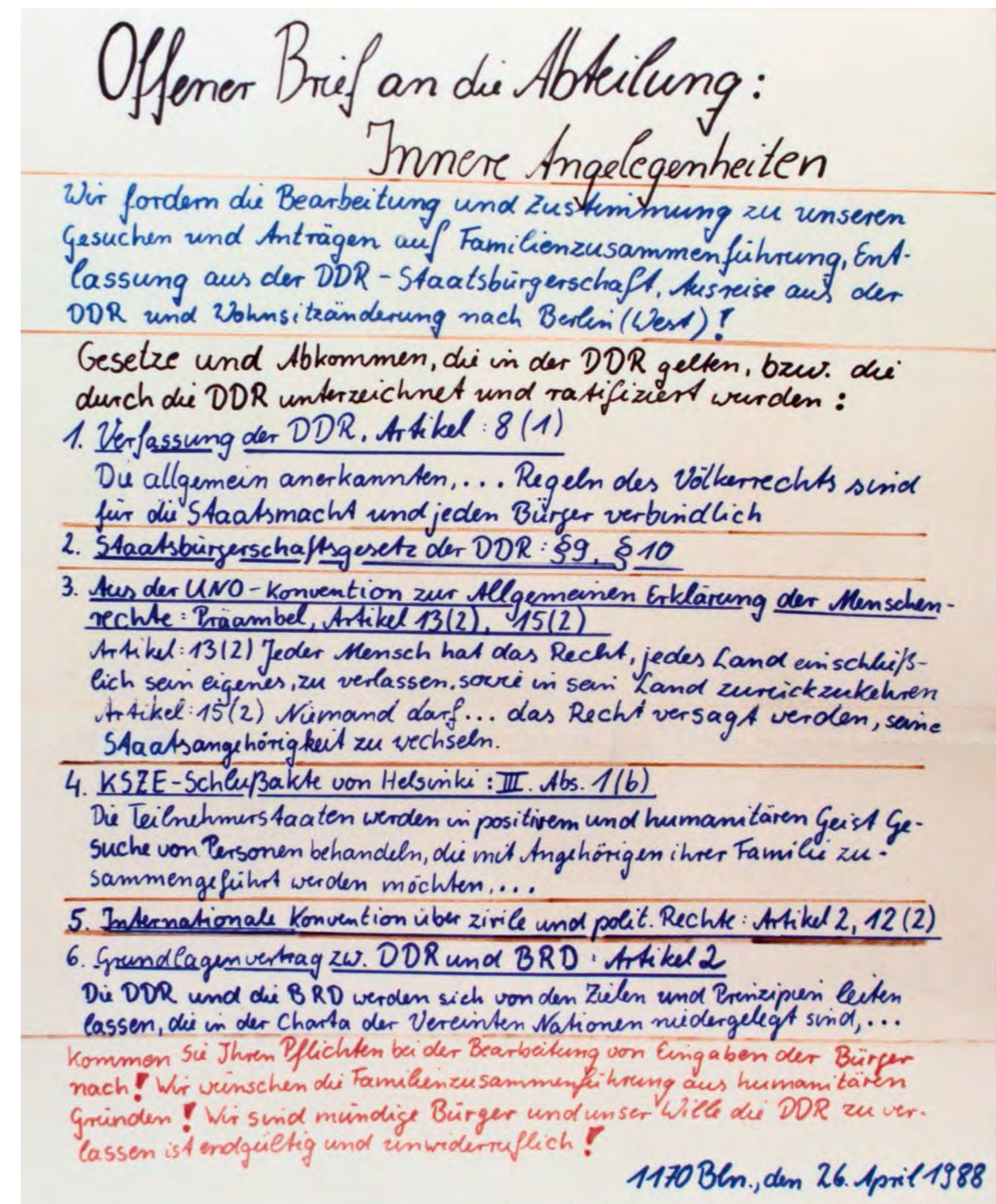
Die 1974 in Ost-Berlin eröffnete StÄV stand unter ständiger Bewachung des MfS, auch wenn offiziell das Wachkommando »Missionsschutz« der Volkspolizei für ihren Schutz zuständig war.<sup>386</sup> Dabei war die Stasi auch mit Ausreisewilligen konfrontiert, die die diplomatische Vertretung der Bundesrepublik – in erster Linie deren Rechtsabteilung – aufsuchten. Die Antragsteller erwarteten, wie Frank Schneider, Beratung und Unterstützung für ihr Übersiedlungsbegehren. Manche informierten die Vertretung auch über geplante Protestaktionen für ihre Ausreise, weil sie auf Hilfe im Falle einer Festnahme hofften. Die SED-Führung

betrachtete die Beratung von DDR-Bürgern über Ausreisemöglichkeiten als unzulässige »Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR« und protestierte bei der Bundesregierung dagegen.<sup>387</sup>

Die Staatssicherheit sah in der StÄV eine Ausgangsbasis für westdeutsche Geheimdienste. Die Angestellten der StÄV verdächtigte sie des »staatsfeindlichen Verhaltens« gegenüber der DDR und bespitzelte sie akribisch. Im Umfeld der StÄV befanden sich Stützpunkte der Stasi, MfS-Mitarbeiter patrouillierten auf der Straße und Überwachungskameras nahmen alle Personen auf, die sich dort bewegten. Mithilfe von Kontrollen und einschüchternder Präsenz versuchten das MfS und die mit ihm kooperierende Volkspolizei, möglichst viele DDR-Bürger vom Besuch der Vertretung abzuhalten.<sup>388</sup>

Immer wieder kam es vor, dass Antragsteller sich weigerten, die Ständige Vertretung zu verlassen, ohne eine Zusage für ihre Ausreise erhalten zu haben.<sup>389</sup> Nachdem es 1984 zu einer Massenbesetzung der StÄV gekommen war, verschärfte das MfS seine Sicherheitskontrollen in deren Umgebung. Schon beim geringsten Verdacht auf eine Botschaftsbesetzung wurden DDR-Bürger nun festgenommen, bevor sie die StÄV betreten konnten, vor allem »hartnäckige« Antragsteller. Zugleich wies die Stasi-Zentrale ihre Bezirksverwaltungen an, Ausreisewillige intensiver zu beobachten und von Fahrten zur StÄV abzuhalten. Abschrecken ließen sich die meisten Antragsteller von diesen Maßnahmen allerdings nicht. Im Jahr 1989 kam es erneut zu Massenbesetzungen der Vertretung der Bundesrepublik durch schutzsuchende Antragsteller. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in Ost-Berlin – ähnlich wie in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Budapest – im August, als sich etwa 130 Personen dort aufhielten, die ihre Ausreise durchsetzen wollten. Erst nach Wochen zäher Verhandlungen verließen sie das Gelände der StÄV mit Aussicht auf eine Ausreisegenehmigung.<sup>390</sup>

Die Staatssicherheit versuchte generell, »demonstrative« Aktionen von Ausreisewilligen im Vorfeld zu unterbinden oder zumindest zu verhindern, dass sie eine größere Öffentlichkeit fanden. Nicht selten erfuhr die Stasi von geplanten Protesten im Rahmen der Überwachung von Antragstellern. Lagen Hinweise in dieser Richtung vor, gab es verschiedene Vorgehensweisen. In »Disziplinargesprächen« drohte die Volks-



> Offener Brief einer Familie aus Berlin-Köpenick an den Rat des Stadtbezirks mit Forderung nach Genehmigung ihres Ausreiseantrags auf Grundlage der DDR-Verfassung und internationaler Abkommen. 26.4.1988  
BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 2160, Bild 1 (Auszug)

polizei oder das MfS den Übersiedlungswilligen mit Inhaftierung. Manchen wurde das Betreten des Stadtzentrums untersagt oder sie wurden unmittelbar vor einer geplanten Aktion festgenommen. Einigen wurde auch nachdrücklich geraten, sich im Interesse ihres Antrags ruhig zu verhalten.<sup>391</sup>

Hatten Antragsteller gegenüber Behörden mit Protestaktionen gedroht – oder diese bereits durchgeführt –, war dies für das MfS ein ausreichender Grund, die Übersiedlungsersuchenden festzunehmen und vor Gericht stellen zu lassen.<sup>392</sup> Es leitete – wie im Fall der Familie Schneider – Ermittlungsverfahren wegen der »Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit« ein. Kritik an den Zuständen in der DDR wurde als »öffentliche Herabwürdigung« kriminalisiert.

Trotz des Zusammenwirkens mit der Volkspolizei und den Grenztruppen in Berlin-Mitte scheiterte die Staatssicherheit letztlich daran, Ausreiseproteste im Zentrum von Berlin zu verhindern. Zum einen planten viele Demonstranten ihre Aktionen im Geheimen; zum anderen verabredeten sich Antragsteller zu scheinbar privaten Zusammenkünften, die für das MfS schwieriger zu kontrollieren waren. So trafen sich seit dem Frühjahr 1988 regelmäßig DDR-Bürger am Berliner Dom oder dem Pergamonmuseum, um anschließend mit Spaziergängen entlang des Boulevards Unter den Linden auf ihren Übersiedlungswunsch aufmerksam zu machen. Durch den Druck auf Teilnehmende – offensichtliche Beschattung, Arrest im Vorfeld der Schweigemärsche, Festnahmen, Verurteilungen – reduzierte sich die Zahl der Protestierenden zwar, aber die Aktionen wurden weitergeführt.<sup>393</sup> Selbst die demonstrative Präsenz der Sicherheitskräfte schüchtern nicht alle ein. So schrieb eine an einem Protest am Brandenburger Tor teilnehmende Sekretärin an ihre Mutter in West-Berlin: »Überall standen ihre Einsatzwagen und ihre Kräfte – nicht mehr unauffällig, sie wollten Angst verbreiten, aber Angst ist da keine bei mir. Was haben wir zu verlieren?«<sup>394</sup>

Die Grenzübergangsstellen zwischen Ost- und West-Berlin stellten ebenfalls Orte des Protestes für Antragsteller dar. DDR-Bürger versuchten dort – beispielsweise mit Plakaten – die westliche Öffentlichkeit auf die Verweigerung ihrer Ausreise aufmerksam zu machen.<sup>395</sup> Die Aktionen führten oft zu Festnahmen

und Inhaftierungen, da sie direkt unter den Augen des MfS geschahen, dessen Passkontrollen für die Überwachung des Grenzverkehrs sowie die Ausweiskontrollen zuständig waren. Die Stasi stufte die Proteste ähnlich wie Bittbriefe an westliche Institutionen als »ungesetzliche Verbindungsaufnahme« (§ 219 StGB) ein. Manche Ausreisewillige forderten die Grenzbeamten sogar direkt auf, sie die Grenze passieren zu lassen, was die Stasi als »Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit« ansah.<sup>396</sup>

Die Westseiten der Berliner Grenzübergänge waren in noch stärkerem Maße als die Ostseiten Orte für Kundgebungen. Bürgerinnen und Bürger aus West-Berlin, der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten stellten öffentlichkeitswirksam Forderungen an die DDR-Regierung. Zahlreiche Personen forderten mit Transparenten die Ausreise ihrer Familienangehörigen.<sup>397</sup> Auch Organisationen veranstalteten Proteste an den Grenzübergangsstellen, so demonstrierte etwa die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) am »Checkpoint Charlie« gegen DDR-Ausreisverbote. Brisant erschien der Stasi unter anderem, dass sich im Rahmen der IGfM zahlreiche ehemalige DDR-Bürger und -Bürgerinnen für Reisefreiheit einsetzten. Die Staatssicherheit legte fotografische Dokumentationen zu den Aktionen an und nutzte sie in manchen Fällen als Ausgangspunkt für Ermittlungen. So ging das MfS wegen »ungesetzlicher Verbindungsaufnahme« gegen Menschen vor, die von ihren Verwandten auf der Westseite durch Protestaktionen unterstützt wurden.<sup>398</sup>

Trotz der Schikanen der Staatsmacht äußerten in den 1980er-Jahren immer mehr DDR-Bürgerinnen und -Bürger ihren Ausreisewunsch. Die Zahl der Antragsteller in Ost-Berlin wuchs von 3 702 Personen im Jahr 1982 auf 14 606 zum Jahresende 1988.<sup>399</sup> Nicht einmal ein Jahr später war die durch die Flucht- und Ausreisewelle sowie die unaufhaltsamen politischen Proteste destabilisierte SED-Führung samt ihrer Geheimpolizei endgültig am Ende.

SSc



> Zollkontrolle von Reisenden in der Ausreisehalle der Grenzübergangsstelle (GÜSt) Bahnhof Friedrichstraße. 1976  
BArch, MfS HA VI, Nr. 4371, Bl. 7, Bild 2

## Der geteilte Bahnhof – die Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße und das MfS

Seit seiner Eröffnung im Jahr 1882 hatte sich der in der Mitte Berlins gelegene Bahnhof Friedrichstraße zum zentralen Verkehrsknotenpunkt und lange Zeit auch zum Eingangstor in die glitzernde Welt der Friedrichstraße entwickelt. Mit dem Bau der Mauer 1961 begann für den Bahnhof eine Zeit, in der er zu dem vielleicht ungewöhnlichsten Ort Berlins wurde – und zugleich zum Sinnbild des Alltags der deutschen Teilung. Nur hier hielten S- und U-Bahnen aus Richtung Westen – die übrigen Bahnhöfe der Ost-Berlin unterquerenden Linien aus den Westsektoren wurden zu »Geisterbahnhöfen«, auf denen bei der Durchfahrt ohne Halt bis auf einige Grenzsoldaten niemand zu sehen war. Zugleich behielt der Bahnhof seine Rolle als Umsteigebahnhof für Reisende aus oder nach West-Berlin: Durch einen

Fußgängertunnel und über zahlreiche Treppen und Wege war der Übergang zwischen S- und U-Bahn gewährleistet, ohne dass die Reisenden in die DDR hätten einreisen müssen. Vor allem aber: Der Bahnhof wurde nun zur wichtigsten und am stärksten frequentierten Grenzübergangsstelle in Berlin – ein Ort, an dem das MfS als zentraler Akteur fungierte.<sup>400</sup>

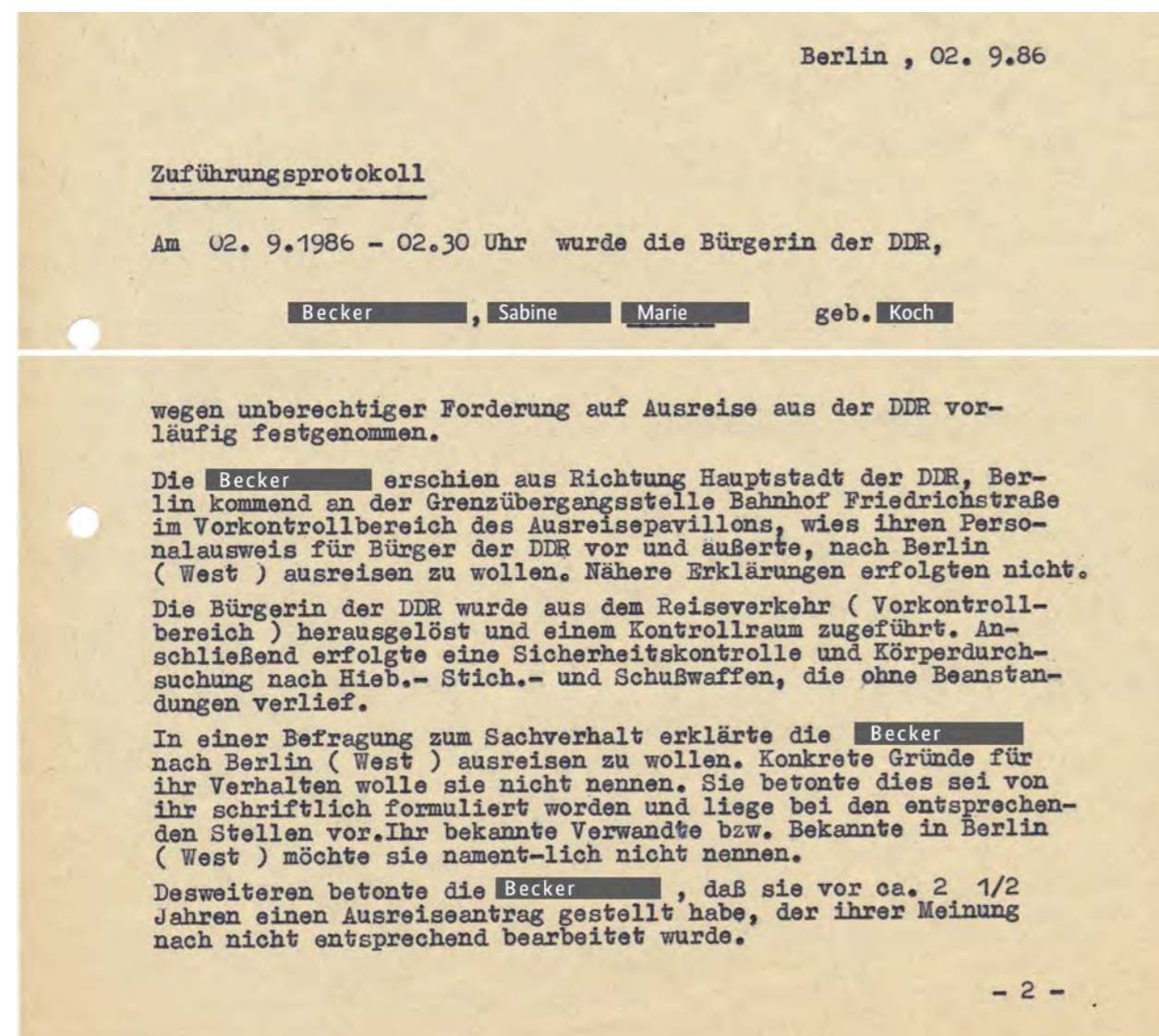
Hinter den Kulissen der Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße verbarg sich ein kompliziertes System der Überwachung und Kontrolle, an dem zahlreiche militärische und zivile Organe des SED-Staats beteiligt waren. Dazu zählten neben der Nationalen Volksarmee, dem Zoll und der Transportpolizei auch die Deutsche Reichsbahn, die Mitropa, das Rote Kreuz – und das MfS, das mit zahlreichen, zum Teil für die Reisenden »sichtbaren«, zum Teil aber im Verborgenen tätigen Mitarbeitern am Bahnhof im Einsatz war. Das gemeinsame Handeln war darauf ausgerichtet, Flucht- und Protestversuche zu verhindern, den grenzüberschreitenden Verkehr zu überwachen und die Arbeit in der

Grenzübergangsstelle zu gewährleisten. Auch die Verkehrswege, die zu der Grenzübergangsstelle führten, gehörten zum Bereich des DDR-Grenzregimes.

Dieses komplexe System, das in den 1970er- und 1980er-Jahren das Geschehen an den Grenzen der DDR und auch am Ost-Berliner Bahnhof Friedrichstraße bestimmte, war Resultat eines längeren Prozesses, in dem Kompetenzen und Personal mehrfach neu verteilt worden waren.<sup>401</sup> Erst 1964 hatte das MfS sämtliche Aufgaben der Passkontrolle und Fahndung an den

Grenzübergangsstellen übertragen bekommen – als Folge zahlreicher Fluchten von Angehörigen der Grenztruppen einerseits und des zunehmenden Reiseverkehrs andererseits. Zugleich eröffnete ein stärkerer Einsatz des MfS in diesem Bereich auch ein großes Feld von Möglichkeiten, Informationen über die Reisenden zu sammeln.

Für die Reisenden, die den Bahnhof Friedrichstraße von West nach Ost oder in umgekehrter Richtung passierten, war der Stasi-Mitarbeiter der Passkontroll-



> Auszug aus einem Protokoll des MfS über die Festnahme einer Ost-Berlinerin, die an der GÜSt Bahnhof Friedrichstraße die Ausreise nach West-Berlin forderte (pseudonymisiert). 2.9.1986  
 BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XIV, Nr. 769, Bl. 51 (Auszug)

einheit (PKE) (S. 179) meist der erste oder der letzte Vertreter der DDR, auf den sie hier trafen. Zur Tarnung trug er die Uniform der Grenztruppen. In der Regel saß er in einer der zahlreichen Abfertigungskabinen, Trakte genannt, deren Türen sich mit einem lauten Summton öffneten und den Weg freigaben – wenn sie sich denn öffneten. »Machen Sie das rechte Ohr frei!«, lautete bei den Kontrollen die Standard-Aufforderung – anhand der unveränderlichen Form des Ohres wurde die Identität des Passinhabers festgestellt.<sup>402</sup> Zudem kassierte der PKE-Angehörige Gebühren und den Mindestumtausch – Letzteres war der Betrag an Westgeld, den jeder westliche DDR-Besucher gezwungenermaßen in DDR-Mark umtauschen musste.<sup>403</sup>

Einer der Passkontrolleure war der Berliner Heinrich W. (Jg. 1960). Schon als Schüler wurde er als Nachwuchskader angeworben. Nach der Grundausbildung im Wachregiment »Felix Dzierzynski« begann für W. mit der dauerhaften Verpflichtung 1980 die »übliche« MfS-Laufbahn, mit der er rückblickend zufrieden war: »Ich habe für einen DDR-Bürger unverhältnismäßig viel Geld verdient. [...] Selbst als Unteroffiziere haben wir ja schon 1600, 1700 DDR-Mark bekommen. Wir haben immer aus Spaß gesagt: 1000 kriegen wir für Schnauze halten, den Rest haben wir verdient.«<sup>404</sup> Am Bahnhof Friedrichstraße wurde W. zunächst wie alle Anfänger beim »Rostklopfen« eingesetzt. So nannten er und seine Kollegen »spaßhaft« die Abfertigung der DDR-Bürger bei der Einreise, denn es habe sich bei diesen Reisenden fast ausschließlich um Rentner – »Rost« – gehandelt.

Die Rentnerinnen und Rentner bildeten am Bahnhof eine große Gruppe unter den Reisenden. Seitdem ältere DDR-Bürger in den Westen fahren durften, fungierten sie als wichtige Bindeglieder zwischen den durch die Teilung getrennten Familien. Außerdem sorgten sie mit ihren Einkäufen, die sie oftmals unter großer Anstrengung durch das Labyrinth des Bahnhofs schleppen mussten, für Nachschub an Westwaren für ihre Familienangehörigen, die nicht reisen durften.

Seinen höchsten Dienstrang im MfS erreichte W. 1988 mit der Ernennung zum Leutnant – und vermutlich hätte ihn seine Karriere noch höher geführt. Ein erster Schritt auf diesem Weg war seine Tätigkeit als Instrukteur für Technologie/Arbeitsorganisation. In dieser

Funktion leitete er Kollegen dabei an, die Kontrollabläufe möglichst effektiv und den geheimpolizeilichen Vorgaben gemäß zu realisieren.

Die PKE setzte sich am Bahnhof Friedrichstraße aus vier Dienstzügen zusammen, die aus jeweils rund 70 – fast ausschließlich männlichen – und auf einzelne Abschnitte der Abfertigung spezialisierten Angehörigen bestanden. Die Fahnder der PKE überprüften die Reisenden, gestatteten oder verwehrten die Einreise und veranlassten gegebenenfalls ihre konspirative Verfolgung durch die Hauptabteilung VIII (S. 179), die am Bahnhof in Bereitschaft war. Eine andere Aufgabe bildete die systematische Analyse der Reisenden, also zum Beispiel die Beobachtung einer vermehrten Einreise von Menschen, die man DDR-feindlicher Aktionen verdächtigte. Zugleich ermittelten die PKE-Mitarbeiter in scheinbar harmlosen Gesprächen auch Informationen, die für das MfS interessant sein konnten. Derartige Aufgaben zeigen, dass die Tätigkeit der Passkontrolleure keine »normale« Grenzabfertigung war.

Die Verhaltensweisen beim Kontrollvorgang waren in der Passkontrollordnung festgelegt. Danach sollten die Mitarbeiter durch »korrektes und höfliches Auftreten und überlegtes, sicheres und bestimmendes Handeln die Urteilsbildung der Reisenden über den sozialistischen deutschen Nationalstaat [...] beeinflussen«.<sup>405</sup> Solche Vorgaben waren offenbar nötig, um den von militärischem Kommandoton geprägten, oft unfreundlichen Passkontrolleuren ihre Rolle als Vertreter des Staates bewusst zu machen. Die um internationale Anerkennung ringende DDR wollte keine westlichen Besucher, die mit dem Eindruck rüder Umgangsformen der DDR-Grenzer die Heimreise antraten.

Für die Reisenden überwogen allerdings trotzdem Furcht und Ohnmacht. So schilderte ein Reisender 1980 seine Eindrücke vom Grenzübergang mit den Worten: »Ein machtbesessener, aber fast ekelhaft freundlicher Uniformierter nimmt uns unsere Papiere ab. Er sieht uns an, als wollte er uns durchdringen. Er weist uns an zu verharren, reicht unsere Unterlagen in einen Verschlag, wo nun, geheimnisvoll und beängstigend, unser Einreisebegehrt überprüft wird. Den Betroffenen, ob er will oder nicht, ergreift Angst.«<sup>406</sup> Hinzu kam, dass manchem Reisenden der Zugang nach Ost-Berlin verwehrt wurde – mal mit, mal ohne Erklärung.

Die Gründe für diese hauptsächlich von der PKE veranlassten »Rückweisungen« waren unterschiedlich. Eine Aufstellung vom 18. November 1987 verzeichnet 42 Fälle, bei denen es etwa um Beanstandungen der Ausweise ging: Ein Reisepass war ungültig oder ein mitreisendes Kind hatte keine Dokumente. Eindeutig politische Motive standen dagegen hinter den Rückweisungen, zu denen die PKE-Angehörigen notierten: »zerrissene Bekleidung«, »dekadent« oder »Punker«.<sup>407</sup> Hierbei handelte es sich um Menschen, die allein aufgrund ihrer äußeren Erscheinung als potenzielle Gefahr für die DDR angesehen wurden. Einreiseverbote gab es auch für Mitglieder von Parteien oder kirchlichen Gruppen, bei denen das MfS Kontakte zur DDR-Opposition fürchtete.

So wurde etwa 1984 dem Bundesgeschäftsführer der Grünen Eberhard Walde (1949–2011) erklärt, seine Anwesenheit in Ost-Berlin sei »nicht erwünscht«<sup>408</sup>. Dem Grafiker Heinz-Jürgen Bredemeyer (1940–2008) und seiner Familie wurde im Juni 1984 die Einreise verwehrt, obwohl Werke von ihm in einer offiziellen Ausstellung in Ost-Berlin zu sehen waren. Der Grund: Bredemeyer trug einen Zeitungsartikel bei sich, in dem er als Kreistagsabgeordneter der Grünen zitiert wurde. Während der Kontrollen am Bahnhof war Bredemeyers anderthalbjährige Tochter über eine Stunde lang getrennt von ihrer Mutter.<sup>409</sup>

Schließlich drohte manchen Reisenden am Bahnhof Friedrichstraße – sowohl Menschen aus dem Osten als auch aus dem Westen – sogar die Festnahme. So hatte der 19-jährige Thomas Epperlein (Jg. 1956) aus Karl-Marx-Stadt mit einer Protestaktion versucht, seine Ausreise aus der DDR durchzusetzen. Am 11. April 1976 stellte er sich mit einem Plakat vor das seit den 1980er-Jahren von manchen Reisenden als »Tränenpalast« bezeichnete Abfertigungsgebäude. »Ich fordere die offizielle Ausreise in die BRD!« war auf Epperleins Schild zu lesen. 56 Westdeutsche, 42 West-Berliner und 20 Ausländer und DDR-Bürger kamen an ihm vorbei, wie das MfS anschließend rekonstruierte, um festzuhalten, wie »öffentlichkeitswirksam« die Aktion gewesen war.<sup>410</sup> Nach zehn Minuten wurde Epperlein festgenommen, zunächst im Bahnhof verhört und mit dem Schild um den Hals fotografiert. Im Haftbefehl, der zwei Tage nach der Aktion ausgestellt wurde, warf ihm das MfS vor, »mit einer destruktiven Losung«



> Das MfS fertigte dieses Foto nach der Festnahme von Thomas Epperlein an, als er vor dem »Tränenpalast« für seine Ausreise demonstrierte. 11.4.1976  
BArch, MfS, BV KMSSt, AU 113/77, Bl. 227, Bild 236

eine »Zusammenrottung organisiert« und damit die »öffentliche Ordnung und Sicherheit«<sup>411</sup> gefährdet zu haben. Bis heute ist seine Erinnerung an das Geschehen mit einem Schlager des griechischen Sängers Demis Roussos verbunden: Aus einem Radio der Passkontrolleure tönte »Goodbye, my love, goodbye«.<sup>412</sup> Später wurde Epperlein zu 27 Monaten Haft verurteilt – allerdings nicht wegen der Aktion am Bahnhof, sondern weil er angeblich DDR-kritische Äußerungen in seinem Betrieb gemacht haben sollte. 1978 kam er durch eine Freikaufaktion in den Westen.

Schließlich war die Grenzübergangsstelle auch die wichtigste »Agentenschleuse« in Berlin. Gepäck mit geheimen Dokumenten und anderen Materialien, aber auch Spione wechselten hier von Ost nach West und umgekehrt. Die verkehrsgünstige Lage und die Möglichkeit, im Strom der Reisenden unterzutauchen, boten beste Voraussetzungen für Geheimdienste aus aller Herren Länder. Das MfS zählte allein im September 1969 knapp 1 700 Personen, die in seinem Auftrag ein- oder ausgeschleust worden waren, also im Durchschnitt über 56 täglich. »Unseren [...] Ho-Chi-Minh-Pfad«<sup>413</sup> nannte Generalleutnant Markus Wolf, Leiter der HVA (S. 179), den Bahnhof in Anlehnung an die Versorgungsrouten der kommunistischen Armee im Vietnamkrieg und umschrieb damit eine weitere zentrale Funktion, die die Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße für das MfS besaß.

Das Grenzregime des MfS war in Berlin jedoch nicht auf den Bahnhof Friedrichstraße und die anderen Übergänge beschränkt. Die Situation in der geteilten Stadt hatte Anfang der 1970er-Jahre dazu geführt, dass das MfS bereits auf West-Berliner Gebiet Informationen über die Reisenden sammeln konnte: in den »Büros für Besuchs- und Reiseangelegenheiten«. Seit dem Bau der Mauer im August 1961 hatten die meisten West-Berliner zunächst für viele Jahre nicht mehr in den Ostteil der Stadt reisen können. Die Passierscheinabkommen, die der West-Berliner Senat zwischen 1963 und 1966 mit der DDR vereinbart hatte, sorgten da nur kurzfristig und immer nur für wenige Tage für Besserung. Erst die deutsch-deutsche Annäherung Anfang der 1970er-Jahre veränderte die Lage und führte 1972 zur Einrichtung der Besucherbüros.<sup>414</sup>

West-Berliner mussten von nun an eine der fünf Einrichtungen aufsuchen, wenn sie nach Ost-Berlin oder in die DDR einreisen wollten. Denn für die Einreise benötigte man zunächst einen »Berechtigungsschein für den Empfang eines Visums«, den man in den Büros beantragen konnte. Die in braune, uniformartige Anzüge gekleideten Angestellten der Besucherbüros, die täglich gemeinsam aus dem Osten nach West-Berlin gefahren wurden, nahmen die postkartengroßen Anträge entgegen. Erst nach einer meist mehrtägigen Prüfung erhielten die West-Berliner den »Berechtigungsschein« – falls ihnen die Einreise gestattet wurde. Erst im Zuge der Grenzkontrollen am Tag der Reise bekamen die West-Berliner Besucher das eigentliche

Visum, mit dem sie die Grenze überschreiten durften. Doch es war keineswegs sicher, dass man nach Bewältigung dieser bürokratischen Stationen eine Erlaubnis erhielt: Auch hier praktizierte das MfS das Machtprinzip der Unberechenbarkeit, das bei den Betroffenen das Gefühl verstärkte, einem System der Willkür ausgeliefert zu sein. Die Unterlagen der Geheimpolizei geben mehr Auskunft, so im Falle einer Frau, deren Visumsanträge mehrfach abgelehnt wurden, da gegen sie eine dauerhafte Einreiseperrre »wegen ungesetzlichem Verlassen der DDR«<sup>415</sup> verhängt worden war. Rechtsmittel gegen solche Ablehnungen – seien sie begründet oder unbegründet – gab es im SED-Staat nicht.

In den Besucherbüros arbeiteten nicht nur Vertreter der DDR-Regierung, sondern auch gleich viele Mitarbeiter des West-Berliner Senats. Diese berieten die Bürger beim Ausfüllen der Anträge – und zeigten mit ihrer Präsenz, dass die Besucherbüros keine Vertretung der DDR auf West-Berliner Boden war. Was die Besucher und die West-Berliner Verwaltungsangestellten allenfalls ahnten, war, dass die Ost-Berliner Mitarbeiter allesamt Angehörige des MfS waren. Als Angehörige der »Arbeitsgruppe XVII« (S. 179) ließen sie die Antragsformulare täglich nach Ost-Berlin transportieren, wo sie von ihren MfS-Kollegen geprüft wurden. Auf diese Weise konnte die Geheimpolizei Reisedaten und Kontaktadressen von Reisenden schon vorab ermitteln und notfalls Überwachungen veranlassen. Auftreten und Verhalten der östlichen Mitarbeiter der Besucherbüros schrieb das MfS genau vor. So sollten Kontakte zu ihren westlichen Kollegen auf das absolut Notwendige beschränkt werden.<sup>416</sup>

Mit dem Fall der Mauer und den bald darauf veränderten Reiseregeln wurden auch die Besucherbüros überflüssig. Die fünf Einrichtungen schlossen am 22. Dezember 1989 und verschwanden bald aus dem öffentlichen Bewusstsein.

PSp





> Stasi-Foto der KgU-Zentrale in Nikolassee, aufgenommen aus einem vorbeifahrenden Auto heraus. 13.1.1954  
BArch, MfS, AOP 518/59, Bd. 44, Bild 29

## Die Stasi in West-Berlin

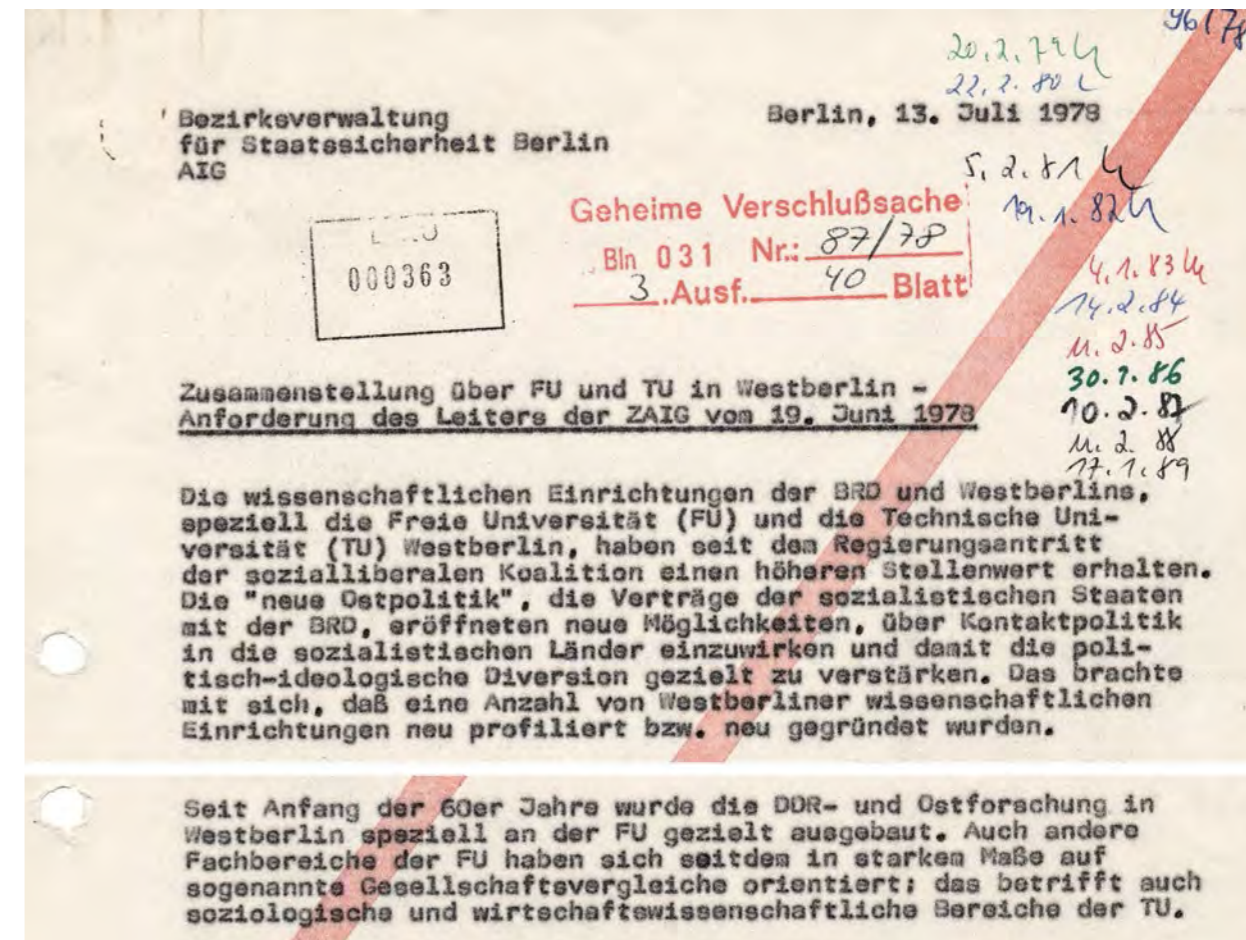
Wirtschaftliches und kulturelles »Schaufenster des Westens«, demokratische Insel inmitten des realen DDR-Sozialismus, Schlupfloch im Eisernen Vorhang: West-Berlin strahlte für SED und Staatssicherheit eine permanente, vielgestaltige Bedrohung aus. So wurde die Teil-Stadt zu einem Hauptziel der MfS-Spionage. Zahlreiche Einrichtungen in Politik, Kultur und Gesellschaft und nicht zuletzt die ebenfalls in West-Berlin angesiedelten antikommunistischen Organisationen und ausländischen Geheimdienste standen unter engmaschiger Beobachtung der Staatssicherheit. Darum bedeutet »Stasi in Berlin« Stasi in ganz Berlin: in Ost und West.

### Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU)

Eine Villa mit Gartenhaus in der Ernst-Ring-Straße 2–4 in Nikolassee war 1949 bis 1959 Hauptsitz der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Ermittlungen zum Verbleib von Häftlingen in der DDR, Hilfen für DDR-Flüchtlinge, Propaganda gegen das SED-Regime und die Stasi, aber auch Spionage, Sabotage und

Terrorpläne: Das war das Programm der KgU. Die antikommunistische Organisation wurde von der CIA, dem Auslandsgeheimdienst der USA, finanziert und weitgehend kontrolliert.<sup>417</sup> Ihr Ziel war die Destabilisierung der DDR. Das damals noch offene West-Berlin inmitten der DDR war dafür eine ideale Operationsbasis.

Die Stasi beobachtete die KgU-Zentrale in der Ernst-Ring-Straße intensiv, schleuste IM ein und fotografierte die Gebäude regelmäßig. Für das MfS war die Bekämpfung der KgU und ähnlich ausgerichteter Organisationen in den 1950er-Jahren eine zentrale Aufgabe.<sup>418</sup> Die Stasi lieferte das Material für Schauprozesse und Todesurteile gegen echte oder vermeintliche KgU-Agenten in der DDR. Das Vorgehen der Stasi und die daraus resultierenden Propagandaerfolge der SED sorgten für einen nachhaltigen Imageverlust der KgU in West und Ost: Sie ließen ihre Methoden zunehmend unwirksam, gefährlich und aus der Zeit gefallen erscheinen. So hatten ihre Aktionen immer weniger Erfolg, sie verlor ihre Unterstützer. 1959 stellten die USA daher die Finanzierung ein, die KgU löste sich auf.

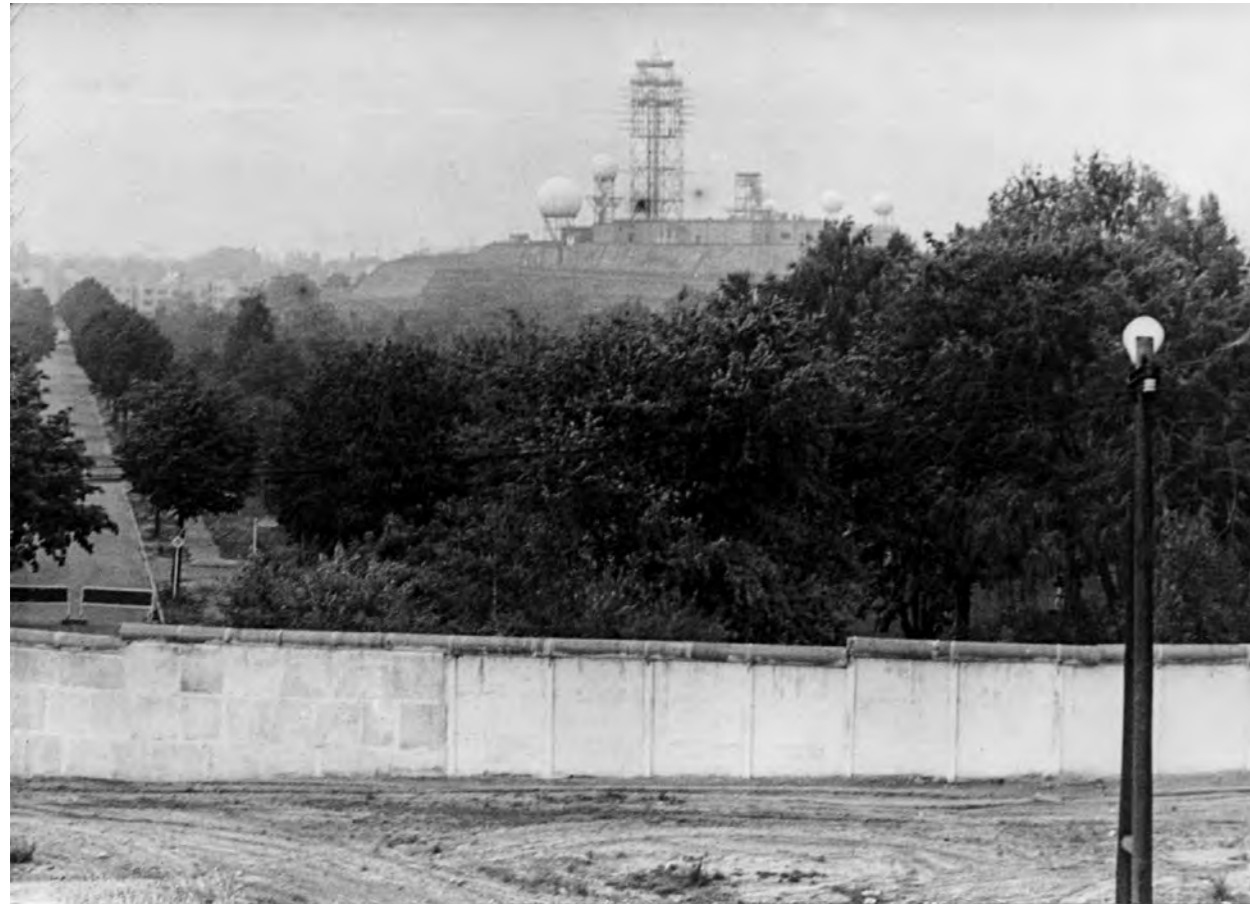


> Zusammenstellung der BV Berlin über die Freie Universität und die Technische Universität. 13.7.1978  
Die BV Berlin hatte die »Zentralen der PID« in West-Berlin ständig zu beobachten und der ZAIG darüber jährlich Bericht zu erstatten.  
BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XV, Nr. 2, Bl. 363 (Auszug)

### Freie Universität (FU) Berlin

Die Gebäude Garystraße 55 und Ihnstraße 22 in Dahlem sind Sitz des Osteuropa-Instituts und des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft der Freien Universität (FU) Berlin. Die FU war 1948 als demokratische Alternative zur gleichgeschalteten Humboldt-Universität gegründet worden.<sup>419</sup> Für SED und Stasi war sie eine gegen die DDR gerichtete Provokation, ein »Feindobjekt«. In den 1950er-Jahren kam bis zu einem Drittel der Studierenden an der FU aus Ost-Berlin oder der DDR – meist hatten sie dort aus politischen Gründen keine Studienzulassung erhalten. Diese Studierenden Grenzgänger hielt die Stasi für potenzielle Spione. 1951 konstatierte der stellvertretende Stasi-Minister Mielke, dass sie an der FU »systematisch [...] reif für eine Agententätigkeit gegen die DDR« gemacht würden, und ordnete an, fortan Informationen über und aus der Universität zu sammeln.<sup>420</sup>

Der Mauerbau änderte den Blick der Stasi auf die FU. Nun galt sie der Stasi als Zentrale der »politisch-ideologischen Diversion« (PID) und damit als Verbreiter gezielter Desinformation über die DDR. Insbesondere das Osteuropa-Institut und das Otto-Suhr-Institut, an denen DDR-Forschung betrieben wurde, hielt das MfS für feindliche Propaganda-Fabriken, auch wenn gerade das Otto-Suhr-Institut in der West-Berliner Öffentlichkeit als politisch linksstehend betrachtet wurde. Die Stasi sammelte daher laufend Informationen zu den Instituten, ihren Mitarbeitenden und Publikationen – und sie warb dort IM an.<sup>421</sup> Ab 1978 hatte die BV Berlin der Stasi-Zentrale jährlich Bericht über die Institute und weitere vermeintliche »PID«-Zentralen in West-Berlin zu erstatten.



> Blick vom Grenzstreifen in Ost-Berlin auf die Station Marienfelde. 14.9.1978  
BArch, MfS, HA I, Nr. 3398, Bl. 33

### Signals Intelligence-Station der US-Airforce, Marienfelde

Nahe dem Diedersdorfer Weg im West-Berliner Bezirk Marienfelde, unweit der Grenze, betrieb die US-Luftwaffe ab 1962 auf einem Trümmerberg eine Station für sogenannte »Signals Intelligence« (SIGINT). SIGINT ist eine passive Form der Spionage, bei der unter anderem gegnerische Funk- und Radarsignale abgefangen werden. West-Berlin war dafür ideal: Es lag inmitten der DDR und war darum von den dort stationierten und aus US-Sicht feindlichen Truppen der Sowjetunion und der NVA umgeben. Daher war es ein Leichtes für die amerikanische Besatzung der Station, die Funk- und Radarsignale dieser Armeen auch in West-Berlin abzufangen. Die Soldaten in Marienfelde waren auf den Funkverkehr und die Flugbewegungen der gegnerischen Luftwaffen spezialisiert.<sup>422</sup>

Das MfS versuchte kontinuierlich, die technischen Möglichkeiten der Anlage einzuschätzen. Es sammelte Fotos und Beobachtungen der Grenztruppen und setzte IM ein, um die Anlage aus der Nähe zu untersuchen. In der »Aktion Relais« spionierten Stasi-Spezialisten ab 1982 die Station aus der Luft aus. Dabei kooperierten sie mit der sowjetischen Armee und nutzten sowjetische Hubschrauber, denn auch die Sowjets waren an den so gewonnenen Informationen über die Anlage interessiert.<sup>423</sup> Ebenfalls ab 1982 lieferte der 19-jährige US-Soldat Jeffrey Carney, ein Experte für den Funkverkehr der NVA, unter dem Decknamen »Kid« streng geheime Informationen aus der Station. Er berichtete der Stasi bereitwillig über technische Daten, Arbeitsabläufe und die interne Organisation der Anlage.<sup>424</sup>



> Stasi-Foto des KaDeWe mit Blick über die Tauentzienstraße. Nach 1985  
BArch, MfS, HA VIII, Nr. 306, Bl. 44

### Kaufhaus des Westens (KaDeWe)

In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre erstellte die Stasi einen Bildbericht zum Luxuskaufhaus KaDeWe an der Tauentzienstraße 21–24, einem der bekanntesten Wahrzeichen in West-Berlin.<sup>425</sup> Der Bericht enthält Außenaufnahmen des Warenhauses, Grundrisse des Erdgeschosses sowie des Restaurants »Silberterrasse« im 5. Obergeschoss, dazu Fotos von dessen Gastraum. Sorgfältig vermerkt sind zudem die Zugänge von der Straße, ins Restaurant und die An- und Abreisemöglichkeiten mit ÖPNV, Taxi und Pkw.<sup>426</sup>

Derartige Bildberichte finden sich häufig in Stasi-Akten. Mit ihnen wurden die Ergebnisse festgehalten, die die Observation einer »Zielperson« erbracht hatte, manche Berichte entstanden im Rahmen von Übungen und Schulungen für hauptamtliche und inoffizielle

Mitarbeiter, andere wiederum dienten zur Vorbereitung von Agententreffen. Die Orte, an denen solche konspirativen Treffen stattfanden, ließ die Stasi zuvor auf ihre Eignung überprüfen und dokumentieren. In welchen Kontext die KaDeWe-Dokumentation gehört, ist nicht eindeutig nachvollziehbar. Vermutlich sollte das KaDeWe-Restaurant »Silberterrasse« als potenzieller Treffpunkt der Stasi mit Agenten und Spitzeln begutachtet werden.



> Besetzer des Lenné-Dreiecks auf der Berliner Mauer, Blick von Ost-Berliner Seite. 1.7.1988  
BArch, MfS, HA I, Nr. 5780, Bl. 227, Bild 13

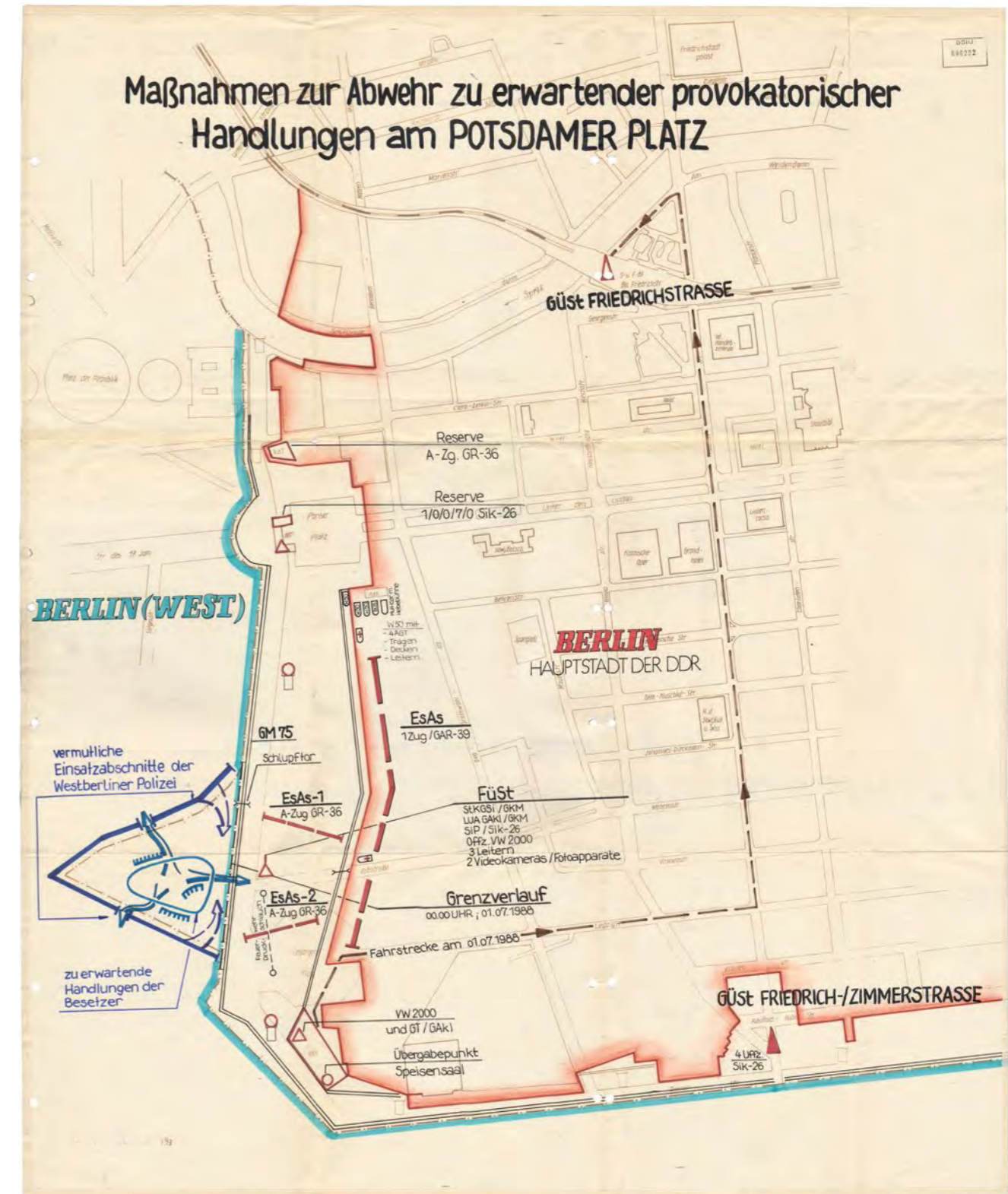
### Lenné-Dreieck

Am 1. Juli 1988 kletterten von einer Brachfläche am Potsdamer Platz, dem sogenannten Lenné-Dreieck, 196 Personen über die Berliner Mauer – von West nach Ost. Dort standen Lkw der DDR-Grenztruppen bereit und brachten sie zu einem Gebäude im Todesstreifen.<sup>427</sup> Hier versorgte das MfS sie mit Getränken und behandelte sie erkennungsdienstlich. Danach entließ die Stasi sie wieder in den Westen.<sup>428</sup> Was war geschehen? Das Lenné-Dreieck lag, obwohl Teil Ost-Berlins, in West-Berlin. Beim Mauerbau hatte das SED-Regime den keilförmigen, unbebauten Gelände-Zipfel einfach ausgespart. Am 1. Juli 1988 ging er aufgrund eines Gebietstauschs an West-Berlin.<sup>429</sup> Der West-Berliner Senat plante hier eine seit Jahren umstrittene Autobahntrasse.

Gut einen Monat vor der Übergabe besetzten West-Berliner Autonome aus Protest gegen die Autobahn das verwilderte Areal.<sup>430</sup> Noch gehörte das Gelände zu Ost-Berlin, doch die DDR griff nicht ein und ließ die

Besetzer gewähren. Die Stasi leitete den dann beginnenden Einsatz am Lenné-Dreieck: Sie protokollierte jede Bewegung am und im Protestcamp, ließ IM vor Ort Informationen zu den Besetzern sammeln und Fotos machen. Auch dass die West-Berliner Polizei am Morgen des 1. Juli das Gebiet räumen würde, hatten Spitzel dem MfS vorab mitgeteilt.<sup>431</sup> Die Stasi hatte daher den Mauersturm der vor der Polizei flüchtenden Besetzer erwartet und regelte die Situation ungewöhnlich friedfertig. Für die Stasi war diese Inszenierung ein zweifacher Coup: Die Grenztruppen hatten die Besetzer vor den Wasserwerfern der West-Berliner Polizei scheinbar »gerettet«. Sie ließen so einen Moment lang sich selbst und die Berliner Mauer, die sie sonst mit tödlicher Waffengewalt verteidigten, in einem anderen Licht erscheinen. Obendrein konnte das MfS anhand der Personalien der Besetzer seine Informationen zu der von der Staatssicherheit als »feindlich-negativ« beurteilten linksradikalen Szene West-Berlins erweitern.

MtSc



> Stasi-Karte zur Vorbereitung auf den erwarteten »Mauersturm« der Besetzer des Lenné-Dreiecks. Juni 1988  
BArch, MfS, HA I, Nr. 5780, Bl. 202



> Plakataktion des »Studio am Stacheldraht« in unmittelbarer Nähe der Berliner Grenzübergangsstellen. 30.7.1968, 12.25 Uhr  
BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10776, Bl. 29

## Kennwort »Alpenveilchen« – die Postkontrolle der Stasi

Die Bemühungen der alliierten Besatzungsmächte, in Berlin einen gemeinsamen Radiosender aufzubauen, waren früh gescheitert. So gründete die US-Militärregierung 1946 mit dem RIAS, dem Rundfunk im amerikanischen Sektor, einen eigenen Mittelwellensender. Der RIAS proklamierte für sich, »eine freie Stimme der freien Welt« zu sein. Für Hörerinnen und Hörer im Osten hatte der Sender sogar spezielle Formate wie »Aus der Zone – für die Zone« und die Hörerbriefsendung »Die Zone spricht für die Zone« ins Programm aufgenommen. Und diese dankten es mit einer stetig wachsenden Hörerschaft. Nicht zuletzt weil die DDR-Sender mit ihrem linientreuen Angebot spätestens seit 1952 auf immer weniger Gegenliebe stießen: Die SED verstand den Rundfunk als politisches Erziehungsinstrument, das seinen Beitrag zum »planmäßigen Aufbau des Sozialismus« leisten sollte. Gleichzeitig betrachtete das SED-Regime den RIAS als

ein »Manipulationsinstrument des Westens« und stufte ihn als »Propagandasender« ein. Den RIAS oder andere westliche Rundfunksender wie den 1954 gegründeten Sender Freies Berlin zu hören, galt in der DDR als Straftat.<sup>432</sup> Die Verfolgung solcher »feindlicher« Handlungen lag wie gewohnt in den Händen der Staatssicherheit.

Der Ost-Berliner Student Dieter Drewitz (1943–2018) hörte regelmäßig den RIAS. Im November 1965 nahm er im Anschluss an eine Sendung mit dem Thema »Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung« an einer Hörerdiskussion teil. Dafür schickte er einen Brief an die Rundfunkanstalt, der dann im Dezember – wie auch andere Zuschriften von Hörern – in einer RIAS-Sendung verlesen wurde.

Unter dem Kennwort »Alpenveilchen« war zu hören, dass sich der junge Mann für eine Wiedervereinigung unter der Voraussetzung von freien Wahlen in ganz Deutschland aussprach. Dieser wiedervereinigte Staat

sollte, so Drewitz, unter allen Umständen sozialistisch sein, denn »eine Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik« war seines Erachtens »mehr als illusorisch«.<sup>433</sup> Darüber hinaus erbat Dieter Drewitz praktische Hinweise, wie er am sichersten über Jugoslawien in die Bundesrepublik gelangen könne.

Der junge Mann wusste, dass es strafbar war, mit dem RIAS in Kontakt zu treten, dass seine Meinung vermutlich den Straftatbestand der »Hetze« erfüllte und der Wunsch, die DDR zu verlassen, als geplanter Fluchtversuch ausgelegt werden könnte. Und dennoch wähnte er sich in Sicherheit, hatte er sich doch an die Empfehlungen des Senders gehalten, Hörerbriefe an eine Deckadresse zu versenden – unter falschem Absender und mit einem Kennwort. Da Drewitz' Brief in Auszügen verlesen worden und es nicht zu Repressionen gekommen war, rechnete er nicht damit, dass die Stasi bereits aktiv geworden war.<sup>434</sup>

Zum Ausgangspunkt der Stasi-Ermittlungen wurde jedoch nicht der Brief an den RIAS, sondern vielmehr Drewitz' Brief an seinen im West-Berliner Bezirk Neukölln lebenden Cousin. Darin hatte er ihm den Kontakt zum RIAS geschildert und ihn darüber informiert, dass er seine Anschrift als Antwort-Adresse angegeben hatte. Dieter Drewitz ahnte nicht, dass der Brief an den Cousin, auf dem er seine richtige Absenderadresse angegeben hatte, von der Stasi kontrolliert wurde. Denn Drewitz stand bereits seit 1960 auf der Postfahndungsliste der Geheimpolizei. Damals war einer seiner Freunde in die Bundesrepublik geflohen. Für die Stasi



> Passbild von Dieter Drewitz auf seiner Studienplatzbewerbung. 1964  
BArch, MfS, BV Potsdam, AOP 60/67, Bd. 1, Bl. 195

galt es, jegliche Kontaktaufnahme zu unterbinden, um zu verhindern, dass Drewitz bei einem möglichen Fluchtversuch Unterstützung aus dem Westen erhielt.<sup>435</sup>

Das MfS nahm die Ermittlungen auf, da der RIAS-Brief selbst den Straftatbestand nach § 16 (»Verbindung zu verbrecherischen Organisationen oder Dienststellen«) des DDR-Strafrechtsergänzungsgesetzes und die Nachfrage wegen einer Flucht über Jugoslawien den Straftatbestand nach § 8 des Passgesetzes (»Verlassen der DDR ohne Genehmigung«) erfüllten.<sup>436</sup> Die KD Königs Wusterhausen – Drewitz studierte zwar an der Fachhochschule für Angewandte Kunst in Berlin-Schöneweide, wohnte aber in Schulzendorf bei seinen Eltern – begann sein Umfeld zu durchleuchten.<sup>437</sup> Sie ermittelte an der Fachhochschule sowie im privaten Umfeld zu seinem Leumund und fand heraus, dass Dieter Drewitz vor dem Mauerbau oft in West-Berlin gewesen war. Parallel beantragte die KD eine Verlängerung der bestehenden Post-Überwachung und erkundigte sich, ob Drewitz' Handschrift bereits in der Schriftenfahndung des MfS hinterlegt war. Kein Brief, auch nicht mit fingiertem Absender, sollte der Geheimpolizei von nun an verborgen bleiben.

Von alledem nichts ahnend, beteiligte sich Dieter Drewitz im Februar 1966 zum zweiten Mal an einer RIAS-Hörerdiskussion, indem er erneut einen Brief an den RIAS schickte. Wieder verwendete er das Kennwort »Alpenveilchen« und adressierte den Brief an die gleiche Deckadresse.<sup>438</sup> Da die Stasi diese mittlerweile kannte, wurde sein Brief abgefangen. Allerdings nicht von der Stasi-Dienststelle in Königs Wusterhausen, sondern der BV Potsdam. Weil die Dienststellen aber aufgrund der inneren Konspiration und wohl auch aus dem Ehrgeiz, den Fall selber aufzudecken können, ihre Ermittlungsergebnisse nicht austauschten, konnten in den nächsten fünf Monaten keine neuen Ergebnisse gewonnen werden.

Erst als die BV Potsdam wegen Personalengpässen den Brief Mitte Juli 1966 zur Bearbeitung an die KD Königs Wusterhausen übergab, konnte diese ihren Verdacht erhärten. Denn im zweiten Brief offenbarte Dieter Drewitz, sich mit dem Kennwort »Alpenveilchen« bereits einige Zeit zuvor an den RIAS gewandt zu haben und noch immer auf Rückantwort über seinen Neuköllner Cousin zu warten.<sup>439</sup> Diese Information lieferte der

Berlin Ost, den 9.2.66

BStU  
000012

lieber Rias!

Heute imlolet sich zum zweiten Mal das „Alpen-  
weilchen“ zu Wort.

Zuerst einmal möchte dem Rias recht herzlich zu seinem  
20-jährigen Bestehen gratulieren und ihm für die aus-  
gezeichnete Arbeit danken. Viel Glück und macht weiter so  
für die nächsten 20 Jahre.

Eben habe ich die Mittwoch-Runde gehört und möchte zu  
dem Brief der jungen Hörerin Stellung nehmen, der „die  
Grundlagen fehlen“. Ich bin zwar, wie Sie bereits wissen, selbst  
erst 23 Jahre alt, habe ~~aber~~ aber durch meine lange Ausbildung  
und durch das gegenwärtige Studium schon ~~sehr~~ ziemlich  
umfangreiche Kenntnisse und Erkenntnisse, die ich diesem  
Mädchen gern vermitteln würde. Leider ist das über die  
Mittwoch-Runde, also durch Briefe, nur sehr begrenzt möglich,  
da der Stoff zu umfangreich ist. Ein persönliches Gespräch wäre  
zwar möglich, aber leider ist mir ja die Adresse nicht bekannt.  
Außerdem könnte ich ja auch ein SED-Spitzel sein.

Ein wesentlicher Kritikpunkt, das aus vielen Briefen, die Sie heute  
vorlesen, hervorgeht und das allgemein in großen Teilen unserer  
Jugend auftritt, ist folgendes: Man weiß zwar, daß die Spitz-  
boot weg muß und daß die gegenwärtigen Zustände hier unhalt-  
bar sind, hat aber keine Vorstellung davon, wie es in Reutbi-  
land in Zukunft aussehen müßte. Ich habe Ihnen meine  
Puricht schon in meinem letzten Brief mitgeteilt.

Der jungen Hörerin möchte ich aber zuallererst empfehlen,

> Dieter Drewitz' zweiter Brief an den RIAS wurde von der Stasi abgefangen. 9.2.1966  
BArch, MfS, BV Potsdam, AU 617/67, Bl. 12



> Stasi-Observation des RIAS-Gebäudes in West-Berlin, Kufsteiner Straße. O. D.  
BArch, MfS, ZAIG, Nr. 9961, Teil 1, Bl. 116

Stasi den entscheidenden Hinweis. Ein Handschriften-  
vergleich zwischen Drewitz' Briefen an den RIAS und  
an seinen Cousin zeigte die Übereinstimmung. Unter  
einem Vorwand ließ die Stasi Dieter Drewitz aus einem  
Seminar holen, nahm ihn fest und brachte ihn in die  
MfS-Untersuchungshaftanstalt nach Potsdam.<sup>440</sup>

Während der Untersuchungshaft gelang es ihm, durch  
die Offenlegung seiner Tagebücher den Vorwurf eines  
Fluchtvorhabens zu entkräften. Er habe diesen Plan  
zwar eine Zeit lang verfolgt, ihn aber aufgegeben, weil  
seine Freundin ein gemeinsames Kind erwartete. Der  
Vorwurf der Flucht wurde deshalb nicht zur Anklage  
gebracht. Am 4. Januar 1967, fünf Tage nach der Geburt  
seiner Tochter, wurde Dieter Drewitz dennoch zu  
einem Jahr und sechs Monaten Haft verurteilt, weil  
er sich postalisch an den RIAS gewandt hatte (§ 16  
»Verbindung zu verbrecherischen Organisationen oder  
Dienststellen«) und sein Brief ausschnittsweise vom  
RIAS verlesen wurde (§ 19 »staatsgefährdende Hetze  
und Propaganda«).<sup>441</sup>

Innerhalb des MfS war die Abteilung M für die Über-  
wachung der Post zuständig. Diese Abteilung gab es  
in allen Bezirksverwaltungen. Aufgrund der vielfachen  
politischen, wirtschaftlichen und privaten Verflech-  
tungen zwischen Ost- und West-Berlin und des damit  
einhergehenden erhöhten Postaufkommens wäre  
eine Doppelstruktur von BV und Zentrale allerdings,  
vor allem wegen der nur schwer abzugrenzenden  
Zuständigkeiten, ineffektiv und mit Blick auf die  
begrenzten technischen und personellen Ressourcen  
sogar ineffizient gewesen. In Berlin existierte die  
Abteilung deshalb lediglich in der MfS-Zentrale in  
Lichtenberg (S. 179).

Obwohl die DDR-Verfassung das Postgeheimnis und  
das Recht auf freie Meinungsäußerung garantierte,  
kontrollierte die Staatssicherheit Postsendungen in  
großer Zahl. Die Stasi rechtfertigte diese rechtswidrige  
Alltagspraxis intern mit dem Verweis auf Artikel 4 zum  
»Wohle des Volkes«. Das Öffnen und Mitlesen der Post  
war oft die erste Stasi-Maßnahme und konnte auch  
ohne Einleitung einer umfangreichen Observation

durchgeführt werden. Die Abteilung M fungierte dabei als eine Art Dienstleister für andere Abteilungen des Ministeriums.

Die wichtigste Aufgabe der Abteilung M, nämlich »Feindtätigkeiten« aufzuspüren, unterlag im Laufe der Zeit immer wieder Veränderungen.<sup>442</sup> Eine erste Reform rief der Volksaufstand 1953 hervor, denn dem MfS war das Ausmaß der Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung verborgen geblieben. Fortan musste die Stasi der Partei- und Staatsführung regelmäßig über die Sicherheitslage in der DDR berichten.<sup>443</sup> Nach dem Mauerbau nahmen nicht nur die privaten Ost-West-Kontakte per Post zu, auch die nachrichtendienstliche Arbeit westlicher Gemeindendienste – die vorrangig auf persönlichen Kontakten beruhte – musste auf den Postweg ausweichen. Damit wurde aus Sicht der Stasi nicht nur eine Ausweitung der Kontrollen notwendig, sondern in Hinblick auf geheimdienstliche Nachrichten auch deren technischer Ausbau.

Da der Eingriff in den Postverkehr zügig, aber dennoch unter höchster Geheimhaltung ablaufen sollte, waren die Stasi-Kontrolleure in separaten Räumen direkt in den Gebäuden der Deutschen Post (DDR) untergebracht. Dort war ihre Arbeit als »Dienststelle 12« getarnt.<sup>444</sup> In Berlin befand sich diese im Briefverteileramt am Nordbahnhof. Hier besetzte die Abteilung M die zweite und dritte Etage als konspiratives Objekt »Anton«. Wenig später wurde es im Bahnpostamt am Ostbahnhof durch das konspirative Objekt »Cäsar« ergänzt.

Um Briefe möglichst ohne sichtbare Spuren zu öffnen, nutzte die Stasi Wasserdampf und verschiedenste Lösungsmittel. Verdächtige Sendungen wurden im Original einbehalten oder kopiert und anschließend im erneut verschlossenen Umschlag an den Adressaten weitergeschickt.<sup>445</sup> Um zu vermeiden, dass diese Manipulationen erkennbar waren – beispielsweise anhand von Verformungen der Umschläge –, wurden alle Briefe anschließend stapelweise gepresst. So ahnten die Menschen zwar, dass ihre Post kontrolliert wurde, doch das Ausmaß der Überprüfung war vielen nicht bewusst. Die meisten waren überzeugt, durch die Verwendung falscher Absender, Deckadressen oder den Versand über wohnortferne Briefkästen der Bepitzelung entgegen zu können.

Spätestens seit der Einführung der Geschenkpaketverordnung 1954 kontrollierten Zoll und Stasi auch Päckchen und Pakete umfassend. Die Verordnung gab vor, welche Gegenstände in welcher Menge sowohl von West nach Ost als auch in umgekehrter Richtung zum Versand zugelassen waren. Dadurch sollte nicht nur die »aufkommende Sogwirkung des westdeutschen Wirtschaftswunders auf die ostdeutsche Bevölkerung«<sup>446</sup> minimiert, sondern auch jene Gegenstände, die die DDR für Devisen einführen musste, vom Versand aus der DDR ausgeschlossen werden.<sup>447</sup>

Ende der 1970er-Jahre häuften sich umfangreiche Diebstähle besonders bei Westpaketen. Hier bereicherten sich Stasi- und Postangestellte gleichermaßen, mit dem grundlegenden Unterschied jedoch, dass der von Postmitarbeitern begangene Diebstahl geahndet wurde, jener der MfS-Mitarbeiter weitaus seltener. Dieser Unterschied erklärt sich daraus, dass zum einen die MfS-Kontrollen geheim gehalten werden sollten. Zum anderen war häufig nicht eindeutig nachzuweisen, ob ein Stasi-Mitarbeiter sich persönlich bereichern wollte oder aus »dienstlichen« Gründen einem Paket Geld bzw. Geschenkartikel entnahm.

Die Entspannungspolitik der 1970er-Jahre, die auf privater Ebene mehr Kontakte ermöglichte, und die wachsende Ausreise- und Oppositionsbewegung in den 1980er-Jahren bedeuteten für die Stasi, dass sie vermehrt »feindlich-negative« Einflüsse unterbinden sollte. Dies wirkte sich auch auf die Kontrollen der Abteilung M aus; so galt es, mehr zu kontrollieren und dem dadurch gestiegenen Personalbedarf Rechnung zu tragen.<sup>448</sup> Doch das von der Stasi verfolgte Ziel einer flächendeckenden Postkontrolle konnte trotz personeller Verstärkung bei Weitem nicht erreicht werden.

Am 8. November 1989 forderte der amtierende Minister für Staatssicherheit Generaloberst Rudi Mittig (1925–1994) die Außenstellen der Stasi-Abteilung M auf, ihre Arbeit einzustellen. Eine gleichlautende Weisung erging am 10. November 1989 an die Abteilung in der Berliner Zentrale.<sup>449</sup> Wenn auch spät, stellte die Stasi ihre verfassungswidrige Postkontrolle ein – womöglich in der irrigen Hoffnung, sich eine Zukunftsperspektive bewahren zu können.

KSo

## Mielkes Verein – Jens Baumann als Trainer beim SC Dynamo Berlin

Im Sommer 1977 nahm die Volkspolizei Berlin Jens Baumann in ihre Reihen auf.<sup>450</sup> Von nun an zahlte die Volkspolizei ihm bis 1989 einen Sold, obwohl er in all diesen Jahren nicht als Polizist tätig war. Jens Baumann arbeitete nämlich in der unter anderem zur DVP gehörigen Sportvereinigung (SV) Dynamo als Trainer. Hauptmann Rudolf Kosmann von der Abteilung Kader/Ausbildung des Büros der Zentralen Leitung der SV Dynamo hatte vor der Aufnahme in die Volkspolizei die Herkunft, die politischen Ansichten, den Lebenslauf, das Auftreten im Wohnumfeld und mögliche Westverbindungen des Sporttrainers und seiner Familie bis hin zu den Schwiegereltern überprüft. Und zwar deutlich gründlicher als sonst im DDR-Leistungssport

üblich. Das Urteil des Hauptmanns über Baumann lautete: »Er besitzt gute Kenntnisse des Marxismus-Leninismus und lässt bei Diskussionen und auch im persönlichen Verhalten erkennen, dass er die führende Rolle unserer Partei anerkennt und sich von der sozialistischen Moral und Ethik leiten lässt.«<sup>451</sup> Was sagen diese Angaben über die SV Dynamo? Und vor welchem Hintergrund wurde das Privatleben von Baumann so intensiv erforscht?

Die Führung der herrschenden Partei in der DDR, der SED, maß dem ostdeutschen Leistungssport schon seit Mitte der 1950er-Jahre und verstärkt noch seit Ende der 1960er-Jahre eine äußerst hohe Bedeutung bei. Zahlreiche Medaillen sollten für eine Identifikation der Bevölkerung mit dem SED-Regime sorgen und dessen Prestige im Ausland steigern.<sup>452</sup> Das »Schild und Schwert der Partei«, das Ministerium für Staatssicher-



> Das wohl bekannteste Gebäude im damals clubeigenen Sportforum in Berlin-Hohenschönhausen: die Dynamo-, heute Große Sporthalle. 1958 BArch, Bild 183-52524-0001

heit, unterstützte diese Bestrebungen tatkräftig. Zum einen, indem es den Spitzensport bis ins Privatleben hinein umfassend überwachte, z. B. um Fluchten von Medaillengaranten zu verhindern und das Doping geheim zu halten – dazu hatte Stasi-Minister Erich Mielke im Dezember 1971 eine Dienstanweisung erlassen, die bis 1989 gültig blieb.<sup>453</sup> Das MfS wollte aber auch durch eigene sportliche Erfolge mithilfe der Clubs, die unter dem Dach der SV Dynamo angesiedelt waren, hervortreten. Dies hing sehr stark mit der Person Erich Mielke zusammen, denn der Stasi-Chef war ein Sportfanatiker. Noch auf dem Posten des Staatssekretärs im MfS gründete er im Sommer 1952 im Alleingang die lediglich auf dem Papier existierende Sportvereinigung Dynamo und trieb dann den Zusammenschluss mit der großen, bereits sehr gut ausgestatteten und sehr erfolgreichen SV Volkspolizei voran: Schon im März 1953 wurde er vollzogen.

---

**Erich Mielke 1952:**  
*»in der SV Dynamo [gilt es] politisch standhafte und sportlich gestählte Kämpfer zu erziehen, die dem sozialistischen Vaterland treu ergeben sind.«<sup>454</sup>*

---

In der SV Dynamo waren nun alle zum MfS sowie zum Ministerium des Innern gehörenden Vereine zusammengeschlossen; später kamen auch die Vereine der Zollverwaltung hinzu. Zur SV zählten beispielsweise der Sportclub (SC) Dynamo Berlin, der Berliner Fußballclub (BFC) Dynamo und die Sportgemeinschaft (SG) Dynamo Dresden. Erich Mielke setzte die Bezeichnung »Dynamo« durch, die er von den Sportclubs der sowjetischen »Schutz- und Sicherheitsorgane« entlehnt hatte, und ließ sich zum 1. Vorsitzenden der SV Dynamo wählen. Dieses Amt hatte er bis 1989 inne. Es verschaffte ihm einen äußerst großen Einfluss auf die SV und ihre Vereine. Mielke frönte seinem übergroßen sportlichen Ehrgeiz, indem er die Mitglieder der SV Dynamo ständig dazu anhielt, Erfolge zu liefern. Daneben bestanden Mielke und das MfS bei den Sportlern der Vereinigung auf weitere Eigenschaften, die sie auch von den Stasi-Mitarbeitern verlangten: Treue zur DDR, Pflichtbewusstsein, ideologisch-politische Zuverlässigkeit

und Vorbildwirkung, vor allem in Hinsicht auf das Privatleben.<sup>455</sup> Die Trainer, die die Sportlerinnen und Sportler zu »Diplomaten im Trainingsanzug« zu erziehen hatten, mussten diesen Anforderungen besonders genügen. Insgesamt kann die SV Dynamo nach dem MfS selbst ohne Übertreibung als das wichtigste Projekt Erich Mielkes angesehen werden.

Neben der Position des 1. Vorsitzenden nahm die Staatssicherheit seit 1953 weitere Spitzenposten in den wichtigsten Strukturbereichen der SV Dynamo für sich in Anspruch. Das betraf das Präsidium und das Büro der Zentralen Leitung der Sportvereinigung. Dieses Büro führte die SV Dynamo organisatorisch und war neben der Abteilung 3 der Hauptabteilung XX (S. 179) zum Teil dafür zuständig, den Spitzensport bei Dynamo zu überwachen. Das Büro wurde MfS-intern als eigene Dienst Einheit geführt, auch wenn es nur zu ungefähr einem Drittel aus Stasi-Angestellten und zum größeren Teil aus Mitarbeitern der Volkspolizei, des Zolls und anderer Behörden bestand. Nach außen war die Zugehörigkeit des Büros zur Stasi nicht erkennbar. Mielke hatte damit direkten Zugriff auf alle Vorgänge in der Sportvereinigung.<sup>456</sup>

Die staatliche und politische Führung der DDR bedachte die »Schutz- und Sicherheitsorgane« des Landes stets mit einem komfortablen finanziellen Budget. Davon profitierte auch die SV Dynamo. Sie verfügte über weitaus größere monetäre, personelle und materielle Ressourcen als die zivilen ostdeutschen Sportvereinigungen und Clubs. So fiel es ihr leicht, erfolgreiche Sportler und befähigte Mitarbeiter mit höheren Löhnen und besonderen Vergünstigungen zu Dynamo zu locken. Die Dynamo-Trainer wurden nominell vorwiegend bei der Volkspolizei angestellt. Ferner setzte das MfS neben seinem Sportetat verschleiert eigene Finanzen für die SV Dynamo ein; die Kosten für den Bau und Unterhalt von großen Dynamo-Sportanlagen blieben geheim.

Verdeckt wurde auch manche Gehaltszahlung: So hat in Wirklichkeit nicht die Volkspolizei, bei der Jens Baumann angestellt war, sein Trainergehalt getragen, sondern das Büro der Zentralen Leitung der SV Dynamo, also quasi die Staatssicherheit.<sup>457</sup> Eine solche Strategie dürfte das MfS noch bei weiteren, zumindest bei den höheren Dynamo-Angestellten verfolgt haben. Ferner hatte die Stasi in der Kader- bzw. Personalab-



> Erich Mielke hält auf einer opulenten Meisterfeier des BFC Dynamo mit Showprogramm im Palasthotel in Ost-Berlin vor dem Bildnis von SED-Chef Honecker eine Rede auf seine Lieblingsmannschaft. 1982  
 BArch, MfS, SdM, Fo, Nr. 183, Bild 22

teilung sowie in allen weiteren Abteilungen der SV Dynamo im Büro der Zentralen Leitung hohe und mittlere Funktionen mit zahlreichen sogenannten Offizieren im besonderen Einsatz (OibE) durchdrungen. Im Bereich »Kader« zählten dazu auch die Mitarbeiter Kosmann und Dr. Malonnek sowie der langjährige Leiter der Abteilung Karl-Heinz Büttner. Büttner war ab 1983 als OibE auch Leiter des SC Dynamo Berlin. Hauptamtliche Mitarbeiter als OibE installierte das MfS DDR-weit auf sicherheitspolitisch als wichtig erachteten Positionen in staatlichen Einrichtungen, in der Wirtschaft und im Ausland. Sie agierten verdeckt und mit einem veränderten Lebenslauf getarnt.<sup>458</sup>

Damit die Clubs der SV Dynamo sportliche Erfolge erzielen konnten, nutzte das MfS auch andere Möglichkeiten als Geheimpolizei. Über ihre inoffiziellen Mitarbeiter sowie offizielle Kanäle besorgte sich die

Staatssicherheit wichtige Informationen und Unterlagen staatlicher Stellen wie des Deutschen Turn- und Sportbunds, von Gliederungen der SED, aber auch von konkurrierenden Clubs. Dadurch war die Stasi über die Entwicklung in diesen Einrichtungen stets im Bilde und besaß einen großen Wissensvorsprung. Zudem konnte sie so sportpolitische und sportliche Entscheidungen zugunsten der Dynamo-Clubs beeinflussen und manipulieren, nicht selten wiederum mithilfe ihrer IM. Die Leistungssport-Clubs der SV Dynamo hatten noch auf einem weiteren Feld einen erheblichen, wenn auch auf Kosten der Gesundheit erkaufte Siegvorteil: Um möglichst zahlreiche sportliche Erfolge verbuchen zu können, ließ Erich Mielke neue Dopingsubstanzen und -methoden oft bei Dynamo testen. Die Clubs konnten so als erste Erfahrungen mit den Mitteln sammeln und in Medaillen ummünzen und verheimlichten gegenüber anderen Sportinsti-

tutionen und Vereinen teilweise die gewonnenen Erkenntnisse. Jedoch dürften deshalb bis heute die Dynamo-Sportler besonders hart unter den physischen und psychischen Spätfolgen des Dopings leiden.<sup>459</sup> Der größte und erfolgreichste Club der SV Dynamo und der gesamten DDR war der SC Dynamo Berlin. In ihm wurden fast alle olympischen Sommersportarten betrieben. Seine Sportlerinnen und Sportler siegten bei zahlreichen Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften. Allerdings hatte er schon seit den 1950er-Jahren den Ruf eines »Stasi-Clubs«.<sup>460</sup>

Jens Baumann, der Dynamo-Trainer, kam nicht nur in den Genuss der Vorteile der Dynamo-Clubs, sondern war auch der intensiven Überwachung des Leistungssports durch die Staatssicherheit ausgesetzt. Im Dezember 1977 eröffnete der für den Club zuständige MfS-Feldwebel Thomas Eichler von der HA XX/3 eine Operative Personenkontrolle (OPK) gegen Baumann. Er warf dem Trainer vor, während eines Urlaubs im sozialistischen Ausland Kontakt zu Bundesbürgern aufgenommen zu haben sowie Verbindung zu einer Bekannten zu pflegen, die aus der DDR geflohen war und jetzt in West-Berlin lebte.<sup>461</sup> Im Rahmen der OPK wollte Eichler ausspähen, von welcher Art und wie häufig die unterstellten Westkontakte waren und ob Baumann weiterhin politisches Vertrauen verdiente. Dazu setzte MfS-Mann Eichler etliche IM auf den Trainer an. Darunter waren zuvorderst Trainerkolleginnen und -kollegen aus Baumanns Arbeitsbereich im Club.<sup>462</sup> Die Stasi ging im ostdeutschen Spitzensport unter anderem so stark gegen Westkontakte vor, weil sie befürchtete, dass DDR-Sportler Interna des Sportsystems wie Trainingspläne preisgeben sowie westliche Wert- und Lebensvorstellungen verinnerlichen könnten.

Darüber hinaus musste Jens Baumann im Sommer 1979 bei Oberst Herbert Gasch und Hauptmann Dr. Manfred Malonnek von der Abteilung Kader/Ausbildung des Büros der Zentralen Leitung der SV Dynamo zum »Rapport« antreten. Die Mitarbeiter des Büros hatten Informationen, dass der Trainer familiäre Probleme habe, dass er ein Verkehrsdelikt begangen, sich auf einer Sportreise in Hamburg unerlaubt aus dem Hotel geschlichen und dann Kontakt mit westdeutschen Bürgern aufgenommen habe. Der Club hatte ihn deshalb für ein Jahr von Sportreisen ausgeschlossen. Baumann stellte richtig, dass in der Familie

alles in Ordnung und der Ausflug in Hamburg vom Delegationsleiter der Reise genehmigt gewesen sei. Auch habe er dort nur auf offizieller Ebene Kontakt zu westlichen Personen gehabt. Mit diesen Erklärungen gaben sich die beiden Offiziere zufrieden, die Reisesperre für den Trainer blieb aber bestehen. Die Vorgänge führten dazu, dass der Trainer unter anderem Prämien für Wettkämpfe im Ausland einbüßte und ihm fortan der Club, die Kaderabteilung der SV Dynamo und die Stasi mit Misstrauen begegneten.<sup>463</sup>

Nach vier Jahren schloss MfS-Offizier Eichler von der HA XX/3 Ende 1981 die OPK ergebnislos ab. Er konnte Jens Baumann keine Kontakte zu der besagten Bekannten nach West-Berlin nachweisen – bis auf eine Phase kurz nach deren Flucht. Auch die unterstellte Verbindung zu den Bundesbürgern sei nach dem Urlaub in dem sozialistischen Land vom Trainer nicht aufrechterhalten worden. Jedoch hegte Eichler weiterhin Zweifel an der politischen Loyalität Baumanns und setzte erneut Spitzel auf ihn an.<sup>464</sup> Sie berichteten bis 1989 über Baumann. Zudem kontrollierte das MfS seine Post und beschaffte sich die regelmäßigen Beurteilungen des Clubs über den Trainer. Aber Jens Baumann ließ sich in dieser Zeit aus Sicht der Staatssicherheit nichts mehr zuschulden kommen.<sup>465</sup>

Auf der einen Seite profitierte der Trainer von seiner Anstellung im »Stasi-Club« Dynamo Berlin. Er bezog ein gutes Gehalt, erhielt materielle Vergünstigungen und konnte die hervorragende bauliche und anderweitige Ausstattung des Clubs nutzen. Als Mitglied des SC Dynamo stand er jedoch unter besonderer Beobachtung. Zwar spionierte die DDR-Geheimpolizei spätestens seit der Dienstanweisung von Erich Mielke Ende 1971 den Spitzensport ohnehin umfangreich aus. Die Bespitzelung und Kontrolle von Jens Baumann ist allerdings in großem Maße auf die Steuerung und Protektion der Dynamo-Clubs durch die Staatssicherheit und ihren Minister Mielke zurückzuführen. Das MfS stellte vor allem im Hinblick auf die Familie, das moralische Verhalten und die Loyalität gegenüber dem Regime hohe Anforderungen an den Trainer: Sie kamen den Ansprüchen an die eigenen hauptamtlichen Mitarbeiter sehr nahe.

RKa



> Vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter im Ost-Berliner Textilbetrieb »Treffmodelle« während eines Besuchs der SED-Parteisekretärin Elisabeth Kaiser (2.v.r.). 5.3.1989  
BArch, Bild 183-1989-0305-013, Foto: Peer Grimm

## Die Überwachung vietnamesischer Vertragsarbeiter in Ost-Berlin

Ost-Berlin war nie nur ein politisches Zentrum, sondern immer auch die größte Industriemetropole der DDR. In den Kombinat der Stadt arbeiteten Ende der 1980er-Jahre mehr als 200 000 Personen, etwa im Glühlampenwerk in Friedrichshain, im Elektro-Apparate-Werk in Treptow oder in der Elektrokohlefabrik in Lichtenberg. Allein der Ortsteil Oberschöneweide zählte in der Spätphase der DDR gut 30 000 Industriebeschäftigte.<sup>466</sup>

Die Staatssicherheit war in all diesen Produktionsstätten von Beginn an präsent. Zunächst für klassische geheimpolizeiliche Aufgaben wie den Kampf gegen Sabotage, Spionage oder Geheimnisverrat. Ab den 1960er-Jahren ermittelte sie auch verstärkt bei typischen Wirtschaftsstraftaten wie Brandstiftung oder Planmanipulation. In der Stasi-Zentrale (S. 179) in Ost-Berlin waren dafür in den 1980er-Jahren über 640,

DDR-weit über 3 000 Stasi-Offiziere der für Wirtschaftsfragen zuständigen Linie XVIII eingesetzt.<sup>467</sup> Auffällig ist, dass ihre Aufgaben umso vielfältiger wurden, je stärker die ostdeutsche Wirtschaft in die Krise geriet. In den oft überforderten Industriebetrieben der Honecker-Ära disziplinierten sie unbequeme Abteilungsleiter, begutachteten den Verschleiß bei Anlagen und überwachten Verhandlungen mit westlichen Unternehmen. Sie ermittelten bei schweren Havarien, achteten auf den Geheimnisschutz und ermahnten die Angestellten immer wieder zur Einhaltung der Werksordnung. Es scheint, als ob die SED ihre Geheimpolizei als Universalinstrument einsetzte, um die unter hohem Leistungsdruck stehenden Fabriken vor politischen und technischen Erschütterungen zu bewahren und so die Umsetzung des wirtschaftspolitischen Kurses der SED-Führung sicherzustellen.<sup>468</sup>

Ein spezielles Überwachungsfeld der Geheimpolizei stellten die ausländischen Vertragsarbeiter dar. Ost-Berlin zählte 1988 über 14 000 Arbeiter aus dem sozialistischen Ausland, DDR-weit waren es mehr



als 85 000.<sup>469</sup> Seit Mitte der 1970er-Jahre wurden sie in nahezu allen Branchen eingesetzt, ganz besonders in der Textilindustrie, im Bauwesen, im Fahrzeugbau und in der Möbelindustrie. Ihre Anwesenheit war notwendig geworden, da die Planwirtschaft – anders als oft behauptet – weniger unter versteckter Arbeitslosigkeit als vielmehr unter einem akuten Arbeitskräftemangel litt. Die Ursachen dafür waren vielfältig: unzureichende Automatisierung, eine viel zu breite und wenig spezialisierte Produktpalette und eine chronische Innovationsschwäche. Zudem verschlang der überdimensionierte Sicherheits- und Verwaltungsapparat einen Großteil der Arbeitskraftreserven.<sup>470</sup> Als Anfang der 1980er-Jahre auch noch zahlreiche Ostdeutsche per Flucht und Ausreise das Land verließen, musste die Regierung handeln.<sup>471</sup> Zwischen 1974 und 1986 schloss sie eine Reihe von bilateralen Abkommen, um Arbeitsmigrantinnen und -migranten anzuwerben, unter anderem aus Polen, Mosambik, Kuba und Nordkorea. »Abgesichert« wurde dieser Einsatz nicht zuletzt von den Dienstleistungen der Linie XVIII, die besonders auf Westkontakte, Heiratsabsichten, »pro-westliche Einstellungen« oder politische Aktivitäten der Vertragsarbeiter achteten. Die übergeordnete Koordination übernahm die 1976 eingerichtete Arbeitsgruppe »Ausländer« der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) (S. 179) des Ministeriums für Staatssicherheit.<sup>472</sup>

Die mit Abstand größte Gruppe kam aus Vietnam: 1981 trafen die ersten 10 000 Vietnamesen in der DDR ein, bis Ende der 1980er-Jahre kamen noch einmal 42 000 Migranten hinzu.<sup>473</sup> In Berlin arbeiteten im Mai 1989 in 37 Betrieben 4 915 Menschen aus dem südostasiatischen Land, unter anderem in der Schuhfabrik »Goldpunkt« in Prenzlauer Berg oder in der Lederfabrik »Solidarität« in Pankow.<sup>474</sup> Eigentlich sah das Regierungsabkommen vom 11. April 1980 eine Facharbeiterausbildung für die jungen und mehrheitlich männlichen Migranten vor. »Arbeitskraft gegen Qualifikation« lautete der Deal.<sup>475</sup> Tatsächlich mussten die Neuankömmlinge aber von Beginn an einfache und unbeliebte Anlern Tätigkeiten verrichten, in der Regel zu Niedriglöhnen und im Schichtdienst, während der »Ausbildungsteil« auf wenige Wochen Deutschunterricht zusammengestrichen wurde.<sup>476</sup> Sie arbeiteten als Näher, Weber, Schuhmacher, Zerspaner, Elektromonteur oder Köche. Nicht wenige von ihnen waren für diese Tätigkeiten deutlich überqualifiziert.

Die praktische Umsetzung des Arbeitseinsatzes zeigt deutlich, dass die DDR-Regierung an einer dauerhaften Niederlassung der Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter keinerlei Interesse hatte. Die Abschottung in »Ausländerwohnheimen«, ein Verbot des Familien nachzugs und eine Begrenzung des Aufenthalts auf vier Jahre sollten die soziale Isolation der Vietnamesen sicherstellen.<sup>477</sup> Freundschaften oder Liebesbeziehungen waren unerwünscht, bei Schwangerschaften drohte die Rückführung. In den offiziellen Medien wurde die Präsenz von ausländischen Fachkräften weitgehend totgeschwiegen.<sup>478</sup>

Trotz dieser strengen Regularien kamen die Vietnamesen gerne in die DDR. »Für uns war es ein Land, in dem es keine Hungersnot gab. Alle hatten Wohnungen, für alles war gesorgt. Die Idee der DDR war für uns wunderbar«, erinnert sich der Chemiker Hien Le Huy, der 1987 als Vertragsarbeiter in den sozialistischen Teil Deutschlands reiste.<sup>479</sup> Auf Le Huy und seinen Kollegen lastete allerdings vom ersten Tag an ein besonderer Erwartungsdruck: Sie hatten vom vietnamesischen Staat den Auftrag erhalten, ihre Landsleute daheim mit Devisen und Konsumgütern zu versorgen. Im großen Stil überwies sie daher Geldbeträge und ließen Nähmaschinen, Fahrräder, Fotoapparate oder Motorräder nach Hanoi verschiffen. Um diese Lieferungen zu finanzieren, verkauften sie auf ostdeutschen Wochenmärkten selbst produzierte Jeans, T-Shirts, Blusen oder Umhängetaschen. Darüber hinaus setzten sie unter der Hand begehrte Westprodukte ab, die mit tatkräftiger Unterstützung von vietnamesischen Botschaftsmitarbeitern aus West-Berlin einschmuggelt wurden – darunter Videorekorder, Autoradios, PCs oder Kosmetika. Das Geschäft boomte. Laut Zoll lag der Umsatz des vietnamesischen Schwarzmarktes Ende der 1980er-Jahre bei jährlich 9 Millionen Mark. Einigermaßen fassungslos musste die Stasi beobachten, wie sich die Wohnheime in der Rhin- oder Erich-Glückauf-Straße in kleine Manufakturen und Warenlager verwandelt hatten. »Zerlegte Kleinkrafträder, einschließlich gefüllter Treibstoffbehälter, befinden sich auf den Zimmern, Balkonen und Treppenaufgängen«, so ein Bericht des MfS vom September 1989.<sup>480</sup>

Die Staatssicherheit erkannte in dem lukrativen Nebengeschäft in erster Linie Straftaten und Sicherheitsrisiken. In den Geheimdienst dossiers ist von »Spekulationshandlungen«, »illegalen Geldwechsel-

Hauptabteilung XVIII

Berlin, 22. Aug. 1983  
4/4/fel-kr/24278BStU  
000001

Politisch-operative Sicherung des Einsatzes vietnamesischer Werkstätiger in der Volkswirtschaft der DDR

1. Stand und Perspektive des Einsatzes

Mit Stand vom 30. 6. 1983 sind insgesamt ca. 12.000 vietnamesische Staatsbürger in der DDR aufhältig. Davon sind

- ca. 10.000 Werkstätige im Rahmen des Regierungsabkommens eingesetzt,
- ca. 1.500 Vietnamesen in der Berufsausbildung.

Das Regierungsabkommen über die zeitweilige Beschäftigung und Qualifizierung von 1980 wird kontinuierlich weitergeführt in der derzeitigen Einsatzgröße.

2. Organisation der politisch-operativen Sicherung

Die politisch-operative Sicherung des Einsatzes vietnamesischer Werkstätiger in der DDR wird durch das vietnamesische Bruderorgan in eigener Zuständigkeit realisiert. Linienspezifische Arbeitskontakte bestehen nicht.

3. Politisch-operative Lage

Die zu vietnamesischen Werkstätigen vorliegenden Erkenntnisse beruhen auf peripheren Informationen aus den Arbeits- und Wohnbereichen. Operativ zu beachten sind insbesondere folgende Erscheinungsformen:

Obwohl die vietnamesischen Werkstätigen im allgemeinen als disziplinierte und fleißige Arbeitskräfte in den Einsatzbereichen gelten, zeigen sie seit 1981 (verstärkte Anreise vietnamesischer Werkstätiger ohne berufliche Qualifikation) differenzierte Verhaltensweisen. In verschiedenen Betrieben sind eine sinkende Arbeitsmoral, ein Anstieg von Fehlschichten, mangelnde Bereitschaft zur Qualifizierung und Zurückhaltung in der gesellschaftlichen Arbeit festzustellen.

Ein Teil der vietnamesischen Werkstätigen identifiziert sich zunehmend mit westlichen Anschauungen (Empfang westlicher Massenmedien), verfügt über westliche Währungen und ist im Besitz westlicher Konsumgüter. Stark ausgeprägte materielle Interessen sind ebenso festzustellen wie ein umfangreicher Warenversand und Übergepäcktransport in die SRV.

geschäften« und »Fälschung von Personalausweisen« die Rede. »Diese Erscheinungen sind von einer hohen Organisiertheit, Intensität und dem arbeitsteiligen Zusammenwirken krimineller Gruppierungen gekennzeichnet.«<sup>481</sup> Die Berliner Bezirksverwaltung sprach im August 1988 sogar von »mafiaähnlich organisierten Vereinigungen«.<sup>482</sup>

Warum zeichnete die Geheimpolizei ein solch dramatisches Lagebild, wo doch die übergroße Mehrheit der Vietnamesen – wie sie selbst feststellen musste – gesetzestreu ihrer Arbeit nachging und für die ostdeutsche Bevölkerung äußerst begehrte Waren anbot?<sup>483</sup> Zum einen weil es sich hier teils um nur schwer kontrollierbare Westkontakte handelte, worauf das Sicherheitsorgan stets allergisch reagierte. Zum anderen weil die illegalen Angebote und massenhaften Aufkäufe knapper Güter die ohnehin dysfunktionale Planwirtschaft erheblich durcheinanderwirbelten. Ihr »parasitärer Lebensstil«, wie die Offiziere sich ausdrückten, wirke sich »politisch-ideologisch negativ« auf die Organisation des Einzelhandels aus. Der Frust über die angespannte Versorgungslage sollte nicht noch weiter anwachsen.<sup>484</sup>

Mit allen juristischen und geheimpolizeilichen Mitteln versuchte die Stasi daher, das kaufmännische Treiben der Vertragsarbeiter zu unterbinden. Zoll, Betriebspolizei und vietnamesische Geheimdienstkollegen dienten als Partner, Wohnheimaufseher und vietnamesische Gruppenleiter als inoffizielle Quellen. »Wir wurden von beiden Seiten stark kontrolliert, auch von unseren Betreuern, die bei der Stasi waren und dies nicht versteckten«, erinnert sich Le Huy. »Immer, wenn wir etwas falsch gemacht haben, wurden wir sofort bestraft.«<sup>485</sup> Allein in der ersten Hälfte des Jahres 1988 kamen DDR-weit 40 Vietnamesen ins Gefängnis.

Auf einen besonders schwerwiegenden Fall des illegalen Handels stießen die Fahnder im Sommer 1987. Zwanzig vietnamesische Vertragsarbeiter waren involviert, u. a. aus dem Glaswerk Stralau und dem VEB Lokomotivbau in Hennigsdorf.<sup>486</sup> Unterstützung erhielten sie von Mitarbeitern der Botschaften Vietnams, Pakistans und Guineas. »Unter Missbrauch der Kontrollbefreiung an den Grenzübergangsstellen«, so die Stasi, lieferten sie »Spekulationswaren« im Wert von mehreren Millionen DM, die in Gebrauchwaren-

häusern in Ost-Berlin, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Erfurt abgesetzt wurden.<sup>487</sup> Wie reagierte die Stasi darauf? Zunächst identifizierte sie alle beteiligten Personen und rekonstruierte den Ablauf des Schwarzhandels. Dafür belauschte sie im Palasthotel und im Café »Rendezvous« in den Rathauspassagen die Absprachen der Schmuggler und setzte in den Wohnheimen Agenten als Schein-Kunden ein. Die für Botschaften zuständige Hauptabteilung II/10 des MfS erhielt den Auftrag, den Kreis der beteiligten Diplomaten zu ermitteln. Mithilfe der Ost-Berliner Zollverwaltung konnte sie schließlich einen Teil des Schmuggelgutes im August 1987 an den Bezirks- und Landesgrenzen sicherstellen.<sup>488</sup>

Besonders ins Visier nahm die Stasi Dietmar Zimmermann, einen führenden Kopf des Schmugglerrings.<sup>489</sup> Der Techniker der Humboldt-Universität »interessierte sich sehr für die Lebensweise, Sprache, Sitten und Gewohnheiten Vietnams«, so eine Einschätzung des MfS. Dabei gewähre er den vietnamesischen Arbeitern nicht nur praktische Unterstützung, sondern trete auch selbst als »aktiver Spekulant« in Erscheinung.

Die Stasi stellte fest, dass Zimmermann »aus Interesse am schnellen Geld« in seiner Wohnung Westtechnik wie Computer- und Videotechnik im Wert von 260 000 Mark deponiert hatte und diese Waren u. a. in Leipzig und Karl-Marx-Stadt verkaufte. Im August 1987 eröffnete sie daraufhin den Operativen Vorgang »Kassette«, mit dem eine umfassende Überwachung einsetzte: Stasi-Offiziere durchsuchten und verwanzten Zimmermanns Wohnung, überprüften seine Nachbarn und Familienmitglieder und beobachteten in Bars, auf Parkplätzen und in Privatwohnungen seine Treffen mit Lieferanten.<sup>490</sup> Der Stasi gelang sogar das Kunststück, eine inoffizielle Mitarbeiterin in sein Netzwerk einzuschleusen. IM »Fernandel« bot Zimmermann immer neue Deals an und entwickelte sich bis Anfang des Jahres 1988 zu seiner wichtigsten Geschäftspartnerin. Bei einem der vielen Treffen in der Mokka »Tutti Frutti« bezahlte Zimmermann der Agentin 130 000 Mark für Videorekorder und Walkmans.<sup>491</sup>

Die Fülle an konspirativ beschafften Informationen über »vorsätzliche und wiederholte Verletzungen der Zoll- und Devisengesetze der DDR« wurde zur Grundlage eines im Juni 1988 eingeleiteten offiziellen Ermittlungsverfahrens der Zollverwaltung. Zimmer-



> Beobachtung des Treffens eines als Schmuggler tätigen DDR-Bürgers und seines Lieferanten im Rahmen des OV »Kassette«. 1987  
BArch, MfS, AOP 1146/88, Bl. 131, Bild 8

mann und drei weitere Personen erhielten mehrjährige Gefängnisstrafen, Einreiseperrn für nachweislich beteiligte Vertragsarbeiter wurden verhängt, und den An- und Verkaufsläden in der DDR war ab März 1988 der Handel mit Heimelektronik untersagt. Eine weitere Konsequenz des Falls war, dass Vietnam Botschaftsmitarbeiter abzog. Eine weitere Konsequenz des Falls war, dass den An- und Verkaufsläden im Land ab März 1988 der Handel mit Heimelektronik untersagt war.<sup>492</sup>

es nur selten, das lebhaftes Kommen und Gehen in den Wohnheimen zu überblicken, einzelne Personen zweifelsfrei zu identifizieren, Briefe und Telefongespräche zu übersetzen und in den Migrantenkreisen IM zu rekrutieren.<sup>493</sup> Resigniert musste die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe daher im September 1989 feststellen: »Der Ausländereinsatz ist nicht mehr beherrschbar.«<sup>494</sup>

MSc

Trotz solcher Ermittlungserfolge hatten die Sicherheitsorgane Mühe, den schnell wachsenden Schwarzmarkt einzudämmen. Den Stasi-Offizieren gelang



> Volkspolizisten kontrollieren im September 1982 ein Gruppe Fahrradfahrer in Berlin Pankow, erfassen Personalien und fotografieren die Maßnahme. 18.9.1982  
BArch, MfS, AOP 17674/85, Bd. 2, Bl. 68

## »Auf die Räder, bevor ihr drunterkommt!« – Staatssicherheit und Umweltproteste in Ost-Berlin

Am 4. Juli 1982 beobachteten DDR-Sicherheitskräfte auf dem Prachtboulevard Unter den Linden in Ost-Berlin etwas Außergewöhnliches: Eine »Personengruppe von ca. 50–60 Radfahrern« fuhr in den Vormittagsstunden Richtung Brandenburger Tor, wendete dort und fuhr zurück in Richtung Palast der Republik.<sup>495</sup> Da sich einige Radler Mundtücher umgebunden hatten und andere Schilder mit der Aufschrift »Frische Luft – wo?« an den Rändern angebracht hatten, schlossen die Stasi-Offiziere auf »eine Demonstrativhandlung sogenannter Umweltschützer«. Sie notierten weiter, dass »[v]iele Personen [...] ein ungepflegtes Äußeres«

hatten, es aber wahrscheinlich DDR-Bürger seien, da die Fahrräder aus volkseigener Produktion stammten.<sup>496</sup> Und tatsächlich waren die Stasi-Offiziere zufällig Zeugen einer der ersten Fahrraddemonstrationen für mehr Umweltschutz in der »Hauptstadt der DDR«.<sup>497</sup>

Die Berliner litten in den 1980er-Jahren unter enormer Luftverschmutzung – im Ost- wie im Westteil der Stadt. Besonders gravierend war die Lage im Winter 1985: Infolge einer sogenannten Inversionswetterlage, bei der durch einen Warmluftdeckel der Luftaustausch blockiert wird und Schadstoffe nicht in die Atmosphäre entweichen können, entwickelte sich in weiten Teilen Deutschlands Smog. Im westdeutschen Ruhrgebiet wurde erstmals die höchste Smog-Warnstufe ausgerufen und eine Drosselung der Produktion sowie ein Fahrverbot für Pkw angeordnet. In der DDR blieben solche Maßnahmen aus, obwohl die Luftverschmutzung in den DDR-Industriegebieten die Werte des

Ruhrgebietes um etwa das Vier- bis Fünffache übertraf.<sup>498</sup> Auch in Berlin reagierten Politik und Verwaltung in Ost und West nicht, stattdessen machten die Regierungen die jeweils andere Seite für die Umweltmisere in der geteilten Stadt verantwortlich.<sup>499</sup>

Infolge der Smog-Lage 1985 entwickelte sich der politische Umgang mit den schädlichen Emissionen in beiden Teilen der Stadt jedoch unterschiedlich: In West-Berlin wurde die Luftbelastung zu einem politisch-gesellschaftlichen Thema höchsten Ranges. Zu den Abgeordnetenhauswahlen 1985 war sie in der »Smog-Stadt Nummer eins« das bestimmende Wahlkampfthema und alle West-Berliner Parteien warben mit ökologischen Programmen um Wählerstimmen.<sup>500</sup> Im Ostteil der Stadt spielte die Luftbelastung öffentlich hingegen keine Rolle; die Partei- und Staatsführung hüllte sich in Schweigen, leugnete offensichtliche Missstände und unterdrückte kritische Stimmen, die auf die problematische Situation aufmerksam machen wollten.

Zu diesen Stimmen zählten seit den späten 1970er-Jahren die Mitglieder von Umweltgruppen, die sich insbesondere in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre unter dem Dach der evangelischen Kirchen gegründet hatten. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene machten mit kreativen Aktionen wie Baumpflanzungen oder Fahrradkorsos auf die Umweltmisere in der DDR aufmerksam; so auch Mitglieder der Evangelischen Studentengemeinde Berlin, die bereits im Frühsommer 1982 die ersten Fahrradkorsos in Ost-Berlin organisierten. Mit der Aktion »Mobil ohne Auto«, die im Kirchlichen Forschungsheim in Wittenberg ins Leben gerufen worden war,<sup>501</sup> gab es zwar eine ähnliche Unternehmung. Doch anders als das Kirchliche Forschungsheim, das Konfrontationen mit dem Staat und offene Kritik an der SED-Umweltpolitik vermied, war bei den Berliner Aktionen die bewusste Herausforderung inmitten des Machtzentrums Ost-Berlin durchaus gewollt.

Und die Staatsmacht betrachtete die Fahrraddemonstrationen als eine ungehörige Anmaßung.<sup>502</sup> Die Umweltaktivistinnen und -aktivisten hatten mit den Fahrradkorsos jedoch eine »sich gezielt harmlos gebende Provokation«<sup>503</sup> gewählt, die für die Sicherheitsorgane »außerordentlich« schwer zu unterbinden war, da »nach außen hin sichtbar gegen »friedliche Rad-

fahrer«, die das Synonym für einfache Menschen sind, vorgegangen werden muss«.<sup>504</sup> Die Fahrraddemonstranten übten zivilen Ungehorsam und reizten das Regime, ohne sich selbst allzu angreifbar zu machen. Es war an den Sicherheitskräften, die Konfrontation zu eröffnen und dadurch der unbeteiligten Bevölkerung sichtbar werden zu lassen, von welcher Seite Gewalt ausging. Trotz dieser kniffligen Konstellation wollte die Geheimpolizei den Machtanspruch der Partei- und Staatsführung über den öffentlichen Raum verteidigen und setzte alle Hebel in Bewegung, die »Konvoi[s] um jeden Preis zu stoppen«.<sup>505</sup>

Inoffizielle Mitarbeiter infiltrierten im Auftrag der Stasi zwei Ost-Berliner Umweltgruppen, die man hinter den Fahrraddemonstrationen vermutete. Die Spitzel berichteten, wann und wo Aktionen geplant waren, und die Stasi ließ sie dann durch Volkspolizisten unterbinden, wie im September 1982: Anlässlich des Weltfriedenstages am 1. September war ein Fahrradkorso geplant, doch zivile und uniformierte Stasi-Offiziere und Polizisten verhinderten bereits den Start am Volkspark »Am Weinberg« im Prenzlauer Berg. Auch wenige Tage später, als etwa 100 Jugendliche erneut mit Fahrrädern durch das Ost-Berliner Stadtzentrum zu fahren versuchten, unterbanden Volkspolizisten das Vorhaben. Überhaupt wurde die Bewegungsfreiheit in diesen Tagen eingeschränkt: In Berlin-Pankow untersagte die Volkspolizei das Fahrradfahren in größeren Gruppen und drängte Radfahrergruppen mit ihren Pkw in Seitenstraßen ab. Im Oktober 1982 postierten sich Volkspolizisten an unzähligen Straßenkreuzungen zwischen Berlin-Prenzlauer Berg und Berlin-Mitte, zogen Radfahrer aus dem Verkehr, nahmen Personalien auf und begründeten ihren Einsatz mit der angeblichen Fahndung nach gestohlenen Rädern. Immer wieder gelang es der Staatsmacht, Fahrraddemonstrationen mit zermürbenden Kontrollen zu unterbinden.

Damit allein gab sich die Stasi aber nicht zufrieden. Die BV Berlin eröffnete einen Operativen Vorgang mit dem Decknamen »Ventil«, um Fahrradkorsos und ähnliche Aktionen sowie die Entstehung einer nicht-staatlichen Umweltbewegung zu unterbinden. Insgesamt 220 Teilnehmerinnen und Teilnehmer identifizierte sie im Rahmen des OV »Ventil« und sorgte dafür, dass mit vielen von ihnen disziplinierende Gespräche durch Vorgesetzte oder Lehrer geführt wurden, bei anderen

Liste der Sofortmaßnahmen		Eingang der Meldung		Vertrauliche Dienstsache				
Bestand/Kennwort	Radfahrer	bestätigt	x-Zeit	Nachweisbereich	Lfd.-Nr.	Jahr	Aufh.-Nr.	Blatt
		15-4		Stab -6-	275	82	2.	1-
Uhrzeit	Benennung und Reihenfolge der Maßnahmen	Nachrichtenverbindung		Hinweise Gesetzliche				
		Tag	Nacht					
x	<p>Abriegelung des bekanntgewordenen Treffortes gem. graphischer Teil</p> <p>• Angaben über</p> <p>Anzahl der Teilnehmer derzeitiger Standort Bewegungsrichtung u. dgl. werden durch den ODH über Funk mitgeteilt.</p> <p><u>Aufgabenstellung</u></p> <p>Verhinderung einer Konzentration von Personen, die eine nicht genehmigte Veranstaltung (Fahrradkorso) durchführen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kontrolle der Zufahrtstraßen zum Treff- bzw. Zielort und Ableitung kleinerer Gruppen (bis zu 10 Radfahrern) im Vorfeld des Zielortes,</li> <li>- Abriegelung des Zielortes (siehe graphischer Teil),</li> <li>- Feststellung der Personalien jeder Person, die zum Treffort will,</li> <li>- fahndungsmäßige Überprüfung der Personen,</li> <li>- Fertigung der S 26 mit Vermerk "Belehrung",</li> <li>- Überprüfung der Fahrräder auf Betriebs- und Verkehrssicherheit,</li> </ul> <p>- Prüfung, ob Verstoß gegen StVO vorliegt und Ahndung derselben,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Belehrung zur Teilnahme einer nicht genehmigten Veranstaltung, verbunden mit der Androhung einer Ordnungsstrafe bis zu 500,- M und Abweisung mit Auflage,</li> <li>- Zuführung nur, wenn unumgänglich,</li> <li>- Beachtung der Bewegungsrichtung der kontrollierten Personen und eine neue Ansammlung verhindern,</li> <li>- Überprüfung auffälliger Einzelpersonen (angemalt, Tragen von Plakaten, Plaketten und anderen Geräten),</li> <li>- Einsatz eigener Fototechnik zur Dokumentierung der Handlung <ul style="list-style-type: none"> <li>• werden Fotoaufnahmen durch andere Personen gefertigt, sind deren Personalien festzustellen und die Filme einzuziehen.</li> </ul> </li> </ul> <p><u>Taktisches Verhalten</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht provozieren lassen,</li> <li>- höfliches, korrektes aber bestimmendes Auftreten,</li> <li>- ruhig und sachlich handeln,</li> <li>- nicht in Diskussionen verwickeln lassen,</li> <li>- angewiesenen und durch VF-Angehörige ausgesprochene Maßnahmen schnell, ohne großes Aufsehen und konsequent durchsetzen.</li> </ul>							siehe ordnung
								StVO

> Auszug aus einer Auflistung von »Sofortmaßnahmen« der Volkspolizei zur Unterbindung von Fahrraddemonstrationen in Ost-Berlin. 1982  
BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 3367, Bl. 14 f. (Auszug)

sorgte sie für eine beschleunigte Bearbeitung von Ausreiseanträgen. Die Stasi erhoffte sich davon eine gewisse Einschüchterung einerseits und andererseits, dass die forcierte Ausreise von Organisatoren der Fahrraddemos zu einem Erlahmen der Aktionen führen würde. Tatsächlich ließ der Zulauf bereits im Jahr 1983 spürbar nach, die Stasi stellte ihre Beschattungen aber nicht ein. Vielmehr wurden Umweltaktivistinnen und -aktivisten bis zum Ende der SED-Diktatur überwacht, um das umweltpolitische Versagen des SED-Regimes zu vertuschen.

Einer, der sich intensiv bemühte, dieses umweltpolitische Versagen aufzudecken und öffentlich zu machen, war Carlo Jordan. Der 1951 in Ost-Berlin geborene Bauingenieur organisierte hierfür Fahrraddemonstrationen, richtete die »Berliner Umweltseminare« mit aus; er war Mitbegründer der »Umwelt-Bibliothek« Berlin sowie des »Grün-ökologischen Netzwerks Arche« und 1989/90 Gründungsmitglied und Sprecher der Grünen Partei in der DDR. Er arbeitete an den Untergrundzeitschriften »Umweltblätter« und »Arche Nova« mit und war beteiligt an der filmischen Dokumentation von

ökologischen Krisengebieten und verfallenden Innenstädten, die auch in westlichen TV-Sendern ausgestrahlt wurden wie der Film »Bitteres aus Bitterfeld«. <sup>506</sup> Vor allem aber setzte er sich für eine Vernetzung der Umweltgruppen in der DDR und ihre internationale Einbindung ein, etwa im osteuropäischen Netzwerk »Greenway«.

Der umtriebige Jordan geriet schon in den 1970er-Jahren in den Blick der Stasi: Grund dafür waren seine Aktivitäten in der kultur-oppositionellen Szene Ost-Berlins und seine Proteste z. B. gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns. <sup>507</sup> Die Stasi verdächtigte ihn wiederholt der »staatsfeindlichen Hetze«, der »ungesetzlichen Verbindungsaufnahme«, der »staatsfeindlichen Gruppenbildung« oder auch der »Vereinsbildung zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele«. Deshalb wurde er von MfS-Offizieren observiert, sie hörten seine Telefonate ab, kontrollierten seine privaten Briefe und Pakete, und inoffizielle Mitarbeiter spionierten ihn und sein Umfeld aus. Obwohl Jordan in zahlreichen operativen Vorgängen der Stasi erfasst war, wie etwa den OPK »Setzer«, »Radfahrer« und »Fluß« oder den OV »Kalender« und »Bibliothek«, konnte ihm nie eine



> Carlo Jordan wird im Mai 1983 in Berlin-Pankow vom MfS konspirativ fotografiert. 15.5.1983  
BArch, MfS, AOP 17674/85, Bd. 2, Bl. 113

Straftat nachgewiesen werden. Dennoch zählte ihn die Stasi zu den führenden »feindlichen, oppositionellen Kräfte[n]« in der DDR<sup>508</sup> und sammelte nicht nur Informationen: Jordan wurde verhaftet, er erhielt Reiseperrnen und die Stasi sorgte 1984 ohne Vorwarnung für eine Zwangsräumung seines alternativen Landhausprojektes in der Uckermark. Da die Alte Ziegelei ein wichtiger Treffpunkt für Jordan und seine Freunde war, war es eine gezielt harte Strafe für sein politisches Engagement.<sup>509</sup>

Die Zwangsräumung kann als typische »Zersetzungsmaßnahme« der Stasi gesehen werden, mit der sie versuchte, Jordan und seine Mitstreiter zu »neutralisieren«. Die Stasi plante, Umweltaktivisten aus Kirchengemeinden »herauszudrängen, vor der »Basis« zu diskreditieren und in die Isolation zu zwingen.«<sup>510</sup> Jordan wollte man der »fachlichen Inkompetenz« bezichtigen und ihm nachweisen, dass er als verantwortlicher Bauleiter bei Rekonstruktionsarbeiten an der Zionskirche gegen Auflagen der Bauaufsicht verstoße. Zu weiteren typischen Maßnahmen zählte auch, dass die Stasi kritische Beiträge in die Samisdat-Publikation »Umweltblätter« lancieren wollte und IM kritische Bücher der Umwelt-Bibliothek ausleihen und nicht zurückgeben oder ohne Bezahlung die dortige Kaffeestube nutzen sollten.<sup>511</sup> Ziel solcher Zersetzungsversuche war es, Konflikte innerhalb der Gruppen zu schüren und sie so zu lähmen oder auseinanderzutreiben. Dies gelang der Geheimpolizei trotz ihrer überzogen anmutenden Überwachung und ihrer zahlreichen Zersetzungsversuche aber nicht. Sie selbst musste sich wiederholt eingestehen, dass »es nicht gelungen ist, vorbeugend in diesen Gruppierungen wirksam zu werden« bzw. »differenziert genug« gegen sie vorzugehen.<sup>512</sup>

Die Stasi fürchtete nach den ersten Fahrraddemonstrationen in Ost-Berlin 1982, dass sich in der DDR nicht-staatliche Umweltgruppen etablieren und von diesen eine »latente Gefahr für die staatliche Sicherheit im Innern« ausgehen könne. Denn die Stasi war sich im Klaren, dass die Öko-Gruppen weit mehr als »nur« umweltpolitische Forderungen erhoben. Sie seien, so die Stasi, bestrebt aufzuzeigen, dass es »in der DDR Andersdenkende gibt, die vom Staat unabhängig sind und von Staatsorganen entgegen bestehenden, verfassungsmäßig zugesicherten staatsbürgerlichen

Rechten [...] an deren Ausübung mittels bürokratischen Schikanen und einem ausgeklügelten Rechtssystem gehindert werden.«<sup>513</sup> Der Historiker Jens Gieseke hat dies mit anderen Worten ähnlich beschrieben: »Der Protest gegen verseuchte Flüsse war zugleich ein Protest für das Recht, über verseuchte Flüsse öffentlich sprechen zu können [...], und ein Protest gegen alle Repressionen, die sie und andere zu erleiden hatten, weil sie sich genau dafür einsetzten.«<sup>514</sup>

Umweltaktivisten wie Carlo Jordan galten der SED-Diktatur als »feindliche Kräfte«, weil sie nicht nur das umweltpolitische Versagen der Partei- und Staatsführung öffentlich machten, sondern für Transparenz, Beteiligung und Demokratisierung stritten. Folgerichtig sah sich die Staatssicherheit als »Schild und Schwert« der SED in der Verantwortung, diese Gruppen unschädlich zu machen oder, wie es im Geheimpolizeijargon hieß, zu »zersetzen«. Daran aber scheiterte sie und die Öko-Gruppen entwickelten sich zu einer wesentlichen Säule der DDR-Opposition.<sup>515</sup> Carlo Jordan steht hierbei stellvertretend für viele mutige und engagierte Umweltaktivisten überall in der DDR, die der Überwachung und den Schikanen der Stasi trotzten und bis zum Ende der SED-Diktatur und darüber hinaus (erfolgreich) für eine gesunde Umwelt kämpften.

Übrigens: Im Februar 1987 wurde in West-Berlin erstmals die Smog-Alarmstufe 1 ausgerufen und damit ein Fahrverbot für Pkw angeordnet. In der DDR wurde hingegen erst im Zuge der Friedlichen Revolution, nämlich genau am 9. November 1989, eine zentrale Smog-Verordnung verabschiedet und am 1. Dezember 1989 in Leipzig erstmals in der DDR-Geschichte Smog-Alarm der Stufe 2 ausgerufen.<sup>516</sup>

MSt



> Blues-Messe in der Samariterkirche. 15.6.1980  
Foto: Harald Hauswald/Ostkreuz

## Die evangelische Jugendarbeit als politische Opposition im Fokus der Stasi

Die Kirchen in der DDR wurden von der SED-Führung als Gegner im eigenen Land betrachtet. Sie waren die einzigen Institutionen, die sich eine gewisse Eigenständigkeit bewahren konnten, und boten den Menschen Freiräume für Lebensentwürfe jenseits der Staatsideologie. Die Parteiführung sah dadurch – trotz mancher Kompromissmanöver der Kirchen – ihren Machtanspruch infrage gestellt. Außerdem waren die evangelischen Kirchen in der DDR bis 1969 Teil des gesamtdeutschen Kirchenbundes »Evangelische Kirche Deutschlands« und blieben den Westkirchen auch nach der strukturellen Trennung eng verbunden. Gleicher-

maßen löste sich die katholische Kirche in der DDR nach Gründung der Berliner Bischofskonferenz 1976 formal nie von der Westkirche. Deshalb galten beide Kirchen als »Einfallstor für den westlichen Imperialismus«<sup>517</sup>.

Seit seiner Gründung war das MfS daher mit der Überwachung und »Bearbeitung« der Kirchen beauftragt. Neben technischen und operativen Maßnahmen wie Telefonüberwachungen, Briefkontrollen und Beschattungen »verdächtiger Personen« kamen inoffizielle Mitarbeiter (IM) sowohl in den Kirchenleitungen als auch in den Gemeinden zum Einsatz. Sie sollten Informationen zu Personen und Aktionen sammeln und gezielt Zwietracht und Verunsicherung säen, um die Menschen zu vereinzeln und Gemeinden und Gruppen

auf diese Weise handlungsunfähig zu machen. Dabei stand vor allem die kirchliche Jugendarbeit im Fokus. Da die SED beanspruchte, den »neuen (sozialistischen) Menschen« schaffen zu wollen, waren Bildung und Erziehung für sie ein sensibler Bereich, den es zu kontrollieren galt. In den 1950er- und 1960er-Jahren waren es vornehmlich die Jungen Gemeinden und Studentengemeinden, gegen die die Stasi mit offener Härte vorgeht. In den späteren Jahren diversifizierte sich die kirchliche Jugendarbeit. Eine spezielle Form bildete die Offene Arbeit (OA), die das MfS besonders konsequent bekämpfte.

Die Offene Arbeit hatte in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre unter dem Dach der evangelischen Kirche ihren Anfang genommen. Die Aufbruchsstimmung in den westlichen Ländern, Beatmusik und die Subkultur der »Hippies« gingen auch an den Jugendlichen in der DDR nicht vorbei. Doch das sozialistische Erziehungssystem ließ kaum Spielraum für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten. Das Aufbegehren und die Suche nach einem anderen Lebensstil wurden vom Staat als politische Opposition verstanden und die Jugendlichen mit Geldstrafen, öffentlichem Tadel, teilweise sogar mit Gefängnisstrafen belegt.<sup>518</sup>

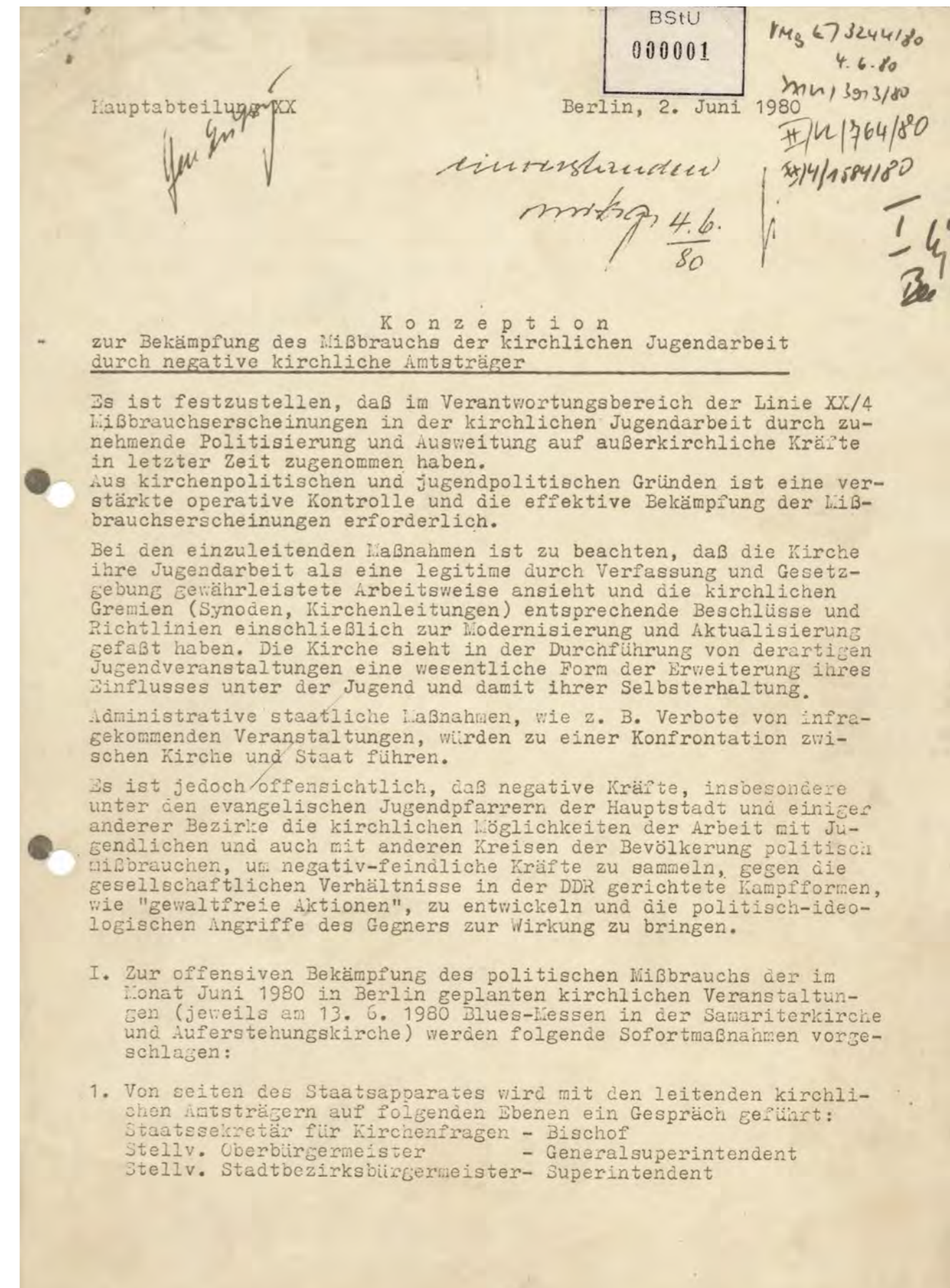
Als Begründer der Offenen Arbeit gilt Walter Schilling (1930–2013), Pfarrer im thüringischen Braunsdorf. Er kümmerte sich um Jugendliche, die auf der Suche nach sich selbst in der staatlich kontrollierten Öffentlichkeit, wo sie oftmals als »Asoziale« stigmatisiert wurden, immer wieder an Grenzen stießen. Er bot ihnen Raum, um »ihre« Musik hören und sich zwanglos treffen zu können, und war Ansprechpartner für ihre Probleme. Nur wenige der jungen Leute waren kirchlich sozialisiert.

Die Aktivitäten der OA überschritten damit weit den Rahmen dessen, was der Staat zu tolerieren bereit war. Kirchliche Jugendarbeit hatte sich auf christliche Themen im engen Sinn und gottesdienstliche Riten zu beschränken. Die Auseinandersetzung mit politischen Fragen und die Suche nach selbstbestimmten Lebensformen, wie sie in der OA praktiziert wurden, empfanden die Machthaber als Bedrohung, die den massiven Einsatz geheimpolizeilicher Methoden erforderte. Die Bekämpfung der OA lag federführend in den Händen der für Kirchen, Kultur, Staatsapparat und den »Untergrund« zuständigen HA XX (S. 179) des MfS in Ost-Berlin.

Ab Anfang der 1970er-Jahre konsolidierte sich die OA und fand auch in den oberen Etagen der kirchlichen Hierarchie größere Akzeptanz. Bis dahin war sie dort eher auf Ablehnung gestoßen. In Berlin hatten sich im Verlaufe der 1970er-Jahre mehrere Gruppen der Offenen Arbeit in verschiedenen Gemeinden zusammengefunden. Wichtige Zentren wurden die Galiläa-Gemeinde mit Pfarrer Gerhard Cyrus (1932–2017) und die Pfingstgemeinde in Berlin-Friedrichshain. In der Eliasgemeinde im Prenzlauer Berg wandte sich Pfarrer Rudi Pahnke (Jg. 1943) der Offenen Arbeit zu.

Rainer Eppelmann (Jg. 1943), Kreisjugendpfarrer in Berlin-Friedrichshain, entwickelte die Samaritergemeinde zu einem wichtigen Ort der OA. 1979 organisierte er zusammen mit dem Bluesmusiker Günter Holwas die erste Blues-Messe, sie fand parallel zum Pfingsttreffen der FDJ am 1. Juni 1979 statt. Die Blues-Messen wurden zur festen Einrichtung der OA in Berlin und zu zentralen Großereignissen, die Jugendliche aus der gesamten DDR anzogen. Sie waren als Gottesdienste konzipiert, in denen Bluesbands – auch solche, die mit Auftrittsverbot belegt waren – ihre Musik spielten, unterbrochen von thematischen und meditativen Texten, auch kürzeren Spielszenen zu einem übergeordneten Thema.

Am 13. Juni 1980 fand unter der Überschrift »Leben macht Spaß« die sechste Blues-Messe statt, geplant und durchgeführt als Doppelveranstaltung in der Samariter- und der Auferstehungskirche, da mehrere Tausend Menschen erwartet wurden. Im Vorfeld dieses Ereignisses fertigte das MfS am 2. Juni 1980 eine Konzeption an, die genaue Anweisungen über die anzuwendenden Überwachungs- und Infiltrationsmethoden enthielt. Danach sollten vor der Veranstaltung Gespräche zwischen den Verantwortlichen der Berlin-Brandenburgischen Kirche und Vertretern des Staates auf verschiedenen Ebenen durchgeführt werden. Deshalb kam es am 5. Juni 1980 zu einer Unterredung zwischen Klaus Gysi (1912–1999), Staatssekretär für Kirchenfragen, und dem Berliner Bischof Albrecht Schönherr (1911–2009). Letzterem wurde vermittelt, dass »neue Formen der Jugendarbeit dem Auftrag des Evangeliums entsprechen, also gottesdienstliche Veranstaltungen sein müssten«, was für die politisch motivierte Arbeit von Eppelmann nicht zutrafte. Bischof Schönherr wurde aufgefordert, diszipli-



> Ausschnitt aus der »Konzeption zur Bekämpfung des Mißbrauchs der kirchlichen Jugendarbeit durch negative kirchliche Amtsträger« der HA XX, 2.6.1980  
BArch, MfS, HA XX, AKG, Nr. 5919, Bl. 1

nierend einzugreifen. Schönherr führte daraufhin ein Gespräch mit Eppelmann, der einwilligte, die Zahl der kirchlichen Ordnungskräfte zu erhöhen.

Das Konzeptionspapier des MfS sah eine breite Palette an Maßnahmen zur Beobachtung der Blues-Messe und zur Beeinflussung des Ablaufs vor. Inoffizielle Mitarbeiter (IM) sollten sich unter die Teilnehmenden mischen und Informationen über Verlauf und anwesende Personen sammeln. Hauptamtliche Mitarbeiter sollten heimlich Ton- und Fotoaufnahmen machen, insbesondere Fotos von Ordnungswidrigkeiten, um die anwesenden Jugendlichen mit Ordnungsstrafen maßregeln zu können. Ein ähnliches Ziel verfolgte die Anordnung, Beschwerden von Anwohnern über Lärm, Schmutz und »Belästigungen« im Umfeld der Kirchen zu sammeln, die später zur Rechtfertigung von Auflagen oder gar Verboten weiterer Veranstaltungen dienen konnten. Außerdem sollte zwischen dem 10. und 20. Juni das Telefon von Rainer Eppelmann abgehört werden. Und schließlich wurde festgelegt, Auftrittsgenehmigung und Repertoire der Bluesband »Hollys«, die in der Blues-Messe auftreten sollte, zu überprüfen, die Bandmitglieder unter Druck zu setzen, um sie von politischen Äußerungen abzuhalten und konspirativ die an die Band gezahlten Honorare zu kontrollieren, um eventuell steuerrechtliche Versäumnisse nachweisen zu können.<sup>519</sup> In einem zweiten Teil der Konzeption verallgemeinerte die HA XX diese Anweisungen für die Bekämpfung der OA in der gesamten DDR. Durch dauerhafte »Zersetzungsmaßnahmen« sollte die Kirche dazu gebracht werden, ihr Engagement in der OA von selbst einzustellen.

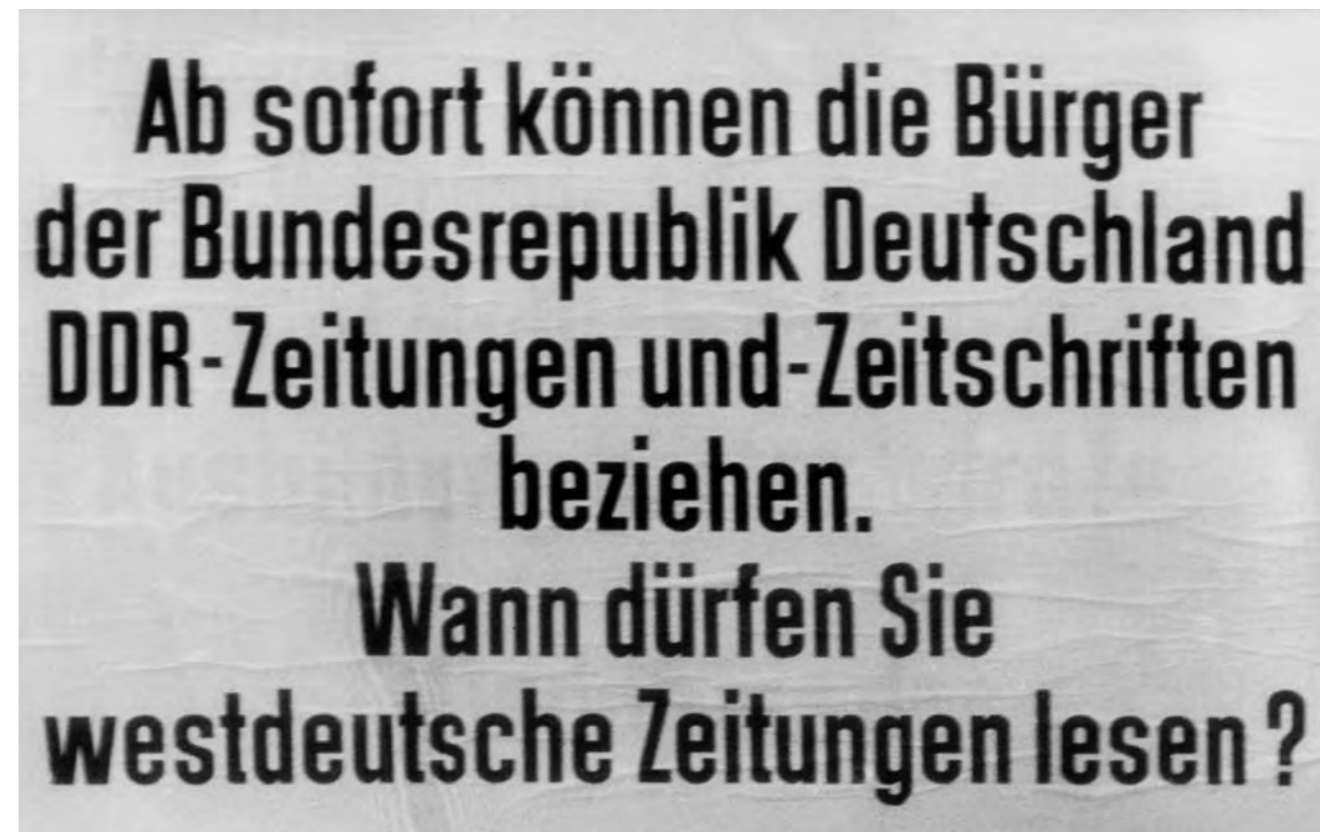
Tatsächlich wurden offene Maßnahmen gegen die Teilnehmenden vermieden. Es gab also z. B. keine Verhaftungen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Blues-Messe. Die Stasi folgte ihrem Konzept und setzte eine unbekannte Zahl von IM zur Erfüllung der in der Konzeption beschriebenen Aufgaben ein. Davon zeugen deren aktenkundige Berichte und überlieferte Fotos. Gegen Eppelmann wurde eine sogenannte Operative Personenkontrolle eingeleitet.<sup>520</sup> Während der Veranstaltung wurde Buttersäure in der Kirche verschüttet, offenbar mit dem Ziel, die Messe wegen des dadurch verursachten Gestanks abbrechen zu müssen. Es liegt nahe, dass dies eine der geplanten »Zersetzungsmaßnahmen« der Stasi war, lässt sich aber nicht endgültig beweisen. Die Verhängung von Ord-

nungsstrafen konnte mangels fehlender Beschwerden nicht ausgeführt werden. Erfolgreich blieb das MfS aber darin, die Auseinandersetzungen zwischen Kirchenleitung, Gemeindekirchenräten und Gemeindegliedern über Inhalte und Durchführung der Blues-Messen andauern zu lassen.<sup>521</sup>

Verbote, die zur Konfrontation zwischen Staat und Kirche führen und damit auch die westliche Öffentlichkeit mobilisieren konnten, vermied die SED aus politisch-taktischen Gründen. Sie sah deshalb auch im Falle der OA davon ab, ließ aber – wie hier ersichtlich – diese besondere Jugendarbeit überwachen und unterwandern und versuchte, die Verantwortlichen gegeneinander auszuspielen und Gründe für Bestrafungen und Verhaftungen zu konstruieren, die scheinbar nicht politisch motiviert waren.

Der Erfolg dieser »Zersetzung«, wie es im Sprachgebrauch der Stasi hieß, war aber nur partiell. Die Offene Arbeit wurde nicht zerschlagen. Eppelmann führte seine Blues-Messen trotz der vielen Behinderungen noch bis 1986 weiter. Inzwischen waren aus den Reihen der OA Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen entstanden, die in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre präsenter und bedeutender wurden. In Ost-Berlin bildete sich als Reaktion auf die von diesen Gruppen als zu staatsnah empfundene Politik der Kirchenleitung im Vorfeld des Kirchentages 1987 die »Kirche von Unten« – der Versuch, den Gewaltstrukturen des SED-Regimes und dem Teil der Kirche, der meinte, sich darin arrangieren zu müssen, eigene, herrschaftsfreie Strukturen und Glaubensformen im weitesten Sinn entgegenzusetzen. Auch wenn es immer wieder zu Konflikten mit Gemeindekirchenräten und Kirchenleitungen kam, die keinen (zusätzlichen) Ärger haben und das kirchliche Leben in den alten geregelten Bahnen sehen wollten, bot die Kirche diesen Gruppen weiterhin Raum für ihre Aktivitäten. Denn Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte, der Bewahrung der Schöpfung und damit nach mehr Umweltschutz sowie der Einsatz für Frieden und Abrüstung fußten auf zutiefst christlichen Werten. Es war jener Raum, den die Offene Arbeit über Jahre hinweg »erobert« hatte.

ARe



> »Hetzplakat« des »Studios am Stacheldraht«, angebracht an den GÜSt Marschallbrücke und Invalidenstraße. 30.7.1968  
BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10776, Bl. 165

## Staatssicherheit und West-Medien

Presse, Radio, Fernsehen: In der geteilten Stadt Berlin setzte die Berichterstattung westlicher Medien die DDR-Staatssicherheit unter besonders große Anspannung. Trotz Abschottung durch die Mauer flossen Informationen von Ost nach West und von West nach Ost, waren Kontakte nicht gänzlich zu verhindern. So gelangten manche brisanten Themen, die das SED-Regime zu vertuschen suchte, in die Presse und den Rundfunk des Westens – und wurden über diesen Umweg auch in der DDR bekannt. Mit erheblichem Aufwand versuchte die Stasi, die »feindlich-negativen« Kräfte auszuschalten, ahnte sie doch, welche Sprengkraft ein freier Austausch von Informationen entwickeln konnte.

Und in der Tat: Die Nadelstiche, die die westlichen Medien dem SED-Regime zufügten, waren vielfältig und wirkten nachhaltig. So initiierte der West-Berliner Innensenator Joachim Lipschitz (1918–1961) im August 1961 in Zusammenarbeit mit dem Rundfunksender RIAS eine mobile Lautsprecherstation, das sogenannte

Studio am Stacheldraht. Das Studio beschallte den Ostteil der Stadt regelmäßig mit Informationen, später folgten meterhohe Leuchtschriftwände, die über politische Ereignisse, Fluchtzahlen und Mauertote berichteten. Eine Informationsoffensive, die den durch den Mauerbau verursachten Bruch mindern sollte und von der DDR-Staatssicherheit observiert und bis ins kleinste Detail dokumentiert wurde.<sup>522</sup>

Tiefen Unmut bei der DDR-Führung und ihrer Geheimpolizei erregte auch das westliche Hörfunkprogramm, darunter die Quizsendung »Das klingende Sonntagsrätsel«. Sie lief im Programm des RIAS, in den Augen der Staatssicherheit einer »Feindorganisation«. Das ab 1965 ausgestrahlte, viele Jahre von Hans Rosenthal (1925–1987) moderierte Sonntagsrätsel war keine *per se* politische Sendung, aber es richtete sich ausdrücklich an das Gesamt-Berliner Publikum und vereinte so über die Mauer hinweg Tausende von Zuschreibern, die Ost-Berliner Zuhörerinnen und Zuhörer an das Sonntagsrätsel des RIAS schrieben, wurden von der DDR-Geheimpolizei abgefangen. Die Stasi befürchtete eine Aushöhlung ihrer Informationskontrolle und wollte verhindern, dass durch die Hörerpost Probleme des DDR-Lebensalltags öffentlich wurden. Außerdem

versuchte sie, über die Karten und Briefe »feindlich-negative Elemente« zu identifizieren. Der vermeintlich harmlose Kontakt zum Sonntagsrätsel endete für manchen bitter: Verwarnung und Strafandrohung, Exmatrikulation und sogar Gefängnisstrafe konnten die Folge sein.

Neben den Sendungen westlicher Radiostationen war es die Tätigkeit westlicher Korrespondenten in Ost-Berlin und der DDR – und hier besonders die Fernsehberichterstattung mit der Kraft ihrer Bilder –, die der Stasi zunehmend Kopfzerbrechen bereitete.<sup>523</sup> Bis 1972 war das Feld für die Geheimpolizei noch relativ übersichtlich: Westjournalisten konnten nur auf Einladung oder als Touristen einreisen, ihre Präsenz in Ost-Berlin und der DDR ließ sich über die Erteilung bzw. Verweigerung einer Einreiseerlaubnis steuern. Dies änderte sich grundlegend, als der »Briefwechsel zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland« über die gegenseitige Gewährung von Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten wirksam wurde.

Der »Briefwechsel« – im Rahmen des deutsch-deutschen Grundlagenvertrags vom 8. November 1972 unterzeichnet – schuf die Basis für ständige Akkreditierungen von Korrespondenten. Dies war eines der Zugeständnisse, die die SED machte, um weiteren Zutritt zur internationalen politischen Bühne zu erlangen: Sie öffnete einen Spaltbreit die Tür für Informationsfluss und Transparenz. Für die Staatssicherheit wurde die Situation dadurch allerdings komplizierter und ihre Aufgabe, das SED-Regime »abzusichern«, deutlich aufwendiger. Denn der »Feind« war nun gleichsam stets vor Ort. Die »Bearbeitung« ausländischer Journalisten lag in den Händen der Abteilung 13 der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) (S. 179) der Stasi.<sup>524</sup> Sie hatte die Arbeit der Korrespondenten minutiös zu überwachen, Begegnungen und Austausch zu kontrollieren oder zu verhindern; sie ermittelte bei ungewünschten Aktivitäten, leitete »Maßnahmen« ein, sorgte bei Bedarf für juristische Konsequenzen.<sup>525</sup>

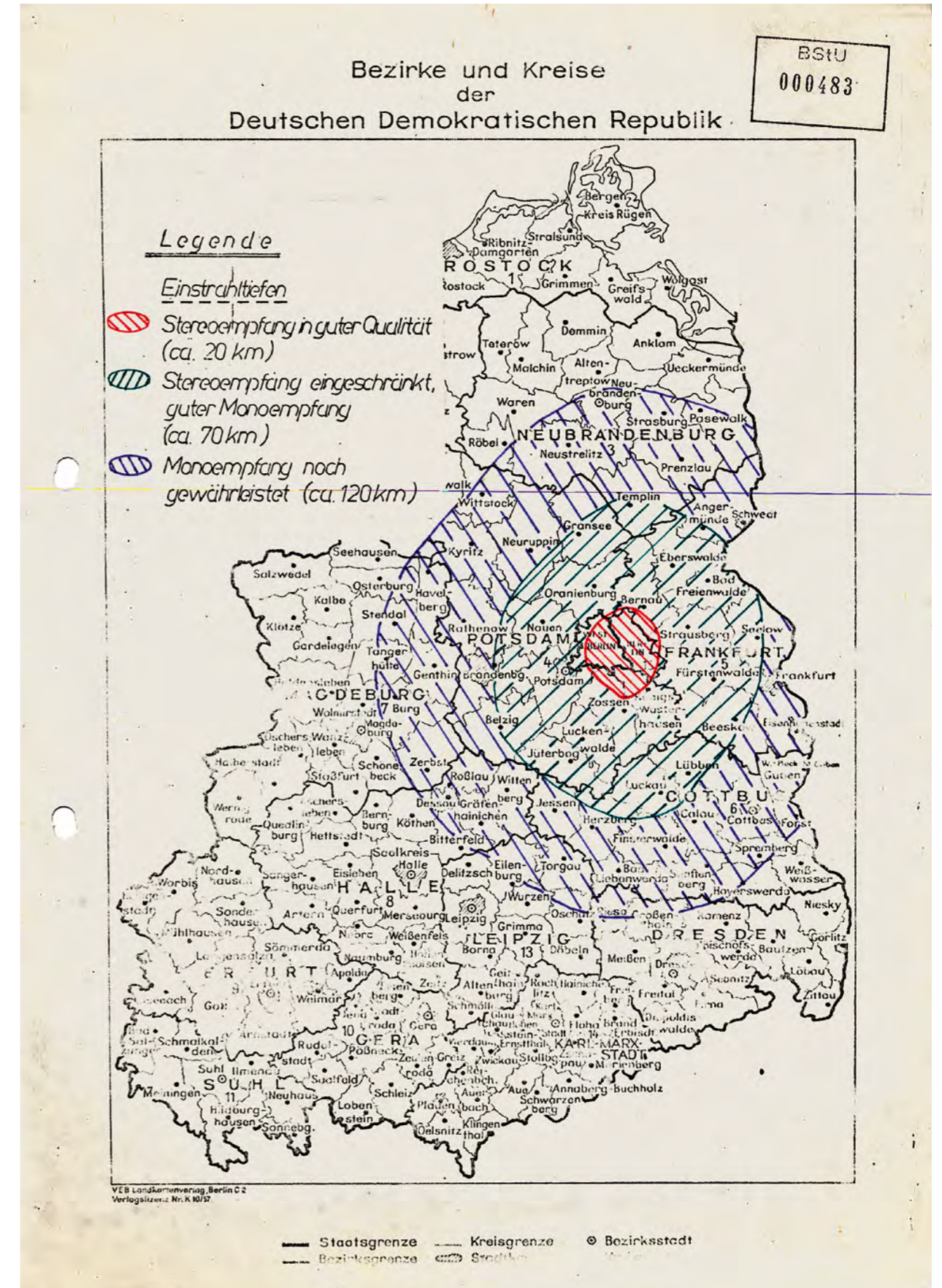
Journalistische Arbeit unter den Bedingungen des SED-Staates war für die Westkorrespondenten oftmals ein Drahtseilakt. Für Interviews benötigten sie eine Genehmigung, Spontanbefragungen auf der Straße konnten ihnen als Missbrauch der Akkreditierung ausgelegt werden,<sup>526</sup> sie waren auf offiziöse Quellen angewiesen und mussten zwischen den Zeilen lesen,

durften bei ihren Recherchen nicht auf Stasi-IM hereinfallen und keine Desinformationen verbreiten. Sie standen unter steter Beobachtung der Staatssicherheit, Post und Telefon wurden kontrolliert, Lauschangriffe durchgeführt. Und die Journalisten besaßen eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in der DDR, die ihnen Auskunft gaben und Materialien übermittelten. Sie mussten deren Identität schützen und genau abwägen, was veröffentlicht werden durfte. Denn im Zweifelsfalle waren es die DDR-Bürger, die die schwerwiegenden Konsequenzen zu tragen hatten: Westkorrespondenten verloren womöglich ihre Akkreditierung, Ostdeutsche aber konnten ins Gefängnis kommen.

Nicht wenige westliche Journalisten mussten ihre Tätigkeit in Ost-Berlin vorfristig aufgeben. Zwar wollte das SED-Regime rufschädigendes Aufsehen tunlichst vermeiden, doch in manchen Fällen schien ihm eine weitere Korrespondententätigkeit für das Image der DDR noch abträglicher. So verlor »Spiegel«-Korrespondent Jörg Mettke im Dezember 1975 seine Akkreditierung, nachdem er über Zwangsadoptionen in der DDR berichtet hatte – oder, wie es in einem Stasi-Bericht heißt, »wegen grober Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR«.<sup>527</sup> Ein Jahr später erhielt Lothar Loewe, erster Leiter des ARD-Studios in Ost-Berlin, die Mitteilung, dass ihm die Akkreditierung entzogen werde und er innerhalb von 48 Stunden die DDR zu verlassen habe. Der SED und ihrer Staatssicherheit war Loewe von Beginn an ein Dorn im Auge, sein drastischer Hinweis im Dezember 1976 auf den Schießbefehl an der Grenze galt als letzter Anstoß.<sup>528</sup> Die OPK »Alster« legt beredtes Zeugnis über die umfangreichen Ermittlungen und Maßnahmenpläne ab, die die Stasi gegen Lothar Loewe führte.

In der Präsenz und Tätigkeit westlicher Korrespondenten sah das SED-Regime nicht nur eine Bedrohung für sein außenpolitisches Ansehen, es sah darin vor allem auch einen entscheidenden Grund für die wachsende Ablehnung in der Bevölkerung. Diese Wahrnehmung teilte naturgemäß auch die Staatssicherheit.

In einem Schulungsfilm der HA II aus dem Jahr 1988 wurde das »subversive Wirken« der westlichen Journalisten ausführlich beklagt: Durch Desinformation und Manipulation würden sie »feindlich-negative« Aktionen in der DDR gegen die DDR initiieren und



> Stasi-Skizze zur Reichweite von »Radio Glasnost« aus dem Abschlussbericht der HA III vom 6.5.1988  
BArch, MfS, Sekr. Schwanitz, Nr. 464, Bl. 483





> Ende 1988 finden einige Ost-Berliner in ihren Briefkästen diesen Wurfzettel, mit dem Mitglieder des Weißenseer Friedenskreises auf »Radio Glasnost« aufmerksam machen wollen.  
Robert-Havemann-Gesellschaft, RAD1-61

provozieren. Die Erosion des SED-Staats kam von außen – dass die Staatsmacht und ihre Geheimpolizei letztlich scheiterten, verwundert bei einer derartigen Realitätsverzerrung nicht.

Ein ganz besonderer Stein des Anstoßes für die Staatssicherheit war die Rundfunksendung »Radio Glasnost – Außer Kontrolle«. Allein der Name war eine Provokation für die DDR-Geheimpolizei, ging ihr Kontrolle doch über alles. Und der Name war ja Programm: »Radio Glasnost« wollte die Zensur des SED-Regimes durchbrechen, wollte für Klarheit und Durchblick sorgen und frei über Menschenrechte, Umweltschutz und Friedensengagement in der DDR berichten. Realisiert wurde dieses Radio-Projekt als Ost-West-Gemeinschaftsunternehmen: Die Beiträge stammten von DDR-Oppositionellen und wurden als Manuskript oder Tonaufnahme in den Westen geschmuggelt, wo sie von »Radio 100«, einem West-Berliner linksalternativen Privatsender, ausgestrahlt wurden.<sup>529</sup> Auch Interviews, Hinweise auf Veranstaltungen von Bürgerrechtsgruppen und Mitschnitte von Debatten gehörten zum Programm, eingerahmt durch Undergroundmusik aus dem Osten.

27-mal ging »Radio Glasnost« zwischen Sommer 1987 und Ende 1989 auf Sendung, jeweils am letzten Montag eines Monats von 21.00 bis 22.00 Uhr.<sup>530</sup> Jede Sendung wurde von der Staatssicherheit in einer Art nachträg-

lich erstelltem Drehbuch akribisch festgehalten.<sup>531</sup> Ziel dieses Eifers waren die »Zurückdrängung und Unterbindung feindlich-negativer Beeinflussung von Bürgern der DDR« – denn nichts anderes war »Radio Glasnost« für die Stasi: ein »Zusammenwirken zwischen feindlichen Kräften«, das unbedingt verhindert werden musste.<sup>532</sup> Tatsächlich erfuhren die Hörerinnen und Hörer über »Radio Glasnost« beispielsweise, welche Fragen auf dem »Kirchentag von Unten« in der Pfingstkirche in Berlin-Friedrichshain zur Diskussion standen oder wie der 1977 ausgebürgerte Schriftsteller Jürgen Fuchs die politische Situation in der DDR beurteilte. Oder sie hörten einen Kommentar des Bürgerrechtlers Wolfgang Templin zu den Festnahmen von Demonstranten bei der Luxemburg-Liebknicht-Demonstration im Januar 1988 oder konnten sich über die psychosozialen Auswirkungen der Isolation, in der das SED-Regime die Bevölkerung zu halten versuchte, informieren und bekamen eingehende Berichte über die politisch motivierte Relegation von vier Schülern der Ossietzky-Oberschule in Berlin-Pankow.<sup>533</sup> »Radio Glasnost« rückte Themen und Ereignisse ins öffentliche Licht, über die man sonst in der DDR kaum etwas oder gar nichts erfahren konnte. Dass SED und Staatssicherheit rasch nervös wurden, ist nicht verwunderlich: Hier geschah tatsächlich etwas außerhalb ihrer Kontrolle.<sup>534</sup>

Als verantwortliche »Hintermänner« machte die Stasi »vorwiegend in der BRD und West-Berlin ansässige Inspiratoren und Organisatoren politischer Unter-

grundtätigkeit in der DDR« aus, darunter Jürgen Fuchs und insbesondere den 1983 in den Westen abgeschobenen Roland Jahn (Jg. 1953). Er war als Journalist in West-Berlin tätig, sehr gut vernetzt und der entscheidende Impulsgeber für das Glasnost-Format. Doch auch in der DDR lebende »Exponenten politischer Untergrundtätigkeit« wie Ralf Hirsch und Wolfgang Templin sah die Staatssicherheit involviert, weitere namhafte Oppositionelle wie Reinhard Schult, Vera Lengsfeld oder Siegbert Schefke kamen hinzu.<sup>535</sup>

Was aber tat die Staatssicherheit nun gegen dieses SED-unabhängige Informationsmedium, das Ereignisse thematisierte, die es in den Augen des Regimes gar nicht geben durfte? Die Richtung gab Mielke persönlich vor. Am 25. September 1987 informierte er schriftlich die Leiter der MfS-Dienststellen über »Radio Glasnost« und forderte die »Bekämpfung der auf politisch-ideologische Zersetzung gerichteten Tätigkeit«. Die »Aufklärung« in West-Berlin übertrug er der Abteilung XV der BV Berlin (S. 180), die Federführung der »Bearbeitung« in der DDR lag bei der HA XX (S. 179).<sup>536</sup> Diese legte am 3. November 1987 einen Zehn-Punkte-Plan vor, der die von Mielke gesetzten Schwerpunkte unterfütterte. Im Fokus der abteilungsübergreifenden Maßnahmen standen die »äußeren Feindpersonen« Roland Jahn und Jürgen Fuchs, die Unterstützer und Akteure in der DDR, die »Kurier- und Verbindungswege« und die »beweismäßige Dokumentierung« der Sendungen. Durch Überwachung, Abhören, Postkontrolle und Spitzeleinsatz sollten die an »Radio Glasnost« beteiligten Personen identifiziert und Beweismaterial gegen sie gesammelt werden.

Das alleine genügte der Stasi aber nicht, dauerte ihr womöglich zu lange. Sorge bereitete ihr nämlich die Reichweite der Rundfunkausstrahlung: im »Monoempfang« bis 120 Kilometer tief in die DDR hinein.<sup>537</sup> Die »feindlich-negative Beeinflussung von Bürgern der DDR« erstreckte sich von Neubrandenburg bis Riesa, von Frankfurt (Oder) bis Magdeburg. Um die Wirkungskraft der Sendungen unmittelbar zu minimieren, griff die Staatssicherheit – in Zusammenarbeit mit der NVA und dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen – daher zu sogenannten Störeinsätzen zur technischen Beeinträchtigung des Rundfunkempfangs. Mit ihrer ersten Aktion – »David 1« – am 28. März 1988 zeigte sich die Stasi sehr zufrieden und beschloss, im Zuge von »David 2« auch den Empfang der Folge-

sendung Ende April 1988 zu behindern.<sup>538</sup> Die Anzahl der Störsender in Ost-Berlin und Umgebung wurde dafür von zwölf auf 18 erhöht, mit dem Fernsehturm auf dem Alexanderplatz als Hauptstandort, weitere Störkomplexe gab es in den Bezirken Potsdam, Neubrandenburg, Cottbus und Frankfurt (Oder). Obwohl »David 2« ebenfalls eine hohe Wirksamkeit attestiert wurde, empfahl die HA III (S. 179) in ihrem Abschlussbericht vom 2. Mai 1988, weitere Aktionen erst einmal auszusetzen.<sup>539</sup> Sie befürchtete nämlich, der West-Berliner Funkkontroll- und Messdienst und das Bundespostministerium könnten die Störmanöver, die sich mancherorts auch auf West-Berliner Gebiet auswirkten, zurückverfolgen. Dann aber wäre der Verstoß gegen das deutsch-deutsche Postabkommen vom 30. September 1971 allgemein bekannt geworden und hätte der DDR womöglich einen internationalen Imageschaden beschert.

Aufwendige technische Störmanöver, minutiöse Dokumentation der Sendeinhalte, umfangreiche Observationsmaßnahmen und Ermittlungen: Der große Einsatz an Kräften, Arbeitszeit und Material zeigt, wie nervös »Radio Glasnost« die SED und ihre Geheimpolizei machte. Dass der amateurhafte Tenor der Sendebeiträge, wie die Stasi notierte, in der Zuhörerschaft nicht überall auf helle Begeisterung stieß, reichte zur Selbstberuhigung des SED-Regimes nicht aus.<sup>540</sup> »Radio Glasnost« stand für die potenzielle Handlungsstärke und Wirkungskraft oppositioneller Netzwerke: Hier trafen sich unterschiedliche Akteure, um wichtige Anliegen und Themen in die Öffentlichkeit zu bringen, hier arbeiteten Ost und West zusammen, um ein breites, überregionales Forum für offene Berichterstattung zu schaffen. Es war ein Akt der Selbstermächtigung, den die Stasi mit ihren Mitteln zu bekämpfen suchte und nicht besiegen konnte.

Am 27. November 1989 fand die letzte Sendung von »Radio Glasnost« statt: als Diskussionsrunde mit Vertretern der DDR-Opposition live im Studio.

GCa

»Radio Glasnost –  
Außer Kontrolle«





# Das Ende

---

## »Führungskraft des Untergrunds« – der Bürgerrechtler Mario Schatta und die Opposition in Ost-Berlin

Opposition in Ost-Berlin? Das waren in den 1970er-Jahren zunächst einzelne Dissidenten und Reformkommunisten wie Robert Havemann, Wolf Biermann oder Rudolf Bahro, die in ihren Schriften und Liedern die dogmatische Unerbittlichkeit und Arroganz der Funktionärskaste im DDR-Sozialismus angriffen. Seit den frühen 1980er-Jahren kamen weniger prominente Akteure hinzu, kleinere Lesezirkel und Friedenskreise, die sich für Wehrdienstverweigerer stark machten, die groteske Militarisierung der DDR anprangerten und eine schnelle Abrüstung aller Atomwaffen in Ost und West forderten. Junge Wehrdienstverweigerer wie Reinhard Schult (1951–2021) gründeten 1977 den Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde. Im Oktober 1981 folgte der Friedenskreis Pankow um Ruth (Jg. 1952) und Hans-Jürgen Misselwitz (Jg. 1950)

und 1982 fanden sich Bärbel Bohley (1945–2010), Katja Havemann (Jg. 1947), Ulrike Poppe (Jg. 1953), Almut Ilse (Jg. 1950) und weitere Mitstreiterinnen zur Gruppe »Frauen für den Frieden« zusammen, um gegen die Verpflichtung von Frauen zum aktiven Wehrdienst im Rahmen des neuen Wehrdienstgesetzes zu protestieren.

Diese Bürgerinnen und Bürger legten es nicht primär auf eine Konfrontation mit dem Staat an. Sie suchten aber jenseits der offiziellen SED-nahen Massenorganisationen nach alternativen Foren wie der »Friedensdekade« oder der »Friedenswerkstatt«, um zwangloser über Ansätze zu einer gewaltfreien Pädagogik, die Gefahr eines Atomkrieges oder blockübergreifende Friedensinitiativen zu diskutieren. Ein Höhepunkt dieser alternativen Szene waren die Blues-Messen in der Lichtenberger Erlöserkirche, bei der bis zu 7 000 Blueser, Trumper<sup>541</sup> und Punks zusammenkamen. Sie sprachen über Konsumdruck, Willensfreiheit und staatliche Gewalt.<sup>542</sup> Eine Überwindung des Sozialismus forderte dabei niemand.<sup>543</sup> Dennoch ging es den Teil-



> Beobachtungsfoto des MfS von Bärbel Bohley. O. D. BArch, MfS, HA XX, Nr. 3373, Bild 1

nehmenden neben Abrüstung und Kriegsvermeidung immer auch um eine innere Demokratisierung und Humanisierung der DDR. Struktur, Praxis und Ideologie der SED-Herrschaft wurden damit durchaus infrage gestellt.<sup>544</sup>

Mitte der 1980er-Jahre setzte dann eine inhaltliche Differenzierung der Oppositionsarbeit ein: Frieden stand nicht mehr allein im Mittelpunkt, es kamen Fragen der Ökologie, der Menschenrechte und der globalen Verteilungsgerechtigkeit hinzu. Verbunden war damit auch eine ideologische Auffächerung: Wolfgang Templin (Jg. 1948), Peter Grimm (Jg. 1965), Gerd Poppe (Jg. 1941) und Ralf Hirsch (Jg. 1960) von der 1985 gegründeten »Initiative Frieden und Menschenrechte« (IFM) traten zum Beispiel entschieden für Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus ein und zeigten keine Berührungsängste mit Journalisten und Regierungsvertretern aus der Bundesrepublik.<sup>545</sup> Thomas Klein (Jg. 1948), Vera Wollenberger (Jg. 1952), Silvia Müller (Jg. 1953) und Reinhard Schult von der Gruppe »Gegenstimmen« positionierten sich hingegen deutlich marxistischer und verurteilten jede Zusammenarbeit mit westlichen Akteuren.<sup>546</sup> Die ideologischen Gegensätze belebten auch die oppositionelle Debattenkultur. In Hinterzimmern wurden immer neue politische Publikationen gedruckt, etwa der »Grenzfall« der Initiative Frieden und Menschenrechte oder die von Ludwig Mehlhorn (1950–2011) und Stephan Bickhardt (Jg. 1959) herausgegebenen »radix-Blätter«.<sup>547</sup> Auch die Vernetzung der Einzelgruppen nahm zu. Bereits 1983 konstituierte sich in Berlin-Schöneeweide »Frieden konkret«, eine Art Parlament der Friedensgruppen.<sup>548</sup> Ein Jahr später eröffnete die Umweltbibliothek (UB) in der Zionsgemeinde in Prenzlauer Berg, die sich mit ihrer Zeitschrift »Umweltblätter« schnell zu einem zentralen Anlaufpunkt in Ost-Berlin entwickelte.<sup>549</sup>

Dass die Berliner Opposition so zügig an Profil gewinnen konnte, lag an mindestens zwei Faktoren: zum einen an der Vielzahl engagierter Pastorinnen wie Christa Sengespeick (Jg. 1952) (Auferstehungsgemeinde) und Pfarrer wie Rainer Eppelmann (Jg. 1943) (Samaritergemeinde) oder Martin Michael Passauer (Jg. 1943) (Stadtjugendpfarrer in Ost-Berlin). Sie stellten ihre Räume für kritische Aktionen und unangepasste Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Zum anderen profitierten jene Oppositionellen, die für westliche

Unterstützung offen waren, von der Nähe zu Diplomaten und Journalisten im Westteil der Stadt. Die »taz« und der Sender »Radio 100« brachten regelmäßig Beiträge der Opposition, während Exilanten wie Roland Jahn (Jg. 1953), Jürgen Fuchs (1950–1999) oder Guntolf Herzberg (Jg. 1940) ihre Kollegen im Osten mit Druckmaschinen, Videokameras und Medienkontakten versorgten.<sup>550</sup>

Wie reagierte die Stasi darauf? In einem Dossier vom Juni 1989 bezeichnete die Geheimpolizei Bürgerbewegte wie Bärbel Bohley, Wolfgang Templin oder Werner Fischer (Jg. 1950) als »fanatische, von politischer Profilierungssucht getriebene, vielfach unbelehrbare Feinde des Sozialismus«.<sup>551</sup> Ermahnungen durch den Arbeitgeber, Post- und Telefonkontrollen, regelmäßige Verhöre und in Ausnahmefällen auch Strafverfahren sollten sie verunsichern und lähmen. Inoffizielle Mitarbeiter streuten Gerüchte, organisierten Pannen und zerredeten Protestaktionen. Zuständig für diese Zersetzungsstrategie war die Abteilung XX (S. 180) (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) der Stasi-Bezirksverwaltung Berlin (S. 181). Unter allen Umständen wollte sie die Verfestigung von Strukturen und ein Zusammengehen der Aktivisten mit der bis dahin noch immer passiven Bevölkerungsmehrheit verhindern.<sup>552</sup>

Dass am Ende auch eine vollständige Zerschlagung der Gruppen vorgesehen war, zeigt die Razzia der Stasi in der Umweltbibliothek in der Nacht vom 24. zum 25. November 1987. Sieben Personen wurden verhaftet, Drucker und Publikationen aus dem Keller der Zionskirche beschlagnahmt. Die Stasi wollte die Macher des »Grenzfalls«, einer Untergrundzeitschrift der IFM, auf frischer Tat ertappen, um daraufhin die UB und die IFM vollständig zu zerschlagen. Die Aktion misslang allerdings: Zum einen wurde der »Grenzfall« in dieser Nacht gar nicht gedruckt. Zum anderen entstand eine erstaunliche Solidarisierungswelle mit Fürbitten, Mahnwachen und internationalen Protesterkklärungen, sodass die Inhaftierten schnell wieder freigelassen wurden. Die Vorgänge um die Zionskirche machten deutlich: Die Opposition handelte mittlerweile schnell, professionell und trotz aller ideologischer Gegensätze erstaunlich geeint.<sup>553</sup>

Die Stasi verschärfte daraufhin ihre Gangart: Im Rahmen der Aktion »Störenfried« startete sie zunächst eine Verleumdungskampagne gegen führende Vertreter der



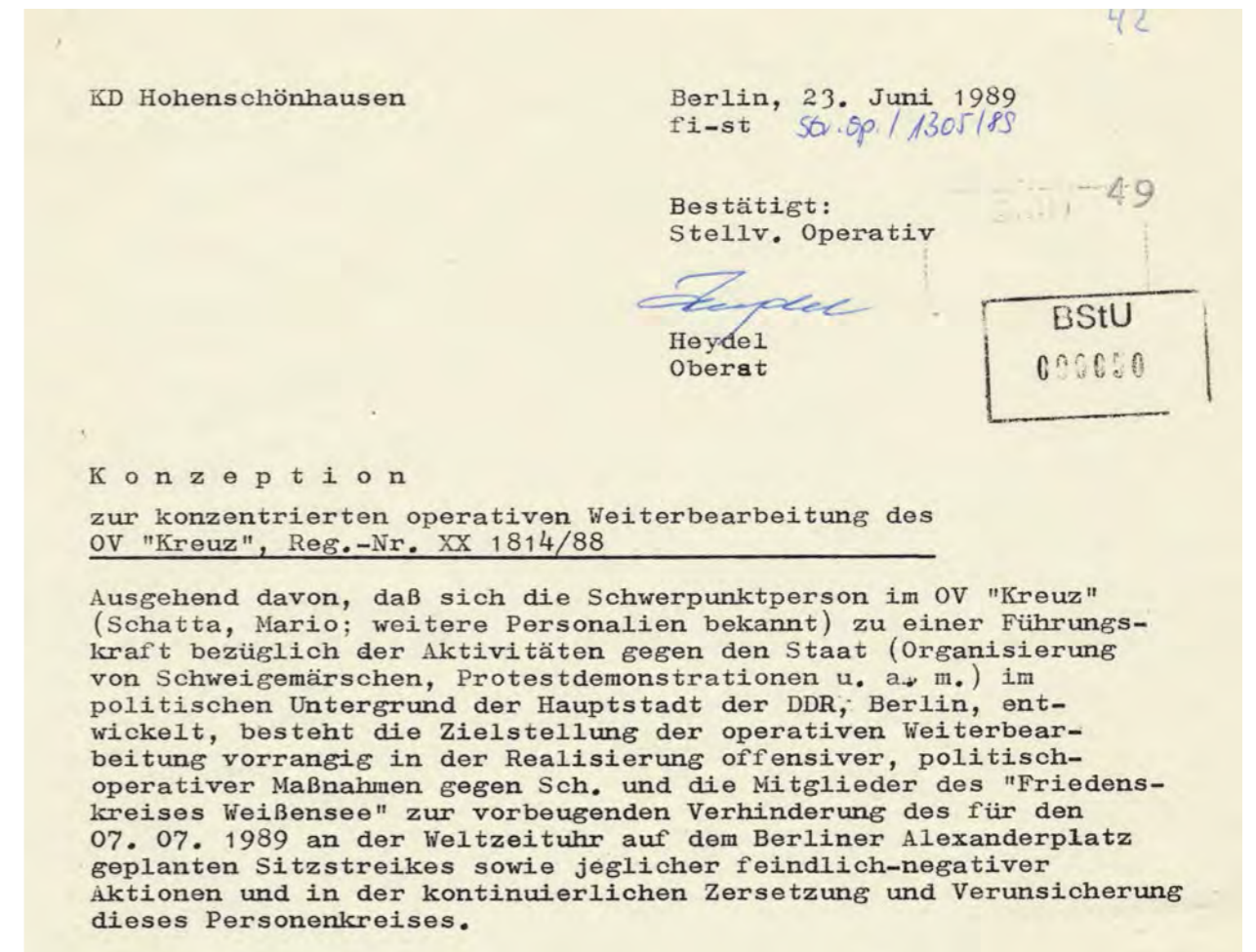
> Demonstration gegen die Fälschung der Kommunalwahlen vor der Sophienkirche. 7.5.1989  
Robert-Havemann-Gesellschaft, Fo, HAB, 15005, Fotograf: Hans-Jürgen Röder

Opposition, bevor sie am 25. Januar 1988 Freya Klier (Jg. 1950), Bärbel Bohley, Werner Fischer, Ralf Hirsch sowie Regina und Wolfgang Templin – die wichtigsten Protagonisten der IFM – verhaften ließ. Ihre Kontakte zu Roland Jahn und Jürgen Fuchs in West-Berlin wurden ihnen als »landesverräterische Verbindungsaufnahme« ausgelegt. Erneut erhob sich ein Proteststurm, sogar der Deutsche Bundestag befasste sich mit der Verhaftungswelle. Am Ende entschied sich die SED anstelle langer Haftstrafen für ein temporäres Zwangsexil der Betroffenen. Regina und Wolfgang Templin gingen zum Beispiel für zwei Jahre in die Bundesrepublik, Bärbel Bohley und Werner Fischer für ein halbes Jahr nach England.<sup>554</sup>

War der SED damit ein Coup gelungen? Zunächst sah es so aus: Der Weggang löste bei den Dagebliebenen erhebliche Irritationen aus und schwächte die Oppositionsarbeit nachhaltig. Dennoch sollte das Land auch in der Folgezeit nicht mehr zur Ruhe kommen. Die SED verweigerte den Dialog und sorgte für ein Gefühl der

Stagnation und Ohnmacht. Die Opposition antwortete darauf mit dem Aufbau neuer Strukturen: Im Spätsommer 1989 konstituierten sich binnen weniger Wochen fünf neue Bürgerinitiativen. Besonders erfolgreich entwickelte sich das Neue Forum, das allen Lagern und Milieus offenstand und dadurch schnell zu einer Massenbewegung anwuchs. Nun endlich gab es für politisch Interessierte das, was einige von ihnen bereits in den Friedenskreisen der frühen 1980er-Jahre gesucht hatten: eine Plattform, um angstfrei über Alltagssorgen und Zukunftswünsche sprechen zu können.

Frieden und Bürgerrechte waren seine Themen, schon lange vor dem Umbruch 1989: Mario Schatta (Jg. 1963), Sozialdiakon aus Weißensee, überzeugter Pazifist – und einer der engagiertesten Oppositionellen in Ost-Berlin. Er organisierte Solidaritätsandachten für Inhaftierte, verteilte die »Umweltblätter« im Freundeskreis, initiierte einen Kinoboykott gegen das Verbot sowjetischer



> Konzeption der KD Hohenschönhausen zur »konzentrierten operativen Weiterbearbeitung« Mario Schattas und der Mitglieder des Friedenskreises Weißensee. 23.6.1989  
BArch, MFS, BV Berlin, AOP 2860/91, Bl. 50 (Auszug)

Filme im Oktober 1988 und schrieb über die »Erziehung zum Krieg«, nachdem sich Schülerinnen und Schüler der Carl-von-Ossietzky-Oberschule in Pankow kritisch zu Militärparaden geäußert hatten und daraufhin im September 1988 die Schule verlassen mussten. »Die Begrenzungen, die der DDR-Staat den Bürgern auferlegt hat, wollte ich nicht akzeptieren«, so Schatta im Rückblick. »Und ja, ein Quantum Abenteuerlust war wohl auch dabei.«<sup>555</sup>

1982 wurde Schatta von der Staatssicherheit verhört, nachdem er sich geweigert hatte, den Aufnäher »Schwerter zu Pflugscharen«, das Symbol der unabhängigen Friedensbewegung, von seiner Jacke zu entfernen – ein Schlüsselerlebnis. Er beschloss, grundsätzlich mit dem Staat zu brechen, gab seine Anstellung als Dekorationstischler an der Staatsoper Unter den Linden auf, begann eine Ausbildung als Diakon und wirkte schließlich als Jugenddiakon im evangelischen Gemeindezentrum »Heinrich Grüber« in Hohenschönhausen. Mit friedensbewegten Mitschülern rief er 1983

den »Friedenskreis Weißensee« ins Leben, um über Friedensethik und Friedenspolitik zu streiten. Sein Herzensanliegen dabei: die Legalisierung der Wehrdienstverweigerung. Unermüdlich warb er für die Idee eines sozialen Friedensdienstes, etwa auf dem Friedensseminar in Vipperow 1986 oder auf der Ökumenischen Versammlung in Dresden 1988. 19 Eingaben zu dieser Thematik verfasste er allein im Jahr 1983, laut Stasi »ein extrem behördenlästiges Verhalten«.<sup>556</sup>

Schattas Sternstunde kam im Mai 1989. Zusammen mit seinen Mitstreitern vom Friedenskreis gelang ihm eine fast lückenlose Kontrolle der Kommunalwahl im Bezirk Weißensee. In seiner Wohnung in der Tassostraße 16 trugen die Wahlbeobachter die Einzelergebnisse aus 66 von 67 Wahllokalen zusammen. Am Ende stand fest: Die Wahlkommission hatte gut die Hälfte aller Nein-Stimmen des Bezirks unterschlagen.<sup>557</sup> Die Volkswahl – ein jahrzehntelang hingenommenes Bekenntnisritual – hatte sich plötzlich in ein Symbol für Unrecht und Willkür verwandelt. Was folgte, war

ein unerwartet heftiger Protest. Zunächst in Form von Eingaben und Beschwerden. Schatta stellte zum Beispiel Strafanzeige gegen die Bürgermeisterin von Weißensee Ingeborg Podßuweit (Jg. 1937).<sup>558</sup> Schließlich wagten sich auch einige Aktivisten auf die Straße, zum ersten Mal am 7. Juni 1989 vor der Sophienkirche in Berlin-Mitte. Schatta initiierte daraufhin die Aktion »am 7. um 17 Uhr« – einmal im Monat sollte auf dem Alexanderplatz an die Wahlfälschung erinnert werden. Die Mahnwache wurde zu einem Vorläufer der späteren Großdemonstrationen im Herbst 1989.<sup>559</sup>

Spätestens zu diesem Zeitpunkt rückte der Diakon in den Fokus der MfS-Kreisdienststelle Hohenschönhausen (S. 181), in deren Zuständigkeitsbereich das Heinrich-Grüber-Zentrum lag. Die Offiziere René Richter und Karsten Mory zählten Schatta zu einer »Führungskraft des politischen Untergrundes in der Hauptstadt der DDR«. »Er vertritt offen die Auffassung, dass in der DDR keine Demokratie herrscht und dass der Staat alle demokratischen Freiheiten der Menschen rigoros unterdrückt«, schrieben die beiden Mitarbeiter in einem Auskunftsbericht vom Juni 1989.

Im Februar 1989 hatte das MfS den OV »Kreuz« eröffnet, um die seit Mitte der 1980er-Jahre laufenden Überwachungsmaßnahmen zu bündeln: Kontrolle von Briefen, Telefonaten und Kontobewegungen, Beschaffung von Schriftproben und Fingerabdrücken, Beschattung daheim und während der Arbeit. Dafür wurden acht inoffizielle Mitarbeiter eingespannt, ebenso ein Nachbar Schattas, der als Offizier beim MfS arbeitete. Sie nahmen nicht nur den Diakon selbst, sondern auch die Aktivitäten des Friedenskreises ins Visier, berichteten aus den regelmäßigen Sitzungen, beurteilten die Einstellungen und Kontakte seiner Mitglieder und sammelten Flugblätter und Publikationen.<sup>560</sup>

Auch wenn die Geheimpolizei eine Fülle politischer Straftaten wie »Staatsverleumdung« oder »Zusammenrottung« als erwiesen ansah, strebte sie eine Disziplinierung des Diakons über seinen Arbeitgeber Kirche und nicht eine Verhaftung an. »Es besteht die vordringliche Aufgabe darin, so zu arbeiten, dass Schatta nicht strafrechtlich belangt werden braucht«, so Manfred Häbler, Leiter der Abteilung XX der BV Berlin (S. 180) im März 1989. Die SED im Bezirk sehnte sich nach Ruhe, Störer sollten ohne größeres Aufsehen diszipliniert werden. »Der Antrittsbesuch des neuen Super-

intendenten [Christoph Telschow] bei Inneres<sup>561</sup> sollte genutzt werden, um neben dem guten und konstruktiven Verhältnis Staat – Kirche im Stadtbezirk auf das belastende Element Schatta hinzuweisen.«<sup>562</sup>

Als Schatta allerdings das Thema Kommunalwahl aufgriff, ließ die Stasi von dieser indirekten Strategie ab und schaltete um auf offene Repression. Eine öffentliche Infragestellung der Legitimität der SED durfte nicht geduldet werden. Sie belagerte sein Haus, nahm den Diakon mehrmals fest und ließ gegen die Mahnwachen auf dem Alexanderplatz ein Großaufgebot von MfS-Mitarbeitern und Kampfgruppen in Zivil auffahren. Stoppen konnte sie den Bürgerrechtler dadurch aber nicht. Während die staatliche Gewalt am 7. Oktober 1989 in Berlin-Mitte eskalierte, lud Schatta Vertreter der neuen Bürgerinitiativen ins Heinrich-Grüber-Zentrum nach Hohenschönhausen ein, um über die Zukunft des Landes zu diskutieren.<sup>563</sup> Was die Anwesenden damals noch nicht zu glauben wagten: Im Dezember 1989 erhielten sie alle die Chance, einige der dabei entwickelten Ideen wie die Auflösung der Staatssicherheit oder die Liberalisierung des Medienwesens an den Runden Tischen in praktische Politik umzusetzen.

MSc



> Beobachtungsfoto der Staatssicherheit von Ulrike Poppe. 1980er-Jahre  
BArch, MfS, AOP 1010/91, Bd. 18, Bl. 22, Bild 8

## »Die Frage nach der Perspektive« – die Friedliche Revolution

Ulrike Poppe, 1953 in Rostock geboren, war schon lange vor der Friedlichen Revolution eine feste Größe der DDR-Opposition. Nach dem Abitur zog sie nach Ost-Berlin, fand dort rasch Anschluss an regimekritische Diskussionsgruppen – und geriet deshalb in das Blickfeld der Staatssicherheit. Anfang der 1980er-Jahre trat sie als Initiatorin des landesweit ersten, vom Staat unabhängigen Kinderladens in Ost-Berlin in Erscheinung. Damit stellte sie das staatliche Erziehungsmonopol infrage, was das SED-Regime wiederum als Angriff auf seine eigene Machtposition wertete. Als die DDR-Führung 1982 ein neues Wehrdienstgesetz verabschiedete, sah dieses unter bestimmten Voraussetzungen erstmals auch die Wehrpflicht für Frauen vor. Dagegen organisierte Ulrike Poppe gemeinsam mit einigen Mitstreiterinnen Protest. Was mit einer Eingabe an die

Machthaber begann, führte schließlich zur Gründung der ersten Gruppe »Frauen für den Frieden« in der DDR-Hauptstadt.<sup>564</sup>

Auch in der Folgezeit blieb die kritische Auseinandersetzung mit der zunehmenden Militarisierung der DDR für Ulrike Poppe eines ihrer zentralen Themen. Mitte der 1980er-Jahre gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der »Initiative Frieden und Menschenrechte«, einer der wichtigsten Oppositionsgruppen der DDR. Sie arbeitete zudem im größten Netzwerk von Friedens-, Menschenrechts- und Ökologiegruppen der DDR mit: »Frieden konkret«. Wegen ihres vielfältigen oppositionellen Engagements wurde Ulrike Poppe zur Zielscheibe verschiedener Ermittlungen der Staatssicherheit, sei es im Rahmen der Operativen Vorgänge »Monolith«, »Atelier« oder »Zirkel«. Die Geheimpolizei überwachte und belauschte sie, überzog sie mit »Zersetzungsmassnahmen«. Ende 1983 setzte die Stasi sie für mehrere Wochen in der zentralen Untersuchungsanstalt Berlin-Hohenschönhausen fest, doch auch

nach ihrer Entlassung blieb Ulrike Poppe aktiv.<sup>565</sup> Der Staatssicherheit galt sie als eine der entschlossensten Gegnerinnen der SED-Diktatur. Im März 1989 hielt die Geheimpolizei dazu fest: »Es ist zu verzeichnen, dass sie in den letzten 4 Monaten nach allen nur denkbaren Richtungen hin ihre Aktivitäten so verstärkt hat, dass sie fast unabkömmlich scheint.«<sup>566</sup>

Im unruhigen Sommer des Jahres 1989 mit immer mehr Botschaftsflüchtlingen in Prag und Warschau, mit dem verweigerten Dialog vonseiten der SED und wachsender Ratlosigkeit überall in der DDR bekam eine Frage immer größere Bedeutung: Wie sollte sich die Opposition positionieren, mehr noch: sich

institutionalisieren? Derartige Debatten hatten einen längeren Vorlauf, in den Ulrike Poppe involviert war, doch nun musste akut nach einer Lösung gesucht werden. Jahre später erinnerte sich Ulrike Poppe an Diskussionen, vor allem in Ost-Berlin, »warum und ob wir der SED oder diesem sogenannten demokratischen Block eine Einheitsopposition gegenüberstellen sollten oder ob wir das der Eigendynamik überlassen, dass sich viele oppositionelle Neugründungen ereignen.«<sup>567</sup> Schon aufgrund der sich überstürzenden Entwicklung kam schließlich die zweite Variante zum Tragen und wieder war Ulrike Poppe mittendrin. »Unser Land lebt in innerem Unfrieden«, begann ein Papier, das am 12. September 1989 in Ost-Berlin präsentiert wurde.



> Demonstration vor dem Staatsratsgebäude auf dem Weg zum Alexanderplatz. 4.11.1989  
BArch, MfS, HA XX, Fo, Nr. 1021, Bild 1

Es war das Gründungsdokument von »Demokratie Jetzt«, einer von mehreren Oppositionsbewegungen, die sich nun in der DDR etablierten, und Ulrike Poppe war auch hier Gründungsmitglied.

In der Folgezeit überschlugen sich die Ereignisse. Als Sprecherin von »Demokratie Jetzt« forderte Ulrike Poppe energisch das Ende der führenden Rolle der SED. Zugleich gehörte sie nach dem Mauerfall vom 9. November 1989 zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs »Für unser Land«, in dem eine eigenständige, sozialistische DDR gefordert wurde. Wie schon zuvor, sprach sie sich auch während der Friedlichen Revolution für einen Dialog der Beteiligten aus. Diese Idee

manifestierte sich schließlich im Zentralen Runden Tisch. Hier verhandelten Vertreterinnen und Vertreter der alten Macht mit den noch jungen Oppositionsvereinigungen. Ulrike Poppe hatte daran als Protagonistin von »Demokratie Jetzt« mehrere Monate Anteil und gestaltete den Übergang von der Diktatur zur Demokratie aktiv mit.

Die Stasi hatte es einfach nicht kommen sehen. Dabei kannte sie die alltäglichen Probleme in der DDR genau: die maroden Betriebe, die schwierige Versorgungslage, die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung. Sie kannte auch die politische Opposition und deren führende Köpfe: Es handele sich dabei um »Gruppierungen und Gruppen, die in Übereinstimmung bzw. Zusammenwirken mit reaktionären kirchlichen Personen [...] wirksam zu werden versuchen«. Völlig zu Recht urteilte die Stasi noch im Mai 1989, dass es sich dabei lediglich um eine verschwindend kleine Gruppe von 2 500 Personen handelte, von denen nur 60 dem »harten Kern [...] unbelehrbarer Feinde des Sozialismus« zuzuordnen seien.<sup>568</sup> Probleme hatte es in der DDR immer gegeben. Aufgabe der Stasi war es nicht zuletzt, diese zu erfassen, die SED-Führung darüber zu unterrichten und die Schwierigkeiten in deren Sinne zu lösen. Alles schien wie immer.

Dann aber geschah etwas, das den Gesamtrahmen dramatisch veränderte: Während sich die SED-Führung jeglichen Reformbestrebungen verschloss, kündigte Ungarn Anfang Mai an, den »Eisernen Vorhang« zu Österreich zu öffnen. Plötzlich schien die Grenze zwischen Ost und West offen, ein vergleichsweise einfacher Weg aus der DDR möglich. Die Stasi erfasste zutreffend, welche Stimmung sich nun in immer größeren Teilen der Bevölkerung ausbreitete: »Daraus wird der Standpunkt abgeleitet, die sozialistischen Länder wären nicht mehr in der Lage, besonders ihre ökonomischen Probleme und Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu lösen.« Auch mögliche Folgen dieser Überlegung würden nun immer offener diskutiert, stellte die Stasi fest: »Die Frage nach der Perspektive der sozialistischen Staatengemeinschaft müsse aus dieser Sicht mit aller Ernsthaftigkeit gestellt werden.«<sup>569</sup>

Das wiederum wirkte wie ein Katalysator; die sich seit Jahren aufstauende Verdrossenheit der DDR-Bevölkerung brach sich in einer Fluchtwelle Bahn.



> Demonstration am 4.11.1989 entlang der Karl-Liebknecht-Straße in Berlin-Mitte  
BArch, MfS, BV Berlin, Fo, Nr. 3, Bild 1

Die Sommermonate wurden wahrhaft dramatisch, vor allem die Bilder aus der bundesdeutschen Botschaft in Prag zeigten Tag für Tag, dass einiges faul war im Staate Honeckers. Immer mehr DDR-Bürger flohen dorthin, um dem eigenen Land den Rücken zu kehren.

Auch in der DDR regte sich nun vereinzelt organisierter größerer Protest. Die erstmals durch unabhängige Beobachter nachgewiesene Fälschung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 führte unter anderem zu öffentlichen Protestaktionen auf dem Berliner Alexanderplatz. Die Stasi versuchte vorzubeugen, belehrte, beobachtete, analysierte, verhaftete – so etwa 48 Personen bei der ersten Protestaktion am 7. Juni 1989 –,

konnte die Dynamik in den Folgemonaten aber nicht mehr stoppen.<sup>570</sup> Zudem gründeten und vernetzten sich nun neue oppositionelle Gruppierungen, allen voran das Neue Forum. Sie riefen engagiert zu einem gesellschaftlichen Dialog über die drängenden Probleme auf. Der Zuspruch war groß und aus Sicht der Stasi allmählich ein ernst zu nehmendes Problem.

Am 11. September 1989 legte die Bezirksverwaltung Berlin (S. 181) schließlich einen umfangreichen Bericht vor, der zeigte, wie dramatisch sich die Lage in Ost-Berlin (wie auch im ganzen Land) inzwischen tatsächlich zugespitzt hatte: »Fast übereinstimmend werden von vielen Bürgern Grundfragen der Politik

der Partei- und Staatsführung diskutiert und größtenteils massiv kritisiert.«<sup>571</sup> Seitenweise zählte der Bericht Fehlentwicklungen auf und drängte die Partei zum Handeln. Die Geheimpolizei hatte inzwischen erkannt, dass sich die DDR in einer höchst kritischen Situation befand. Doch dass sich die Bevölkerung direkt gegen das SED-Regime auflehnen würde, konnte sie sich aufgrund ihrer eigenen Denkbarrieren nicht vorstellen und sah es daher nicht kommen.

Genau das aber passierte ab dem Oktober 1989 und Berlin kam dabei eine entscheidende Rolle zu. Nachdem es Anfang des Monats bereits in Dresden massive Übergriffe von Polizei und Stasi auf Demonstrierende gegeben hatte, geschah Gleiches am 7. und 8. Oktober auch in Ost-Berlin. Ausgerechnet der 40. Jahrestag der DDR wurde so zum Katalysator für den immer schneller werdenden Niedergang des Landes. Die offene und zügellose Gewalt der Sicherheitskräfte war schockierend und bewirkte letztlich das Gegenteil der beabsichtigten Einschüchterung. »Man habe sich«, so hielt die Stasi im Nachgang Stimmen aus der Bevölkerung fest, »ein derart »brutales Vorgehen der Staatssicherheit« nicht vorstellen können und wäre nun davon überzeugt, dass die westlichen Medien in ihrer Berichterstattung doch recht hätten. [...] Das Vorgehen der Sicherungskräfte würde nur dazu führen, das Geschehen weiter zu eskalieren.«<sup>572</sup>

Doch anstatt sich einschüchtern zu lassen, gingen fortan immer mehr Menschen auf die Straße. Weniger als einen Monat später, am 4. November, versammelte sich bereits eine halbe Million Menschen in der Ost-Berliner Innenstadt, um über die Zukunft der DDR zu streiten. Noch redete kaum jemand von einer deutsch-deutschen Wiedervereinigung. Das änderte sich fünf Tage später, als die Berliner Mauer fiel und die DDR damit endgültig ihrem Ende entgegenkam.

Die Stasi beobachtete diese Entwicklungen argwöhnisch und versuchte, sie in ihrem Sinne zu beeinflussen. Da jedoch die SED-Führung keine geeigneten Strategien zum Machterhalt fand, stand ihre Geheimpolizei auf verlorenem Posten. Spätestens ab November 1989 war sie vornehmlich bestrebt, das eigene Überleben zu sichern, noch immer streng hierarchisch gesteuert aus der Zentrale in Berlin-Lichtenberg (S. 181).<sup>573</sup> Eine PR-Kampagne gehörte dazu ebenso wie die Umbenennung in »Amt für Nationale Sicherheit«. Zugleich ergingen Befehle, die darauf abzielten, das eigene Handeln zu verschleiern. Mitarbeiter sollten stillschweigend – und mit großzügigen Abfindungen – in zivilen Berufen untergebracht und vor allem Unterlagen vernichtet werden.

Doch genau daran entzündete sich nun endgültig der Unmut der Bevölkerung. Die Gesellschaft, das gesamte Land befanden sich auf einem Weg hin zu mehr Demokratie, Mitbestimmung, Offenheit. Nur die Stasi werkelt weiter im Verborgenen, ohne jede Kontrolle. Zudem verdichteten sich die Gerüchte von umfangreichen Aktenvernichtungen. Die qualmenden Schornsteine in den Dienststellen zeigten auch in Ost-Berlin, dass hier Beweismaterial vernichtet wurde. Das brachte das Fass zum Überlaufen, ab dem 4. Dezember kam es zu Besetzungen von Stasi-Objekten durch aufgebrachte Bürgerinnen und Bürger. Diese Besetzungen signalisierten zugleich das Ende des illegitimen Dienstes.<sup>574</sup>

JSc



> Erstürmung der Stasi-Zentrale in Ost-Berlin durch mutige Bürgerinnen und Bürger. 15.1.1990  
Foto: Jan Kornas

## Die doppelte Besetzung

Ost-Berlin war das Machtzentrum des SED-Staates. Daher war auch die Stasi hier so vielfältig vertreten wie nirgends sonst in der DDR. Seinen zentralen Sitz hatte das Ministerium seit 1950 zwischen Frankfurter Allee und Normannenstraße im Stadtbezirk Lichtenberg. Und eben hier sollte die Geschichte der Stasi 1990 enden. Gleich zweimal wurde das Gelände in jenem Jahr besetzt, wenn auch unter völlig verschiedenen Voraussetzungen und mit sehr unterschiedlichen Zielen.

Spätestens seit dem 6. November 1989 vernichtete die Stasi überall in der DDR ihre Unterlagen: »Zur Gewährleistung der Sicherheit unter den gegenwärtigen komplizierten und sich zuspitzenden Bedingungen ist es erforderlich, vorübergehend den Bestand der dienstlichen Bestimmungen und Weisungen und anderen operativen Dokumente [...] zu reduzieren.«<sup>575</sup> Dieser

Befehl kam aus der Zentrale in Berlin und im Laufe des Monats verdichteten sich die Zeichen, dass die Geheimpolizei trotz fortschreitender Demokratisierung des Landes gar nicht daran dachte, den Vernichtungsprozess zu stoppen. Doch die Bevölkerung begehrte ab dem 4. Dezember dagegen auf, indem sie in mehreren Orten Dienststellen des MfS besetzte. Die scheinbar allmächtige Geheimpolizei sollte arbeitsunfähig gemacht und die Aktenvernichtung gestoppt werden.

Ziel der Besetzungen war dabei nicht eine wilde Erstürmung, sondern die möglichst geregelte Übernahme der Objekte. Daher verschafften sich die Beteiligten zumeist unter Begleitung der Staatsanwaltschaft Zutritt, versiegelten Schränke und Räume und bildeten Bürgerkomitees, die den weiteren Ablauf überwachten. Gegenwehr der Stasi gab es so gut wie keine, obwohl



> Während der Besetzung der Stasi-Zentrale am 15.1.1990 kommt es zu Ausschreitungen und Zerstörungen.  
Foto: Rolf Zöllner

noch kurz zuvor innerhalb des Apparates drastische Maßnahmen diskutiert worden waren. So notierte ein leitender Mitarbeiter wenige Stunden vorher, was auf einer Besprechung der Führungsspitze vorgeschlagen wurde, falls jemand die Stasi-Dienststellen zu besetzen versuche: »Wer über eine Objektumzäunung geht, wird mit der Schusswaffe bekämpft.«<sup>576</sup> Dazu kam es nirgends, aber das Zitat verdeutlicht, wie angespannt und gefährlich die Lage tatsächlich war.

Von diesen Entwicklungen blieb auch die Stasi-Zentrale (S. 181) in Berlin nicht unberührt. Am 6. Dezember 1989 forderten Bürgerrechtler vor Ort eine Überprüfung der dort befindlichen Einrichtungen. Am Folgetag fand eine Begehung des bisher streng abgeschirmten Geländes statt; dieses Mal war auch ein Fernsteam vor Ort und informierte im Anschluss die Öffentlich-

keit. Vor dem Hintergrund der rasanten Veränderungen simulierte die Stasi nun Offenheit und Kooperationsbereitschaft. Gleichwohl kam es jetzt wiederholt zu Demonstrationen vor dem Gelände in Lichtenberg (S. 176) und die Offenlegung der darin vorgehenden Aktivitäten wurde immer nachdrücklicher eingefordert. Da aber gleichzeitig am Zentralen Runden Tisch SED und Opposition um eine politische Lösung für die mannigfaltigen Probleme stritten, fand zunächst noch keine Besetzung des Komplexes statt.

Während die Berliner Kreisdienststellen und die Bezirksverwaltung sich im Dezember bereits in einem Prozess der Abwicklung befanden, arbeitete die oberste Dienststelle zunächst noch weitgehend unbehelligt weiter. So gründete sich dort noch am 10. Dezember ein neuartiges Lagezentrum, um Informationen



zentral zu sammeln und »zur Einschätzung der operativen Lage in der DDR beizutragen«. 577 Die Forderungen nach einer kompletten Auflösung des Ministeriums aber wurden immer lauter. Als dann nach dem Jahreswechsel am Zentralen Runden Tisch mehr und mehr deutlich wurde, dass die alten Machthaber nichts unversucht ließen, um ihre schützende Hand über die Geheimpolizei zu halten, spitzte sich der Konflikt zu. Am 15. Januar 1990 riefen Bürgerrechtler zu einer Kundgebung vor der Stasi-Zentrale auf. Zur gleichen Zeit befanden sich andere Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerbewegung bereits auf einem Rundgang im Gebäudekomplex. In der Hoffnung, die angespannte Lage zu entschärfen, hatte die Stasi sie zuvor auf das Gelände gelassen. Als der Druck der Demonstranten auf das Tor von außen aber immer größer wurde, öffnete ein Mitglied dieser Gruppe es schließlich von innen – der Damm war damit gebrochen, die Dienststelle wenig später besetzt. 578

Wie überall im Land folgten nun zähe Aushandlungsprozesse zwischen den Beteiligten, vor allem den Bürgerrechtlern und der Staatssicherheit. Es wurde getrickst, Unterlagen weiterhin vernichtet und so einiges lief schief. Doch das konnte am Ergebnis letztlich nichts ändern: Mit der Zentrale war der Stasi ihr Kopf genommen und sie schlitterte schneller denn je ihrem Ende entgegen. Die Besetzung des Geländes am 15. Januar 1990 sollte nicht die letzte bleiben, bereits wenige Monate später, im September 1990, kam es zu einer zweiten.

Dieses Mal stand allerdings nicht mehr die Stasi im Mittelpunkt – die längst aufgehört hatte zu existieren –, sondern ihre Hinterlassenschaften. In den vorausgegangenen Monaten waren verschiedene Modelle erörtert worden, wie mit der Überlieferung der Geheimpolizei im Prozess der deutschen Einheit umgegangen werden sollte. Während die erste frei gewählte ostdeutsche Volkskammer sich mehrheitlich für die Offenlegung der Unterlagen nach rechtsstaatlichen Prinzipien ausgesprochen hatte, bevorzugten die Regierungen der beiden deutschen Staaten eine andere Lösung. Sie fürchteten, dass eine Öffnung der Akten und ein Bekanntwerden ihrer Inhalte zu sozialem Unfrieden unter der Bevölkerung der verschwindenden DDR führen würden. Daher sollten die Unterlagen zunächst unter Verschluss genommen und in das Bundesarchiv nach Koblenz überführt werden.

Damit wären sie für die nächsten drei Jahrzehnte der Öffentlichkeit entzogen worden. Das widersprach gänzlich den Absichten weiter Teile der ostdeutschen Bürgerbewegung, die ja erst kurz zuvor die Kontrolle über die Unterlagen erzwungen hatte. 579 Daher verbarrikadierten sich am 4. September 1990 mehr als 20 Frauen und Männer auf dem Gelände der vormaligen Stasi-Zentrale und forderten, dass die Akten offen bleiben müssten. 580

Das Jahr 1990 war auch für Stephan Konopatzky (Jg. 1963) turbulent. Seit Jahren engagierte er sich bereits für die Demokratisierung der DDR, hatte den obligatorischen Wehrdienst verweigert und wurde von der Stasi überwacht. Um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, reparierte er unter anderem Tonbandgeräte in einer Ost-Berliner Privatfirma. Doch ab Februar 1990 hatte er einen neuen Arbeitsplatz: auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Dort war er Mitglied der »Operativen Gruppe« der Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches der DDR, später im Komitee zur Auflösung der Stasi und des daraus hervorgegangenen Amtes für Nationale Sicherheit. Aktiv wirkte er an der Abwicklung der Geheimpolizei mit. 581

Im Spätsommer 1990 war dieser Prozess weitgehend abgeschlossen und doch machte sich bei Konopatzky Unbehagen breit. In den vorangegangenen Monaten hatte er mit seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern dafür gekämpft, dass die Hinterlassenschaften der Stasi erhalten bleiben und zugänglich gemacht würden. Dies sei die Voraussetzung für eine angemessene Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie dafür, dass deren Opfern freier Zugang zu den sie betreffenden Dokumenten gewährleistet bliebe und sie dadurch eigene drängende Fragen klären könnten.

Von der Notwendigkeit eines unverhüllten Umgangs mit der jüngsten Geschichte überzeugt, trommelten Konopatzky und enge Vertraute nun zuverlässige Personen zusammen, um ein wahrnehmbares Zeichen gegen den Wegschluss der Unterlagen zu setzen. Während der Friedlichen Revolution 1989 hatten sie verstanden, wie wichtig Mobilisierung und Öffentlichkeit waren, um ihre Ziele zu erreichen. Eine zweite Besetzung der ehemaligen Stasi-Zentrale wurde so zum Mittel, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

103650

TELEGRAMM  
(Nichtzutreffendes streichen)

BStU  
000001 AUSGANG

Dringlichkeit: ..... GKS GVS VVS Fu/FS-Nr.: .....

Absender: Amt für Nationale Sicherheit, Leiter  
Empfänger: alle BÄfNS, KÄfNS, Leiter 69

Berlin, den 5.12.89 197  
BdL/347/89  
"Dokumentenverwaltung"

In den letzten Stunden hat sich die Lage weiter zugespitzt. Vor allem der Druck auf das AfNS und alle seine Dienststellen hat zugenommen.

In fast allen BÄfNS und KÄfNS haben Bürger versucht, in die Gebäude und Räume einzudringen, um die Vernichtung und den Transport von Dokumenten zu verhindern. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf mein Schreiben vom 4. 12. 1989, in dem ich jegliche Vernichtung und jeglichen Transport von Dokumenten und Unterlagen untersagt habe.

In einigen Dienststellen des AfNS mußte auf die Forderungen nach Betreten und Besichtigen sowie damit im Zusammenhang auf Versiegelung von Räumen und Panzerschränken eingegangen werden.

Einige Objekte des AfNS werden bereits von Angehörigen der VP sowie Mitgliedern von Bürgerrechtsbewegungen bewacht. Gleichzeitig erfolgt eine Kontrolle der Personen- und Fahrzeugbewegung.

Mit einer weiteren Zuspitzung der Lage und den verstärkten Versuchen des gewaltsamen Eindringens in die Objekte des AfNS ist zu rechnen.

Deshalb weise ich erneut daraufhin, daß mit allen Personen das Gespräch zu suchen ist.

In den Gesprächen sind die Aufgaben des AfNS und die daraus resultierenden Sicherheitserfordernisse zu erläutern. Dabei ist auch darauf zu verweisen, daß wir nicht gegen die Kontrolle unserer Arbeit sind. Die Spezifik unserer Arbeit verlangt aber auch spezifische Kontrollmethoden.

Gleichzeitig sind Ihnen meine Weisungen zur Vernichtung und zum Transport von Dokumenten zu erläutern.  
*die am 4.12.89 außer Kraft gesetzt wurden*

u

Bleiben die Forderungen bestehen bzw. erhöht sich der Druck weiter, um gewaltsam in die Objekte einzudringen, ~~ist~~ gemeinsam mit dem Militärstaatsanwalt, Angehörigen der VP, Abgeordneten und Wählern der Bürgerrechtsbewegungen (z. B. Sprechergruppen) eine Begehung des Objektes vorzunehmen *genommen werden*.

Durchschläge/Durchschriften: ..... Stck. Geschrieben: ..... Gesehen: .....

Eingangsdatum: ..... Uhrzeit: ..... Anfang: ..... Ende: ..... Nachr.-Sachbearb.: .....

Konopatzky und seine Mitstreiter waren jene, die sich am Vormittag des 4. September 1990 in kleinen Gruppen vor dem Gelände, auf dem inzwischen unter anderem die Staatliche Archivverwaltung untergebracht war, trafen. Detaillierte Planungen gab es schon aufgrund des geringen Zeitvorlaufs nicht, die gesamte Aktion verlief zunächst recht chaotisch. Und doch gelang die gewagte Unternehmung: Zwar landeten die etwa 20 Beteiligten gar nicht wie geplant in den Archivräumen, sondern in nichtssagenden Büros; ihrem wichtigen Anliegen bescherten sie damit aber trotzdem die erhoffte Aufmerksamkeit.

Schnell solidarisierte sich die Öffentlichkeit mit der Aktion, wieder kam es zu Demonstrationen vor dem Gelände. Als bald etablierte sich vor dem Gebäudekomplex eine fest institutionalisierte Mahnwache.<sup>582</sup> Prominente wie der Liedermacher Wolf Biermann schauten vorbei und schlossen sich der Besetzung teilweise sogar an. Anerkennend resümierte das bundesdeutsche Nachrichtenmagazin »Spiegel«: »Wohl nie zuvor in der Geschichte brachte das Establishment eines Landes einer Truppe linker Hausbesetzer so viel Respekt entgegen«.<sup>583</sup>

Als die Besetzerinnen und Besetzer, Konopatzky mitten unter ihnen, ihrem Anliegen auch noch mit einem Hungerstreik Nachdruck verliehen, ging es sehr schnell. Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der noch bestehenden DDR kam es zur Unterzeichnung einer Zusatzklausel im Einigungsvertrag. Die Akten sollten künftig in einer Sonderbehörde verwahrt werden. Zwei Jahre später resultierte daraus das »Stasi-Unterlagen-Gesetz« mit der Einrichtung der Stasi-Unterlagen-Behörde. Nach 24 Tagen, am 28. September 1990, war auch die zweite Besetzung des Geländes beendet. Ihre Folgen wirken bis heute nach.

Stephan Konopatzky ist diesen Unterlagen bis heute treu geblieben. Er ist Archivar und plädiert nach 30 Jahren dafür, dass wir unseren Blick auf die Vergangenheit weiten: »Ein unverkrampfter, in einen größeren historischen, politischen und geopolitischen Kontext eingeordneter Umgang mit den Themen Stasi und DDR nimmt niemandem seine persönliche Geschichte und Betroffenheit, ermöglicht aber, das Geschehene besser zu erkunden und realistischer einzuordnen.«<sup>584</sup>

JSc



> Besetzer des Stasi-Archivs im September 1990. In einem Fenster des 2. Stocks von Haus 7 (v.l.n.r.): Stephan Konopatzky, Ingrid Köppe, Frank Ebert, Till Böttcher und Christian Halbrock  
Foto: Christian Schulz

## Anmerkungen

- 1 Keineswegs der wichtigste, aber vielleicht medial einer der bekanntesten IM war der West-Berliner Polizist Karl-Heinz Kurras, der 1962 den Demonstranten Benno Ohnesorg erschoss.
- 2 Tantzscher, Monika: Die Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone. Ursprung und Entwicklung der K 5. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1998), S. 125–156, hier 127–132.
- 3 Steinborn, Norbert/Krüger, Hilmar: Die Berliner Polizei 1945–1992. Von der Militärreserve im Kalten Krieg auf dem Weg zur bürger-nahen Polizei? Berlin 1993, S. 3–7.
- 4 Zu diesen und den weiteren Angaben zu Jamins Lebenslauf vor 1947: Aktenauszug, 15.7.1954; BArch, MfS, KS, Nr. 2/84, Bd. 1, Bl. 79–81.
- 5 Zur SS-Sonderformation Dirlwanger und den Zwangsrekrutierungen 1944; siehe: Klausch, Hans-Peter: Antifaschisten in SS-Uniform. Schicksal und Widerstand der politischen KZ-Häftlinge, Zucht-haus- und Wehrmachtgefangenen in der SS-Sonderformation Dirlwanger. Bremen 1993.
- 6 Tantzscher: Vorläufer (Anm. 2), S. 143–154, zur Lage in Berlin: ebd., S. 152.
- 7 In der Allgemeinen Sachablage des MfS ist dazu ein umfangreiches Konvolut an Schriftstücken erhalten, darunter auch die Protokolle der Gerichtsverhandlung: BArch, MfS, AS, Nr. 222/66.
- 8 Versetzung, 31.10.1949; BArch, MfS, KS, Nr. 2/84, Bd. 2, Bl. 49.
- 9 Zur Spaltung der Berliner Polizei: Steinborn/Krüger: Berliner Polizei (Anm. 3), S. 57–85.
- 10 Engelmann, Roger: Aufbau und Anleitung der ostdeutschen Staatssicherheit durch sowjetische Organe 1949–1959. In: Hilger, Andreas u.a. (Hg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955. Dresden 2001, S. 55–64.
- 11 So plante die Stasi, zum 40. Jahrestag der Gründung des MfS am 8.2.1990 eine Minibuchkassette zum Thema »Aktivisten der 1. Stunde« herauszugeben. Vorgeschlagen und von Minister Mielke mit »einverstanden« abgezeichnet waren 49 Biografien, darunter auch die Erich Jamins: Schreiben der ZAIG an Mielke mit der Bitte um Bestätigung, 20.10.1986; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 36299, Bl. 33 f.
- 12 Zur Vorgeschichte: Im Juli 1952 hatte Walter Ulbricht auf der 2. SED-Parteikonferenz den »planmäßigen Aufbau des Sozialismus« in der DDR verkündet. Die SED-Führung verband damit die Festschreibung der deutschen Teilung, den Aufbau bewaffneter Streitkräfte, einen Umbau der Verwaltung und der Wirtschaft sowie die Verschärfung des Kirchenkampfes. Von Stalin hatte die SED-Führung Rückendeckung erhalten. In der Bevölkerung jedoch stießen die Pläne auf Widerstand. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage verstärkte Unmut und Ablehnung. Die Krise verschärfte sich, als Partei- und Staatsführung die Erhöhung der Arbeitsnormen zum 30. Juni 1953 beschlossen. Angesichts dieser Entwicklung schwor die neue sowjetische Führung – Stalin war am 5. März gestorben – das SED-Regime auf einen weniger radikalen »Neuen Kurs« ein. Doch die ungeliebte Normenerhöhung sollte bleiben.
- 13 Schreiben, 18.5.1953; BArch, MfS, AU 542/53, Bd. 1, Bl. 12; Vernehmungprotokoll, 19.6.1953; ebd., Bd. 2, Bl. 27–33; Vernehmungprotokoll, 20.6.1953; BArch, MfS, AU 536/53, Bd. 1, Bl. 9–11.
- 14 Vernehmungprotokoll, 20.6.1953; BArch, MfS, AU 542/53, Bd. 1, Bl. 13–16; Schlussbericht, 11.8.1953; BArch, MfS, HA IX, Nr. 5003, Bl. 43–63.
- 15 Vernehmungprotokoll, 19.5.1953 [sic!] 19.6.1953; BArch, MfS, AU 542/53, Bd. 2, Bl. 16–18, hier 16. Auch Vernehmungprotokoll, 30.6.1953; ebd., Bl. 19–26, hier 22.
- 16 Schlussbericht, 11.8.1953; BArch, MfS, HA IX, Nr. 5003, Bl. 43–63, hier 45 f. u. 56. Zum Protestschreiben der Friedrichshainer Bauarbeiter und den Ost-Berliner Ereignissen vom 12.–17.6.1953 vgl. Engelmann, Roger: Einleitung 1953. In: Munkel, Daniela (Hg.): Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2013, S. 12–68, hier 18; Schöne, Jens/Werkentin, Falco: 17. Juni 1953. Orte und Ereignisse in Ost-Berlin. Berlin <sup>3</sup>2008; Kowalczyk, Ilko-Sascha (unter Mitarb. von Gudrun Weber): 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 106–136.
- 17 Vernehmungprotokoll, 20.6.1953; BArch, MfS, AU 542/53, Bd. 1, Bl. 13–16; Vernehmungprotokoll, 2.7.1953; ebd., Bl. 34–38;
- Schlussbericht, 11.8.1953; BArch, MfS, HA IX, Nr. 5003, Bl. 43–63, hier 48; Bericht, 10.7.1953; BArch, MfS, AS, Nr. 356/57, Bd. 1, Bl. 21–26; Schöne/Werkentin: 17. Juni 1953 (Anm. 16), S. 11–16; Kowalczyk: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR (Anm. 16), S. 106–137.
- 18 Einlieferungsanzeige, 19.6.1953; BArch, MfS, AU 542/53, Bd. 3, Bl. 4.
- 19 Vernehmungprotokoll, 20.6.1953; ebd., Bd. 1, Bl. 13–16; Vernehmungprotokoll, 22.6.1953; ebd., Bl. 20–22; Vernehmungprotokoll, 28.6.1953; ebd., Bl. 23 f.; Vernehmungprotokoll, 1.7.1953; ebd., Bl. 25–27; Vernehmungprotokoll, 30.6.1953; ebd., Bl. 28–32.
- 20 Bericht, 22.6.1953; BArch, MfS, AU 542/53, Bd. 1, Bl. 17–19.
- 21 Verfügung, 9.7.1953; ebd., Bl. 5 f.
- 22 Schlussbericht, 11.8.1953; BArch, MfS, HA IX, Nr. 5003, Bl. 43–63, hier 44.
- 23 Ebd., Bl. 48.
- 24 Ebd., Bl. 55.
- 25 Anklageschrift, 12.1.1954; BArch, MfS, AU 536/53, Bd. 2, Bl. 85–93, hier 90.
- 26 Schreiben, o.D.; ebd., Bd. 6, Bl. 3; Urteil [Auszug], 20.8.1954; ebd., Bl. 8 f.; Beschluss, 23.7.1957; ebd., Bl. 83; Knabe, Hubertus/Engwert, Andreas (Hg.): Inhaftiert in Hohenschönhausen. Zeugnisse politischer Verfolgung 1945–1989. Berlin 2015, S. 53.
- 27 Engelmann: Einleitung 1953 (Anm. 16), S. 19.
- 28 Kowalczyk: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR (Anm. 16), S. 180 f.
- 29 Engelmann, Roger/Kowalczyk, Ilko-Sascha: Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953 (= Analysen und Dokumente, Bd. 27). Göttingen 2005, S. 218.
- 30 Die Anzahl der standrechtlichen Erschießungen ist bisher nicht abschließend geklärt und eine offene Forschungsfrage. Siehe hierzu ebd., S. 220.
- 31 Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953. Geschichte eines Aufstandes. Bonn 2013, S. 7–34 u. 105–114; ders.: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR (Anm. 16), S. 103–105.
- 32 Fricke, Karl Wilhelm/Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953. Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat (= Analysen und Dokumente, Bd. 24). Bremen 2003, S. 188.
- 33 Fernschreiben Nr. 794, 24.6.1953, 16.15 Uhr; BArch, MfS, BV Potsdam, AS, Nr. 1/53, Bd. 6, Bl. 6–6c.
- 34 Fernschreiben an die Leiter der Stasi-Bezirksverwaltungen, 23.7.1953 sowie 19.8.1953; BArch, MfS, BV Leipzig, Leitung, Nr. 725/02, Bl. 5 u. 19. Nachfolger wurde Ernst Wollweber.
- 35 Daraus entwickelte sich die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS.
- 36 Zitate nach: Fricke/Engelmann: Der »Tag X« und die Staatssicherheit (Anm. 32), S. 238.
- 37 Ulbricht, Walter: Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In: Neues Deutschland v. 4.3.1956, S. 3 f., hier 4.
- 38 Zur Stimmungsberichterstattung des MfS zum XX. Parteitag vgl. Bispinck, Henrik: »Was ist denn nun überhaupt mit Stalin los?« Der XX. Parteitag der KPdSU und die Stimmung der Bevölkerung in der DDR. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2016, S. 253–266.
- 39 Stimmung zur Veröffentlichung des Genossen Walter Ulbricht über den XX. Parteitag der KPdSU (2. Bericht) [Information (Info) M51/56] v. 8.3.1956. In: Bispinck, Henrik (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1956. Göttingen 2016; www.ddr-im-blick.de (letzter Aufruf 13.1.2021). Hieraus auch alle folgenden zitierten Informationen.
- 40 Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht und andere (4. Bericht) [Info M97/56] v. 7.5.1956.
- 41 Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht (2. Bericht) [Info M88/56] v. 19.4.1956.
- 42 Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht (5. Bericht) [Info M125/56] v. 8.6.1956.
- 43 Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht (2. Bericht) [Info M88/56] v. 19.4.1956.
- 44 Vgl. dazu Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: Engelmann, Roger/Großböling, Thomas/Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 127–136.
- 45 Es kursieren unterschiedliche Versionen des genauen Ablaufs und zur Rolle Willy Brandts bei der Beruhigung der Menge. Vgl. z. B.

- Wilke, Manfred: Die deutsche Linke, der polnische Oktober und die ungarische Revolution 1956. In: Sieg, Martin (Hg.): Internationale Dilemmata und europäische Visionen. Festschrift zum 80. Geburtstag von Helmut Wagner. Berlin 2000, S. 129–150, hier 135 f.; Bruhns, Wibke: Nachrichtenzeit: Meine unfertigen Erinnerungen. München 2012, S. 87; Brandt, Willy: Erinnerungen. Frankfurt am Main 1989, S. 31 f. Siehe auch die Dokumentation der Lagemeldungen der West-Berliner Polizei von Hans-Hermann Hertle (Red.): »Es lebe Ungarn, es lebe die Freiheit!« Kundgebung und Protestaktionen in West-Berlin, 5. November 1956. In: Themenportal Ungarn 1956. Geschichte und Erinnerung; ungar1956.zeitgeschichte-online.de/sites/default/files/Hertle\_Kundgebung%20und%20Protestaktionen%20in%20West-Berlin.pdf (letzter Aufruf 4.2.2021). Die Namen aller Personen wurden im Text geändert.
- 46 Namen geändert.
- 47 Humboldt-Universität, Charité, Psychiatrische und Nervenklinik, Gerichtspsychiatrische Abteilung: Gutachten zu Peter Zweiler; BArch, MfS, AU 106/57, Bd. 2, Bl. 37–46.
- 48 Brief von Peter Zweiler aus der U-Haftanstalt Keibelstraße an seinen Vater Werner Zweiler in Berlin-Charlottenburg, 9.11.1956; BArch, MfS, AU 106/57, Bd. 1, Bl. 35 f.
- 49 Groß-Berlin, Rat des Stadtbezirks Prenzlauer Berg, Abt. Volksbildung, Referat Jugendhilfe/Heimerziehung, an Stadtbezirksgericht Prenzlauer Berg, 12.12.1956; BArch, MfS, AU 118/57, Bd. 2, Bl. 58 f.; Auskunft eines ehemaligen Arbeitgebers zu Hans Wiggert, Notiz, 15.11.1956; ebd., Bd. 1, Bl. 51.
- 50 Groß-Berlin, Rat des Stadtbezirks Prenzlauer Berg, Abt. Volksbildung, Referat Jugendhilfe/Heimerziehung, an Stadtbezirksgericht Prenzlauer Berg, 12.12.1956; BArch, MfS, AU 118/57, Bd. 2, Bl. 58 f.
- 51 Vernehmungprotokoll, 8.11.1956, 12.40–15.00 Uhr; BArch, MfS, AU 106/57, Bd. 1, Bl. 25–28; Vernehmungprotokoll, 6.11.1956; ebd., Bl. 20 f.
- 52 Sachstandsbericht zum U-Vorgang 111/56, 12.11.1956; BArch, MfS, AU 118/57, Bd. 1, Bl. 36 f.
- 53 Charakteristik zu Hans Wiggert, 14.11.1956; BArch, MfS, AU 118/57, Bd. 3, Bl. 55.
- 54 Vernehmungprotokoll, 6.11.1956, 15.15–17.15 Uhr; BArch, MfS, AU 106/57, Bd. 1, Bl. 22–24. Die Aussage stimmt überein mit dem »Bericht betr. Zweiler – Westberliner«, 12.1.1956 der BV Berlin des MfS, Abt. II/3; BArch, MfS, AU 106/57, Bd. 1, Bl. 29.
- 55 Vernehmungprotokoll, 6.11.1956, 0.30–2.30 Uhr und Vernehmungprotokoll, 6.11.1956, 13.30–16.40 Uhr; BArch, MfS, AU 118/57, Bd. 1, Bl. 40–42 bzw. 43–47.
- 56 Generalstaatsanwalt von Groß-Berlin an Stadtgericht von Groß-Berlin, Strafsenat 1, 4.12.1956; BArch, MfS, AU 106/57, Bd. 1, Bl. 30–33.
- 57 Vernehmungprotokoll, 6.11.1956, 13.30–16.40 Uhr; BArch, MfS, AU 118/57, Bd. 1, Bl. 43–47.
- 58 Generalstaatsanwalt von Groß-Berlin an Stadtbezirksgericht Prenzlauer Berg, Jugendstrafkammer, 28.11.1956; BArch, MfS, AU 118/57, Bd. 1, Bl. 66–68.
- 59 Generalstaatsanwalt von Groß-Berlin an Stadtgericht von Groß-Berlin, Strafsenat 1, 4.12.1956; BArch, MfS, AU 106/57, Bd. 1, Bl. 30–33; Urteil gegen Hans Wiggert, 14.12.1956; BArch, MfS, AU 118/57, Bd. 2, Bl. 79–82.
- 60 Vernehmungprotokoll, 6.11.1956; BArch, MfS, AU 106/57, Bd. 1, Bl. 20 f.
- 61 Vernehmungprotokoll, 6.11.1956, 15.15–17.15 Uhr; ebd., Bl. 22–24.
- 62 Vernehmungprotokoll, 8.11.1956, 12.40–15.00 Uhr; ebd., Bl. 25–28.
- 63 Stadtbezirksgericht Mitte, Haftrichter, Ermittlungssache gegen Hans Wiggert wegen Landfriedensbruch, 7.11.1956; BArch, MfS, AU 118/57, Bd. 2, Bl. 12 f.
- 64 Stadtgericht von Groß-Berlin, Strafsenat 1 c, Urteil gegen Peter Zweiler wegen Verbrechens nach § 115 Abs. 2 StGB, 19.12.1956; BArch, MfS, AU 106/57, Bd. 2, Bl. 64–68.
- 65 Urteil, 14.12.1956; BArch, MfS, AU 118/57, Bd. 2, Bl. 79–82.
- 66 Urteil, 19.12.1956; BArch, MfS, AU 106/57, Bd. 2, Bl. 64–68.
- 67 Stadtgericht von Groß-Berlin, Strafsenat 1 c, Beschluss, 19.12.1956; ebd., Bl. 75.
- 68 Urteil, 14.12.1956; BArch, MfS, AU 118/57, Bd. 2, Bl. 79–82.
- 69 Mitteilung über Abgang eines Gefangenen für die Vollstreckungsstelle, 6.3.1957; ebd., Bd. 4, Bl. 13 f.
- 70 Schüler wurden mit Pflastersteinen bewaffnet. Die Provokationen am Brandenburger Tor/Elf Jugendliche gestanden/Warnung an Senat. In: Berliner Zeitung v. 8.11.1956, S. 8.
- 71 Vgl. dazu van Melis, Damian/Bispinck, Henrik (Hg.): »Republikflucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961. München 2006.
- 72 Vgl. dazu ausführlich Uhl, Matthias/Wagner, Armin (Hg.): Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation. München 2003.
- 73 Die Namen aller Personen wurden im Text geändert.
- 74 Vernehmungprotokoll Gerd Simmer, 14.8.1961; BArch, MfS, GH 74/61, Bd. 1, Bl. 20 f.
- 75 Ebd.
- 76 Protokoll des VP[Volkspolizei]-Reviere 255, 14.8.1961; ebd., Bd. 2, Bl. 5–8.
- 77 Haftbeschluss Gerd Simmer, 16.8.1961; ebd., Bd. 1, Bl. 18.
- 78 Vernehmungprotokoll Gerd Simmer, 16.8.1961; ebd., Bl. 49–56.
- 79 Vgl. dazu Munkel, Daniela: Einleitung. In: dies. (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2011, S. 31 bzw. 36.
- 80 Unter Beachtung des § 32 Absatz 3 Satz 2 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes wurde der Name geändert.
- 81 Leiter der HA VIII, Schubert, und Sekretär der SED-PO, Stetefeld, an HA Kader und Schulung, Disziplinarabteilung, 22.8.1961; BArch, MfS, GH, Nr. 5/62, Bd. 1, Bl. 10–12.
- 82 Schlussbericht des Oberleutnants Plache, 2.10.1961; ebd., Bl. 73–78.
- 83 Einschätzung, o.D.; ebd., Bd. 2, Bl. 31.
- 84 Militär-Oberstaatsanwalt der DDR, Abt. I, Anklageschrift gegen Werner Dimsky, 17.10.1961; BArch, MfS, GH, Nr. 5/62, Bd. 2, Bl. 49–54.
- 85 Urteil gegen Werner Dimsky, 8.11.1961; ebd., Bl. 65–70.
- 86 Beschluss des 1. Strafsenats des Bezirksgerichts Neubrandenburg, 27.8.1964; ebd., Bl. 75.
- 87 Bericht zu Frederic Martin, 15.8.1961; BArch, MfS, AP, Nr. 14276/62, Bl. 4.
- 88 Vernehmungprotokoll Noah Bernard, 15.8.1961; ebd., Bl. 10–12.
- 89 Abschlussvermerk zu Frederic Martin und Noah Bernard, 18.8.1961; ebd., Bl. 15.
- 90 3. Einzel-Information Nr. 415/61 über die Durchführung der Aktion »Rose«, 13.8.1961; www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1961/report/aktion-rose-3-stimmungslage (letzter Aufruf 30.6.2021).
- 91 9. [Einzel-Information] Nr. 421b/61 über die Reaktion auf die Maßnahmen zur Sicherung der DDR (Fortsetzung) [Aktion »Rose«], 14.8.1961; www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1961/report/aktion-rose-9b-reaktionen-in-der-ddr-und-ostberlin (letzter Aufruf 30.6.2021).
- 92 So Munkel, Daniela: Einleitung (Anm. 79).
- 93 Vartanov, Vlerij: Die militärische Niederschlagung des Prager Frühlings. In: Karner, Stefan u.a. (Hg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Köln 2008, S. 661–686.
- 94 Die SED hatte in der öffentlichen Berichterstattung selbst über lange Zeit den Eindruck erweckt, dass auch die Nationale Volksarmee in die ČSSR einmarschiert sei. Anders als behauptet blieben die beiden mobilisierten NVA-Divisionen jedoch an der tschechischen Grenze in Bereitschaft und marschierten nicht ein. Hierzu: Wilke, Manfred: Die SED und der Prager Frühling. Politik gegen Selbstbestimmung und Freiheit. In: Politische Meinung 53 (2008) 465, S. 45–51.
- 95 Vernehmungprotokoll Bettina Wegner, 29.8.1968; BArch, MfS, HA IX, Nr. 25453, Bl. 55–62, hier 58 f.
- 96 rbb-Kultur: »Das Gespräch«. Bettina Wegner – Die verletzbare Rebellin, 30.8.2020; www.ardaudiothek.de/episode/das-gespraech/bettina-wegner-die-verletzbare-rebellin/rbbkultur/92147188/ (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 97 Vernehmungprotokoll Bettina Wegner, 26.8.1968; BArch, MfS, HA IX, Nr. 25453, Bl. 37–51, hier 41.
- 98 Vernehmungprotokoll Thomas Brasch, 11.9.1968; BArch, MfS, HA IX, Nr. 25454, Bl. 5–13, hier 11 f.

- 99 Bundeszentrale für politische Bildung/Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hg.): »Bettina Wegner«; [www.jugendopposition.de/themen/145381/bettina-wegner](http://www.jugendopposition.de/themen/145381/bettina-wegner) (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 100 Vernehmungprotokoll Bettina Wegner, 26.8.1968; BArch, MfS, HA IX, Nr. 25453, Bl. 37–51, hier 40.
- 101 Vgl. ebd., Bl. 46. Dieser erhält eine Freiheitsstrafe von einem Jahr, die ebenfalls in eine Bewährungsstrafe umgewandelt wird.
- 102 Meldung Volkspolizei Pankow, 26.8.1968; BArch, MfS, HA IX, Nr. 25452, Bl. 19 f.
- 103 Beschluss über die Haftentlassung bei Weiterführung des Ermittlungsverfahrens gegen Bettina Wegner, 30.8.1968; ebd., Bl. 135–139.
- 104 Urteil zu Bettina Wegner, 29.10.1968; ebd., Bl. 455–460.
- 105 Wilke: Prager Frühling (Anm. 94), S. 47.
- 106 Großböling, Thomas: Die Niederschlagung des »Prager Frühlings« und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. In: Karner, Stefan u. a. (Hg.): Prager Frühling: Das internationale Krisenjahr 1968. Köln 2008, S. 807–820, hier S. 809 f.
- 107 Informationsbedarf zur Situation in der ČSSR, 22.8.1968; BArch, MfS, BV Berlin, HA XVIII, Nr. 10334, Bl. 2.
- 108 Tantzsch, Monika: Maßnahme »Donau« und Einsatz »Genesung«. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/1969 im Spiegel der MfS-Akten. Berlin 1994, S. 20.
- 109 Wilke: Prager Frühling (Anm. 94), S. 51.
- 110 17. Bericht über die Tätigkeit in der Hauptstadt der DDR und die Reaktion der Bevölkerung zur TASS-Erklärung vom 21.08., 29.8.1968; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 88, Bl. 59–67.
- 111 Großböling: Niederschlagung des »Prager Frühlings« (Anm. 106), S. 814.
- 112 »Hoch Dubcek« – Kinder von Berliner Intellektuellen protestieren«, hg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.; [www.jugendopposition.de/themen/145443/proteste-in-berlin](http://www.jugendopposition.de/themen/145443/proteste-in-berlin) (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 113 Verlaufsprotokoll der Aktion Genesung, 21.8. [eigentlich 29.8.] 1968; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XVIII, Nr. 10335, Bl. 2–35, hier 4.
- 114 Fotos einer Demonstration in West-Berlin, 28.8.1968; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 88, Bild 69/1–35.
- 115 Tantzsch, Monika: Staatssicherheit mit »menschlichem Antlitz«. Die Folgen des Prager Frühlings für den tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienst und seine Wechselbeziehungen zum MfS. In: Deutschland-Archiv 31 (1998) 4, S. 533–546, hier 542 f.
- 116 Tantzsch: Maßnahme »Donau« und Einsatz »Genesung« (Anm. 108), S. 5.
- 117 Titelzitat: Äußerung eines Schießers zu Jürgen Fuchs, Auszug aus dem Interview abgedruckt in: Scheer, Udo: Jürgen Fuchs. Ein literarischer Weg in die Opposition. Berlin 2007, S. 175.
- 118 Grünbaum, Robert: Wolf Biermann 1976: Die Ausbürgerung und ihre Folgen. Erfurt 2006.
- 119 Bundeszentrale für politische Bildung/Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hg.): »Die Ausbürgerung von Wolf Biermann«, letzte Änderung Dezember 2019; [www.jugendopposition.de/themen/145337/die-ausbuergerung-von-wolf-biermann](http://www.jugendopposition.de/themen/145337/die-ausbuergerung-von-wolf-biermann) (letzter Aufruf 10.3.2022); Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996, S. 361 f.
- 120 Keller, Dietmar/Kirchner, Matthias (Hg.): Biermann und kein Ende. Eine Dokumentation zur DDR-Kulturpolitik. Berlin 1991, S. 136 f.
- 121 Walther: Sicherungsbereich (Anm. 119); Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Bonn 2001, S. 45 u. 63.
- 122 Bundeszentrale für politische Bildung/Robert-Havemann-Gesellschaft (Hg.): »Proteste im ganzen Land«; [www.jugendopposition.de/index.php?id=16](http://www.jugendopposition.de/index.php?id=16) (letzter Aufruf 20.6.2021); Grünbaum: Wolf Biermann (Anm. 118), S. 24.
- 123 Übersicht zu feindlichen Plänen, Absichten und Aktivitäten im Zusammenhang mit den Vorgängen um Biermann, Havemann und andere feindliche Kräfte, 15.12.1976; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 5525, Bl. 10–94, hier 73 f.
- 124 Scheer: Jürgen Fuchs (Anm. 117), S. 78.
- 125 Übersichtsbogen zur OPK, 9.11.1976; BArch, MfS, AOP 3477/78, Bl. 9 f.
- 126 Fuchs, Jürgen: Vernehmungprotokolle. Berlin 2009, S. 24.
- 127 Haftbeschluss, 26.11.1976; BArch, MfS, AU 11554/78, Bd. 1, Bl. 38.
- 128 Vernehmungprotokoll, 20.11.1976; ebd., Bl. 119–122, hier 119.
- 129 Scheer: Jürgen Fuchs (Anm. 117), S. 175.
- 130 Ebd., S. 177.
- 131 Ebd., S. 248.
- 132 Objektkarteikarte F 22 zu OV »Opponent«.
- 133 Zusammenfassung wesentlicher politisch-operativer Gesichtspunkte zur weiteren Bearbeitung des Fuchs, Jürgen, 9.3.1983; BArch, MfS, AOP 15665/89, Bd. 1, Bl. 114–119, hier 117.
- 134 Einleitung eines EV [Ermittlungsverfahrens] gegen Jürgen Fuchs, 28.4.1982; BArch, MfS, U 86/85, Bd. 1, Bl. 7 f.
- 135 Fuchs: Vernehmungprotokolle (Anm. 126), S. 21.
- 136 [www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/-staatsfeind-juergen-fuchs-in-leipzig-425956](http://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/-staatsfeind-juergen-fuchs-in-leipzig-425956) (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 137 Lage im Stadtbezirk Prenzlauer Berg von Dezember 1986 bis Dezember 1987, 1987; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 5789.
- 138 Nawrocki, Joachim: Zufrieden in die neue Etappe. In: Die Zeit v. 25.4.1986; Kaiser, Gari-Christian: Sachtes Zittern hinter den Fassaden. In: Die Zeit v. 25.4.1986.
- 139 Reaktionen unter Bürgern der Hauptstadt der DDR, Berlin 16.2.1987; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 167, Bl. 1–6, hier 3.
- 140 Bericht über Parteigruppenversammlung im Krankenhaus der Volkspolizei, 5.7.1988; BArch, MfS, HA VII, Nr. 5752, Bl. 1–4; Information über Themenabend über »Glasnost« und »Perestroika« in der Samariterkirche, 24.3.1988; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 244, Bl. 1–4; Information der KD Mitte, 13.10.1988; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 5007, Bl. 1–4.
- 141 Notiz über Gespräch von Erich Mielke mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des KfS [KGB] in der UdSSR, V. A. Ponomarjow, 1.4.1987; BArch, MfS, Abt. X, Nr. 1889, Bl. 1–18.
- 142 Das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« veröffentlichte ein Gespräch Kurt Hagers mit dem Magazin »Der Stern«, in welchem er sich abschätzig über die neue sowjetische Politik äußerte. Vgl. Neues Deutschland v. 10.4.1987, S. 3.
- 143 Petition, Februar 1988; BArch, MfS, HA II, Nr. 45112, Bl. 69–73; Information der HA XX, 9.11.1988; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 11931, Bl. 93–96.
- 144 Bericht der HA XX, 28.5.1987; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 5617, Bl. 76 f., hier 76.
- 145 Übersichtsbogen zur operativen Personenkontrolle, 28.6.1988; BArch, MfS, BV Berlin, AOPK 6705/88, Bl. 3.
- 146 Information der HA II, 20.6.1988; ebd., Bl. 49 f., hier 49; Zwischenbericht zur OPK »Transparent«, 15.7.1989; ebd., Bl. 73–76.
- 147 Bericht der KD Friedrichshain, 11.7.1988; ebd., Bl. 55; Ermittlungsbericht der KD Friedrichshain, 8.7.1988; ebd., Bl. 51–54.
- 148 Aktenvermerk zur Aussprache mit Peter Maier am 25.7.1988 im Rat des Stadtbezirks, 22.8.1988; ebd., Bl. 99. Vermerk der KD Friedrichshain, 12.7.1988; ebd., Bl. 58 f.; Zwischenbericht zur OPK »Transparent«, 8.9.1988; ebd., Bl. 107–109.
- 149 Bericht der KD Friedrichshain, 12.9.1988; ebd., Bl. 111; Abschlussbericht der OPK »Transparent«, 30.11.1988; ebd., Bl. 121–124; Vernehmungprotokoll, 12.9.1988; ebd., Bl. 117–119; Aufnahmeverfahren von Peter Maier, 16.11.1989; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. VII, Nr. 1279, Bl. 2.
- 150 Analyse zur Öffentlichkeitsarbeit des Hauses der sowjetischen Wissenschaften und Kultur, 16.12.1988; BArch, MfS, HA II, Nr. 45112, Bl. 150–153.
- 151 Bericht der KD Hellersdorf, 5.12.1988; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 5047, Bl. 2–8, hier 8.
- 152 Innerhalb eines Monats erklärten 76 Berliner Mitglieder ihren Austritt aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF). Meldung des DSF-Vorstandes Berlin, 6.1.1989; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 6062, Bl. 5 f.
- 153 Info des Zentralen Operativstabs, 22.11.1988; BArch, MfS, HA XXII, Nr. 5611, Bd. 13, Bl. 1.
- 154 Info der KD Prenzlauer Berg, 5.12.1988; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 5066, Bl. 2–5.
- 155 Überprüfung eines Bereichsleiters im Heizkraftwerk Berlin-Mitte; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. VIII, Nr. 10590.
- 156 Timmer, Carsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989. Göttingen 2000, S. 94–96.
- 157 Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2013, S. 192 f. »Ingrid«, Reg.

- Nr. XV 6402/82, lieferte bis Ende 1989 insgesamt 194 Berichte über deutsch-deutsche Themen.
- 158 Die ermittelten Angaben zu »Ingrid« beruhen auf Daten der SIRA-Teildatenbank 12, 14, 21.
- 159 Thijs, Krijn: Drei Geschichten, eine Stadt. Die Berliner Stadtjubiläum von 1937 und 1987. Köln, Weimar, Wien 2008, S. 125 f.
- 160 Ebd., S. 122 f.
- 161 Ebd.
- 162 Reaktion der Bevölkerung im Stadtbezirk Berlin-Marzahn, 28.5.1987; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 5664, Bl. 1–4.
- 163 Reaktion der Bevölkerung im Stadtbezirk Berlin-Marzahn, 23.5.1987; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 5663, Bl. 1–4.
- 164 Bericht zur Aktion »Jubiläum 750«, März 1987; BArch, MfS, HA VI, Nr. 17011, Bl. 71–81.
- 165 Beratung beim 1. Stellvertreter des Ministers, Genossen Generaloberst Mittag, 23.3.1987; ebd., Bl. 56–60.
- 166 Information über die Vorkommnisse Unter den Linden im Zusammenhang mit den Rockkonzerten vor dem ehemaligen Reichstag in West-Berlin, 16.6.1987; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 181, Bl. 99–103.
- 167 Information des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes, 12.6.1987; BArch, MfS, HA XX, Nr. 6113, Bl. 1.
- 168 Brief an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, 5.5.1987; BArch, MfS, HA XXII, Nr. 18392, Bl. 6.
- 169 Ermittlungen zur Bau-Firma, 22.6.1987; ebd., Bl. 11–43.
- 170 Historischer Festumzug anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins am 4. Juli 1987, 26.6.1987; BArch, MfS, ZOS, Nr. 2978, Bl. 6–11, hier 6.
- 171 Bericht zur Aktion »Jubiläum 750«, März 1987; BArch, MfS, HA VI, Nr. 17011, Bl. 71–81.
- 172 Schöne, Jens: Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahre 1987. Berlin 2009, S. 73 f.
- 173 Aufklärung der Kirche am 17.12.1983, 19.12.1983; BArch, MfS, HA II, Nr. 39549, Bl. 67–69, hier 68.
- 174 Die Überwachung der Kirchen lag üblicherweise in den Händen der HA XX.
- 175 1983 gehörten etwa 100 Personen zur Gemeinde. Vgl. Information, 28.12.1983; BArch, MfS, HA II, Nr. 39549, Bl. 70 f., hier 70.
- 176 Vgl. Aufklärung der Kirche am 17.12.1983; ebd., Bl. 67.
- 177 Ebd.
- 178 Vgl. ebd., Bl. 68.
- 179 Zit. nach: ebd. Vgl. auch Information, 28.12.1983; ebd., Bl. 70. Ebd., Bl. 71.
- 181 Öffentliches Aufsehen erregte die Hauptverhandlung vor dem Stadtbezirksgericht am 29. Januar 1988 gegen Till Böttcher, Andreas Kalk und Bert Schlegel. Sie waren Mitglieder der oppositionellen Umweltbibliothek der Zionskirchgemeinde. Zu dritt hatten sie am 17. Januar 1988 versucht, an der Gegendemonstration während der offiziellen SED-Kundgebung für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg teilzunehmen, waren jedoch von der Stasi abgefangen worden.
- 182 Vgl. dazu die Beispiele Sicherungseinsatz im Zusammenhang mit dem Strafverfahren gegen Wollenberger, Vera am 27.1.1988 vor der Strafkammer des Stadtbezirksgerichtes Berlin-Lichtenberg, o.D.; BArch, MfS, HA II, Nr. 39549, Bl. 381–384, hier 381; Sicherungseinsatz im Zusammenhang mit den Strafverfahren gegen Schlegel, Kalk und Böttcher am 29.1.1988 vor der Strafkammer des Stadtbezirksgerichtes Berlin-Lichtenberg, o.D.; ebd., Bl. 407–409, hier 407.
- 183 Vgl.: Halbrock, Christian: Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Berlin 2011, S. 208.
- 184 Das Gericht verhängte mehrmonatige Freiheitsstrafen wegen »versuchter Zusammenrottung zur Störung der öffentlichen Ordnung«. Vgl. Sicherungseinsatz im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung in den Strafverfahren gegen Schlegel, Kalk und Böttcher am 1.2.1988 vor der Strafkammer des Stadtbezirksgerichtes Berlin-Lichtenberg, o.D.; BArch, MfS, HA II, Nr. 39549, Bl. 415, 419 f., hier 419 f. u. BArch, MfS, ZAIG, Vi, Nr. 408. Die Videoaufnahmen wurden vermutlich von der HA II und dem Büro der Leitung gemacht.
- 186 Trefferbericht FIM-Gruppe »Schönfeldt«, 9.3.1988; BArch, MfS, HA II, Nr. 40400, Bl. 344 f., hier 345.
- 187 Vgl. für April 1988 Trefferbericht FIM-Gruppe »Schönfeldt«, 7.4.1988; ebd., Bl. 353 f.
- 188 Trefferbericht FIM-Gruppe »Schönfeldt«, 30.3.1988; ebd., Bl. 351 f., hier 352.
- 189 Die Hauptabteilung IX (Ermittlungen) befand sich auf dem Gelände der zentralen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen.
- 190 Halbrock: Mielkes Revier (Anm. 183), S. 55. Als Grundlage für die nachfolgenden Ausführungen zur Ausdehnung der Stasi-Zentrale von 1950 bis 1989 dient die genannte Publikation von Halbrock.
- 191 Quelle »Uwe«, 7.3.1984; BArch, MfS, HA II, Nr. 40230, Bl. 77.
- 192 Zitiert nach einer Eingabe der Familie Hirsch [Name geändert] aus der Ruschestraße, wohnhaft gegenüber dem Stasi-Komplex, an die MfS-Zentrale: Eingabe, 7.9.1989; BArch, MfS, BdL, Nr. 7978, Bl. 3.
- 193 Planvorgabe des Leiters der Bezirksverwaltung Berlin für die Dienstleistungen der Bezirksverwaltung für das Jahr 1989; BArch, MfS, BV Berlin, BdL, Nr. 157, Bl. 2.
- 194 Schwanitz, Wolfgang: Welche Aufgaben hatte ich als Leiter der Bezirksverwaltung Berlins des MfS? In: Zwie-Gespräch 2 (1992) 9, S. 1–14, hier 5.
- 195 Nehring, Christopher: Die Wirtschaftsspionage des MfS. Eine Fallstudie zur Bezirksverwaltung Berlin. In: Gerbergasse 18, 22 (2017) 84, S. 8–12, hier 9.
- 196 Struktur- und Stellenplan der Bezirksverwaltung Berlin; BArch, MfS, BV Berlin, AGL, Nr. 11, Bl. 3.
- 197 Lexikoneintrag »Schwanitz, Wolfgang«. In: Engelmann, Roger u. a. (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2021, S. 292 f. Am 18.11.1989 wurde Schwanitz im Zuge der Umbildung des MfS in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) zu dessen Leiter und damit zum Nachfolger Mielkes ernannt. Diesen Posten hatte er nur etwa einen Monat inne, da er im Zusammenhang mit dem Ministerratsbeschluss zur Auflösung des AfNS am 14.12.1989 am folgenden Tag faktisch den Dienst quittierte. Durch die Volkskammer abberufen wurde er am 11.1.1990; siehe Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende: Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 669–672.
- 198 Inklusive Mitarbeiter der elf Berliner Kreisdienststellen des MfS. Vgl. MfS-Personalstatistik in: Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Berlin 1995, S. 556 f.
- 199 Bau des neuen Dienstkomplexes der Bezirksverwaltung Berlin des MfS an der Straße der Befreiung in Berlin-Lichtenberg; BArch, MfS, BV Berlin, Fo 740, Bl. 4–20; siehe ebenso [www.hwr-berlin.de/hwr-berlin/ueber-uns/geschichte/alt-friedrichsfelde/](http://www.hwr-berlin.de/hwr-berlin/ueber-uns/geschichte/alt-friedrichsfelde/) (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 200 Schwanitz: Aufgaben (Anm. 194), S. 3.
- 201 Ciesla, Burghard: Als der Osten durch den Westen fuhr: die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin. Köln 2006, S. 42 u. 272. Siehe auch Abt. XIX der BV Berlin: Analyse zur Entwicklung und zum Verlauf des Streiks bei der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, 6.10.1980; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XIX, Nr. 11335, Bd. 2, Bl. 2.
- 202 Ciesla: Als der Osten (Anm. 201), S. 39–42.
- 203 Das jährliche Defizit durch das Betreiben der S-Bahn in West-Berlin lag laut Ciesla Ende der 1970er-Jahre bei 35 Mio. DM und 55 Mio. DDR-Mark. Siehe Ciesla: Als der Osten (Anm. 202), S. 42. Die BV Berlin spricht sogar von einem jährlichen Defizit von 140 Mio. DM. Siehe Abschlussbericht zum OV »Bahn«, 11.5.1983; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XIX, AOP 6328/83, Bd. 4, Bl. 151.
- 204 Zum Rückgang der Investitionen siehe Ciesla: Als der Osten (Anm. 201), S. 43. Zur Entlassung von 77 Eisenbahnern ohne Vorankündigung und ausgehandeltem Sozialplan siehe ebd., S. 272.
- 205 Analyse zur Entwicklung und zum Verlauf des Streiks bei der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, 6.10.1980; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XIX, Nr. 11335, Bd. 2, Bl. 2–9; siehe auch Ciesla: Als der Osten (Anm. 201), S. 276 f.
- 206 Die Forderungen der Streikleitung vom 22.9.1980, die in mehreren westdeutschen Zeitungen abgedruckt wurden, finden sich u. a. in: BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XIX, Nr. 11335, Bd. 3, Bl. 94.
- 207 Maßnahmenplan zum OV »Bahn«, 14.10.1980; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XIX, AOP 6328/83, Bd. 1, Bl. 13–16; Zwischenbericht zum OV »Bahn«, 13.11.1980; ebd., Bl. 166–173.
- 208 Die zahlreichen Berichte des IM »Wolfgang Papke« finden sich in: ebd., Bl. 81–161.
- 209 Abschlussbericht zum OV »Bahn«, 11.5.1983; ebd., Bd. 4, Bl. 153.
- 210 Zwischenbericht zum OV »Bahn«, 13.11.1980; ebd., Bd. 1, Bl. 174.

- 211 Die DDR-Regierung hatte dem West-Berliner Senat seit Mitte der 1970er-Jahre mehrmals die Übernahme der S-Bahn angeboten. Ab 1983 setzte ein Umdenken beim Senat ein, worauf es im Januar 1984 schließlich zur Eingliederung der S-Bahn in den West-Berliner Nahverkehr kam. Vgl. Ciesla: Als der Osten (Anm. 201), S. 280–285.
- 212 Bis 1990 ging die Anzahl der Beschäftigten der Reichsbahn in West-Berlin von 3 600 (Ende der 1970er-Jahre) auf 2 000 Mitarbeiter zurück. Vgl. Ciesla: Als der Osten (Anm. 201), S. 43 u. 280.
- 213 Abschlussbericht zum OV »Bahn«, 11.5.1983; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XIX, AOP 6328/83, Bd. 4, Bl. 177.
- 214 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Hg.): »Zersetzung«: Wie die Stasi eine politische Theatergruppe zerstörte. Auszug aus einer Akte des MfS. Berlin 2017.
- 215 Eröffnungsbericht zum OV »Bekennnis« gemäß §§ 218 Absatz 1, 2 u. 220 Absatz 2 StGB, 5.6.1984; BArch, MfS, BV Berlin, AOP 2001/88, Bd. 1, Bl. 7–10, hier 7.
- 216 Name geändert.
- 217 Hallig hätte der Logik der Stasi-Zersetzungsstrategie entsprechend ein IM sein können, der durch Provokation die Arbeit der Gruppe »zersetzt«. Sein Motiv war jedoch ein anderes. Er wollte seinen Ausreisearbeit durch laute Opposition befördern. Im Jahre 1989 sprach sich die Methode unter Ausreisewilligen herum und die Oppositionsgruppen erhielten großen Zulauf aus der »Ausreiserszene«. Die neuen »Mitglieder auf Zeit« waren jedoch nicht überall willkommen und lösten lebhafte Diskussionen über die Identität von Opposition aus.
- 218 Vorschlag zur Einleitung von Prüfungshandlungen gem. § 95 Absatz 1, 3 im Rahmen der Bearbeitung des OV »Bekennnis« wegen des Verdachts der Verletzung des Straftatbestandes gem. § 220 (1) StGB, 3.7.1985; BArch, MfS, BV Berlin, AOP 2001/88, Bd. 1, Bl. 26–31.
- 219 Vermerk zu Telefonat mit der Militärakademie in Dresden, 13.6.1986; ebd., Bd. 2, Bl. 11 f.
- 220 Sachstandsbericht zum Operativ-Vorgang »Bekennnis« gemäß §§ 218 (1), (2) u. 220 (2) StGB, 28.4.1986; ebd., Bd. 2, Bl. 37–42.
- 221 Zuarbeit zur Laienspielgruppe, 11.8.1987; ebd., Bl. 96–100.
- 222 Bericht IM »Roland«, 12.10.1987; ebd., Bl. 113 f.
- 223 Abschlussbericht zum OV »Bekennnis«, 29.12.1987; ebd., Bl. 190–197.
- 224 Einleitungsbericht OPK »Karthause«, 28.1.1988; BArch, MfS, BV Berlin, AOPK 4801/89, Bl. 5–8.
- 225 Vgl. Labrenz-Weiß, Hanna: Die KD Nordhausen. Arbeitsstruktur und Wirkung der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit im Grenzgebiet Nordhausen. Berlin 2018, S. 17.
- 226 Linienspezifische Aufgaben der BV Berlin zur Konstituierung und Entfaltung der Verwaltung B 2, 5.8.1985; BArch, MfS, BV Berlin, Leiter, Nr. 101, Bl. 1–4.
- 227 Vorgesehen waren anfänglich zunächst 591 Mitarbeiter.
- 228 Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken. Berlin 2008, S. 382.
- 229 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1990, S. 2.
- 230 Fluchtversuche von April 1988–Oktober 1988; BArch, MfS, BV Berlin, KD Treptow, Nr. 7892.
- 231 Jahresplan des Leiters der Kreisdienststelle Treptow für 1987, 16.12.1986; BArch, MfS, BV Berlin, KD Treptow, Nr. 7911, Bl. 1–47, hier 6.
- 232 Bericht zum Weltfriedenstag in der evangelischen Bekenntniskirche in der Plesser Straße, 2.9.1988; BArch, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 11431, Bl. 63–73.
- 233 Einschätzung der politisch-operativen Lage für die Jahresplanung 1990 der Kreisdienststelle Berlin-Treptow, 29.9.1989; BArch, MfS, BV Berlin, KD Treptow, Nr. 7922, Bl. 276–300.
- 234 Vgl. Fuchs: Vernehmungsprotokolle (Anm. 126), S. 13 u. 42.
- 235 Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000.
- 236 Vgl. Engelmann, Roger/Joestel, Frank: Die Hauptabteilung IX: Untersuchung (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2016, S. 23 u. 29.
- 237 Zu allen Informationen über Eschbergers berufliche Laufbahn, auch im Folgenden vgl. die Personalunterlagen in: BArch, MfS, KS, Nr. 7803/90.
- 238 Unter dem gleichen Titel war im Februar 1963 ein DEFA-Film in den Kinos angelaufen, der propagandistisch verzerrt die Geschichte

- über mehrere Jugendliche aufgriff, die im Sommer 1961 auf einem Campingplatz auf Usedom verhaftet, wenig später in zwei Schauprozessen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt und in einer öffentlichen Propagandakampagne als »Glatzkopfbande« an den Pranger gestellt wurden. Vgl. Heidemeyer, Helge: Mit der Stasi an den Strand. In: Catrain, Elise (Hg.): Stasi in Mecklenburg-Vorpommern. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin. Berlin 2019, S. 119–123.
- 239 Zum internen Ermittlungsverfahren gegen Eschberger, auch im Folgenden vgl. die Unterlagen in: BArch, MfS, HA II, Nr. 35564.
- 240 Vgl. Gieseke: Mitarbeiter (Anm. 235), S. 275.
- 241 Um die Haftbedingungen aushalten zu können, nahm sich Jürgen Fuchs vor, seine Hafterlebnisse festzuhalten. Er bekam zwar weder Stift noch Papier, aber er machte sich mit dem Finger auf der Tischplatte unsichtbare Notizen und verankerte sie so in seiner Erinnerung. Daraus entstanden später seine Prosawerke »Vernehmungsprotokolle« und »Gedächtnisprotokolle«, eindrucksvolle Dokumentationen seiner Erfahrungen in Hohenschönhausen.
- 242 Im Umfeld der Untersuchungshaftanstalt war zudem eine weitere MfS-Dienststelle angesiedelt: die Abteilung XIV. Geleitet wurde sie seit 1963 von Oberst Siegfried Ratajick (Jg. 1931). Diese Abteilung war insbesondere für den Betrieb der 14 Untersuchungsfängnisse der Staatssicherheit in den Bezirksstädten und die drei Haftanstalten in Ost-Berlin zuständig: das Untersuchungsgefängnis der Ost-Berliner MfS-Bezirksverwaltung in der Pankower Kissingenstraße, die UHA II in der Lichtenberger Magdalenenstraße unweit der Stasi-Zentrale und die UHA I einschließlich des Haftkrankenhauses in der Genslerstraße in Hohenschönhausen. Auch die Strafgefängnisse-Arbeitskommandos (SGAK) in den Stasi-Untersuchungshaftanstalten unterstanden der Abteilung XIV – und bis 1960 das sogenannte Haftarbeitslager X, das direkt neben der UHA I lag. Anschließend war das Lager X bis zu seiner Auflösung Mitte der 1970er-Jahre der Abteilung XVI (Sicherungsaufgaben im Strafvollzug) unterstellt.
- 243 Vgl. Muhle, Susanne: Auftrag Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Göttingen 2015.
- 244 Fuchs, Jürgen: Tagesnotizen, Gedichte. Reinbek bei Hamburg 1979, S. 10.
- 245 Fahneide der MfS-Mitarbeiter; BArch, MfS, HA KuSch, Nr. 33038, Tafel 7.
- 246 Erler, Peter: »Moskau-Kader« der KPD in der SBZ. In: Wilke, Manfred (Hg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998.
- 247 Vgl. hierzu die Rede auf dem 15. Plenum des ZK der SED vom 24.–26.7.1953; BArch, DY 30/40634, Bl. 187–201.
- 248 Protokoll über die Kreisparteitagung der SED-Kreisleitung im MfS vom 28.1.1953; BArch, MfS, SED-KL, Nr. 570, Bl. 24.
- 249 Zur Biografie von Johannes Schellheimer siehe [www15.ovgu.de/mbi/Biografien/0051.htm](http://www15.ovgu.de/mbi/Biografien/0051.htm) (letzter Aufruf 14.5.2021).
- 250 Beurteilung, 5.12.1950; BArch, MfS, KS, Nr. 160/64, Bl. 103 f.
- 251 Beurteilung, 10.10.1952; ebd., Bl. 25.
- 252 Beurteilungen, 23.4.1953.20.4.1955; ebd., Bl. 26–28.
- 253 Direktive des Sekretariats des ZK zur Arbeit der Frauenkommissionen bei den Bezirks-, Stadt-, Kreis- und Stadtbezirksleitungen der Partei, 16.8.1978; BArch, MfS, SED-KL, Nr. 3883, Bl. 1–7.
- 254 Vgl. hierzu Schumann, Silke: Die Parteiorganisation der SED im MfS (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 1998.
- 255 Die 2. MfS-Delegiertenkonferenz am 21. März 1959 befasste sich mit den weiteren Aufgaben nach dem V. Parteitag der SED. An der internen Parteikonferenz nahmen insgesamt 327 Männer und 36 Frauen teil. Klara Schellheimer war laut Protokoll die einzige Rednerin.
- 256 Diskussionsbeitrag von Klara Schellheimer zur 2. Kreisdelegiertenkonferenz des MfS, 21.3.1959; BArch, MfS, SED-KL, Nr. 4207, Bl. 111–114.
- 257 Dienstabweisung Nr. 43/53 »Richtlinien für die Kader- und Schulungsarbeit«, 6.11.1953; BArch, MfS, BdL, Dok, Nr. 3021.
- 258 Eine Ausnahme bildeten wenige Hundert Mitarbeiter, die im Rahmen der Abwicklung des MfS befristete Verträge erhielten. Untersuchungen zu den »Nachwende«-Biografien von hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern sind nachzulesen in: Krähnke, Uwe u.a.: Im Dienste der Staatssicherheit. Eine soziologische Studie über die

- hauptamtlichen Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes. Frankfurt am Main 2017, S. 265–281.
- 259 Einschätzung der bisherigen Zusammenarbeit mit dem IMB »Gerhard«, 8.8.1984; BArch, MfS, AIM, Nr. 1054/91, Bd. 1, Bl. 280.
- 260 Nach der Ausweisung Biermanns und dem öffentlichen Protest zahlreicher Künstler dagegen baute das MfS die Überwachung und Drangsalierung der Kunstszene massiv aus. Vgl. Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996, S. 168–174.
- 261 Eine Bestandsaufnahme der Kunstszene im Prenzlauer Berg der 1980er-Jahre bietet Lewis, Alison: Die Kunst des Verrats. Der Prenzlauer Berg und die Staatssicherheit. Würzburg 2003, S. 17–43.
- 262 Richtlinie 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit, 8.12.1979; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 26648, Bl. 6–70, hier 11.
- 263 Vorschlag zur Zahlung einer monatlichen Zuwendung von 400,- Mark an den IMB »Gerhard«, 17.12.1985; BArch, MfS, AIM 1054/91, Bd. 2, Bl. 36 f.
- 264 IMB: »Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen«; zu den IMB im Literaturbetrieb vgl. Walther: Sicherungsbereich (Anm. 260), S. 594–616.
- 265 Den Kontakt zur Stasi nahm Schedlinski über einen Arbeitskollegen auf, von dem ihm bekannt war, dass er Verbindungen zur Stasi hatte. Der Kollege hatte den Vornamen Gerhard. Bericht über das Bekanntwerden des IMS Kandidaten Schedlinski, Rainer, 15.1.1979; ebd., Bd. 1, Bl. 58 f.
- 266 Verpflichtung, 10.6.1979; ebd., Bl. 11.
- 267 Auskunftsbericht, 10.11.1979; ebd., Bl. 15.
- 268 Vorschlag zur Umregistrierung des IMS »Gerhard« [...] zum IMB, 24.2.1983; ebd., Bl. 251–257.
- 269 Vgl. die Angaben des Statistischen Amtes der DDR; [de.statista.com/statistik/daten/studie/249254/umfrage/durchschnittseinkommen-in-der-ddr/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/249254/umfrage/durchschnittseinkommen-in-der-ddr/) (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 270 1988 erhielt er vom MfS ein Auto der Marke Trabant: Treffbericht, 20.6.1988; BArch, MfS, AIM 1054/91, Bd. 5, Bl. 276.
- 271 So berichtete er 1988 über eine gut einwöchige Lesereise: Bericht über meine Reise in die BRD, 24.3.1988; ebd., Bl. 222 f.
- 272 Treffbericht, 8.3.83; ebd., Bd. 1, Bl. 247 f.
- 273 Treffbericht, 21.10.1986; ebd., Bd. 5, Bl. 1 f.
- 274 Den letzten Band seiner Akte, von dem lediglich ein leerer Aktendeckel erhalten ist, legte sein Führungsoffizier im Februar 1989 an. Die darin erstmals abgehefteten Berichte wurden bislang nicht aufgefunden; Aktendeckel, Beginn: 14.2.1989; ebd., Bd. 6.
- 275 Eine Bilanz des Wirkens der IMB Schedlinski und Sascha Anderson versucht Alison Lewis zu ziehen. Vgl. Lewis: Die Kunst des Verrats (Anm. 261), S. 251–255.
- 276 Richtlinie 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit, 8.12.1979; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 26648, Bl. 6–70, hier 11.
- 277 Die genaue Zahl der IM ist bis heute umstritten, siehe dazu und zum Thema IM allgemein Kowalczyk, Ilko-Sascha: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR. München 2013, S. 209–246.
- 278 Florath, Bernd: Die inoffiziellen Mitarbeiter. In: Münkler, Daniela (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei. Berlin 2015, S. 40–51.
- 279 Vorschlag zur Werbung und Verpflichtung des Kandidaten als IMS, 28.5.1979; BArch, MfS, AIM 1054/91, Bd. 105–124, hier 113.
- 280 Zur Westarbeit und ihren Zielen Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007, S. 99–103.
- 281 Besonders präsent in der deutsch-deutschen Erinnerung ist der Fall des Stasi-IM Günter Guillaume, der 1974 zum Sturz Willy Brandts als Bundeskanzler beitrug. Vgl. Münkler, Daniela: Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt. Berlin 2015.
- 282 Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 2011.
- 283 Zur HA VIII Schmole, Angela: Hauptabteilung VIII. Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2011.

- 284 Vorschlag zur Werbung eines IM aus dem Operationsgebiet, 15.3.1977; BArch, MfS, AIM 9229/87, Bd. 1, Bl. 75–80.
- 285 Auskunftsbericht, 10.8.1975; BArch, MfS, AIM 4902/88, Bd. 1, Bl. 18–32; Vermerk über »Karate«, 3.3.1975; ebd., Bl. 66–74.
- 286 BArch, MfS, AIM 9229/87, Bd. 2, Bl. 179–184.
- 287 Die Stasi dokumentierte ihre Geldzahlungen an die IM: Aufstellung über ausgezahlte und geleistete Sachwerte ab 1982; BArch, MfS, AIM 4902/88, Bd. 10, Bl. 5–10.
- 288 Vorschläge zur Prämierung der IM »Karate« und »Janett« zum 30. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, 19.9.1979; ebd., Bd. 1, Bl. 134–136.
- 289 Sachstandsbericht, 28.6.1976; BArch, MfS, AIM 9229/87, Bd. 2, Bl. 179–184.
- 290 Jahresbericht 1978 zum Stand der Legalisationsbasis OG »Rheinland«, 8.12.1978; BArch, MfS, AIM 9229/87, Bd. 1, Bl. 94–98.
- 291 Abschlussbericht zum Stützpunkt »Rheinland«, 22.1.1981; ebd., Bl. 344–348.
- 292 Treffbericht IM »Karate«, 20.8.1982; BArch, MfS, AIM 4902/88, Bd. 7, Bl. 101–104. Lampl's Verhaftung durch westdeutsche Behörden wegen Geldfälschung und eine anschließende Haftstrafe verteilten den Mordplan, siehe dazu Schmole: Hauptabteilung VIII (Anm. 283), S. 88–91.
- 293 Treffbericht IM »Janett«, 5.10.1983; BArch, MfS, AIM 9229/87, Bd. 3, Bl. 75–77; Abschlussbericht IM »Janett«, 30.9.1986; ebd., Bd. 1, Bl. 262–264.
- 294 Entwurf Arbeitsordnung der Einsatzgruppe der Abteilung IX der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin im Präsidium der Volkspolizei Berlin; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. IX, Nr. 28, Teil I/II, Bl. 11–18.
- 295 Danke für den Hinweis von Tobias Wunschik. Vgl. Richtlinie der Hauptabteilung Kriminalpolizei zur Organisation und Arbeitsweise der operativen Tätigkeit in den Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums des Innern [1984]; BArch, HA VII, Nr. 681, Bl. 121–129.
- 296 BArch, MfS, Abt. XIV, Nrn. 577–580, 673, 16643.
- 297 Zeitzeugeninterview mit Michael Brack vom 9.5.2017, Zeitzeugenarchiv der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.
- 298 Grimm, Peter: Viereinhalb Protestlosungen. In: Horch und Guck 17 (2008) 62, S. 43–45.
- 299 Die DVP sorgte dafür, dass er sich fast zwei Tage nicht waschen durfte, bevor er einem Haftrichter vorgeführt wurde, sodass dieser ihm einen »schmutzigen und ungepflegten Eindruck« vorwerfen konnte.
- 300 Vermerk Staatsanwältin Ballon, Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Abteilung I A, 17.11.1969; BArch, MfS, AST, Nr. 102/83, Bd. 1, Bl. 67.
- 301 Eröffnungsbericht der OPK »Spieler«, 15.12.1981; BArch, MfS, AOPK 5081/83, Bl. 5–7.
- 302 Jedes Transportpolizeiamt hatte eine eigene Kriminalpolizeiabteilung, die bei Straftaten auf dem Bahngelände selbstständig ermittelte. Vgl. Birtheimer, Jana: Die »Bahnpolizei« der DDR 1949–1989. Strukturen und Aufgaben der Transportpolizei am Beispiel des Grenzbezirks Magdeburg. In: ZdF (2016) 40, S. 27–37, hier 28.
- 303 Rund 640 Transportpolizistinnen und -polizisten waren dort 1989 tätig. Dem TPA Berlin unterstellt waren die Transportpolizeireviere Friedrichstraße, Ostbahnhof, Lichtenberg und Rummelsburg. Zusätzlich existierte das TPA Nordbahnhof II.
- 304 Bereits vor 1949 hatten die vier Besatzungsmächte beschlossen, das Eisenbahnwesen in Berlin einheitlich in einer Hand zu belassen. Deshalb behielt die Deutsche Reichsbahn die Betriebsrechte für ganz Berlin. Vgl. Ciesla, Burghard: Als der Osten (Anm. 201), S. 10.
- 305 Vgl. Tantzsch, Monika: Hauptabteilung VI. Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2005.
- 306 Namen geändert.
- 307 Fernschreiben, 18.1.65; BArch, MfS, AOP 718/66, Bl. 179.
- 308 § 8 Passgesetz der DDR v. 11.12.1957.
- 309 Dienstvorschrift »Transportpolizeivorschrift« Nr. 20/83, 4.10.1983; BArch, MfS, HA XX, Nr. 19920, Bl. 537.
- 310 Auszug aus einem Treffbericht mit GI »Marga«, 6.6.1963; BArch, MfS, AOP 718/66, Bl. 28.
- 311 Bericht GI »Marga«, 8.11.1963; BArch, MfS, AOP 718/66, Bl. 30.
- 312 Die Mitarbeiter der DR, die in West-Berlin arbeiteten, wurden teilweise auch in DM bezahlt bzw. bekamen Sonderzahlungen in

- West-Geld. Dies sollte als Ausgleich für die teils schlechteren DDR-Löhne und als Anreiz für die Arbeit bei der DR dienen. Vgl. Ciesla: Als der Osten (Anm. 201), S. 156 f.
- 313 Anschlussbericht der Transportpolizei; BArch, MfS, AOP 718/66, Bl. 195–197.
- 314 Nur die Stasi war befugt, grenzübergreifend IM einzusetzen.
- 315 Abschlussbericht Abt. XIX/3, Berlin, 1.12.1965; BArch, MfS, AOP 718/66, Bl. 231–233.
- 316 Die Verurteilung erfolgte u. a. nach § 164 (falsche Anschuldigung) und § 239 (Freiheitsberaubung). Urteil in der Strafsache gegen Niki Glyz, Stadtgericht Berlin, 31.5.1954; BArch, MfS, AU 397/58, Bd. 2, Bl. 69–76, hier 70.
- 317 Bis 1968 sprach man beim MfS noch von geheimen Mitarbeitern (GM) und geheimen Informatoren (GI). Die Bezeichnung IM wird hier als allgemein gebräuchlicher Sammelbegriff verwendet.
- 318 »Bert« hatte angeboten, sein »Wissen über politische Dinge« preiszugeben und für die DDR zu arbeiten. Im Gegenzug erwartete er, freigelassen zu werden. Das MfS ließ sich auf den Deal ein. Vgl. Verpflichtungserklärung des IM »Bert«, 8.8.1950; BArch, MfS, AIM 7881/61, Bl. 29; Aktenvermerk, 3.2.1953; ebd., Bl. 30; Bericht des IM »Bert«, 11.8.1950; ebd., A-Akte, Bl. 16–19; Beschluss über das Anlegen eines Vorganges zu Niki Glyz, 24.11.1950; BArch, MfS, AOP 24/54, Bl. 7 f.; Bericht des IM »Bert«, 23.8.1950; ebd., Bl. 17–19; Bericht des IM »Bert«, 4.9.1950; ebd., Bl. 22 f.; Anklageschrift gegen Niki Glyz, Generalstaatsanwalt von Groß-Berlin, 24.4.1954; BArch, MfS, AU 397/58, Bd. 1, Bl. 77–79, hier 77; Urteil in der Strafsache gegen Niki Glyz, Stadtgericht Berlin, 31.5.1954; ebd., Bl. 69–76.
- 319 Vgl. Bericht des IM »Bert«, ca. Dezember 1953; BArch, MfS, AIM, Nr. 7881/61, Bl. 69 f.
- 320 Vgl. Sachstandsbericht der HA II/3, 20.1.1954; BArch, MfS, AU 397/58, Bd. 1, Bl. 10 f.; Festnahmebericht der Abt. V, 21.1.1954; ebd., S. 23 f.; Schlussbericht, 20.3.1954; ebd., Bl. 72–75; Bericht des IM »Bert«, 23.5.1951; BArch, MfS, AOP 24/54, Bl. 70 f.; Sachstandsbericht der HA II/3, 5.2.1954; ebd., Bl. 82 f.; Protokoll der Verhandlung in der Strafsache gegen Niki Glyz, Stadtgericht Berlin, 31.5.1954; BArch, MfS, AU 397/58, Bd. 2, Bl. 53–68, hier 62–66.
- 321 Bericht des IM »Henry Peters«, 24.5.1951; BArch, MfS, AOP 24/54, Bl. 70 f., hier 71. Vgl. Zwischenbericht der Abt. IV, 27.2.1951; ebd., Bl. 33–35; Zwischenbericht der Abt. IV, 2.4.1951; ebd., Bl. 56 f.
- 322 Bericht des IM »Henry Peters«, 10.6.1951; ebd., Bl. 74 f., hier 74.
- 323 Sachstandsbericht der HA II/3, 5.2.1954; ebd., Bl. 82 f., hier 83.
- 324 Vgl. Bericht des IM »Bert«, ca. Dezember 1953; BArch, MfS, AIM, Nr. 7881/61, A-Akte, Bl. 69 f.
- 325 Vgl. Bericht, 1953; ebd., P-Akte, Bl. 33.
- 326 Vgl. Bericht des IM »Bert«, 19.1.1954; ebd., Bl. 73; Statistische Zusammenstellungen über Entführungen aus Berlin 1949–1962 der West-Berliner Polizei; Landgericht Berlin, Az 29 Hs 68/95, Beiakte, o. Pag.; Interview mit Niki Glyz in der Fernsehdokumentation »Entführt – Menschenraub im Kalten Krieg« von Erika Fehse, 2004.
- 327 Vgl. Quittung des IM »Bert«, 21.1.1954; BArch, MfS, AIM, Nr. 7881/61, Bl. 58.
- 328 Bei Verschleppungen wurden die Betroffenen auf den Boden der DDR gelockt und dort verhaftet, bei Entführungen wurden sie gegen ihren Willen über die Grenze gebracht, u. a. auch unter Anwendung von Gewalt.
- 329 Karl Wilhelm Fricke, der selbst von der Stasi 1953 entführt wurde, diagnostizierte dies bereits 1962. Vgl. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Der Staatssicherheitsdienst. Ein Instrument der politischen Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Bonn, Berlin 1962, S. 39.
- 330 Vgl. Muhle: Auftrag (Anm. 243), S. 369–569.
- 331 Bis 1968 sprach man beim MfS noch von geheimen Mitarbeitern (GM) und geheimen Informatoren (GI). Die Bezeichnung IM wird hier als allgemein gebräuchlicher Sammelbegriff verwendet.
- 332 Treff am 21.9.1959 mit dem GM »Dr. Lutter«, 22.9.1959; BArch, MfS, AOP 1725/64, Bd. 56, Bl. 134–144. Pünktliches Erscheinen galt der Staatssicherheit als Ausweis von Zuverlässigkeit.
- 333 Bezüglich des UfJ waren Besucherzahlen, Strukturpläne und Dienstbesprechungen Thema, ebd.; Komets-Chimirri, Arik K.: Götz Schlicht. Im Dienste dreier Diktaturen. Berlin 2014, S. 199.
- 334 Komets-Chimirri: Schlicht (Anm. 333), S. 154, 163, 166, 175 f. Der Rechtsbegriff der »Boykotthetze« war breit auslegbar und erlaubte es, Kritik an Staat und Partei strafrechtlich zu verfolgen.

- 335 Um gegen den 1949 gegründeten UfJ vorzugehen, legte die MfS-Bezirksverwaltung in Potsdam am 17.10.1951 den Gruppenvorgang »Juristen« an. Darin findet sich ein Bericht zu Götz Schlicht, der diesen als »bürgerlich« charakterisierte und ihm unterstellte, einen »Hetzbrief« des UfJ zurückgehalten zu haben. Komets-Chimirri: Schlicht (Anm. 333), S. 145 f.
- 336 Zur Rolle Rosenthals im UfJ siehe Allen, Keith R.: Befragung, Überprüfung, Kontrolle. Die Aufnahme von DDR Flüchtlingen in West-Berlin bis 1961. Berlin 2012, S. 131. 1958 wurde Rosenthal Leiter des UfJ.
- 337 Aussprache mit dem Häftling Schlicht, Götz, 19.2.1957; BArch, MfS, AOP 8915/91, Bd. 3, Bl. 649–651; Bericht über die geführte Aussprache mit dem Häftling Schlicht, 2.3.1957; ebd., Bl. 61 f. Der Bericht erwähnt, dass Schlicht ein Gnadengesuch schrieb, für dessen Abfassung das MfS ihm Hinweise gab.
- 338 Perspektivplan für den GM »Dr. Lutter«, 10.5.1962; ebd., Bl. 164–174, hier 164; Bericht über den durchgeführten Treff mit dem GM »Dr. Lutter«, 9.7.1957; ebd., Bl. 8–12.
- 339 Bericht über den durchgeführten Treff mit dem GM »Dr. Lutter«, 9.7.1957; ebd. Seine Tätigkeit als Leiter der UfJ Außenstelle in Marienfelde trat Schlicht am 24.9.1957 an.
- 340 Ciesla, Burghard: »Feindobjekt« Marienfelde. In: Effner, Bettina/Heidemeyer, Helge (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland. Berlin 2005, S. 153–169, hier 162.
- 341 Name des Verhafteten geändert. Bericht über den durchgeführten Treff mit dem GM »Dr. Lutter« am 18.11.1957; BArch, MfS, AOP 1725/64, Bd. 55, Bl. 40–58, hier 46. Erwin Neumann wurde 1958 vom MfS nach Ost-Berlin entführt, wo er 1967 in Haft verstarb. Die Entführung ermöglichte neben verschiedenen IM auch Schlicht mit seinen Berichten. Vgl. Muhle: Menschenraub (Anm. 243), S. 146–150 und Herbrist: Bundesbürger (Anm. 280), S. 336 (dort auch das Zitat).
- 342 Während im Marienfelder UfJ-Büro im August 1961 886 und im Oktober 127 Menschen vorsprachen, waren es Ende November laut Schlicht täglich nur noch zwei bis drei. Die Gesamtbelegung des Aufnahmelagers war bis zu diesem Zeitpunkt auf etwa 120 Personen gesunken. Treff am 29.11.1961 [...] mit dem GM »Dr. Lutter«; BArch, MfS, AOP 1725/64, Bd. 58, Bl. 27–55, hier 43 u. 55.
- 343 Muhle: Menschenraub (Anm. 243), S. 45; Komets-Chimirri: Schlicht (Anm. 334), S. 206–209; Kühn, Dettel: Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit. Berlin 2011, S. 6–9, 59 f.
- 344 Muhle: Menschenraub (Anm. 243), S. 113; Mampel, Siegfried: Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuss freier Juristen in West-Berlin. Berlin 1999, S. 28–35.
- 345 Zur Geschichte des UfJ gehört, dass einige Mitglieder NS-belastet waren. Der Gründer und erste Leiter Horst Erdmann alias Dr. Theo Friedenau etwa, der sich als ehemaliger Häftling der Gestapo ausgab, war ein Hitlerjugendführer.
- 346 Fricke/Engelmann: Der »Tag X« (Anm. 32), S. 227–232.
- 347 van Melis/Bispinck (Hg.): »Republikflucht« (Anm. 71), S. 38–42.
- 348 Ciesla: »Feindobjekt« (Anm. 340), S. 156 f. Ciesla zeigt, dass das MfS auch propagandistisch gegen das Aufnahmelager vorging. 1956 etwa wurden gefälschte amtliche Schreiben in Umlauf gebracht, die einen Tumult auslösen sollten, während Mitglieder des Deutschen Bunderats das Lager besuchten.
- 349 Neben den Westalliierten waren der Bundesnachrichtendienst (vormals Organisation Gehlen) und der Bundesverfassungsschutz im Notaufnahmelager aktiv. Zu den Flüchtlingsbefragungen durch westliche Dienste siehe Schmidt-Eenboom, Erich: Das Notaufnahmelager Marienfelde und die westlichen Nachrichtendienste. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 64 (2016) 2, S. 113–128.
- 350 Kimmel, Elke: Das Notaufnahmeverfahren. In: Effner/Heidemeyer: Flucht (Anm. 341), S. 115–133.
- 351 Effner, Bettina/Heitzer, Enrico: Ein Eldorado der Spionage. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 64 (2016) 2, S.109–112.
- 352 Zum Mauerbau als Einschnitt für Spionagemöglichkeiten siehe Kellerhoff, Sven Felix/v. Kostka, Bernd: Hauptstadt der Spione. Geheimdienste in Berlin im Kalten Krieg. Berlin 2016, S. 41–43.
- 353 Ciesla: »Feindobjekt« (Anm. 340), S. 164 f.
- 354 Die Stasi-Unterlagen sind daher die zentralen Quellen, wenn es um die Aufklärung von Fluchtplänen, Fluchtversuchen, Fluchten oder Todesfällen an der Grenze geht.

- 355 Nooke, Maria: Der verratene Tunnel: Geschichte einer verhinderten Flucht im geteilten Berlin. Bremen 2002. Dazu auch die Lehrkräftehandreichung: »... Liquidierung einer Personenschleuse«: Akten zu einer gescheiterten Tunnelflucht in Berlin. Hg. v. BStU/Bildungsteam. Berlin 2016.
- 356 Grepos entdeckten Tunnel an der Bernauer Straße. In: Berliner Morgenpost v. 13.5.1970. Namen geändert.
- 357 Fluchttunnel verraten? In: Berliner Morgenpost v. 15.5.1970.
- 358 Auskunftsbericht zur politisch-operativen Situation bei der Lösung von Teilaufgaben in der Bearbeitung des Vorgangs »Amigo«, 3.5.1970; BArch, MfS, HA I, Nr. 4295, Bl. 6.
- 359 Arnold, Dietmar/Kellerhoff, Sven Felix: Die Fluchttunnel von Berlin. Berlin 2011, S. 147.
- 360 Information über eine angeblich geplante Tunnelschleusung in der Nähe der Bernauer Straße, 20.4.1970; BArch, MfS, AOP 12373/71, Bd. 1, Bl. 17.
- 361 Gemeinsamer Maßnahmenplan zum Vorgang »Amigo«, 1.5.1970; ebd., Bl. 50–58, hier 51.
- 362 Niederschrift über die Ursachen meiner Beteiligung an dem Schleusungsversuch, Mai 1970; BArch, MfS, AU 11830/71, Bd. 1, Bl. 282–304, hier 296.
- 363 Ergänzung zur Information vom 20.4.1970, 24.4.1970; BArch, MfS, AOP 12373/71, Bd. 1, Bl. 20.
- 364 Name geändert.
- 365 Für ihre Ermittlungen zu Ralf Tietz und seiner Verlobten legte die Stasi den operativen Vorgang »Muki« an. Siehe hierzu BArch, MfS, AU 4601/71.
- 366 Brief von Tietz an seine Verlobte, März 1970; ebd., Bd. 4, Bl. 128 f.
- 367 Aktenvermerk über die Konkretisierung der Postkontrolle, 7.5.1970; BArch, MfS, AOP 8756/72, Bd. 2, Bl. 13.
- 368 Name geändert.
- 369 Information zur Meldung von Burghardt Veitel, 15.5.1970; BArch, MfS, AU 11830/71, Bd. 1, Bl. 44–49.
- 370 Einlieferungsanzeige zu Burghardt Veitel, 14.5.1970; ebd., Bl. 12.
- 371 Ebd., Bl. 5.
- 372 So wurde seine Verlobte nach § 101 und § 105 zu 5 Jahren Haft verurteilt, 7.1.1971; BArch, MfS, AOP 8756/72, Bd. 2, Bl. 272. Das gemeinsame Kind wuchs in der Zeit bei seinen Großeltern auf. Im Oktober 1972 wurde Veitels Verlobte vorzeitig auf Bewährung entlassen.
- 373 Informationsbericht, 13.2.1973; BArch, MfS, AU 4601/71, Bd. 2, Bl. 246.
- 374 Fortan gab es für die meisten DDR-Bürger auch keine Möglichkeit mehr, aus privaten Gründen in den Westen zu reisen. Die DDR-Regierung fürchtete, dass dringend benötigte Arbeitskräfte nicht zurückkehren würden. Ab 1964 erlaubte die DDR zumindest Rentnerinnen und Rentnern Besuche in West-Deutschland und West-Berlin.
- 375 Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung. München 2012, S. 144–149; Hürtgen, Renate: Die Ausreise per Antrag. Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz. Göttingen 2014, S. 59–63; auch Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Poppe, Ulrike (Hg.): Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Forschungsstand, Grundlinien, Probleme. Berlin 1995, S. 192–223.
- 376 Statistiken zum Thema Ausreise, gegliedert nach Bezirken, 1982–1988; BArch, MfS, ZKG, Nr. 10734, Bl. 8–65. Ost-Berlin bildete innerhalb der DDR ein Zentrum der Ausreisewilligen. Die Zahl derjenigen, die nach West-Berlin übersiedeln wollten, war wegen der intensiven Verbindungen zwischen den beiden Teilen der Stadt besonders hoch. Anträge auf Familienzusammenführung; BArch, MfS, ZKG, Nr. 160.
- 377 Namen geändert.
- 378 Anklageschrift, 28.9.1979; BArch, MfS, AU 8019, Bd. 10, Bl. 8–20, hier 10.
- 379 Ebd., Bl. 8–20; Verhör von Frank Schneider, 6.2.1979; ebd., Bd. 5, Bl. 61–76; Schreiben der KD Lichtenberg (einschließlich Anlagen), HA XVIII, 22.1.1979; ebd., Bl. 87; Brief, 28.9.1978; ebd., Bl. 246 f.; Notiz zur »Aussprache«, 25.10.1978; ebd., Bl. 88; Bericht der KD Lichtenberg, 29.6.1979; ebd., Bd. 2, Bl. 201–203.

- 380 Einlieferungsanzeige, 7.2.1979; BArch, MfS, AU 8019, Bd. 5, Bl. 11 f., hier 12. Vernehmungsprotokoll, 26.3.1979; ebd., Bd. 7, Bl. 45–57.
- 381 Bericht zur Wohnungsdurchsuchung, 7.2.1979; ebd., Bd. 7, Bl. 24 f.; Belehrung, 7.2.1979; ebd., Bl. 44; Haftbeschluss, 8.2.1989; ebd., Bd. 1, Bl. 30 f.; Brief von Renate Schneider, 7.2.1979; ebd., Bd. 4, Bl. 110.
- 382 Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, 27.2.1979; ebd., Bd. 7, Bl. 2 f.; Einlieferungsanzeige, 5.3.1979; ebd., Bl. 7 f.; Verfügung des Rats des Stadtbezirks Lichtenberg, 30.3.1979; ebd., Bd. 4, Bl. 185 f.; Vermerk zum Ermittlungsverfahren, 5.7.1979; ebd., Bl. 189.
- 383 Urteil, 20.11.1979; ebd., Bd. 10, Bl. 106–122, hier 120.
- 384 Abschlussbericht des MfS, 31.8.1979; ebd., Bl. 166–179.
- 385 Urteil des Stadtgerichts Berlin, 20.11.1979; ebd., Bd. 3, Bl. 277–293.
- 386 Infolge der »Neuen Ostpolitik« Willy Brandts vereinbarten die Bundesrepublik Deutschland und die DDR 1972 im Grundlagenvertrag, gute nachbarschaftliche Beziehungen aufzubauen. Die Ständigen Vertretungen sollten vor allem die Kommunikation zwischen den Regierungen gewährleisten. Die Bundesrepublik bestand auf deren Einrichtung anstelle von Botschaften, da sie die DDR nicht als Ausland betrachtete. Die DDR stimmte den Vertretungen notgedrungen zu, weil hiervon die Aufnahme der DDR in die Vereinten Nationen abhing und der gesamte Vertrag ansonsten nicht zustande gekommen wäre. Boysen, Jacqueline: Das »weiße Haus« in Ost-Berlin. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR. Berlin 2010, S. 14–63.
- 387 Einschätzung der Tätigkeit der StÄV, 1977; BArch, MfS, HA IX, Nr. 1062, Bl. 1; Informationen zum Aufenthalt von Bürgern der DDR in Botschaften der Bundesrepublik im sozialistischen Ausland sowie in der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, 1989; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 31116 und Boysen: Das »weiße Haus« (Anm. 386), S. 156–163.
- 388 Ebd., S. 203–205.
- 389 Zu derartigen »Besetzungen« kam es in den 1980er-Jahren in vielen westlichen diplomatischen Vertretungen in der DDR. Stand der Ausreisen von Botschafts-/Erpresserfällen, 28.12.1987; BArch, MfS, ZKG, Nr. 10734, Bl. 92.
- 390 Boysen: Das »weiße Haus« (Anm. 386), S. 167–191, 203–217.
- 391 Bericht der KD Mitte, 24.2.1988; BArch, MfS, HA IX, Nr. 9667, Bl. 71–73; Info der Abt. M an ZKG, 29.6.1988; BArch, MfS, HA XX/AKG, Nr. 6895, Bl. 4–7; Bericht der HAXX/AKG, 1.7.1988; ebd., Bl. 9–11.
- 392 Bearbeitung und Verurteilung eines Berliner Antragstellers, 1979–1981; BArch, MfS, ZKG, Nr. 25540. In den 1980er-Jahren ging die Stasi dazu über, potenzielle »Demonstrativtäter« übersiedeln zu lassen, um die immer stärkere Ausreisebewegung überhaupt noch überblicken zu können.
- 393 Rückinformation der BV Berlin, 26.5.1989; BArch, MfS, BV Berlin, BKG, Nr. 18, Bl. 270 f.; Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, 18.10.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. IX, Nr. 229, Bl. 6–8; Gerichtsurteil, 1988; ebd., Bl. 37–40; Einsatzvermerk der KD Mitte, 4.3.1988; BArch, MfS, HA IX, Nr. 9667, Bl. 2–5; Einsatzbericht der HA IX, 29.3.1988; ebd., Bl. 8–12.
- 394 Brief aus M-Kontrolle [Postkontrolle], 1989; BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 41625, Bl. 82.
- 395 Vorschläge des MfS zur Ausreise von Personen, 1987–1989; BArch, MfS, ZKG, Nr. 1431; Berichte über Festnahmen von Bürgern an Grenzübergangsstellen; BArch, MfS, ZKG, Nr. 18461.
- 396 Zuführungsprotokoll des MfS Grenzübergangsstelle Friedrichstraße, 1986; BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XIV, Nr. 769, Bl. 12, Gerichtsurteil, 12.12.1986; ebd., Bl. 51.
- 397 BArch, MfS, ZKG, Fo, Nr. 42, 325 sowie 336 und BArch, MfS, HA VI, Nr. 1849 u. 1852.
- 398 Protestaktionen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, 1983; BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 1439 und Info der ZAIG, Nr. 385/81; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3147, Bl. 1–4. Zur Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte siehe Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und das Ministerium für Staatssicherheit. In: Gieck, Ole/Willman, Frank (Hg.): Mauerkrieger. Aktionen gegen die Mauer in West-Berlin 1989. Berlin 2014, S. 113–118.
- 399 Statistiken zum Thema Ausreise, gegliedert nach Bezirken, 1982–1988; BArch, MfS, ZKG, Nr. 10734, Bl. 8–65.
- 400 Vgl. im Folgenden Springer, Philipp: Bahnhof der Tränen. Die Grenzübergangsstelle Berlin-Friedrichstraße. Berlin 2013.

- 401 Vgl. Petzold, Frank: Der Einfluss des MfS auf das DDR-Grenzregime an der innerdeutschen Grenze. Anmerkungen zur Rolle des MfS bei der Errichtung des DDR-Grenzregimes. In: Mertens, Lothar/Voigt, Dieter (Hg.): Opfer und Täter im SED-Staat. Berlin 1998, S. 135–167.
- 402 Vgl. Lüdtker, Alf: Erkennen als Wieder-Erkennen? Anthropometrische Muster der Personenidentifikation. Zur Praxis der Passkontrolleinheiten der DDR. In: Hanstein, Ulrike/Höppner, Anika/Mangold, Jana (Hg.): Animationen. Szenen des Auf- und Ablebens in Kunst, Literatur und Geschichtsschreibung. Wien, Köln, Weimar 2012, S. 259–278. Zur Arbeit der PKE vgl. auch Tantzsch, Monika: »Der Paßkontrolleur ist ein Diplomat in Uniform«. Die Überwachung des Reise- und Touristenverkehrs durch das MfS. In: Deutschland Archiv 36 (2003) 2, S. 219–233.
- 403 Im Jahr 1987 nahm die DDR allein an der Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße 7,6 Millionen DM durch Visa-Gebühren und 40,6 Millionen DM durch den Mindestumtausch ein (vgl. Stell. d. Ministers, Information über die Lage an der Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße, Nov. 1988; BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 141, Bl. 35).
- 404 Interview des Verf. mit Heinrich W. am 12.1.2013; vgl. dazu Springer: Bahnhof (Anm. 400), S. 62 f.
- 405 Ordnung der HA VI über die Durchführung der Passkontrolle an den Grenzübergangsstellen der Deutschen Demokratischen Republik; BArch, MfS, HA VIII, Nr. 1870, Bl. 559 f.
- 406 So der Journalist Friedrich Luft über seine Eindrücke vom Grenzübergang. In: Die Welt v. 3.4.1980.
- 407 HA VI/PKE Bahnhof Friedrichstraße, Rückweisungen, 18.11.1987; BArch, MfS, HA VI, Nr. 10327, Bl. 108–110.
- 408 Der Tagesspiegel v. 8.5.1984.
- 409 B.Z. v. 13.6.1984.
- 410 Vgl. im Folgenden BArch, MfS, HA VI, Nr. 1046.
- 411 Haftbefehl des Kreisgerichts Karl-Marx-Stadt/Süd vom 13.4.1976; BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, ASt 113/77, Bd. 1, Bl. 14. Der Verf. dankt zudem Thomas Epperlein für seine Bereitschaft, in einem Gespräch am 22.3.2013 von seinen Erinnerungen an das damalige Geschehen zu berichten.
- 412 Gespräch des Verf. mit Thomas Epperlein vom 22.3.2013.
- 413 Referat des Genossen Generalleutnant [Markus] Wolf zum zentralen Führungsseminar vom 1. bis 3.3.1971; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 7691, Bl. 30.
- 414 Zur Geschichte der Passierscheinstellen und der Besucherbüros vgl. Kriegbaum, Andrea: Die AG XVII als Diensteinheit des MfS und ihre archivische Bearbeitung beim BStU, Diplomarbeit, Potsdam 2011. In: [www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/archiv\\_fachbeitrag\\_AG-XVII-als-diensteinheit-des-mfs.pdf](http://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/archiv_fachbeitrag_AG-XVII-als-diensteinheit-des-mfs.pdf) (letzter Zugriff: 10.3.2022); Alisch, Steffen: »Es ist darauf zu achten, daß alle warm angezogen sind!« Passierscheinstellen und Besucherbüros in West-Berlin. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 16 (2004), S. 17–25; Berliner Geschichtswerkstatt e.V.: Neue Passagen. Stadtgeschichte am Landwehrkanal. Berlin 1996, S. 81–83; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999.
- 415 Arbeitsgruppe XVII/Leiter Horst Janßen, Tagesinformation Nr. 292/74, 13.12.1974; BArch, MfS, AG XVII Nr. 4425, Bl. 305.
- 416 Wie wichtig dem MfS diese Kontaktreduzierung war, zeigt ein Beispiel aus der »Tagesinformation« des Leiters der AG XVII vom Oktober 1974. Als im Kreuzberger Büro ein West-Berliner Mitarbeiter eine gemeinsame Weihnachtsfeier vorschlug, entgegnete der DDR-Gruppenleiter, »dass die DDR-Mitarbeiter Weihnachten festlich begehen werden und er gar nichts einzuwenden habe, wenn die Senatskräfte ihrerseits auch Weihnachten feiern«. Arbeitsgruppe XVII/Leiter Horst Janßen, Tagesinformation Nr. 254/74, 25.10.1974; BArch, MfS, AG XVII Nr. 4425, Bl. 199. Vgl. dazu auch Springer, Philipp: Geteilte Weihnachten im Besucherbüro. In: Jedlitschka, Karsten/Niederhut, Jens/Springer, Philipp: Verschluss-Sachen. Dokumente, Fotos und Objekte aus dem Archiv der Staatssicherheit. Berlin 2017, S. 109–112.
- 417 Zur Rolle der KgU in der Politik der USA gegenüber der UdSSR vgl. Stoeber, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg. 1947–1991. Köln 2002, S. 54–72; zur KgU in diesem Zusammenhang und der im Laufe ihrer Existenz kritischer werdenden Haltung der westdeutschen Politik gegenüber der KgU ebd., S. 536–543.
- 418 Die KgU gehörte zu einer Reihe westlicher Organisationen, die die Stasi in den 1950er-Jahren massiv bekämpfte. Vgl. Fricke, Karl

- Wilhelm/Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1998 (zur KgU siehe bes. S. 80–88 u. S. 159–169). Allein die Verwaltung Groß-Berlin der Stasi führte zur KgU-Zentrale eine 83-bändige »Objektakte«; BArch, MfS, AOP 518/59. Zum aktuellen Forschungsstand zur KgU vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln, Weimar, Wien 2015.
- 419 Zur Gründung der FU vgl. Kubicki, Karol/Lönnendonker, Siegwald (Hg.): Die Freie Universität Berlin 1948–2007. Von der Gründung bis zum Exzellenzwettbewerb. Göttingen 2008, S. 13–38.
- 420 Dienstanweisung Nr. 10/51, 31. Mai 1951; BArch, MfS, BdL, Dok., Nr. 2014.
- 421 Ein prominenter IM-Fall am Otto-Suhr-Institut war Hanns-Dieter Jacobsen, der 1992 als Dekan des Instituts verhaftet und später zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Vgl. Kirsch, Benno: Die Akte Jacobsen. IM »Hoffmann« und das Ministerium für Staatssicherheit. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 14 (2003), S. 3–21.
- 422 Zur Signals Intelligence und ihrer Rolle im Kalten Krieg vgl. Aid, Matthew M. (Hg.): Secrets of Signals Intelligence during the Cold War and beyond. Abingdon 2004; zur Signals Intelligence in West-Berlin, allerdings mit dem Schwerpunkt auf der Anlage auf dem Teufelsberg vgl. von Kostka, Bernd: Der Feind hört mit. Die anglo-amerikanische Abhörstation auf dem Teufelsberg. In: ders./Kellerhoff, Sven Felix: Hauptstadt der Spione, Berlin 2009, S. 38–47.
- 423 Schmidt, Andreas: Hauptabteilung III. Funkaufklärung und Funkabwehr (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2010, S. 119–121. Stasi-Minister Mielke vermerkte 1983 persönlich sein Einverständnis zur Fortsetzung der Aktion in Kooperation mit den Sowjets: Anschreiben des Stellvertreters des Ministers Neiber an Mielke, 15.10.1983; BArch, MfS, HA III, Nr. 11793, Bl. 27. Die Anfrage an den Stabschef der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland zur Nutzung eines Sowjet-Hubschraubers stellte ebenfalls Mielke: Entwurf oder Vorlage, vermutlich zur Übersetzung des Schreibens ins Russische, o.D.; ebd., Bl. 33.
- 424 1985 erhielt Carney als Jens Karney eine falsche DDR-Identität und lebte in Berlin, bis ihn US-Ermittler 1991 in die USA entführten, wo ihm der Prozess gemacht wurde. Vgl. Dahlkamp, Jürgen: Kein schöner Land. In: Der Spiegel, Nr. 29/2003, S. 52–55.
- 425 Aschenbrenner, Hans: 3. Juni 1950. Das KaDeWe meldet sich zurück. In: Berlinische Monatsschrift, Heft 3/2001, S. 126–129; berlingeschichte.de/bms/bmstxt01/0103nova.htm (letzter Aufruf am 10.3.2022).
- 426 BArch, MfS, HA VIII, Nr. 306, Bl. 38–46. Die Akte enthält eine analoge Zusammenstellung zur Filiale der Warenhauskette Wertheim und ihrem SB-Restaurant »Le Buffet«, Kurfürstendamm 231; ebd., Bl. 27–37.
- 427 Es handelte sich um das Haus Stresemannstraße 128–130, heute Sitz des Bundesumweltministeriums. Siehe dazu die Publikation des Ministeriums: Zwischen Ost und West. Ein Gebäude im Wandel deutscher Geschichte. Berlin 2019; [www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Pool/Broschueren/zwischen\\_ost\\_west\\_bf.pdf](http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/zwischen_ost_west_bf.pdf) (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 428 Information 332/88 über die Entwicklung der Lage im Zusammenhang mit der Übergabe des Lenné-Dreiecks an den Senat von Berlin (West) am 1. Juli 1988, 1.7.1988; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 2048, Bl. 1–4.
- 429 Nach dem Abschluss des Viermächteabkommens über Berlin 1971 vereinbarten West-Berlin und die DDR-Regierung drei Abkommen über den Austausch von Gebieten. Hinzu kam das Schöneberger Südgelände. Dabei flossen auch erhebliche Geldbeträge an das SED-Regime; [www.berlin.de/mauer/geschichte/gebieteaustausch/](http://www.berlin.de/mauer/geschichte/gebieteaustausch/) (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 430 Das Camp der Besetzer wurde zur Touristen-Attraktion. Vgl. Pragal, Peter: Vor zehn Jahren flüchteten fast zweihundert Besetzer des Lenné-Dreiecks über die Berliner Mauer in den Osten: Fünf Wochen im Juni. In: Berliner Zeitung v. 20.6.1998; [www.berliner-zeitung.de/vor-zehn-jahren-fluechteten-fast-zweihundert-besetzer-des-lenne-dreiecks-ueber-die-berliner-mauer-in-den-osten-fuenf-wochen-im-juni-li.61312?pid=true](http://www.berliner-zeitung.de/vor-zehn-jahren-fluechteten-fast-zweihundert-besetzer-des-lenne-dreiecks-ueber-die-berliner-mauer-in-den-osten-fuenf-wochen-im-juni-li.61312?pid=true) (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 431 Eine detaillierte, zweibändige Zusammenstellung zu den Beobachtungen der Stasi legte die HA XXII an: Lenné-Dreieck, chronologischer Ablauf; BArch, MfS, HA XXII, Nr. 1702, Bd. 1 u. 2.

- Informationen an RIAS-Reporter weiterzugeben, konnte als Spionage sogar mit der Todesstrafe geahndet werden.
- 433 MfS-Bestätigung an den Ministerrat der DDR über das Verlesen des ersten Briefes an den RIAS, 16.9.1966; BArch, MfS, BV Potsdam, AOP 60/67, Bl. 124 f.
- 434 Drewitz, Dieter: Kennwort »Alpenveilchen«. Zwischen Stasiknast und Kaltem Krieg. Erinnerungen eines Unbequemen. Berlin 2011, S. 63 f.
- 435 Strafrechtliche Einschätzung zum OV »Student«, 12.9.1966; BArch, MfS, BV Potsdam, AU 617/67, Bl. 8–11.
- 436 Vorlauf-Operativ »Student«, 4.8.1966; BArch, MfS, BV Potsdam, AOP 60/67, Bl. 5 f.
- 437 Die Überprüfung offenbarte, dass Dieter Drewitz am 13. August 1961 von der KD Wolgast inhaftiert worden war. Er hatte die Kreisdienststelle fotografiert. Die Stasi sah damit den weit auslegbaren Straftatbestand der »Sammlung von Nachrichten« (§15 StGB) als erfüllt an und plädierte aufgrund des Aufnahme-Datums auf eine »besondere Schwere des Falls« (§24 StGB). Nur durch glückliche Umstände wurde er nach einer Woche aus der Untersuchungshaft entlassen. Für die Stasi in Königs Wusterhausen bestätigten diese Erkenntnisse ihr Bild eines Jugendlichen, der wegen »Hetze« und Flucht ins Visier geraten war.
- 438 Originalbrief von Dieter Drewitz an den RIAS, 6.2.1966; BArch, MfS, BV Potsdam, AU 617/67, Bl. 18.
- 439 Ebd.
- 440 Strafsache gegen Drewitz, Dieter, 16.9.1966; ebd., Bl. 24.
- 441 Meldung über den Abschluss des Strafverfahrens, 6.2.1967; ebd., Bl. 246.
- 442 BArch, MfS, BdL, Nr. 5091, Bl. 4.
- 443 Wiedmann, Roland: Zu jeder Zeit und an jedem Ort. Zur Geschichte der Abteilung M (Postkontrolle) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. In: Ein offenes Geheimnis. Post- und Telefonkontrolle in der DDR. Hg. Museumstiftung für Post und Telekommunikation. Berlin 2002, S. 75–90.
- 444 Labrenz-Weiß, Hanna: Abteilung M. Postkontrolle (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2005, S. 14.
- 445 Labrenz-Weiß, Hanna: Allwissenheit am Ziel – Die Postkontrolle der DDR-Geheimpolizei; [www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/223937/postkontrolle](http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/223937/postkontrolle) (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 446 Lindner, Bernd: »Dein Päckchen nach drüben«. Der deutsch-deutsche Paketversand und seine Rahmenbedingungen. In: Härtel, Christian/Kabus, Petra (Hg.): Das Westpaket: Geschenksendung, keine Handelsware. Berlin 2000, S. 25–41.
- 447 Vgl. Soch, Konstanze: Eine große Freude? Der innerdeutsche Paketverkehr im Kalten Krieg (1949–1989). Frankfurt am Main 2018, S. 211.
- 448 Labrenz-Weiß: Allwissenheit am Ziel (Anm. 445)
- 449 Labrenz-Weiß: Abteilung M (Anm. 444).
- 450 Name geändert. Teilung können bestimmte Informationen über den Trainer, zum Beispiel die Sportart in der er tätig war, nicht angegeben werden.
- 451 Stellungnahme, 30.6.1977; BArch, MfS, AP 29020/92, Bl. 2 f., das Zitat Bl. 2; Ermittlungsbericht, 30.6.1977; ebd., Bl. 4–17; Einstellungsvorschlag, 30.8.1977; ebd., Bl. 70–75.
- 452 Dazu u. a.: Teichler, Hans Joachim/Reinartz, Klaus: Das Leistungssportsystem der 80er Jahre und im Prozeß der Wende. Schorndorf 1999.
- 453 Die Dienstanweisung ist abgedruckt in: BStU (Hg.): MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht. Berlin 1994, S. 56–84.
- 454 Zit. nach: Büro der Zentralen Leitung der SV Dynamo (Hg.): Kampffront Sport. 35 Jahre an der Spitze der Sportvereinigung Dynamo. Leipzig 1987, S. 4.
- 455 Dazu auch Kirchhof, Hilmar (Zentrale Leitung der SV Dynamo, Abt. Kader/Ausbildung): Die Suche, Auswertung, Überprüfung, Werbung und Einstellung von Kadern für den Dienst im Trägerorgan der Sportvereinigung Dynamo, der Deutschen Volkspolizei – unter den besonderen Bedingungen der Sportvereinigung Dynamo, Diplomarbeit, JHS Potsdam, Lehrgang: Sektion Kriminalistik an der Humboldt-Universität zu Berlin 1977; BArch, MfS, JHS MF 4045. Kirchhof war seit 1968 beim MfS und seit seiner Zugehörigkeit zur Kaderabteilung der SV Dynamo Mitte der 1970er Jahre bis Ende 1986 ebenfalls als OibE und danach dort ohne diesen Status tätig. Zum Büro der Zentralen Leitung der SV Dynamo siehe Wiedmann, Roland: Die Dienstseinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatori-

- sche Übersicht (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2012, S. 235–237. Für die große Bedeutung des Sports für Mielke spricht zudem, dass von 1973 bis 1984 eine Arbeitsgruppe des Ministers/Arbeitsgebiet R (AGM/R) existierte, die sich u. a. eigens mit sportspezifischen Problemen befasste. Die Bezeichnung »R« des Arbeitsgebiets leitete sich vom Nachnamen des ersten Leiters Oberst Heinz Rahnsch ab; vgl. ebd., S. 204–206. Die Arbeitsgruppe trat z. B. in Erscheinung, nachdem zwei Spieler des Fußballclubs BFC Dynamo 1983 vor einem Spiel in Belgrad geflüchtet waren. Siehe BArch, MfS, AOP 6070/91.
- 457 Einstellungsvorschlag, 30.8.1977; BArch, MfS, AP Nr. 29020/92, Bl. 75.
- 458 Kosmann, Malonnek und Büttner kamen aus unterschiedlichen Dienstseinheiten des MfS zum Büro der Zentralen Leitung der SV Dynamo, wofür sie von den vorherigen Dienstseinheiten freigestellt wurden, und behielten ihren OibE-Status (Büttner auch als Chef des SC Dynamo Berlin) bis Ende 1986. Ab 1. Januar 1987 entfiel der OibE-Status in der Zentrale der SV Dynamo. Wahrscheinlich arbeiteten die bisherigen OibE dann offen als MfS-Mitarbeiter im Büro bzw. im SC Dynamo Berlin weiter. BArch, MfS, HA KuSch/ AKG-KA HM Kosmann/Malonnek/Büttner/Kirchhof; Wiedmann: Dienstseinheiten, S. 237 (Anm. 457); Kaderakten: Malonnek: BArch, MfS, KS, Nr. 25905/90, Büttner: BArch, MfS, KS, Nr. 25018/90.
- 459 Sehr eindrücklich ist das Beispiel der Ruderin Cornelia Reichhelm vom SC Dynamo Berlin, die bereits mit 13 Jahren ohne ihr Wissen gedopt wurde, aufgrund der gesundheitlichen Schäden frühzeitig arbeitsunfähig wurde und in Rente gehen musste. Reichhelm, Cornelia: Doping-Kinder des Kalten Krieges. Vom Staat geliebt – vom Staat missbraucht. Berlin 2014.
- 460 Zu den letzten drei Absätzen Fechner, Carmen: Die Frühgeschichte der Sportvereinigung Dynamo. Hegemoniebestrebungen, Dominanzverhalten und das Rivalitätsverhältnis zur Armeesportvereinigung »Vorwärts«. Dissertation. Berlin 2012 (Online-Resourc). Ein erhebliches Manko dieser ansonsten recht schlüssigen Dissertation besteht darin, dass sie kaum auf bei der Thematik zwingend notwendigen MfS-Akten beruht. Spitzer, Giselher: Sicherungsvorgang Sport. Das Ministerium für Staatssicherheit und der DDR-Spitzensport. Schorndorf 2005; Wiese, René: Kaderschmieden des »Sportwunderlandes«. Die Kinder- und Jugendsportschulen der DDR. Hildesheim 2012. Zur Rolle der Stasi und Erich Mielkes beim BFC Dynamo Braun, Jutta: »Informeller Mitspieler« – Mielke und der Sport. In: Munkel: Lesebuch (Anm. 279), S. 86–93.
- 461 In einem Gespräch am 10. November 2020 mit dem Autor erklärte der Trainer, dass diese Vorwürfe des MfS nicht zuträfen.
- 462 Übersichtsbogen zur OPK, 19.12.1977; BArch, MfS, AOPK 2365/82, Bl. 3; Eröffnungsbericht, 19.12.1977; ebd., Bl. 5–9; Maßnahmeplan zur OPK, 14.12.1977; ebd., Bl. 10–13.
- 463 Aktenvermerk, 13.7.1979; BArch, MfS, AP 29020/92, Bl. 158–160. Dass auch Sportlerinnen und Sportler des SC Dynamo Berlin mit dem Büro der Zentralen Leitung der SV Dynamo in Berührung kamen, zeigt eine weitere OPK: BArch, MfS, AOPK 14938/89.
- 464 Abschlussbericht zur OPK, 23.12.1981; BArch, MfS, AOPK 2365/82, Bl. 145 f.
- 465 BArch, MfS, AP 29020/92, Bl. 185 ff.
- 466 Von den über 700 000 Erwerbstätigen Ost-Berlins Ende der 1980er-Jahre arbeiteten 23,7% in der Industrie. Vgl. Moser, Hubertus (Hg.): Berlin-Report: Eine Wirtschaftsregion im Aufschwung. Wiesbaden 1992, S. 35.
- 467 Zur Überwachungsline XVIII für den Bereich Volkswirtschaft siehe Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 1997.
- 468 Über die Staatssicherheit als ökonomisches Kriseninstrument der SED siehe ausführlich Schiefer, Mark: Profiteur der Krise. Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971–1989. Göttingen 2018.
- 469 Jahreseinschätzung zur politisch-operativen Lage unter den ausländischen Werkträgern in der DDR, 7.9.1989; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 20646, Bl. 21
- 470 Zu den Ursachen des Arbeits- und Fachkräftemangel in sozialistischen Planwirtschaften siehe Conert, Hans-Georg: Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow. Münster 1990, S. 54–57.
- 471 Uhlmann, Steffen: Die DDR-Wirtschaft leidet unter dem Exodus. In: Süddeutsche Zeitung v. 27.9.1989, S. 5.

- 472 Siehe Befehl zur Bildung einer Nichtstrukturellen Arbeitsgruppe Ausländer; BArch, MfS, BdL, Dok., Nr. 5566, Bl. 1; abgedruckt in: Feige, Michael: Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS. Sachbeiträge des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1999, S. 4.
- 473 Klessmann, Maria: Zu den Wohnbedingungen vietnamesischer Vertragsarbeiter in Ost-Berlin. In: Priemel, Kim Christian (Hg.): Transit – Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990. Berlin 2011, S. 191.
- 474 DDR-weit waren es über 52.000 Vietnamesen. Vgl. Politisch-Operative Lageeinschätzung zum Einsatz ausländischer Werk-tätiger in Berliner Kombinat, 18.7.1989; BArch, MfS, BV Berlin, Nr. 10422, Bl. 29.
- 475 Der Frauenanteil lag bei 30%. Vgl. Klessmann: Wohnbedingungen (Anm. 473), S. 191.
- 476 Bui, Chau Giang: Changing lives and identities. The Vietnamese community in the United States and Germany. Marburg 2016, S. 44.
- 477 Ab 1987 war ein Aufenthalt von fünf Jahren vorgesehen. Zu den Vertragsbedingungen Rabenschlag, Ann-Judith: Völkerfreundschaft nach Bedarf. Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR. Stockholm 2014, S. 78.
- 478 Von 1980 bis 1988 lassen sich im »Neuen Deutschland« nur zwölf Artikel mit Bezug zu vietnamesischen Arbeitern finden. Vgl. Rabenschlag: Völkerfreundschaft (Anm. 477), S. 78.
- 479 »Wir hatten uns rauszuhalten«. Interview mit Hien Le Huy, 3.11.2010. In: unique. Interkulturelles Studentenmagazin für Jena; www.unique-online.de/%E2%80%9Ewir-hatten-uns-rauszuhalten-%E2%80%9C/2544/ (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 480 Jahreseinschätzung zur politisch-operativen Lage unter den ausländischen Werk-tätigen in der DDR, 7.9.1989; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 20646, Bl. 21.
- 481 Politisch-operative Sicherung des Einsatzes vietnamesischer Werk-tätiger in der Volkswirtschaft der DDR; BArch, MfS, Abt. X, SA, Nr. 339, Bl. 79, abgedruckt in: Feige: Vietnamesische Studenten (Anm. 472), S. 78.
- 482 Operativinformation 382/88, 9.8.88; BArch, MfS, HA II, Nr. 27902, Bl. 167.
- 483 »Vietnamesische Werk-tätige gelten im Allgemeinen als disziplinierte und fleißige Arbeitskräfte«, so die HA XVIII: Politisch-Operative Sicherung des Einsatzes vietnamesischer Werk-tätiger in der Volkswirtschaft der DDR, 22.8.1983; BArch, MfS, HA XVIII, Bl. 1. Der Historiker Michael Feige betont im Rückblick: »Der überwiegende Teil der Vertragsarbeiter beteiligte sich nicht an Schmuggel, Computerhandel und Schwarzmarkt-tätigkeiten«; siehe Feige: Vietnamesische Studenten (Anm. 472), S. 74.
- 484 Politisch-operative Sicherung des Einsatzes vietnamesischer Werk-tätiger in der Volkswirtschaft der DDR; BArch, MfS, Abt. X, SA 339, Bl. 81, abgedruckt in: Feige: Vietnamesische Studenten (Anm. 472), S. 81.
- 485 Siehe Interview mit Hien Le Huy (Anm. 479).
- 486 Abschlussbericht zum OV »Kassette«, 3.10.1988; BArch, MfS, HA VII, Nr. 5679, Bl. 46.
- 487 Einleitungsbericht zum OV »Kassette«, 28.1.1987; ebd., Bl. 20.
- 488 Maßnahmeplan zur Aufklärung und Durchdringung von Aktivitäten vietnamesischer Personen, 9.9.1988; ebd., Bl. 22; Abschlussbericht zum OV »Kassette«, 3.10.1988; ebd., Bl. 50–53.
- 489 Name geändert.
- 490 Vermerk über eine Leitabsprache zur weiteren zielgerichteten politisch-operativen Bearbeitung des OV »Kassette«, 1.10.1987; BArch, MfS, AOP 11461/88, Bl. 177.
- 491 Information über eine erfolgreiche Übergabehandlung von Spekulationswaren, 14.10.1987; ebd., Bl. 183; siehe ebenso Einsatzkonzeption für die IM »Fernand« zur weiteren operativen Bearbeitung des OV »Kassette«, ebd., Bl. 220–222.
- 492 Abschlussbericht zum OV »Kassette«, 3.10.1988; BArch, MfS, HA VII, Nr. 5679, Bl. 52–61.
- 493 IM-Bericht der AG Ausländer, 3.1.1989; BArch, MfS, HA II, Nr. 27902, Bl. 170.
- 494 Jahreseinschätzung zur politisch-operativen Lage unter den ausländischen Werk-tätigen in der DDR, 7.9.1989; BArch, ZAIG, Nr. 20646, Bl. 26.
- 495 Titel-Zitat [sic]: Losung, 19.2.1982; BArch, MfS, AOPK 17674/85, Bd. 1, Bl. 67.
- 496 HA II: Information eigene Feststellung, [4./5. Juli 1982]; ebd., Bl. 44.
- 497 Die MfS-Kräfte gehörten der Abt. 20 der HA II an. Die HA II war die Spionageabwehr des MfS und die Abt. 20 zuständig für die Sowjetische Botschaft Unter den Linden.
- 498 Im Ruhrgebiet wurden Schwefeldioxid-Konzentrationen von 1.000 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft gemessen, in Halle hingegen ca. 4.250 Mikrogramm und in Leipzig 4.999 Mikrogramm, wobei hier das Ende der Messskala erreicht war. Vgl. Berg, Lilo: Smog: Die schmutzige Luft in der DDR. In: Berliner Zeitung v. 23.11.2019.
- 499 »Janz Berlin is eene Wolke«. In: Der Spiegel, Nr. 9/1985, S. 88–96; Der Trabbi, der Umweltschutz und Herr Diepgen. In: Neues Deutschland v. 25.1.1985, S. 2.
- 500 »Janz Berlin ...« (Anm. 499).
- 501 Gensichen, Hans-Peter: Die Aktion: »Mobil ohne Auto« in der DDR. www.yumpu.com/de/document/read/30402047/mobil-ohne-auto-in-der-ddr-und-heute-autofrei-leben (letzter Aufruf: 10.3.2022).
- 502 Für Ost-Berlin dokumentierte die Stasi allein 1982 mindestens fünf Fahrraddemonstrationen (12. Juni: 60 Teilnehmende; 4. Juli: 60 Teilnehmende; 12. September: 60 Teilnehmende und 18. September: 120 Teilnehmende; 2. Oktober: 25 Teilnehmende).
- 503 Pollack, Detlef: Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiments in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute. Bielefeld 2020, S. 52.
- 504 Vorschlag zur Aufklärung und Liquidierung demonstrativer Handlungen mittels Fahrradkorsos, 29.9.1982; BArch, MfS, AOPK 17674/85, Bd. 1, Bl. 76–80, hier 76.
- 505 Bericht über eine Konzentration von Radfahrern in der Hauptstadt der DDR Berlin, 12.9.1982; ebd., Bl. 54–56.
- 506 Stief, Martin: »Stellt die Bürger ruhig«. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld. Göttingen 2019, S. 334 f.; Das war Bitteres aus Bitterfeld (DVD). Hg. Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2009.
- 507 Zur politischen Biografie v. Carlo Jordan vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Carlo Jordan, geboren 1951; www.dissidenten.eu/laender/deutschland-ddr/biografien/carlo-jordan (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 508 Vgl. Information Nr. 150/89 über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, 1.6.1989; www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1989/report/innere-feindliche-oppositionelle-und-andere-negative-kraefte-1/ (letzter Aufruf: 16.2.2021).
- 509 So Carlo Jordan in einem Gespräch mit dem Verfasser am 16.12.2020.
- 510 Konzeption zur Zurückdrängung negativ-feindlicher Aktivitäten unter dem Deckmantel der evangelischen Zionskirchgemeinde, 26.5.1987; BArch, MfS, BV Berlin, AOP 4256/88, Bl. 100–109, hier 104.
- 511 Ebd., Bl. 106–107.
- 512 2. Sachstandsbericht zum OV »Ventil«, 10.5.1984; BArch, MfS, AOPK 17674/85, Bd. 1, Bl. 23–29, hier Bl. 27.
- 513 Sachstandsbericht zum OV »Bibliothek«, 8.2.1988; BArch, MfS, BV Berlin, AOP 4256/88, Bl. 188–205, hier 193.
- 514 Gieseke, Jens: Die Stasi 1945–1990. München 2011, S. 181.
- 515 Im Juni 1989, wenige Monate vor der Friedlichen Revolution, zählte die Stasi insgesamt 160 Bürgerrechts- und Oppositionsgruppen in der DDR, davon 39 Ökologie- und 23 gemischte Friedens- und Umweltgruppen. Vgl. Information Nr. 150/89 (Anm. 509).
- 516 Vgl. www.chronikderwende.de/wendepunkte/wendepunkte.jsp?key=wp1.12.1989.html (letzter Aufruf: 10.3.2022).
- 517 Besier, Gerhard/Wolf, Stephan (Hg.): »Pfarrer, Christen und Katholiken«. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen. Neukirchen-Vlyun 2019, S. 4.
- 518 Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Bonn 2000, S. 145.
- 519 [Bericht] über durchgeführte Maßnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs der kirchlichen Jugendarbeit durch negative kirchliche Amtsträger – insbesondere Pfarrer Eppelmann, 12. Juni 1980; BArch, MfS, HA XX/4, Nr. 1266, Bl. 383 f., hier 383.
- 520 Eine Operative Personenkontrolle (OPK) wurde zur Überprüfung eines Verdachts auf verbrecherische und »staatsfeindliche« Handlungen angelegt.
- 521 Vgl. Moldt, Dirk: Zwischen Hass und Hoffnung. Die Blues-Messen 1979–1986. Berlin 2008, S. 125–153.

- 522 Bilddokumentation von »Studio am Stacheldraht«; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10776, Bl. 165 und Meldung 5933/67 über die Tätigkeit »SaSa«, 12.12.1967, 13.10–14.20 Uhr; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 10777, Bl. 2.
- 523 Vgl. auch Wolle, Stefan/Staadt, Jochen/Voigt, Tobias (Hg.): Operation Fernsehen. Die Stasi und die Medien in Ost und West. Göttingen 2008.
- 524 Ansprechpartnerin der westlichen Medienvertreter – bis zu 20 waren ab Ende 1972 in Ost-Berlin akkreditiert – war formell die Abteilung Journalistische Beziehungen im Außenministerium, die de facto der ZK-Abteilung Agitation unterstellt war – damit lag dieser brisante Überwachungsbereich in der direkten Verfügungsgewalt des ZK der SED bzw. bei Honecker selbst.
- 525 So bot beispielsweise § 29 des DDR-Strafgesetzbuchs die Handhabe, die Weitergabe von Informationen an Westjournalisten als »ungesetzliche Verbindungsaufnahme« zu kriminalisieren.
- 526 Siehe »Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der Deutschen Demokratischen Republik« vom 21.2.1973, Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1973, Teil I, S. 99.
- 527 Siehe Information Nr. 830/76; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 2600, Bl. 1–6, hier 1.
- 528 Loewe hatte am 21. Dezember 1976 in der ARD-Tagesschau gesagt: »Hier in der DDR weiß jedes Kind, dass die Grenztruppen den strikten Befehl haben, auf Menschen wie auf Hasen zu schießen«.
- 529 An der Realisierung waren insbesondere die Radio-100-Redakteure Dieter Rulff und Ilona Marenbach beteiligt. Dieter Rulff stand in engem Kontakt zu Roland Jahn, der als treibende Kraft für »Radio Glasnost« wirkte. Für Verwirrung auf Stasi-Seite oder gar Verwechslung der Akteure sorgte der Umstand, dass Radio 100 sich anfangs die Sendefrequenz mit dem Privatsender »Hundert,6« teilte. Auch dieser Sender war der Stasi ein Dorn im Auge: Chefredakteur war der 1978 aus der DDR geflohene Georg Gafron, seine DDR-kritische Haltung prägte die Inhalte. Für die Stasi war Gafron ein »Diversionsspezialist« und »geheimdienstlich gesteuert«. Vgl. Informationsmaterial für die Öffentlichkeitsarbeit/»Nur für berechnete Angehörige des MfS!«, 3/1989, S. 53–56; BArch, MfS, BdL, Nr. 6382.
- 530 Im Vorfeld des regulären Betriebs fand zudem eine Pilotsendung am 22.7.1987 statt.
- 531 Vgl. bspw. Bericht der ZAIG vom 26. Januar 1988 über die Sendung vom Vortag; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 29964, Bl. 52–72.
- 532 Zuarbeit der HA IX/2, 14.9.1987; BArch, MfS, HA IX, Nr. 16260, Bl. 103–105 sowie Schreiben des Leiters der HA IX, 23.9.1987; ebd., Bl. 101.
- 533 Bericht der HA III zum Sendebetrieb »Radio Glasnost« am 31. August 1987, 9.9.1987; BArch, MfS, HA IX, Nr. 13909, Bl. 3; Bericht der ZAIG über die Sendung vom 25. Januar 1988, 26.1.1988; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 29964, Bl. 52–72; Zusammenfassender Bericht der Abteilung III der BV Potsdam vom 29. August 1988 über die Sendung von »Radio Glasnost« am selben Abend; BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. XX, Nr. 833, Bl. 115; ZAIG-Bericht über die Sendung von »Radio Glasnost« am 31. Oktober 1988, 1.11.1988; BArch, MfS, BV Potsdam, Abt. XX, Nr. 833, Bl. 16–22. Vgl. auch die ZAIG-Berichte in: BArch, MfS, BV Halle, Nr. 3309 und BArch, MfS, HA IX, Nr. 16138.
- 534 »Radio Glasnost« sei der Versuch, »ein Sprachrohr für im Sinne politischer Untergrundtätigkeit innerhalb der DDR wirkende Kräfte zu schaffen«. Rückinformation des Leiters der BV Gera, 2.10.1987; BArch, MfS, BV Gera, BdL, Nr. 1058, Bl. 1.
- 535 Ebd., Bl. 1 f. Vgl. Bericht des Leiters der HA IX, 23.9.1987; BArch, MfS, HA IX, Nr. 13909, Bl. 1–7, hier 5.
- 536 Information 51/87 des Ministers für Staatssicherheit, 25.9.1987; BArch, MfS, BdL, Nr. 8805, Bl. 1–5. Wichtiger Kooperationspartner der HA XX war die für strafrechtliche Ermittlungen zuständige HA IX, wie ihr Leiter Rolf Fister bereits zwei Tage zuvor verlautbart hatte. Er wies seine Abteilungsleiter in den Bezirken an, »die gesamte Breite des Sozialistischen Rechts [...] zu nutzen«. Vgl. Schreiben des Leiters der HA IX, 23.9.1987; BArch, MfS, HA IX, Nr. 16260, Bl. 101 f., hier 102.
- 537 Vgl. Zuarbeit der HA IX/2 vom 14. September 1987; BArch, MfS, HA IX, Nr. 16260, Bl. 103; Skizze zur Sendereichweite vom September 1987; BArch, MfS, BdL, Nr. 8805, Bl. 5.
- 538 Schreiben des Leiters der HA III vom 12. April 1988; BArch, MfS, HA III, Nr. 11672, Bl. 63 f., hier 63. Maßnahmeplan der HA III vom 22. April 1988; BArch, MfS, Sekretariat Schwanitz, Nr. 145, Bl. 2–5.
- 539 Vgl. Abschlussbericht der HA III vom 6. Mai 1988; BArch, MfS, Sekretariat Schwanitz, Nr. 145, Bl. 12–20. Im Stadtbezirk Hohen-schönhausen, so die HA III, müsse allerdings noch an der »Vervollkommnung des Störeffektes« gearbeitet werden. Auch Mitte, Treptow und Lichtenberg seien »nicht flächendeckend von der Störung erfasst« worden. Ebd. Bl. 16 u. 19.
- 540 Vgl. Bericht des Leiters der HA IX vom 23. September 1987; BArch, MfS, HA IX, Nr. 13909, Bl. 1–7, hier 6. Vgl. auch »Rückfall in den Kalten Krieg«, »Hasstraden«, »konterrevolutionäre Propaganda gegen die DDR«. In: Neues Deutschland v. 2.2.1988. Selbst die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldete sich am 12.2.1988 zu Wort und beschuldigte »Radio Glasnost«, »unter der Bevölkerung der DDR staatsfeindliche Stimmungen zu schüren«.
- 541 Die Szene der »Tramper«, »Kunden« oder »Blueser« bildete eine alternative Jugendkultur in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren in der DDR. Ihre Vertreter lebten nicht selten in alternativen Wohnprojekten, reisten im Land umher und kamen in bestimmten Kirchen, Dorfsälen und Gastwirtschaften zu Blues- und Rockkonzerten von Bands wie »Freygang«, »Monokel« oder »Mama Basuto« zusammen. Zu ihrem Kleidungsstil gehörten u.a. Parka, Jeans, Fleischerhemden und sogenannte Jesuslatschen. Neben Musik und Mode führten auch bestimmte Überzeugungen wie das Streben nach Gewaltlosigkeit, Freiheit und Unangepasstheit zu einem festen Gruppenbewusstsein. Überschneidungen gab es sowohl mit dem Punk- und Hippie-Milieu als auch mit der kirchlichen Friedens- und Bausoldatenbewegung. Vgl. Rauhut, Michael/Kochan, Thomas (Hg.): Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR. Berlin 2004.
- 542 Vgl. Eppelmann, Rainer: Gottes doppelte Spur. Vom Staatsfeind zum Parlamentarier. Holzgerlingen 2007, S. 103 und Moldt, Dirk: Zwischen Hass und Hoffnung (Anm. 521).
- 543 Misselwitz, Ruth: »Wir wollten dieses Regime nicht stürzen, wir haben immer von einer Veränderung geträumt, nicht von einem Sturz.« Zit. in: Subklew, Marianne (Hg.): Ich wurde mutiger. Der Pankower Friedenskreis – politische Selbstbehauptung und öffentlicher Widerspruch. Berlin 2003, S. 21.
- 544 Vgl. Neubert: Geschichte der Opposition (Anm. 518), S. 374.
- 545 Vgl. Templin, Wolfgang/Weißhuhn, Reinhard: Die Initiative Frieden und Menschenrechte. In: Kuhrt, Eberhard (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 171–211.
- 546 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution in der DDR. München 2013, S. 194.
- 547 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989. Berlin 2002.
- 548 Vgl. Neubert, Ehrhart: Konkret für den Frieden. In: Veer, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 221–226.
- 549 Vgl. Simon, Hans: Gewagte Freiheit als Gewagter Glaube. Die »Umweltbibliothek« und die Berliner Zionskirchgemeinde. In: Brose, Thomas (Hg.): Gewagte Freiheit: Wende – Wandel – Revolution. Leipzig 1999, S. 53–64.
- 550 Zur Sendung »Radio Glasnost« von »Radio 100« siehe www.bstu.de/informationen-zur-stasi/themen/beitrag/radio-glasnost/ (letzter Aufruf 10.3.2022). Zur Rolle von Roland Jahn und Jürgen Fuchs in West-Berlin siehe u.a. Praschl, Gerald: Roland Jahn. Ein Rebell als Behördenchef. Berlin 2011.
- 551 Information Nr. 150/89 über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, 1.6.1989; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3756, Bl. 2–45.
- 552 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha/Polzin, Arno (Hg.): Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit. Göttingen 2014, S. 77.
- 553 Ebd., S. 81.
- 554 Zur »Schlacht um Zion« siehe ausführlich Kowalczuk: Endspiel (Anm. 546), S. 256–288.
- 555 Interview des Zeitzeugencafés der Gedenkstätte Berliner Mauer mit Mario Schatta siehe [https://revolution89.de/gesichter/portraet?tx\\_news\\_pi1%5Baction%5D=detail&tx\\_news\\_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pi1%5Bnews%5D=322&cHash=3a8919abc304ef5afcd9a43e5f3409](https://revolution89.de/gesichter/portraet?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=322&cHash=3a8919abc304ef5afcd9a43e5f3409) (letzter Aufruf 10.3.2022).



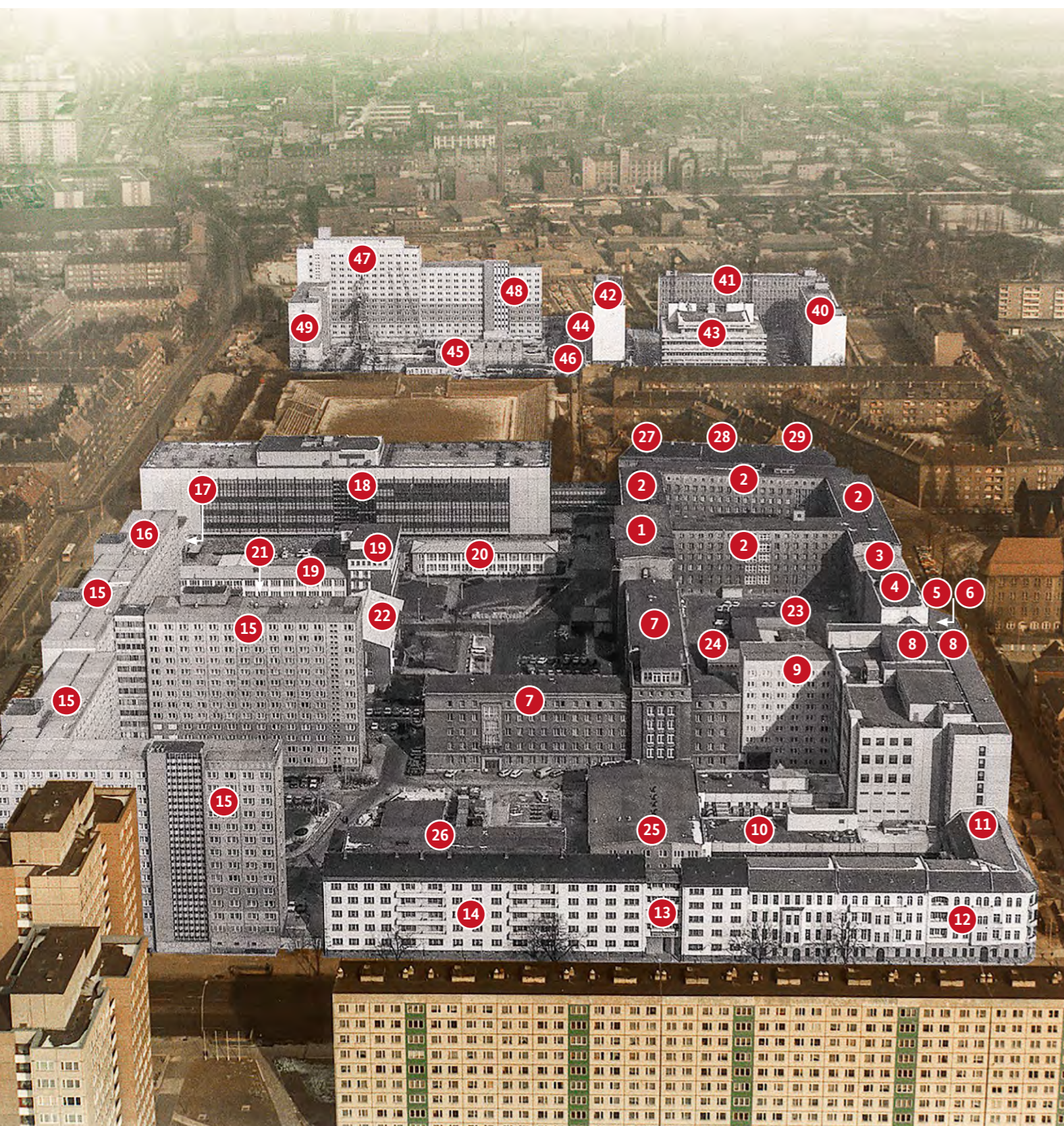
- 556 Auskunftsbericht zur zentralen Person aus dem OV »Kreuz«, 19.6.1989; BArch, MfS, BV Berlin, AOP 3860/91, Bl. 44.
- 557 In ganz Ost-Berlin wurden etwa 230 Wahllokale kontrolliert. Vgl. Kowalczyk/Polzin: Fasse dich kurz! (Anm. 552), S. 107.
- 558 Vgl. Interview mit Mario Schatta (Anm. 555).
- 559 Auskunftsbericht zur zentralen Person aus dem OV »Kreuz«, 19.6.1989; BArch, MfS, BV Berlin, AOP 3860/91, Bl. 44.
- 560 Operativplan zum OV »Kreuz«, 3.2.1989; ebd., Bl. 17.
- 561 Hier ist der stellv. Oberbürgermeister und Stadtrat für Inneres Günter Hoffmann gemeint.
- 562 Operativplan zum OV »Kreuz«, 3.2.1989; BArch, MfS, BV Berlin, AOP 3860/91, Bl. 25.
- 563 Vgl. Interview mit Mario Schatta (Anm. 555).
- 564 »Die Grundsteinlegung unserer Gruppe« – Ulrike Poppe. In: Ilsen, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hg.): Seid doch laut. Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin 2019, S. 53–60.
- 565 1985 eröffnete die Stasi eine neue Akte: den Zentralen Operativen Vorgang »Wespen«. Auch hierin wurde Ulrike Poppe »bearbeitet«. Außerdem sammelte die Stasi Informationen zu ihr in der Zentralen Materialablage »Frauen für den Frieden«. Diese ist nicht mehr vollständig vorhanden, ein Teil fiel den Vernichtungsaktionen der Stasi Ende 1989 zum Opfer.
- 566 Bericht, 7.3.1989; Robert-Havemann-Gesellschaft, OV »Zirkel«, Bd. 28, Bl. 432, Zitat ebd.
- 567 Podiumsdiskussion. Die Formierung der Oppositionsgruppen. In: Gutzeit, Martin/Heidemeyer, Helge/Tüffers, Bettina (Hg.): Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der neuen politischen Gruppen 1989/90. Düsseldorf 2011, S. 53–80, hier 55.
- 568 Information 150/89, 30.5.1989; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3756. In: Schiefer, Mark/Stief, Martin (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1989. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2017, www.ddr-im-blick.de (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 569 Bericht O/220, 17.5.1989; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4253. In: ebd.
- 570 Information der BV Berlin, Abt. IX, 8.6.1989; BArch, MfS, HA IX, Nr. 10289, Bl. 7–11; Hinweis auf die beabsichtigte »provokatorisch-demonstrative Handlung« feindlicher, oppositioneller Kräfte, 3.7.1989; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 5368. In: Schiefer/Stief: DDR im Blick der Stasi 1989.
- 571 Information 78/89, 11.9.1989; BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 650, Bl. 1–7, Zitat Bl. 1.
- 572 Meinungsäußerungen aus der DDR-Bevölkerung, Oktober 1989; BArch, MfS, HA II, Nr. 32903, Bl. 33–35, Zitat Bl. 33.
- 573 Halbrock: Mielkes Revier (Anm. 183).
- 574 Schöne, Jens: Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin. Berlin \*2014.
- 575 Weisung des Ministers Erich Mielke, 6.11.1989; BArch, MfS, BdL, Dok., Nr. 5592, Bl. 1.
- 576 Dienstbesprechung beim Leiter des Amtes, 4.12.1989; BArch, MfS, HA VII, Nr. 473, Bl. 120.
- 577 Amt für Nationale Sicherheit, an die Leiter der Dienstseinheiten, 11.12.1989; BArch, MfS, HA IX, Nr. 19558, Bl. 1.
- 578 Zum Verlauf der Ereignisse aus Sicht der Stasi vgl. z. B. den Bericht vom 16.1.1990; BArch, MfS, ZOS, Nr. 484, Bl. 10 f.

- 579 Schumann, Silke: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991. Berlin \*2020.
- 580 Vgl. ausführlich Konopatzky, Stephan: Besetzung mit Folgen www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/224447/durchbruch-durch-zweite-besetzung (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 581 Der Text beruht u. a. auf Gesprächen des Autors mit Stephan Konopatzky am 8.12. und 15.12.2020. Zu weiteren biografischen Angaben siehe www.jugendopposition.de/lexikon/personen/148097/stephan-konopatzky (letzter Aufruf 7.12.2020).
- 582 Vgl. dazu die Erinnerungen von Tom Sello, der aktiv an der Mahnwache beteiligt war; www.babcast-berlin.org/folge-6-jedem-seine-akte/ (letzter Aufruf 10.3.2022).
- 583 Der Spiegel, Nr. 37/1990, S. 22.
- 584 Konopatzky: Besetzung (Anm. 580).
- 585 Halbrock: Mielkes Revier (Anm. 183), S. 55.
- 586 Ebd.
- 587 Protokoll zur ständigen Gewährleistung des Schutzes sowie der Sicherheit und Ordnung am und im Dienstobjekt des MfS (Berlin-Lichtenberg, Normannen-/Gotlindestraße), 4.1.1988; BArch, MfS, BdL, Nr. 8372, Bl. 81–83, hier 81.



> Stasi-Minister Erich Mielke empfängt vor seinem Dienstsitz »Haus 1« Staats- und Parteichef Erich Honecker im Februar 1980. Im Hintergrund ist der überdachte Vorbau zu sehen, der 1974 als Sichtschutz vor dem Eingang des Gebäudes errichtet worden war. BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 885, Bild 157

## Stasi-Zentrale in Ost-Berlin



> Gelände der MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg  
BArch, MfS, HA II, Fo, Nr. 32, Bild 13 (bearb.)

Leitung des MfS	<b>Haus 1</b> Minister Stellvertreter des Ministers Arbeitsgruppe des Ministers Büro des Ministers	<b>Haus 17</b> BdL Büro der Leitung (Anmeldung) ZAGG Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz
HA II	<b>Haus 2</b> Spionageabwehr Operativstab	<b>Haus 18</b> VRD Verwaltung Rückwärtige Dienste (Sozialgebäude) ZMD Zentraler Medizinischer Dienst (Hygiene-Inspektion)
Abt. X	Internationale Beziehungen Rechtsstelle Bildstelle	<b>Haus 19 20</b> ZMD Zentraler Medizinischer Dienst (Poliklinik)
BCD	Bewaffnung / Chemische Dienste	<b>Haus 21</b> BdL Büro der Leitung (Mannschaften des Wachregiments)
BdL	Büro der Leitung / Post- und Kurierwesen / Verschlussachen	<b>Haus 22</b> Kantine (ab Abteilungsleiter) Konferenzsaal
	<b>Haus 3</b> ZOS Zentraler Operativstab	<b>Haus 27 28 29</b> Massenorg. Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) / Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) Bildstelle
	<b>Haus 4</b> ZAIG Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe	ZMD Zentraler Medizinischer Dienst (Sozialbereich)
	<b>Haus 5</b> HA II Spionageabwehr	<b>Haus 40</b> HA VII Sicherung des Innenministeriums und der Volkspolizei
	<b>Haus 6</b> ZAIG Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (Elektronische Datenverarbeitung)	<b>Haus 41</b> Abt. Finanzen Finanzwesen
	<b>Haus 7</b> HA XX Staatsapparat / Massenorganisationen / Kunst / Kultur / Kirche / Untergrund / Sport	<b>Haus 42 43</b> Abt. N Nachrichten / Regierungsverbindungen Vermittlung
	<b>Haus 8 9 11</b> Abt. XII Zentralregistratur, Aktenverwaltung ZAIG Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe / Datenspeicher	<b>Haus 44</b> BdL Büro der Leitung (Mannschaften des Wachregiments)
	<b>Haus 12</b> ZKG Zentrale Koordinierungsgruppe (Bearbeitung von Übersiedlungen / Ausreisen)	<b>Haus 46 47</b> Abt. M Postkontrolle
	<b>Haus 10 13 23 24 25 26 45</b> VRD Verwaltung Rückwärtige Dienste (Baureparaturen / Einkaufsmarkt / Garagen / Energie- / Wasser- / Wärmeversorgung)	<b>Haus 48</b> HA XIX Sicherung Verkehr / Post- und Fernmeldewesen
	<b>Haus 14 16</b> HA XVIII Sicherung der Wirtschaft	<b>Haus 48 49</b> HA KuSch Kader und Schulung
	<b>Haus 15</b> HV A Auslandsespionage	
	<b>Haus 16</b> KL-SED SED-Kreisleitung KL-FDJ Kreisleitung der Freien Deutschen Jugend	



> Blick auf »Haus 22« (Speisehaus für Offiziere) und »Haus 15« (HVA) in der MfS-Zentrale in Ost-Berlin. 1986  
BArch, MfS, BdL, Fo, Nr. 296, Bild 43

Das Areal der Stasi-Zentrale unterteilte sich in drei separate Hauptbereiche. Sie waren hermetisch voneinander abgeschlossen und durch bewaffnete Wachposten gesichert.

Das stasiintern als »Dienstkomplex Normannenstraße« bezeichnete Terrain mit dem 1962 fertiggestellten Dienstsitz des Ministers – »Haus 1« – befand sich zwischen Frankfurter Allee, Ruschestraße, Normannenstraße und Magdalenenstraße. Im Oktober 1989 umfasste es 29 Objekte mit 41 Einzelgebäuden.<sup>585</sup> In »Haus 1« hatten neben dem Minister auch seine Stellvertreter ihre Diensträume. Außerdem saßen in diesem Gebäude beispielsweise das Büro der Leitung (BdL) wie auch die Arbeitsgruppe des Ministers (AGM), die für die Koordinierung von Maßnahmen im Mobilmachungsfall verantwortlich war. Daneben gab es im »Dienstkomplex Normannenstraße« eine Reihe von Hauptabteilungen und anderen Diensteinheiten. So die HA XX (Staatsapparat, Kultur, Kunst, Kirchen, Untergrund) in »Haus 7«, die innerhalb des MfS die Federführung für die Bekämpfung und Überwachung der politischen Opposition in der DDR innehatte. Des Weiteren die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) in »Haus 4«, die unter anderem die im MfS vorhandenen Informationen auswertete, um daraus Berichte für die MfS-Leitung und das SED-Politbüro zu erstellen. Außerdem hatte die Hauptverwaltung A (Auslandsspionage) ihr Dienstgebäude in diesem Teil des Stasi-Geländes (»Haus 15«). Sie war vor allem in der Bundesrepublik tätig, aber auch in der DDR selbst aktiv. Zum Dienstkomplex Normannenstraße der Stasi-Zentrale gehörte darüber hinaus ein Dienstleistungs- und Versorgungstrakt (»Haus 18«).

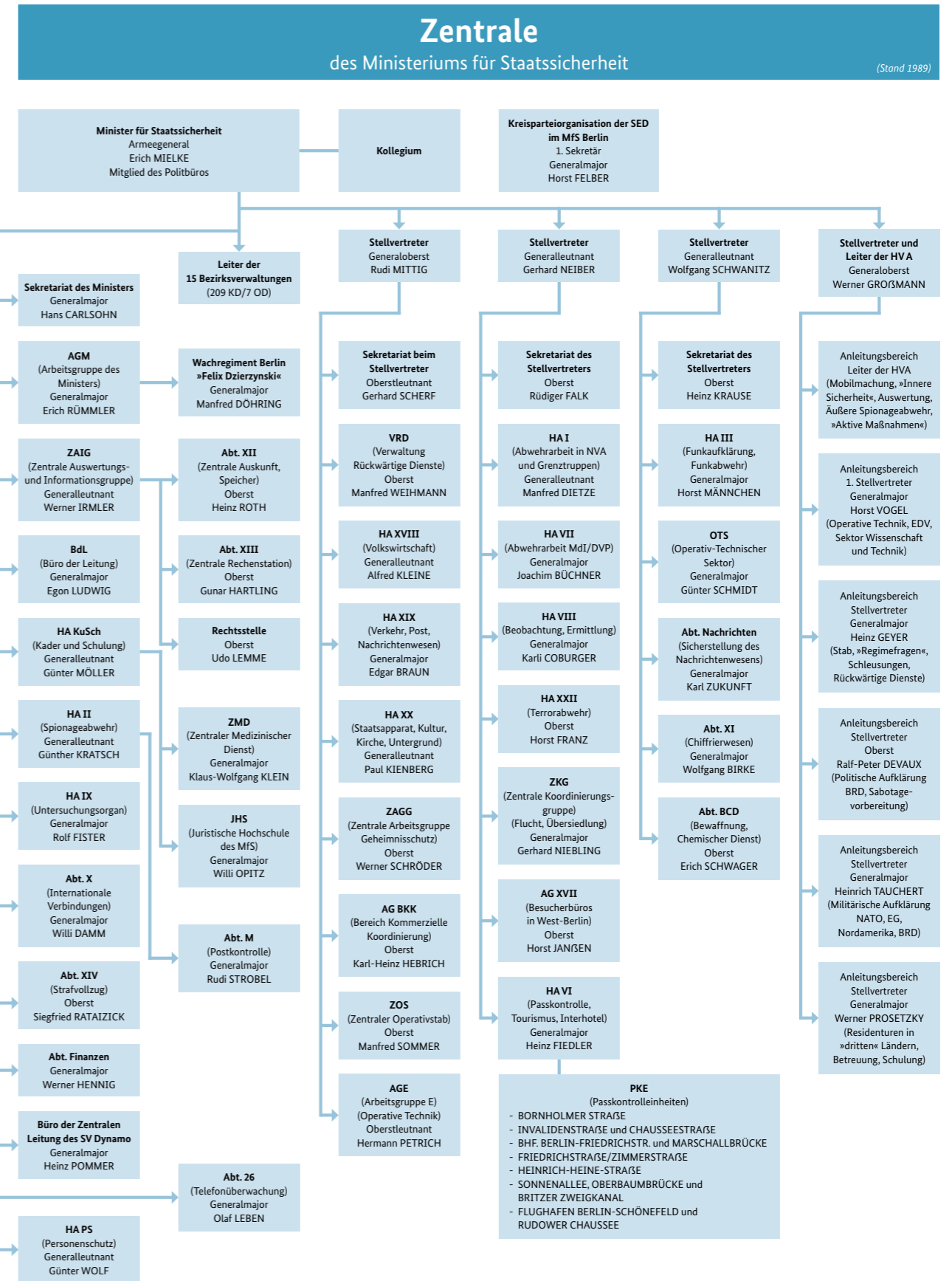
Etwas weiter nördlich davon, durch das Hans-Zoschke-Stadion getrennt, schloss sich das von 1975 bis 1979 errichtete »Teilobjekt Gotlindestraße« an. Dieses Teilobjekt begann gleich hinter dem Stadion und reichte bis zur Ecke Rusche-/Gotlindestraße, erstreckte sich dann weiter entlang der Gotlindestraße bis zur Ecke in Höhe Plonzstraße und von dort noch ein Stück in diese hinein. Es bestand im Oktober 1989 aus zehn Objekten mit elf Einzelgebäuden.<sup>586</sup> Im »Teilobjekt Gotlindestraße« war die HA Kader und Schulung (»Haus 48/49«) untergebracht. Diese Hauptabteilung verantwortete die Auswahl und Gewinnung der hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter. Weitere Dienststellen an diesem Ort waren z. B. die HA VII in »Haus 40«, die das DDR-Innenministerium und die Deutsche Volkspolizei überwachte, und die Abteilung M (Postkontrolle) in »Haus 46/47«.

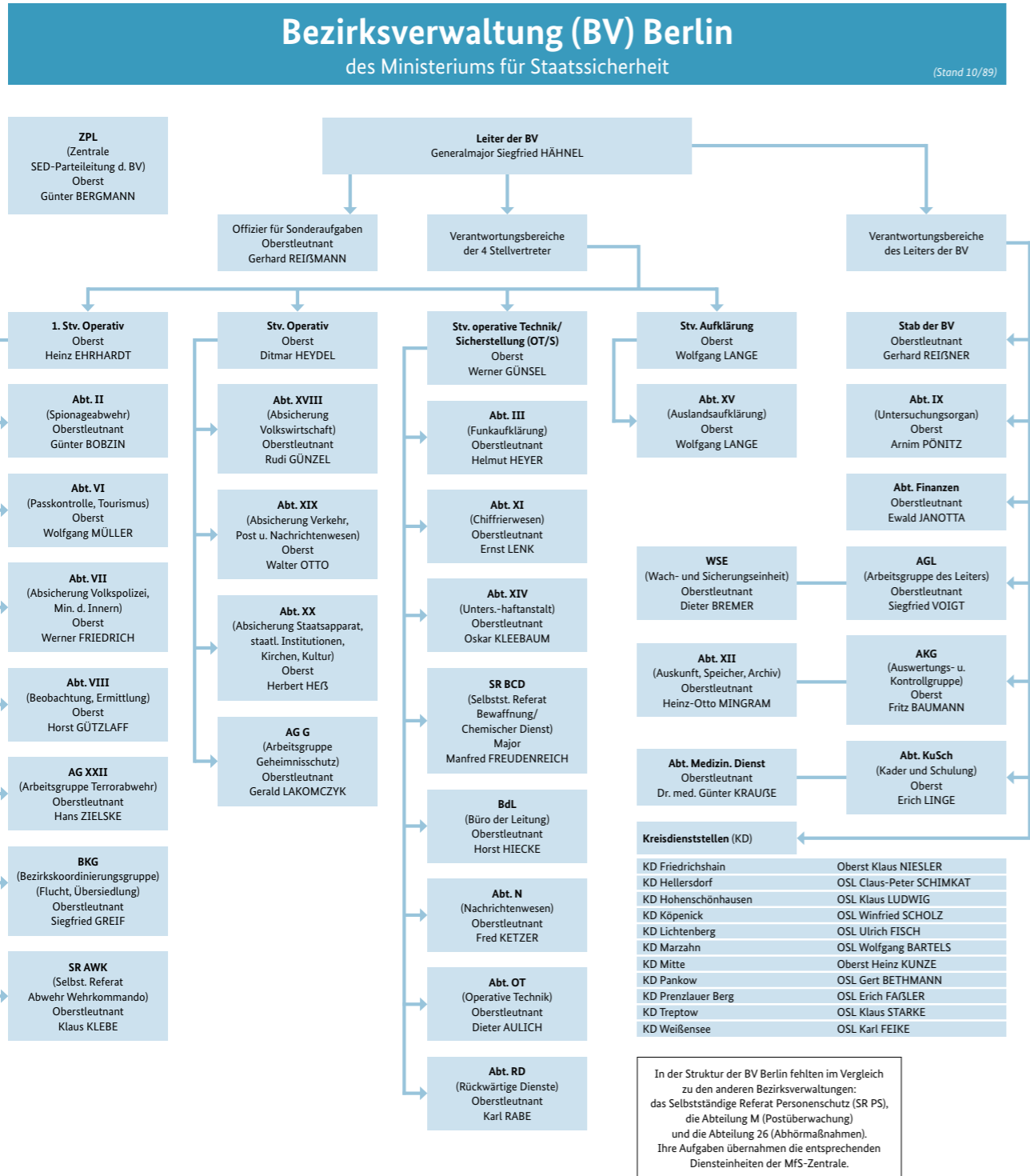
Auch eine Untersuchungshaftanstalt war der MfS-Zentrale angegliedert: die Untersuchungshaftanstalt (UHA) II in der Magdalenenstraße. Hier führte die Staatssicherheit Vernehmungen durch. Zudem wurde der Bau genutzt, wenn Häftlinge aus der zentralen Untersuchungshaftanstalt in Hohenschönhausen, der UHA I, Anwaltstermine wahrnehmen durften.

Die Außensicherung des gesamten Stasi-Komplexes – »Gewährleistung des Schutzes sowie der Sicherheit und Ordnung am und im Dienstobjekt des MfS (Berlin-Lichtenberg, Normannen-/Gotlindestraße)«<sup>587</sup> – lag in den Händen der Abteilung 21 der HA II und der Abteilung 4 (Objektkommandantur) des BdL.

FZw/GCa

Struktur und Aufgaben der Stasi im Bezirk Berlin





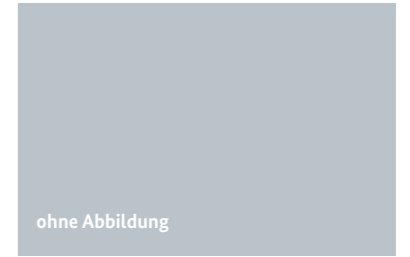
Dienststellen der Stasi (MFS-Zentrale, BV, KD) im Bezirk Berlin



**MFS-Zentrale**  
Magdalenenstraße/Normannenstraße/  
Ruschestraße  
BArch, MFS, HA II Fo, Nr. 32, Bild 13  
(bearbeitet)



**KD Friedrichshain** (ab 1957)  
Wedekindstraße 10/Marchlewskistraße  
BArch



**KD Köpenick** (bis 1986)  
Friedrichshagener Str. 8



**MFS-Verwaltung Groß-Berlin, ab 1977**  
**Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin**  
(1952–1985) Prenzlauer Allee 63–67  
BArch, MFS, BV Berlin, Fo, Nr. 1089, Bild 6



**KD Friedrichshain** (ab 1985)  
Straße der Befreiung 60  
(heute Alt-Friedrichsfelde 60), Haus 1  
(auf dem Gelände der BV Berlin)  
Foto: Mark Schiefer



**KD Köpenick** (ab 1986)  
Friedrichshagener Str. 8a  
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen,  
Foto: Beatrice Berthel



**Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin**  
(ab 1985)  
Straße der Befreiung 60  
(heute Alt-Friedrichsfelde 60)  
BArch, MFS, BV Berlin, Fo, Nr. 1089, Bild 3



**KD Hellersdorf** (1986 gegründet)  
Straße der Befreiung 60  
(heute Alt-Friedrichsfelde 60), Haus 5, 4. Etage  
(auf dem Gelände der BV Berlin)  
Foto: Mark Schiefer



**KD Lichtenberg** (bis 1985)  
Am Tierpark 29  
BArch, Brusendorf



**KD Friedrichshain** (bis 1957)  
Friedenstraße 31  
BArch, Brusendorf



**KD Hohenschönhausen** (1985 gegründet)  
Straße der Befreiung 60  
(heute Alt-Friedrichsfelde 60), Haus 5, 3. Etage  
(auf dem Gelände der BV Berlin)  
Foto: Mark Schiefer



**KD Lichtenberg** (ab 1985)  
Straße der Befreiung 60  
(heute Alt-Friedrichsfelde 60), Haus 1  
(auf dem Gelände der BV Berlin)  
Foto: Mark Schiefer



**KD Marzahn** (1979 gegründet)  
Am Tierpark 29  
BArch, Brusendorf



**KD Marzahn** (ab 1981)  
Alfred-Kowalke-Straße 22  
BArch, MfS, BV Berlin, Fo, Nr. 1066, Bild 524



**KD Marzahn** (ab 1985)  
Straße der Befreiung 60  
(heute Alt-Friedrichsfelde 60), Haus 1  
(auf dem Gelände der BV Berlin)  
Foto: Mark Schiefer



**KD Mitte** (bis 1966)  
Prenzlauer Allee 63–67  
BArch, MfS, BV Berlin, Fo, Nr. 1089, Bild 6



**KD Mitte** (ab 1966)  
Otto-Nuschke-Str. 52/53  
(heute Jägerstraße 52/53)  
Foto: Hanns Joosten



**KD Pankow**  
Dietzgenstr. 1–5  
BArch, MfS, BV Berlin, KD Pankow, Nr. 52,  
Bl. 15, Bild 2



**KD Prenzlauer Berg** (bis 1985)  
Prenzlauer Allee 63–67  
BArch, MfS, BV Berlin, Fo, Nr. 1089, Bild 6



**KD Prenzlauer Berg** (ab 1985)  
Otto-Nuschke-Str. 52/53  
(3. und 4. Etage im Objekt der KD Berlin-Mitte)  
(heute Jägerstraße 52/53)  
Foto: Hanns Joosten



**KD Treptow** (bis 1983)  
Hasselwerder Straße 38–40  
Foto: Brigitte Hadyk



**KD Treptow** (ab 1983)  
Segelfliegerdamm 42/44  
BArch, Brusendorf



**KD Weißensee**  
Große Seestr. 6  
Foto: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

## Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltung

### Die Minister für Staatssicherheit

**Wilhelm Zaisser**  
(\* 1893, Rotthausen, † 1958, Berlin)



BArch, Bild 183-08749-0001

Volksschullehrer

1923–1926 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet bzw. Oberbezirksleitung West  
1927–1932 Mitarbeiter der Komintern (Moskau)  
1932 Eintritt in die KPdSU  
1932–1936 Leiter einer militärpolitischen Schule bei Moskau  
1936–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg  
1943–1946 Lehrer an Antifa-Schulen  
1947 Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die SED  
1947–1948 Chef der Landesbehörde der Polizei Sachsen-Anhalt  
1948–1949 Innenminister des Landes Sachsen  
1950–1953 **Minister für Staatssicherheit**, Mitglied des SED-Parteivorstandes/ZK und des Politbüros  
1953 Absetzung nach dem Aufstand vom 17. Juni wegen »partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit«  
1954 Parteiausschluss

**Ernst Wollweber**  
(\* 1898, Hannoversch Münden, † 1967, Berlin)



BArch, Bild 183-26755-001

Seemann

1919 Eintritt in die KPD  
1923 Leiter von Militärorganisationen der KPD  
1933 Emigration nach Kopenhagen  
ab 1936 Aufbau eines illegalen Apparates zur weltweiten Schiffssabotage gegen sogenannte faschistische Staaten  
1940 Verurteilung in Schweden wegen Sabotage  
1944 Ausreise in die UdSSR  
1946 Rückkehr nach Deutschland; Eintritt in die SED  
1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen  
1953–1955 **Staatssekretär für Staatssicherheit**  
1955–1957 **Minister für Staatssicherheit**  
1954–1958 Mitglied des ZK der SED; Abgeordneter der Volkskammer  
1957 nach Meinungsverschiedenheiten mit Walter Ulbricht und Erich Honecker »auf eigenen Wunsch« pensioniert  
1958 Ausschluss aus dem ZK der SED, zwangsweise Rückgabe seines Volkskammermandats

**Erich Mielke**  
(\* 1907, Berlin, † 2000, Berlin)



BArch, MfS-Kaderkarteikarte

Speditionskaufmann

1924 Jugendorganisation des Roten Frontkämpferbundes  
1927 Eintritt in die KPD  
1931–1935 Flucht in die UdSSR nach der Ermordung von zwei Polizisten, Besuch der militärpolitischen Schule in Moskau  
1936–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg  
1940–1943 Mitarbeit in der illegalen KPD-Leitung in Frankreich  
1945 Rückkehr nach Berlin  
1949–1950 Leiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft  
1950–1989 Mitglied des ZK der SED  
1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit  
1953–1955 stellv. Staatssekretär für Staatssicherheit  
1955–1957 **Minister für Staatssicherheit**  
1957–1989 **Minister für Staatssicherheit**  
1958–1989 Abgeordneter der Volkskammer  
1976–1989 Mitglied des Politbüros des ZK  
1980 Armeegeneral  
Nov. 1989 Rücktritt als Minister und Politbüro-Mitglied  
Dez. 1989 Ausschluss aus ZK und SED  
1993 Verurteilung wegen der Polizistenmorde von 1931

## Die Leiter der Bezirksverwaltung Berlin

**Karl Kleinjung**

(\* 1912, Remscheid-Stockden, † 2003, Berlin)



BArch, MfS-Kaderkarteikarte

Friseur  
 1931 Eintritt in die KPD  
 1933 Emigration in die Niederlande  
 1935 Verhaftung, dann Abschiebung nach Belgien  
 1936–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg  
 1939–1945 Aufenthalt in der UdSSR, u. a. Partisan, Parteschule der KPdSU bei Moskau  
 1946 Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die SED  
 1947–1949 stellv. Leiter der Volkspolizei Thüringen, dann Volkspolizei Mecklenburg  
 1949–1950 Lehrgang an der Militärakademie der UdSSR in Priwolsk  
**1950–1951 Einstellung beim MfS, Leiter der Verwaltung Groß-Berlin**  
 1951–1955 Leiter der Objektverwaltung Wismut  
 1955–1981 Leiter der HA I  
 1974 Generalleutnant  
 1981 Rentner  
 Nach 1990 mehrere Ermittlungsverfahren u. a. wegen Totschlags an Michael Gartenschläger, endgültige Einstellung wg. Tod

**Hans Fruck**

(\* 1911, Berlin, † 1990, Berlin)



BArch, MfS-Kaderkarteikarte

Werkzeugdreher  
 1930 Eintritt in die KPD  
 1930–1933 Hilfsredakteur im Verlag des Reichskomitees der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten  
 1934–1943 Mitglied einer Widerstandsgruppe  
 1943–1945 Haft wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« im Zuchthaus Brandenburg-Görden  
 1945–1949 Mitarbeiter der Berliner Polizei in leitenden Funktionen  
 1949–1950 Besuch der Parteihochschule der SED  
 1950–1952 Einstellung beim MfS, stellv. Leiter der Verwaltung Groß-Berlin  
**1952–1956 Leiter der Verwaltung Groß-Berlin des MfS**  
 1953 Generalmajor  
 1956–1977 stellv. Leiter der HVA (Auslandsspionage)  
 1977 Rentner

**Martin Weikert**

(\* 1914, Spittelgrund/Böhmen, † 1997, Erfurt)



BArch, MfS-Kaderkarteikarte

Zimmermann  
 1933–1935 Internationale Lenin-Schule in Moskau  
 1935 Eintritt in die KP der Tschechoslowakei  
 1936–1938 Soldat in der tschechoslowakischen Armee  
 1939 Emigration in die UdSSR  
 1942–1944 Rote Armee, Lehrgang in Ufa und Moskau  
 1944–1945 Mitglied im Hauptstab der Partisanenbewegung für die Befreiung der Tschechoslowakei  
 1945–1946 Mitarbeiter des ZK der KP der Tschechoslowakei  
 1946 Umsiedlung nach Halle  
 1946–1949 Leitende Funktion beim Dezernat »K 5« (Politische Polizei)  
 1949–1952 Leiter der Länderverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen-Anhalt (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen-Anhalt des MfS)  
 1953 stellv. Minister für Staatssicherheit  
 1953–1955 stellv. Staatssekretär für Staatssicherheit  
 1955–1957 stellv. Minister für Staatssicherheit  
**1956–1957 Leiter der Verwaltung Groß-Berlin des MfS**  
**1957–1982 Leiter der BV Erfurt**  
 1976 Generalleutnant  
 1982 Rentner

**Erich Wichert**

(\* 1909, Leipzig, † 1985, Ost-Berlin)



BArch, MfS-Kaderkarteikarte

Hilfsarbeiter  
 1929 Eintritt in die KPD, Mitglied des Parteischutzes  
 1933–1945 Haft wegen Beteiligung an einem Polizistenmord  
 1945–1947 Tätigkeit für den sowjetischen Geheimdienst in West-Berlin  
 1947–1949 Deutsche Verwaltung des Innern, ab 1948 leitende Funktion  
 1949–1953 Einstellung bei der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft (ab Februar 1950 MfS), Leiter der Abteilung Personal  
 1953–1957 Leiter der HA Kader und Schulung des MfS  
**1957–1974 Leiter der Verwaltung Groß-Berlin des MfS bzw. der BV Berlin**  
 1964 Generalmajor  
 1974 Rentner

**Wolfgang Schwanitz**

(\* 1930, Berlin, † 2022, Berlin)



BArch, MfS-Kaderkarteikarte

Großhandelskaufmann, Jurist  
 1951 Einstellung beim MfS; Eintritt in die SED  
 1954–1956 Leiter der KD Berlin-Pankow, dann der KD Berlin-Weißensee  
 1956–1966 Verwaltung Groß-Berlin des MfS, zunächst stellv. Leiter der Abteilung II (Spionageabwehr), ab 1958 Leiter  
 1960–1966 Fernstudium an der Deutschen Akademie für Staat und Recht und der Humboldt-Universität Berlin, Dipl.-Jurist  
 1966–1974 Stellv. Operativ des Leiters der Verwaltung Groß-Berlin  
 1973 Promotion zum Dr. jur. an der JHS des MfS Potsdam  
**1974–1986 Leiter der BV Berlin**  
 1984 Generalleutnant  
 1986–1989 stellv. Minister für Staatssicherheit  
 Nov.–Dez. 1989 Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit  
 1990 Entlassung

**Siegfried Hähnel**

(\* 1934, Chemnitz, † 2010, Berlin)



BArch, MfS-Kaderkarteikarte

Diplom-Kriminalist, Jurist  
 1952–1953 Einstellung beim MfS, BV Chemnitz; Eintritt in die SED  
 1953–1954 Lehrgang an der Schule des MfS Potsdam-Eiche  
 1954–1962 Mitarbeiter der HA IX (Untersuchungsorgan) des MfS Berlin  
 1956–1960 Fernstudium an der Fachschule des Ministeriums des Innern Aschersleben  
 1962–1974 Leiter der Abteilung IX der Verwaltung Groß-Berlin des MfS  
 1962–1966 Fernstudium an der Humboldt-Universität Berlin, Dipl.-Kriminalist  
 1974–1986 Stellv. Operativ des Leiters der Verwaltung Groß-Berlin  
 1980 Promotion zum Dr. jur. an der JHS des MfS Potsdam  
**1986–1989 Leiter der BV Berlin**  
 1987 Generalmajor  
 1990 Entlassung

## Kurzbiografien der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitung Berlin

**Hans Jendretzky**

(\* 1897 Berlin, † 1992 Berlin)



SLUB, Fotograf: Pisarek, Abraham

## Metallarbeiter

1920 Eintritt in die KPD  
 1928–1932 Abgeordneter des preußischen Landtags  
 1933–1934 Mitglied der illegalen KPD-BL Berlin  
 1934–1938 Haft wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, ab 1937 im KZ Sachsenhausen  
 1938–1944 Tätigkeit als Schlosser  
 1943–1944 Mitglied einer Widerstandsgruppe  
 1944–1945 Haft, Flucht im April 1945  
 1945 Mitglied des ZK der KPD  
 1946–1948 Mitbegründer und 1. Vorsitzender des FDGB  
 1946–1953 Mitglied des Parteivorstandes bzw. des ZK der SED  
**1948–1952 Vorsitzender der SED-LL Groß-Berlin**  
**1952–1953 1. Sekretär der SED-BL Berlin**, Enthebung von der Funktion und Parteirüge wegen Unterstützung von Wilhelm Zaisser  
 1953–1957 Vorsitzender des Rats des Bezirks Neubrandenburg  
 1956 Aufhebung der Parteistrafe  
 1957–1989 Mitglied des ZK der SED  
 1957–1959 Staatssekretär, stellv. Minister des Innern  
 1960–1961 Leiter des Sekretariats des Ministerrats  
 1961–1963 Leiter der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle  
 1987 Rentner  
 1990 PDS

**Alfred Neumann**

(\* 1909 Berlin, † 2001 Berlin)



BArch Bild 183-L0511-354

## Tischler

1929 Eintritt in die KPD  
 1933–1934 im Widerstand tätig  
 1934–1938 Emigration nach Dänemark, dann in die UdSSR  
 1938–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg  
 1939–1941 Inhaftierung in Frankreich, Auslieferung an die Gestapo  
 1942–1945 Haft wegen »Hochverrat«  
 1945 SS-Strafbataillon, Flucht und Übertritt zur Roten Armee  
 1945–1947 sowjetische Kriegsgefangenschaft  
 1947 Rückkehr nach Deutschland und Eintritt in die SED  
 1947–1951 SED-Funktionär in Berlin, ab 1949 in der SED-LL Berlin  
 1951–1953 stellv. Oberbürgermeister von Berlin  
**1953–1957 1. Sekretär der SED-BL Berlin**  
 1954–1989 Mitglied des ZK der SED  
 1957–1961 Sekretär des ZK der SED  
 1958–Nov. 1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED  
 1961–1965 Vorsitzender des Volkswirtschaftsrats  
 1965–1968 Minister für Materialwirtschaft  
 1990 Ausschluss aus der SED-PDS  
 1992–1999 Ermittlungen wegen »Totschlags und Körperverletzung an der innerdeutschen Grenze«, Einstellung des Verfahrens

**Hans Kiefert**

(\* 1905 Berlin, † 1966 Ost-Berlin)



akg images (Ausschnitt)

## Tischler

1923 Eintritt in die KPD  
 1929–1933 Funktionär der KPD-BL Pfalz, Hessen-Frankfurt und Halle-Merseburg  
 1933 Leiter der illegalen KPD Mittelrhein in Köln  
 1933–1935 Haft in Köln und im KZ Brauweiler  
 1935–1938 arbeitslos bzw. Tätigkeit als Tischler  
 1938 Haft in den KZ in den Esterwegen und Börgermoor  
 1938–1943 Kontakt zur Widerstandsgruppe um Anton Saefkow  
 1943–1945 Wehrmacht  
 1945–1946 sowjetische Gefangenschaft  
 1946 Rückkehr nach Deutschland und Eintritt in die SED  
 1947–1953 SED-Funktionär, SED-LL in Groß-Berlin  
 1953–1957 1. Sekretär der SED-BL Erfurt  
 1954–1966 Mitglied des ZK der SED  
**1957–1959 1. Sekretär der SED-BL Berlin**  
 1959–1963 2. Sekretär der SED-BL Berlin  
 1963–1966 Mitglied des Magistrats von Ost-Berlin

**Paul Verner**

(\* 1911 Chemnitz, † 1986 Ost-Berlin)



ullstein bild

## Maschinenschlosser

1929 Eintritt in die KPD; Redakteur der »Jungen Garde«  
 1932–1935 Tätigkeit für kommunistische Zeitschriften in Moskau und Paris  
 1935–1936 Emigration in die Niederlande, dann nach Belgien  
 1936–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg  
 1939–1942 im Parteauftrag nach Schweden; Festnahme und Inhaftierung  
 1943–1946 Tätigkeit als Metallarbeiter  
 1946 Rückkehr nach Deutschland; Mitbegründer der FDJ  
 1946 Eintritt in die KPD, dann SED  
 1950–1984 Mitglied des ZK der SED  
 1950–1953 und 1958–1984 Sekretär des ZK der SED  
 1953–1958 Leiter der ZK-Abteilung für gesamtdeutsche Fragen  
**1959–1971 1. Sekretär der SED-BL Berlin**  
 1963–1984 Mitglied des Politbüros  
 1981–1984 stellv. Vorsitzender des Staatsrats  
 1984 Amtrücktritt aus gesundheitlichen Gründen

**Konrad Naumann**

(\* 1928 Leipzig, † 1992 Guayaquil/Ecuador)



ullstein bild

## Landarbeiter

1939 Beitritt zum Deutschen Jungvolk  
 1944–1945 Einziehung als Luftwaffenhelfer; Desertion  
 1945 Eintritt in die Antifa-Jugend und die KPD  
 1946–1951 hauptamtliche Tätigkeiten für die FDJ  
 1951–1952 Studium an der Komsomol-Hochschule in Moskau  
 1953–1957 1. Sekretär der FDJ-BL Frankfurt/Oder  
 1957–1964 Sekretär des ZR der FDJ  
 1964–1971 2. Sekretär der SED-BL Berlin  
 1966–1985 Mitglied des ZK der SED  
**1971–1985 1. Sekretär der SED-BL Berlin**  
 1976–1985 Mitglied des Politbüros  
 1984–1985 Sekretär des ZK der SED  
 1985 Entbindung von allen Funktionen nach einer Rede bei der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die das Politbüro als Angriff auf die SED-Politik bewertete  
 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Staatlichen Archivverwaltung Potsdam  
 Rentner  
 1986–1989  
 1990

**Helmut Müller**

(\* 1930 Reichenberg (Tschechoslowakei), † 2019 Rüdersdorf)



ullstein bild

## Drogist

1946–1947 Umsiedlung in die SBZ; Eintritt in FDJ und SED  
 1948–1951 Ausübung verschiedener Ämter für die FDJ in Thüringen  
 1951–1952 Besuch der Komsomol-Hochschule in Moskau  
 1952–1955 1. Sekretär der FDJ-BL Gera  
 1955–1966 Sekretär des ZR der FDJ  
 1966–1971 Abteilungsleiter in der SED-BL Berlin  
 1971–1989 2. Sekretär der SED-BL Berlin  
 1976–1989 Mitglied des ZK der SED  
**Nov. 1985 Kommissarische Leitung der SED-BL Berlin**  
**30.10.–6.11.1989 1. Sekretär der SED-BL Berlin**  
 1990 Ruhestand  
 1991 Austritt aus der PDS  
 1993 Prozess wegen »Anstiftung zur Wahlfälschung«, Verurteilung zu einem Jahr Freiheitsentzug auf Bewährung

**Günter Schabowski**  
(\* 1929 Anklam, † 2015 Berlin)



BArch, Bild 183-1982-0504-421

Diplom-Journalist

1935-1946 Schule, Abitur  
 1939-1945 Deutsches Jungvolk, Jungenschaftsführer  
 1946-1953 Volontär und Redakteur bei den FDGB-Zeitungen »Die freie Gewerkschaft« und »Tribüne«  
 1950 SED-Kandidat, ab 1952 Mitglied  
 1953-1967 kommissarischer, dann stellv. Chefredakteur der »Tribüne«  
 1962 Abschluss eines Journalismus-Fernstudiums an der Karl-Marx-Universität Leipzig  
 1967-1968 Besuch der Parteihochschule der KPdSU in Moskau  
 1968-1978 stellv. Chefredakteur des »Neuen Deutschlands«  
 1978-1985 Chefredakteur des »Neuen Deutschlands«  
 1978-1985 Mitglied der Agitations-Kommission des Politbüros  
 1981-Dez. 1989 Mitglied des ZK, ab 1986 Sekretär  
 1984-Dez. 1989 Mitglied des Politbüros  
**1985-31.10.1989 1. Sekretär der SED-BL Berlin**  
 21.1.1990 Parteiausschluss aus der SED-PDS  
 1993-1997 Verfahren wegen »Fälschung der Ergebnisse der DDR-Kommunalwahlen«, 1997 Einstellung  
 1997 Verurteilung zu drei Jahren Haft wegen »Totschlags und Mitverantwortung für das Grenzregime der DDR«  
 1999-2000 Bestätigung des Urteils nach Revision, Haft im offenen Vollzug, dann Begnadigung

**Heinz Albrecht**  
(\* 1935 Lugau)



akg images (Ausschnitt)

Werkzeugmaschinenschlossler, Diplom-Wirtschaftler, Ingenieur für Maschinenbau

1951 SED-Kandidat, ab 1953 Mitglied  
 1953-1957 Studium an der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst  
 1957-1963 Mitarbeiter des VEB Schleifmaschinenwerk Berlin, ab 1960 Parteisekretär der Betriebsparteiorganisation  
 1959-1964 Fernstudium an der Ingenieurschule für Maschinenbau und Elektrotechnik  
 1963-1965 Parteisekretär der Betriebsparteiorganisation im VEB Großdrehmaschinenbau »7. Oktober«  
 1965-1970 Werkdirektor des VEB Kühlautomat Johannisthal  
 1970-1975 Mitglied des Berliner Magistrats  
 1971-1989 Mitglied der SED-BL Berlin, ab 1975 Sekretär  
 1972-1973 Besuch der Parteihochschule des ZK der KPdSU  
 Nov. 1989-  
**Februar 1990 1. Sekretär der SED-BL Berlin, dann Vorsitzender des Berliner Bezirksvorstandes der SED-PDS**  
 Nov. 1989-  
 März 1990 Abgeordneter der Volkskammer  
 Dez. 1989-  
 März 1990 Vorstand der SED-PDS  
 1990-2001 Tätigkeit in der Privatwirtschaft  
 2001 Rentner



> Michail Gorbatschow (4. v. l.) und Erich Honecker (5. v. l.) während der Ost-Berliner Parade zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989. Nur wenige Tage später stand das SED-Regime endgültig vor dem Aus.  
 akg-images / Nelly Rau-Häring



## Autorinnen und Autoren

ARe	<b>Ann-Kathrin Reichardt</b> Dr., Jg. 1966; Historikerin, freischaffend	JSc	<b>Jens Schöne</b> Dr., Jg. 1970; Historiker, Stellvertreter des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
AJa	<b>Axel Janowitz</b> Dr., Jg. 1962; Historiker und Germanist, Referatsleiter (komm.) und Referent der Abteilung Vermittlung und Forschung des Bundesarchivs	JBi	<b>Jana Birthelmer</b> Jg. 1988; Kulturwissenschaftlerin und Historikerin, Referentin für historisch-politische Bildung beim Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
ASc	<b>Angela Schmole</b> Jg. 1962; Historikerin, Mitarbeiterin der Abteilung Vermittlung und Forschung des Bundesarchivs	KSo	<b>Konstanze Soch</b> Dr., Jg. 1988; Kulturwissenschaftlerin und Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Vermittlung und Forschung des Bundesarchivs
BEf	<b>Bettina Effner</b> Dr., Jg. 1971; Historikerin, Leiterin der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde	MSc	<b>Mark Schiefer</b> Dr., Jg. 1981; Politikwissenschaftler und Historiker, freischaffend
ECa	<b>Elise Catrain</b> Dr., Jg. 1983; Germanistin und Historikerin, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	MSt	<b>Martin Stief</b> Dr., Jg. 1984; Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Vermittlung und Forschung des Bundesarchivs
ESt	<b>Elke Stadelmann-Wenz</b> Dr., Jg. 1966; Historikerin, Leiterin der Forschungsabteilung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	MtSc	<b>Martin Schaffert</b> Jg. 1979; Historiker, Mitarbeiter der Abteilung Vermittlung und Forschung des Bundesarchivs
FZw	<b>Frank Zwicker</b> Jg. 1963; Historiker; Mitarbeiter der Abteilung Vermittlung und Forschung des Bundesarchivs	PSp	<b>Philipp Springer</b> Dr., Jg. 1970; Historiker, Leiter der Abteilung Wechseleinstellungen und Projekte des Deutschen Historischen Museums
GCa	<b>Gabriele Camphausen</b> Dr., Jg. 1957; Historikerin, Referatsleiterin in der Abteilung Vermittlung und Forschung des Bundesarchivs	RKa	<b>Ralph Kaschka</b> Dr., Jg. 1972; Geograf und Historiker, Mitarbeiter im Bereich Persönliche Akteneinsicht des Bundesarchivs
HBi	<b>Henrik Bispinck</b> Dr., Jg. 1973; Germanist und Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesarchivs, abgeordnet zum Lehrstuhl für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin	SDo	<b>Stefan Donth</b> Dr., Jg. 1968; Historiker, Leiter der Abteilung Strategie und Zeitzeugenarchiv der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

SMu	<b>Susanne Muhle</b> Dr., Jg. 1980; Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Berliner Mauer
SSc	<b>Stephanie Schlesier</b> Dr., Jg. 1978; Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Vermittlung und Forschung des Bundesarchivs
SSt	<b>Sebastian Stude</b> Dr. des., Jg. 1979; Historiker, Referent für Ausstellungen/Öffentlichkeitsarbeit, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung

**Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Berlin**

Arnold, Dietmar/Kellerhoff, Sven Felix: Die Flucht-tunnel von Berlin. Berlin <sup>2</sup>2011.

Boysen, Jacqueline: Das »weiße Haus« in Ost-Berlin. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR. Berlin 2010.

Ciesla, Burghard: Als der Osten durch den Westen fuhr: die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in West-berlin. Köln 2006.

Drewitz, Dieter: Kennwort »Alpenveilchen«. Zwischen Stasiknast und Kaltem Krieg. Erinnerungen eines Unbequemen. Berlin 2011.

Fechner, Carmen: Die Frühgeschichte der Sportverei-nigung Dynamo. Hegemoniebestrebungen, Dominanz-verhalten und das Rivalitätsverhältnis zur Armeesport-vereinigung »Vorwärts«. Dissertation, Berlin 2012.

Feige, Michael: Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS. Sachbeiträge des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Sachsen-Anhalt. Magdeburg 1999.

Fricke, Karl Wilhelm/Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953. Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Bremen 2003.

Fuchs, Jürgen: Vernehmungsprotokolle. Berlin 2009.

Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000.

Grünbaum, Robert: Wolf Biermann 1976: Die Aus-bürgerung und ihre Folgen. Erfurt 2006.

Halbrock, Christian: Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Berlin <sup>2</sup>2011.

Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Aus-reisebewegung. München 2012.

Hürtgen, Renate: Die Ausreise per Antrag. Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz. Göttingen 2014.

Ilsen, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hg.): Seid doch laut. Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin. Berlin 2019.

Kellerhoff, Sven Felix/v. Kostka, Bernd: Hauptstadt der Spione. Geheimdienste in Berlin im Kalten Krieg. Berlin 2016.

Komets-Chimirri, Arik K.: Götz Schlicht. Im Dienste dreier Diktaturen. Berlin 2014.

Kowalczyk, Ilko-Sascha (unter Mitarb. von Gudrun Weber): 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003.

Krähnke, Uwe u. a.: Im Dienste der Staatssicherheit. Eine soziologische Studie über die hauptamtlichen Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes. Frankfurt am Main 2017.

Labrenz-Weiß, Hanna: Abteilung M. Postkontrolle (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2005.

Moldt, Dirk: Zwischen Hass und Hoffnung. Die Blues-Messen 1979–1986. Berlin 2008.

Muhle, Susanne: Auftrag Menschenraub. Entführun-gen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Göttingen 2015.

Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken. Berlin 2008.

Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Bonn <sup>2</sup>2000.

Nooke, Maria: Der verratene Tunnel: Geschichte einer verhinderten Flucht im geteilten Berlin. Bremen 2002. Dazu auch die Lehrkräftehandreichung: »... Liquidie-rung einer Personenschleuse«: Akten zu einer geschei-terten Tunnelflucht in Berlin. Hg. v. BStU/Bildungs-team. Berlin 2016.

Pollack, Detlef: Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiments in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute. Bielefeld 2020.

Reichhelm, Cornelia: Doping-Kinder des Kalten Krieges. Vom Staat geliebt – vom Staat missbraucht. Berlin 2014.

Schiefer, Mark: Profiteur der Krise. Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971–1989. Göttingen 2018.

Schöne, Jens/Werkentin, Falco: 17. Juni 1953. Orte und Ereignisse in Ost-Berlin. Berlin <sup>3</sup>2008.

Schöne, Jens: Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahre 1987. Berlin 2009.

Soch, Konstanze: Eine große Freude? Der inner-deutsche Paketverkehr im Kalten Krieg (1949–1989). Frankfurt am Main 2018.

Springer, Philipp: Bahnhof der Tränen. Die Grenz-übergangsstelle Berlin-Friedrichstraße. Berlin 2013.

Stief, Martin: »Stell die Bürger ruhig«. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle–Bitterfeld. Göttingen 2019.

Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende: Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu ver-hindern. Berlin 1999.

Tantzsch, Monika: Die Vorläufer des Staatssicherheits-dienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungs-zone – Ursprung und Entwicklung der K5. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1998).

Thijs, Krijn: Drei Geschichten, eine Stadt. Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987. Köln, Weimar, Wien 2008.

Timmer, Carsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989. Göttingen 2000.

van Melis, Damian/Bispinck, Henrik (Hg.): »Republik-flucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945–1961. München 2006.

Wolle, Stefan/Staadt, Jochen/Voigt, Tobias (Hg.): Operation Fernsehen. Die Stasi und die Medien in Ost und West. Göttingen 2008.

## Abkürzungsverzeichnis

ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland	IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen
BArch	Bundesarchiv		
BFC	Berliner Fußballclub	JHS	Juristische Hochschule des MfS Potsdam
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung		
BL	Bezirksleitung		
BRD	Bundesrepublik Deutschland	K5	Dezernate 5 und Kommissariate 5 der Kriminalpolizei – politische Polizei (Vorläufer des MfS)
BV	Bezirksverwaltung (MfS)		
CDU	Christlich-Demokratische Union	KaDeWe	Kaufhaus des Westens
CIA	Central Intelligence Agency (US-Auslandsgeheimdienst)	KD	Kreisdienststelle (MfS)
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ab 1960)	KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
		KL	Kreisleitung
		KPČ/KSČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
DDR	Deutsche Demokratische Republik	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
DM	Deutsche Mark	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
DR	Deutsche Reichsbahn (DDR)	KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern (SBZ) Vorläufer des Ministeriums des Innern	KZ	Konzentrationslager
DVP	Deutsche Volkspolizei (DDR)		
		LL	Landesleitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR) – realsozialistische Einheitsgewerkschaft	MdI	Ministerium des Innern (DDR)
		MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
FDJ	Freie Deutsche Jugend (DDR)		
FU Berlin	Freie Universität Berlin (West-Berlin)	NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
		NSDAP	Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
GÜSt	Grenzübergangsstelle		
HA	Hauptabteilung (MfS)	NVA	Nationale Volksarmee (DDR)
HV A	Hauptverwaltung A (Auslandsspionage des MfS)	OA	Offene Arbeit (der evangelischen Kirche in der DDR)
IFM	Initiative Frieden und Menschenrechte	OD	Objektdienststelle (MfS) – Dienst Einheit, die ausschließlich zur Sicherung bedeutender Betriebe und Einrichtungen tätig war; 1989 existierten 7 OD ohne Datum
IM	Inoffizieller Mitarbeiter – konspirativ und in der Regel unbezahlt tätiger Informant des MfS, vor allem zur Überwachung und Beeinflussung seines Umfeldes; flächendeckend und in allen Bereichen der Gesellschaft, auch im Ausland einschließlich der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin eingesetzt; Minister Mielke: »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«	O.D.	
		OibE	Offizier im besonderen Einsatz (MfS)
		OPK	Operative Personenkontrolle (MfS) – konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung von Personen; meist angelegt bei Verdacht auf politisch nicht konformes Verhalten bzw. zur Über-

	prüfung von Funktionären; auch Vorlauf für eine inoffizielle Tätigkeit in der Auslandsspionage	TPA	Transportpolizeiamt
		Trapo	Transportpolizei
OV	Operativer Vorgang – konspiratives Ermittlungsverfahren gegen »unbekannt« oder gegen Personen, die nach der DDR-Gesetzgebung eine Straftat begangen hatten oder dies beabsichtigten (Anlass war oft schon nichtkonformes politisches Verhalten)	UB	Umweltbibliothek (Ost-Berlin)
		UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
		UfJ	Untersuchungsausschuss freier Juristen
		UHA	Untersuchungshaftanstalt
		US	United States (Vereinigte Staaten von Amerika)
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus ab 1990 Nachfolgepartei der SED	USA	Vereinigte Staaten von Amerika
PKE	Passkontrolleinheit (MfS)	VEB	Volkseigener Betrieb (DDR) – Staatsbetrieb, im Unterschied zu privaten und genossenschaftlichen Betrieben
Pkw	Personenkraftwagen		
POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken (MfS)		
		ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (MfS)
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor	ZK	Zentralkomitee
		ZR	Zentralrat
SBZ	Sowjetische Besatzungszone		
SC	Sportclub		
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands		
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland		
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands		
SS	Schutzstaffel der NSDAP		
StäV	Ständige Vertretung – diplomatische Vertretung, die beide deutschen Staaten im jeweils anderen unterhielten		
StGB	Strafgesetzbuch (der DDR)		
SV	Sportvereinigung		

## **Impressum**

### **Bundesarchiv**

– Stasi-Unterlagen-Archiv –

Abteilung Vermittlung und Forschung

10106 Berlin

publikation.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Gestaltung

Pralle Sonne, Berlin

Danksagung

Besonderer Dank gilt Dagmar Hovestädt und Dr. Ralf Trinks für ihre kritische und kreative Begleitung. Ebenso danken wir Heike Brusendorf und Roland Kaiser für ihre vielfältige Unterstützung.

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

In den Fällen, in denen es nicht gelang, Rechteinhaber an Abbildungen oder Texten zu ermitteln, bleiben Honoraransprüche gewahrt.

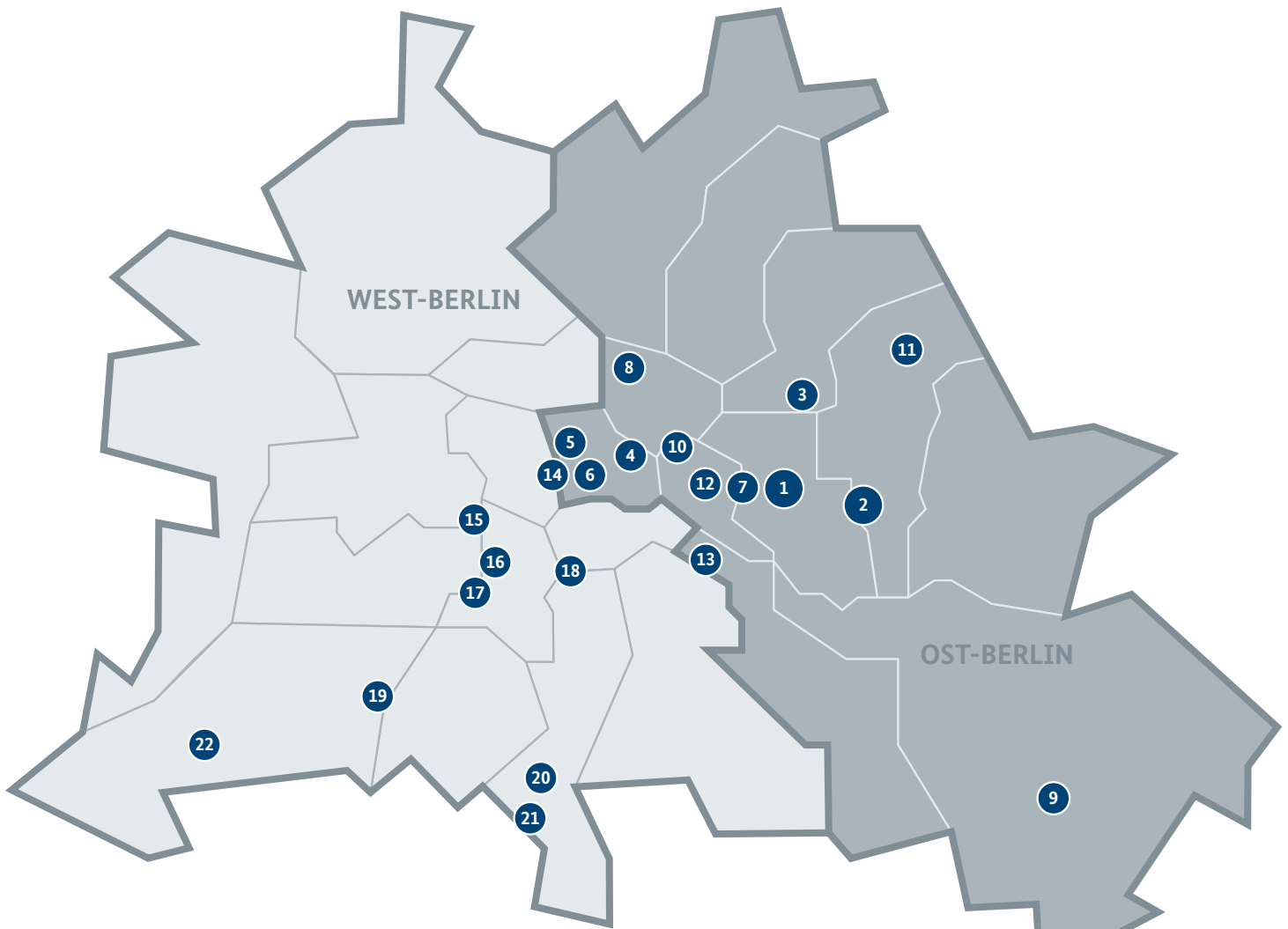
Schutzgebühr 5,00 €

Berlin 2022

ISBN 978-3-946572-06-0

Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar: urn:nbn:de:0292-97839465720609

# BERLIN



- |   |                                       |
|---|---------------------------------------|
| 1 Stasi-Zentrale                            | 15 KaDeWe                             |
| 2 Bezirksverwaltung                         | 16 Rathaus Schöneberg                 |
| 3 Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen | 17 RIAS                               |
| 4 Untersuchungshaftanstalt Mitte            | 18 Hotel zur Luftbrücke               |
| 5 Bahnhof Friedrichstraße                   | 19 Freie Universität                  |
| 6 Unter den Linden                          | 20 NAL Marienfelde                    |
| 7 S-Bahn Station Frankfurter Allee          | 21 Station für »Signals Intelligence« |
| 8 S-Bahn Station Schönhauser Allee          | 22 KgU-Zentrale                       |
| 9 Ausflugslokal Rübezahl                    |                                       |
| 10 Krankenhaus Friedrichshain               |                                       |
| 11 Jugendclub »Walter Husemann«             |                                       |
| 12 Samariter-Gemeinde                       |                                       |
| 13 Bekenntniskirche                         |                                       |
| 14 Brandenburger Tor                        |                                       |

ISBN 978-3-946572-06-0



9 783946 572060

[www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de)

